

TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN

Dresdner Beiträge zur Lehre der Betrieblichen Umweltökonomie

NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

Nr. 14/2004

Günther, E. / Klauke, I.(Hrsg.)

Herausforderungen für die nachhaltige
öffentliche Beschaffung in der
Tschechischen Republik im Zuge der
EU-Osterweiterung

Kreutzfeldt, C.

Herausgeber:



**Professur für
Betriebswirtschaftslehre
Betriebliche Umweltökonomie**

Prof. Dr. Edeltraud Günther
Dipl.-Kffr. Ines Klauke
Dipl.-Kffr. Claudia Kreutzfeldt

Technische Universität Dresden
Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Professur für Betriebswirtschaftslehre,
insbes. Betriebliche Umweltökonomie
01062 Dresden

Telefon: (0351) 463-3 4313

Telefax: (0351) 463-3 7764

E-Mail: bu@mailbox.tu-dresden.de

www.tu-dresden.de/wwwlbu

Als wissenschaftliches elektronisches Dokument veröffentlicht auf dem Hochschulschriftenserver der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) unter:

<http://hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1099921915890-1255>

Vorwort

Die Bedeutung der natürlichen Umwelt in den Wirtschaftswissenschaften hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen: Durch die zunehmende ökologische Knappheit entwickelt sie sich zu einem ökonomisch knappen und somit entscheidungsrelevanten Parameter. Das Forschungsprogramm der Professur für Betriebswirtschaftslehre, insb. Betriebliche Umweltökonomie an der Technischen Universität Dresden spiegelt sich auch im Aufbau der Lehre wider. So fließen die gewonnenen Erkenntnisse aus theoretischer und praktischer Forschung direkt in die einzelnen Lehrveranstaltungen ein. Die vorliegenden „Dresdner Beiträge zur Lehre der Betrieblichen Umweltökonomie“ sollen diesen Prozess der Verzahnung unterstützen. Inhalt der Schriftenreihe sind in erster Linie ausgewählte Diplom- und Seminararbeiten der Professur für Betriebliche Umweltökonomie, durch die der Leser Einblick in die Arbeitsschwerpunkte und Transparenz über die Arbeitsinhalte gewinnen soll.

Die Gestaltung der Schriftenreihe ist Frau Dipl.-Kffr. Susann Kaulich zu verdanken, in deren Hand die redaktionelle Arbeit, die Koordination der Autoren bzw. Herausgeber und das Layout der vorliegenden Schriftenreihe lag.

Die vorliegende Ausgabe beschäftigt sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik als neues Mitgliedsland der Europäischen Union. Außerdem soll die Rolle der EU im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung herausgestellt werden, d. h. inwieweit die Europäische Kommission die Aktivitäten der Mitgliedsstaaten koordiniert und welche Möglichkeiten sie zur Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess für zulässig hält. Im Jahr 1989 zeigte sich in der damaligen CSSR ein katastrophaler Umweltzustand. Die Wirtschaftsweise in der kommunistischen Zeit (1948 bis 1989) vernachlässigte vollkommen den Faktor Umwelt. Heute hat die nachhaltige Entwicklung in der Tschechischen Republik jedoch entscheidend an Bedeutung gewonnen. Durch den Einsatz der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung als umweltpolitisches Instrument könnte die Umwelt in Tschechien geschützt, das Beschaffungsverhalten anderer Konsumenten beeinflusst und Unternehmen zu Produktinnovationen angeregt werden. Im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung koordiniert die Europäische Kommission die Aktivitäten der Mitgliedstaaten und verfolgt dabei auch eigene Ziele, wie die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes. Oberhalb festgesetzter Schwellenwerte müssen öffentliche Aufträge europaweit ausgeschrieben werden und sind offen für jedes Unternehmen. Grundsätzlich wird die Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung dabei von der Europäischen Kommission nur empfohlen.

Die Tschechische Republik ist der EU am 01. Mai 2004 im Rahmen der Osterweiterung beigetreten. Im Hinblick auf den angestrebten Beitritt wurde in der Tschechischen Republik der Aufbau von Umweltinstitutionen, die Erstellung einer staatlichen Umweltpolitik und die Entwicklung des Umweltrechts stark vorangetrieben. So beschloss die tschechische Regierung im Jahr 2000, dass insbesondere der Staat seiner Verantwortung zum Schutz der Umwelt gerecht werden und bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Somit wurde auch in Tschechien die nachhaltige öffentliche Beschaffung als ein freiwilliges umweltpolitisches Instrument eingeführt. Dessen Potenzial, d. h. der Umfang der Ausgaben der öffentlichen Auftraggeber, betrug im Jahr 2003 ca. 18,5% des Bruttoinlandsprodukts.

Edeltraud Günther

Die wissenschaftliche Fundierung der Arbeit basiert auf den Ergebnissen der gleichnamigen Diplomarbeit von Dipl.-Kffr. C. Kreuzfeldt an der TU Dresden, Professur für Betriebliche Umweltökonomie. Hochschullehrer: Prof. Dr. Edeltraud Günther / Betreuer: Dipl.-Kffr. Ines Klauke.

Für den Inhalt dieses Beitrages sind selbstverständlich allein die Autoren verantwortlich.

Herausforderungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in der Tschechischen Republik im Zuge der EU-Osterweiterung

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	VII
Tabellenverzeichnis	VIII
1 Einleitung.....	1
2 Durchführung von Experteninterviews	3
3 Nachhaltige Entwicklung in der Tschechischen Republik	6
3.1 Grunddaten der Tschechischen Republik.....	6
3.2 Ökologische Herausforderungen der post-kommunistischen Tschechischen Republik	7
4 Die nachhaltige öffentliche Beschaffung.....	10
4.1 Die Begriffe „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“	10
4.2 Die nachhaltige Beschaffung.....	11
4.2.1 Die privatwirtschaftliche Beschaffung	11
4.2.2 Die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Beschaffung.....	12
4.3 Die öffentliche Beschaffung.....	13
4.3.1 Begriffsdefinition „öffentlicher Auftraggeber“ und „öffentliches Unternehmen“	13
4.3.2 Das öffentliche Beschaffungswesen	14
4.4 Die öffentliche Beschaffung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit.....	15
4.4.1 Die nachhaltige öffentliche Beschaffung als umweltpolitisches Instrument	15
4.4.2 Die Notwendigkeit der Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung.....	16

4.5	Die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.....	17
4.5.1	Treiberkräfte der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	17
4.5.2	Die Einführung eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens .	18
4.5.3	Hilfsmittel zur Bewertung der Umweltqualität von Produkten/ Dienstleistungen	19
4.5.4	Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.....	20
4.6	Zusammenfassung.....	21
5	Aktueller Stand der EU-Politik im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	22
5.1	Grundlegendes zum europäischen Rechtssystem.....	22
5.2	Die wichtigsten Akteure des europäischen Rechtssystems.....	23
5.3	Das europäische Sekundärrecht zur öffentlichen Auftragsvergabe	24
5.3.1	Entwicklung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe	24
5.3.2	Geltende EU-Richtlinien im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe.....	25
5.3.3	Die Vergabeverfahren der EU.....	27
5.4	Empfehlung der EU zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.....	28
5.4.1	Hintergrund.....	28
5.4.2	Möglichkeiten der Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess	30
5.4.2.1	Definition des Auftragsgegenstands.....	30
5.4.2.2	Technische Spezifikationen.....	31
5.4.2.3	Eignungskriterien	33
5.4.2.4	Zuschlagskriterien	35
5.4.2.5	Bedingungen für die Auftragsausführung	39
5.4.2.6	Zusammenfassung.....	40
5.4.3	Wahrung des europäischen Primärrechts.....	41
5.4.3.1	Die Umweltintegrationsklausel (Art. 6 EGV).....	41
5.4.3.2	Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28ff. EGV).....	41
5.4.3.3	Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 49ff. EGV)	44
5.4.3.4	Das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 12 EGV)..	45
5.4.3.5	Das Verbot staatlicher Beihilfen (Art. 87f. EGV)	45

5.5	Hilfestellungen der EU zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedstaaten	47
5.5.1	Motivation für eine effektive Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	47
5.5.2	Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen der EU und den Mitgliedstaaten	48
5.5.3	Informationshilfen zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	50
5.6	Zusammenfassung	51
6	Der Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik.....	52
6.1	Vorgehensweise	52
6.2	Darstellung und Bewertung des Entwicklungsstandes der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik	54
6.2.1	Zuständige Institutionen	54
6.2.2	Politische Beschlüsse	56
6.2.3	Das Vergaberecht	60
6.2.4	Das Haushaltsrecht	61
6.2.5	Kommunikation und Information	62
6.2.6	Der Markt für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen	67
6.2.7	Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	69
6.2.8	Aktuelle nachhaltige öffentliche Beschaffungsprojekte	71
6.3	Zusammenfassung	73
6.4	Fallstudie: Das CNG-Projekt – Erdgasbetriebene Fahrzeuge im tschechischen Straßenverkehr	75
7	Schlussbemerkung	79
	Literaturverzeichnis.....	81
	Anhang	101

Abkürzungsverzeichnis

ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Art.	Artikel
BGW	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V.
BIG-Net	Buy it Green-Network
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKR	Baukoordinierungsrichtlinie
BME	Bundesverband für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V.
BMWI	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BFUB	Bundesverbands für Umweltberatung
CEMC	Czech Environmental Management Center
CNG	Compressed Natural Gas
CSN	Czech Standards Institute
CSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CZK	Tschechische Kronen
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DHV	Dwars, Heederik & Verhey
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DISAE	Development of Implementation Strategies for Approximation in the Environment
DKR	Dienstleistungskordinierungsrichtlinie
DTIHK	Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer
EFP	Environmentally Friendly Products
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
EGV	Vertrag der Europäischen Gemeinschaften
EMAS	Environmental Management and Audit Scheme
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

GDF	Gaz de France
GEN	Global Ecolabelling Network
GCSD	Government Council for Sustainable Development
GD	Generaldirektion
GPA	Government Procurement Act
GWh	Gigawattstunde
HRSG.	Herausgeber
ICLEI	International Council of Local Environmental Initiatives
IMPEL	Implementation and Enforcement of European Environmental Law
INEM	International Network for Environmental Management e.V.
INTERREG	Interregional Development and Cooperation
IPP	Integrierte Produktpolitik
ISO	International Organization for Standardization
ISPA	Instrument for Structural Pre-Accession Aid
KOM	Kommission
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
LCA	Life Cycle Assessment
LCC	Life Cycle Costing
LIFE	Financial Instrument for the Environment
LKR	Lieferkoordinierungsrichtlinie
LNG	Liquified Natural Gas
LPG	Liquified Petroleum Gas
Mio.	Millionen
MMR	Czech Ministry for Regional Development
Mwst.	Mehrwertsteuer
NAGUS	Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes
NGV	Natural Gas Vehicles
NRO	Nichtregierungsorganisationen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PHARE	Poland and Hungary Assistance to Economic Restructuring
PPP	Public Private Partnerships
RAL	Reichs-Ausschuss für Lieferbedingungen

RB	Regierungsbeschluss
Rdnr.	Randnummer
REC	Regional Environmental Centre
RL	Richtlinien
Rs.	Rechtssache
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
SAPARD	Special Aid for Pre-Accession in Agriculture and Rural Development
SCP	Sustainable Consumption and Production
SIMAP	Système d'information pour les marchés publics
SKR	Sektorenkoordinierungsrichtlinie
Slg.	Sammlung
STEP	Eco-Counselling Network (Síť ekologických poraden)
TAIEX	Technical Assistance and Information Exchange Office
TGM	Tomas Garrigue Masaryk
UBA	Umweltbundesamt
UNEP	United Nations Environment Programme
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VO	Verordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Abgrenzung von Beschaffungsobjekten	12
Abbildung 2: Die Phasen des öffentlichen Beschaffungsprozesses	14
Abbildung 3: Beschaffungsobjekte öffentlicher Auftraggeber	15
Abbildung 4: Die Instrumente der Umweltpolitik	15
Abbildung 5: Treiberkräfte der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	18
Abbildung 6: Die drei Pfeiler der Europäischen Einigung nach dem Vertrag von Maastricht	22
Abbildung 7: Die europarechtlichen Grundlagen	27
Abbildung 8: Die Struktur der staatlichen Umweltinstitutionen in der Tschechischen Republik	54
Abbildung 9: Anteilswise Kauf von Produkten mit dem tschechischen Umweltzeichen durch die öffentlichen Auftraggeber des Regierungsberichts für das Jahr 2002	58
Abbildung 10: Aufspaltung der Ausgaben der öffentlichen Auftraggeber des Regierungs- berichts für das Jahr 2003 nach Art der Umweltzeichenprodukte	59

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Interviewpartner für die Diplomarbeit	4
Tabelle 2:	Übersicht über den Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien	74

Währungsumrechnung

Tschechische Kronen wurden nach dem Wechselkurs vom Stichtag 27. Juli 2004 in Euro umgerechnet: 1 Euro = 31,608 CZK.

*Od myšlení k jednání/činům.
Vom Wissen zum Handeln.*

Motto des tschechischen
„Eco-Counselling Network“

1 Einleitung

Verfolgt man die Berichte in den Medien, dann stellt sich sicherlich die Frage, ob die Tschechische Republik zur Zeit nicht andere, wichtigere Probleme zu lösen hat, als an den Umweltschutz zu denken. Das Land befindet sich in einer tiefgreifenden Transformationsphase – weg von einer totalitären, kommunistischen Ära und hin zu einer Eingliederung in das westliche Wertesystem mit Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.¹ In dieser Phase werden die Bürger der Tschechischen Republik konfrontiert mit einem defizitären Staatshaushalt, Arbeitslosigkeit, zunehmenden Verbrechen und Korruption.² Gleichzeitig existiert ein starkes Verlangen, die Konsumbedürfnisse zu stillen und gegenüber den westeuropäischen Staaten aufzuholen.

Ein zukünftiges Wirtschaftswachstum sollte jedoch nicht erneut zu Lasten der Umwelt erfolgen. Blickt man zurück zur Samtenen Revolution von 1989, dann zeigte sich in der damaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) ein katastrophaler Umweltzustand. Die Wirtschaftsweise in der kommunistischen Zeit von 1948 bis 1989 zielte darauf ab, die industrielle Produktion bis an die Grenzen zu steigern und vernachlässigte vollkommen den Faktor Umwelt. Heutzutage hat die nachhaltige Entwicklung in der Tschechischen Republik jedoch entscheidend an Bedeutung gewonnen. Gerade in der jetzigen Transformationsphase bietet sich der Tschechischen Republik daher die Möglichkeit, grundlegende Veränderungen hin zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum durchzuführen. Ein Wirtschaftsaufschwung könnte genutzt werden, sich im Umweltbereich von einem rückständigen zu einem fortschrittlichen Land zu entwickeln.

Wer, wenn nicht der Staat, könnte und sollte sich als erster der Verantwortung dieser nachhaltigen Entwicklung und somit dem Schutz der Umwelt stellen? Betrachtet man die Ausgaben der öffentlichen Auftraggeber für Produkte, Dienst- und Bauleistungen in der Tschechischen Republik im Jahr 2003, so umfassen diese ca. 18,5% des Bruttoinlandsprodukts. Das entspricht einer öffentlichen Nachfrage von 293,6 Mrd. CZK (ca. 9,3 Mrd. Euro) jährlich.³ Würde der tschechische Staat sein Konsumverhalten umweltfreundlich gestalten, so könnte er erheblich zum Schutz der Umwelt beitragen. Allein ein erdgasbetriebenes Fahrzeug – z.B. im öffentlichen Personennahverkehr – verursacht im Vergleich zu benzinbetriebenen Fahrzeugen bis zu 25% weniger Kohlendioxid und trägt bis zu 80% weniger zur Smogbildung bei.⁴ Ein weiteres Beispiel wäre der Wechsel der öffentlichen Auftraggeber in den EU-Mitgliedstaaten zu Strom aus regenerativen Energien. Dadurch könnten 60 Mio. Tonnen Kohlendioxid einge-

¹ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004): <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm> und DEUTSCHE INVESTITIONS- UND ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT (DEG) (HRSG.) (1995), S. 44ff.

² Vgl. RHEINLÄNDER; K. (2003), S. 127 sowie KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 119.

³ Vgl. OECD (HRSG.) (2004c): http://www.oecd.org/infobycountry/0,2646,en_2649_201185_1_70363_119656_1_1,00.html. Die Angabe von 100 Mrd. € ist inflationsbereinigt auf die Preise von 1995.

⁴ Vgl. BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V. (BGW) (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

spart werden, was einem europäischen Beitrag von 18% zur Erreichung des Kyoto-Protokolls entsprechen würde.⁵ Durch den Einsatz der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung als umweltpolitisches Instrument könnten zudem in Folge eines geringeren Ressourcenverbrauchs Kosten gesenkt, das Beschaffungsverhalten andere Konsumenten beeinflusst und Unternehmen zu Produktinnovationen angeregt werden.⁶

Die Tschechische Republik ist am 01. Mai 2004 der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Osterweiterung beigetreten. Der Leiter der Abteilung für Europäische Integration innerhalb des tschechischen Umweltministeriums machte im Jahr 2002 mit folgender Äußerung das Selbstverständnis der tschechischen Regierung bezüglich der Annäherung an die europäischen Umweltstandards deutlich: „We do not want to become a second-class member of the European Union.“⁷ Folglich wurde in der Tschechischen Republik der Aufbau von Umweltinstitutionen, die Erstellung einer staatlichen Umweltpolitik und die Entwicklung des Umweltrechts durch den angestrebten EU-Beitritt stark forciert.⁸

Im speziellen Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung koordiniert die Europäische Kommission die Aktivitäten der Mitgliedstaaten. Diese verfolgt dabei auch eigene Ziele wie die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes.⁹ Oberhalb festgesetzter Schwellenwerte müssen öffentliche Aufträge europaweit ausgeschrieben werden und sind folglich offen für jedes Unternehmen – gleich welcher Herkunft. Grundsätzlich wird die Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung dabei von der Europäischen Kommission nur empfohlen.¹⁰ Die Kommission ist jedoch bestrebt, mit den Mitgliedstaaten in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und bietet zahlreiche Hilfen an.

Betrachtet man den Stand der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik, dann wurden hier zahlreiche Aktivitäten gestartet. Dies zeigt, dass die nachhaltige öffentliche Beschaffung für Tschechien durchaus von Bedeutung ist. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus dem derzeitigen Umweltzustand sowie aus dem Beitritt zur Europäischen Union. Da die nachhaltige öffentliche Beschaffung auch in Tschechien lediglich ein freiwilliges umweltpolitisches Instrument darstellt, ist dessen Umsetzung stark von der Selbstverpflichtung des Landes zu einer nachhaltigen Entwicklung abhängig. An dieser Stelle knüpft sich die zentrale Fragestellung der Arbeit an: „Welche Herausforderungen muss die Tschechische Republik als neues Mitgliedsland der EU überwinden, um das umweltpolitische Instrument der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung effektiv umsetzen zu können?“.

In Kapitel zwei zunächst die Vorgehensweise bei den für diese Arbeit geführten Experteninterviews erläutert. In Kapitel drei wird die Tschechische Republik sowie deren Umweltzustand vorgestellt. Im vierten Kapitel werden die theoretischen Grundlagen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gelegt. Das Kapitel fünf dient der Darstellung der Möglichkeiten zur Integration von Umweltaspekten in den öffentlichen Beschaffungsprozess, die von der Europäischen Kommission als zulässig erachtet werden. Des Weiteren wird beschrieben, inwieweit

⁵ Vgl. ERDMENGER, C. (2003), S. 253.

⁶ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 3ff.; ROTHGANG, E. (1991), S. 193ff. sowie OECD (HRSG.) (2003), S. 28ff.

⁷ Vgl. DUSIK, J. (2002), S. 8.

⁸ Vgl. JILKOVA, J. (2003), S. 291; TSCHECHISCHES AUßENMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 219ff. sowie TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 13ff.

⁹ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 1ff.

¹⁰ Vgl. BARTH, R. et.al. (2004), S. 333.

die Kommission mit den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zusammenarbeitet und welche Umsetzungshilfen sie diesen anbietet. Im abschließenden Kapitel 6 wird der aktuelle Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien anhand von ausgewählten Aspekten dargestellt und einer kurzen Bewertung unterzogen. Die Probleme, die eine effektive Umsetzung hemmen, sollen herausgestellt und Handlungsempfehlungen gegeben werden.

2 Durchführung von Experteninterviews

Im Rahmen dieser Arbeit wurden Experteninterviews durchgeführt. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich aus der unzureichenden Quellenlage, die wiederum aus der Neuartigkeit des Themas resultiert. Über den Stand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik existiert bis dato lediglich eine wissenschaftliche Veröffentlichung des „Center for Environmental Studies“ in Ungarn aus dem Jahr 2003.¹¹ Somit war es unerlässlich, Interviews mit Experten in der Europäischen Kommission sowie der Tschechischen Republik zu führen, die direkt an dem Thema der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung arbeiten. Der Begriff „Experteninterview“ ist ein „*Sammelbegriff für offene oder teilstandardisierte Befragungen von Experten zu einem vorgegebenen Bereich oder Thema*“¹². Ziel war es, auf diese Weise an detaillierte Informationen über den Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien zu gelangen, um dessen Darstellung in dieser Arbeit mit praxisnahen Aussagen zu stärken.

Die Kontaktaufnahme mit den Interviewpartnern erfolgte per E-Mail. Hierfür wurde sowohl ein deutsches als auch ein englisches Anschreiben vorbereitet. Dieser Prozess gestaltete sich verhältnismäßig einfach, da sowohl auf Seiten der zuständigen Stelle der Europäischen Kommission als auch auf Seiten der zuständigen Stellen in Tschechien starkes Interesse am Thema vorherrschten. Nachdem die Experten durch Hinweise der kontaktierten Personen identifiziert werden konnten, wurden zwei Interviewleitfäden erarbeitet – einen für die Experten in der Europäischen Kommission und einen zweiten für die Experten in Tschechien (siehe Anhang 2 und 3). Diese basierten auf den in Kapitel drei bis fünf dargestellten theoretischen Kenntnisstand der Autorin zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und sollten dazu dienen, Informationen über die diesbezüglichen Forderungen der Europäischen Kommission sowie den Ist-Zustand in Tschechien zu erlangen. Die Interviewleitfäden wurden den Interviewpartnern eine Woche vor dem Interview zugeschickt. Die Leitfäden bestanden aus vorrangig offenen Fragen zu den folgenden Themen:

- die zuständigen Institutionen (EU/ Tschechien),
- die Zusammenarbeit zwischen der EU und Tschechien,
- die Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung (EU/ Tschechien),
- die Empfehlung zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (EU/ Tschechien),

¹¹ Vgl. ERI, V.; SZUPPINGER, P. (2003): Green purchasing potential in Central Europe, The cases of the Czech Republik, Hungary and Poland, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment – Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 241-252.

¹² BORTZ, J.; DÖRING, N. (2002), S. 314.

- die Implementierung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (EU/ Tschechien),
- die Informationshilfen (EU/ Tschechien),
- das Umweltzeichen (EU/ Tschechien),
- das Angebot von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen auf dem tschechischen Markt,
- die zukünftige Entwicklung (EU/ Tschechien).

Abweichungen von den vorgegebenen Fragen waren je nach Kenntnisstand und Involvierung des Gesprächspartners in das Thema während des Interviews möglich. Nach dem Interview wurde ein Gesprächsprotokoll aus den Mitschriften erstellt. Da die Interviews auf englisch durchgeführt wurden, erfolgte zumeist eine inhaltliche Wiedergabe. Das Gesprächsprotokoll wurde abschließend von den Interviewpartnern in ihrem Sinn überarbeitet und bestätigt, so dass eine korrekte Zitierung für diese Arbeit erfolgen kann (siehe Anhang 5 bis 10). Ein Interview fand per Email statt, da die Kontaktperson nur in einen kleinen Teilbereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung involviert ist und somit ein Interview vor Ort zu aufwendig gewesen wäre. Mit den folgenden Experten wurden Interviews durchgeführt¹³:

Name	Position	Interviewdatum/ -ort
Jill Michielssen	Mitarbeiterin der Generaldirektion (GD) Umwelt der Europäischen Kommission, zuständig für Green Public Procurement	11. Mai 2004 in Brüssel
Daniel Vondrous Jakub Kaspar	Mitarbeiter des tschechischen Umweltministeriums, Secretary of Minister Mitarbeiter des tschechischen Umweltministeriums, Leiter der Abteilung Public Relations	17. Mai 2004 in Prag
Adela Princova Petr Saifrid	Mitarbeiterin des Tschechischen Ökologischen Instituts, Agency for Environmentally Friendly Products/ Ecolabelling Mitarbeiter des Tschechischen Ökologischen Instituts, Leiter der Agency for Environmentally Friendly Products	18. Mai 2004 in Prag
Ondrej Velek	ehemaliger Mitarbeiter der Stiftung Environmental Partnership, Mitglied des tschechischen Ecolabelling Board	18. Mai 2004 in Prag
Zdenek Suchanek	Projektmanager bei der Beratungsfirma DHV Czech Republic, Abteilung für Umwelt, Transport und Infrastruktur	19. Mai 2004 in Prag
David Dvorak	Mitarbeiter des tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung, Rechtsabteilung (Öffentliche Beschaffung)	Emailverkehr 01. April bis 03. Juni 2004
Libor Holub Hartwig Ziegler	Mitarbeiter des Unternehmens RWE Energy Czech Republic, Prag Mitarbeiter des Unternehmens RWE Energy Czech Republic, Prag Abteilung Regulatory Affairs	16. Juli 2004 in Prag

Tabelle 1: Interviewpartner für die Diplomarbeit

(Eigene Darstellung)

¹³ Detaillierte Kontaktdaten der Interviewpartner finden sich im Anhang 1. Die Kosten für die Forschungsreisen nach Brüssel und Prag wurden freundlicherweise von der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Technischen Universität Dresden e.V. übernommen.

Die Interviews wurden qualitativ ausgewertet, d.h. sie fließen an den relevanten Stellen in den laufenden Text mit ein und werden, falls möglich, mit Quellen aus der Literatur belegt. Dabei werden vor allem auch widersprüchliche Aussagen zwischen der EU-Mitarbeiterin und den tschechischen Experten sowie zwischen den tschechischen Experten selbst analysiert.

Zusätzlich zu den geführten Interviews mit den Experten zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wurden zwei Mitarbeiter von RWE Energy Czech Republic, s.r.o. (im Folgenden RWE Energy genannt) befragt, um auch die Unternehmenssicht im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zu analysieren (siehe Anhang 11). RWE Energy ist in ein Projekt bezüglich erdgasbetriebener Fahrzeuge im tschechischen Straßenverkehr involviert. Die Kontaktaufnahme erfolgte über eine der Autorin bekannte Mitarbeiterin beim tschechischen Gas-einkäufer Transgas. Für dieses Interview wurde ein gesonderter Fragebogen auf deutsch erstellt (siehe Anhang 4), der sich in drei Teile gliederte:

- die Projektbeschreibung,
- der status quo erdgasbetriebener Fahrzeuge in Tschechien sowie
- die Perspektive der tschechischen Regierung.

Die Ergebnisse der Befragung bilden die Grundlage für die in Kapitel 6.4 beschriebene Fallstudie. Die Mitarbeiter von RWE Energy haben zudem das tschechische Unternehmen Ekobus a.s. als weiteren Interviewpartner empfohlen. Ekobus produziert erdgasbetriebene Busse, die im tschechischen öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden. Die Kontaktaufnahme mit dem Mitarbeiter Peter Harnoc erfolgte bereits Anfang Juni 2004. Trotz mehrmaligem E-mailverkehr war dieser letztlich jedoch nicht zu einem Interview bereit.

Es soll im folgenden Kapitel die Tschechische Republik vorgestellt und ein Einstieg in die nachhaltige Entwicklung des Landes gegeben werden.

3 Nachhaltige Entwicklung in der Tschechischen Republik

Ziel dieses Kapitels ist es, die Tschechische Republik anhand von grundlegenden Indikatoren vorzustellen und die ökologischen Probleme zu erläutern, die im Laufe der kommunistischen Ära im Land entstanden sind und mit denen die Tschechische Republik in der anhaltenden Transformationsphase konfrontiert ist.

3.1 Grunddaten der Tschechischen Republik

Die Tschechische Republik liegt in Mitteleuropa, hat eine Größe von 78.864 km² und 10,224 Mio. Einwohner, wovon zwei Drittel in Städten und ein Drittel auf dem Land leben. Die größten tschechischen Städte sind die Hauptstadt Prag (1,2 Mio. Einwohner), Brno, Pilsen und Ostrava. 94% der Bevölkerung sind Tschechen, 3% Slowaken und der restliche Anteil der Minderheiten besteht hauptsächlich aus Polen, Deutschen, Rumänen und Ungarn.¹⁴

Betrachtet man die Geschichte des Landes seit 1945, dann wurde die Tschechoslowakische Republik 1945 durch die sowjetischen Truppen von der Naziokkupation befreit. Im Jahre 1948 entstand die CSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) - ein kommunistischer Staat im sowjetischen Stil mit fehlender Gewaltenteilung, politischer Unterdrückung, Verstaatlichung von Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie einer zentralverwalteten Planwirtschaft. Die Reformbewegung „Prager Frühling“ unter der Führung von Alexander Dubcek wurde 1968 gewaltsam durch den Einmarsch der Sowjetunion und anderer Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei niedergeschlagen. Letztendlich wurde das kommunistische System des Landes wie auch des gesamten Ostblocks 1989/90 im Zuge der „Samtenen Revolution“ gestürzt. Die daraufhin gegründete CSFR (Tschechoslowakische Föderative Republik) wurde am 01. Januar 1993 einvernehmlich und friedlich aufgelöst. Es entstanden die Slowakische und die Tschechische Republik mit jeweils eigener Verfassung. Die Staatsform der Tschechischen Republik ist eine parlamentarische Demokratie. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes vollzieht sich ein tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozess im Sinne einer Eingliederung des Staates in das westliche Wertesystem von Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Anbindung an Westeuropa und der Beitritt zur EU, welcher am 01. Mai 2004 vollzogen wurde, war das zentrale Ziel der tschechischen Außen- und Wirtschaftspolitik.¹⁵

Die wirtschaftlichen Reformen beinhalteten eine schnelle Liberalisierung der Preise und die Wiedereinführung des Privateigentums.¹⁶ Der tschechische Staat zog sich zwischen Mitte 1991 und Ende 1994 massiv aus der Wirtschaft zurück, so dass privatisierte Unternehmen 1994 rund 75-80% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) erzeugten.¹⁷ Seit der Rezession von 1997 und 1998 gibt es ein solides Wirtschaftswachstum mit einer Inflation von 4,5% im Jahr 2001

¹⁴ Vgl. ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (OECD) (HRSG.) (2001), S. 7 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004): <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm>. Stand 31.12.2001. Im Anhang 12 befindet sich eine Landkarte der Tschechischen Republik.

¹⁵ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004): <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm> und DEG (HRSG.) (1995), S. 44ff.

¹⁶ Vgl. DEG (HRSG.) (1995), S. 51ff.

¹⁷ Vgl. PODKAMINER, L. (1995), S. 22.

und einem Anstieg des realen BIP um 3,3% im Jahr 2001 und 2,7% im Jahr 2002.¹⁸ Das BIP pro Kopf betrug im Jahr 2001 6.200 Euro.¹⁹ Dabei weist die Leistungsbilanz zwischen 1997 und 2001 ein Defizit von durchschnittlich 4,1% auf. Seit 1998 wird dieses Defizit durch hohe Direktinvestitionen aus dem Ausland (8,7% des BIP im Jahr 2001) ausgeglichen.²⁰ Die tschechische Volkswirtschaft wird im Vergleich zu den anderen Beitrittsstaaten als relativ stabil bewertet. Diese Stabilität wird jedoch durch einen defizitären Staatshaushalt (5,5% des BIP im Jahr 2001) gefährdet.²¹ Ein weiteres ökonomisches Problem ist die seit 1998 steigende Arbeitslosigkeit, die im Jahr 2001 ein Niveau von 8% erreichte. Sie ist vermehrt struktureller Natur und es existieren große regionale Unterschiede, da die Tschechische Republik einer starken wirtschaftlichen Umstrukturierung unterliegt.²² Der Agrarsektor, der bereits im Zuge der kommunistischen Industrialisierung in den 1950er und 1960er Jahren an Bedeutung verlor (zu der Zeit machte er ca. 10% des BIP aus), erwirtschaftete im Jahr 2000 bspw. nur noch 3,9% des BIP.²³ Der Beitrag der industriellen Produktion am BIP belief sich gegen Ende der CSSR auf rd. 65%. Nachdem diese allerdings im Zuge des Umsturzes von 1990 bis 1996 um 23% fiel, betrug sie im Jahr 2000 nur noch 39,9%.²⁴ Die tschechischen Industriestandorte befinden sich schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts schwerpunktmäßig in Böhmen und Mähren und umfassen Bergbau, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Rüstungsindustrie, chemische Industrie, Energieerzeugung sowie Textil-, Glas- und Keramikindustrie.²⁵ Der Dienstleistungssektor trug im Jahr 2000 56,1% zum BIP bei.²⁶

Inwieweit sich das totalitäre Regime in der CSSR auf den Zustand der Umwelt ausgewirkt hat und vor welchen ökologischen Herausforderungen die Tschechische Republik heutzutage steht, soll im Folgenden erläutert werden.

3.2 Ökologische Herausforderungen der post-kommunistischen Tschechischen Republik

In der Tschechoslowakei herrschte von 1948 bis 1989 ein totalitäres kommunistisches Regime, dessen Wirtschaftsweise den Zustand der Umwelt stark prägte und verheerende Umweltbelastungen verursachte.²⁷ Der Faktor Umwelt diente nur als Ressourcenquelle und gewann erst durch das Hinzufügen von menschlicher Arbeit an Wert. Ökonomische Aspekte wie die Steigerung der Produktion besaßen höchste Priorität.²⁸ Umweltaspekte wurden kaum beachtet, d.h. natürliche Ressourcen wurden verschwenderisch genutzt, da sie als unerschöpflich

¹⁸ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2002): Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zu, Beitritt, KOM(2002) 700 endg., S. 41 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004): <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm>.

¹⁹ Vgl. KOM(2002) 700 endg., S. 174. Im Vergleich das BIP/ Kopf 2001 in Deutschland: 25.200 Euro. Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (HRSG.) (2004): <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab9.htm>.

²⁰ Vgl. KOM(2002) 700 endg., S. 51 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004): <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm>.

²¹ Vgl. KOM(2002) 700 endg., S. 46.

²² Ebd., S. 45.

²³ Vgl. OECD (HRSG.) (2001), S. 7.

²⁴ Ebd. sowie DEG (HRSG.) (1995), S. 47ff..

²⁵ Vgl. DEUTSCH-TSCHECHISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (DTIHK) (HRSG.) (1994), S. 27.

²⁶ Vgl. OECD (HRSG.) (2001), S. 7.

²⁷ Vgl. KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 107ff..

²⁸ Vgl. MIKO, L. (2000), S. 185ff..

galten und die Rohstoff- und Energiepreise durch staatliche Subventionen niedrig gehalten wurden.²⁹

Die Tschechoslowakische Republik gehörte in den 1930er Jahren zu den führenden Industrienationen der Welt und besaß eine lange Tradition in der Schwer- und Stahlindustrie. Diese Tradition nutzend, wurden die Produktionskapazitäten bis an die Grenzen ausgeweitet, womit die Umweltbelastung stetig zunahm.³⁰ Die industrielle Produktion siedelte sich vor allem in der Nähe billiger Energiequellen an und konzentrierte sich auf eine kleine Anzahl von Regionen, die demzufolge stärkeren Umweltbelastungen ausgesetzt waren als andere.³¹ Neben den stark verschmutzten Industriegebieten, den sog. „hot spots“, gab es ausgedehnte von menschlicher Hand weitestgehend unberührte Regionen mit großer Biodiversität. Die größten verschmutzten Gebiete sind Nordwestböhmen mit seinen Braunkohlevorkommen (dieses Gebiet ist Teil des sog. „Schwarzen Dreiecks“ zwischen Tschechien, Polen und Deutschland), Nordmähren mit seinen Steinkohlevorkommen, Zentralböhmen sowie größere städtische Agglomerationen wie die Hauptstadt Prag.³² Hauptursache der Verschmutzung waren große staatliche Industriebetriebe, die durch ihre Wirtschaftsweise alle Umweltmedien stark belasteten. Neben dem Problem der Wasserqualität und der Abfallbehandlung stellt bis heute die Luftqualität das größte Umweltproblem dar.³³ Diese wurde dermaßen beeinträchtigt, dass es insbesondere in den „hot spots“ zu starken gesundheitlichen Problemen und einer geringeren Lebenserwartung kam.³⁴

Umweltinformationen waren streng geheim und wurden der Öffentlichkeit kaum zur Verfügung gestellt. Das totalitäre System ließ eine ökologische Bewegung innerhalb der Bevölkerung nicht zu, da diese möglicherweise den verheerenden Umweltzustand aufgedeckt und somit die Stabilität des Systems hätte gefährden können.³⁵ Eine erste offizielle Bewertung des tschechoslowakischen Umweltzustandes veröffentlichte das neu gegründete Umweltministerium 1990 im sog. „Blue Book“. Diese Bewertung basierte erstmalig auf vollständig zugänglichen Informationen für die Öffentlichkeit und beschrieb die ökologischen Bedingungen des Landes als katastrophal.³⁶ Dies führte zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung. Laut einer Meinungsumfrage im Jahr 1990 sahen 80% der Tschechoslowaken die Verbesserung des Umweltzustandes als höchste Priorität der neuen Regierung an.³⁷ Bereits zu Beginn der Transformationsperiode wurden Umweltgesetzgebungen, Limits und Standards – insbesondere im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt – eingeführt.³⁸ Dank dieser Um-

²⁹ Vgl. JASINSKI, P.; LAWTON SMITH, H. (1999), S. 5.

³⁰ Vgl. KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 108.

³¹ Vgl. VON HOHMEYER, I. et al. (2001), S. 167ff.

³² Vgl. VON HOHMEYER, I. et al. (2001), S. 167ff., EEA (1998), S. 149 sowie KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 109ff.

³³ Vgl. MIKO, L. (2000), S. 197f.

³⁴ Vgl. VON HOHMEYER, I. et al. (2001), S. 167.

³⁵ Vgl. MIKO, L. (2000), S. 186.

³⁶ Vgl. MOLDAN, B.; HAK, T. (2000), S. 38. Im Jahr 1984 gab der Staat ein Gutachten der Umweltsituation in Auftrag, veröffentlichte es aber aufgrund der negativen Ergebnisse nicht, um Oppositionellen keine Argumentationspunkte zu liefern. Dieses Dokument konnte jedoch von der Vereinigung „Charta 77“ in den Westen geschmuggelt und dort veröffentlicht werden. Vgl. JORDAN, P.; TOMASI, E. (1994), S. 42.

³⁷ Vgl. KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 118 sowie REGIONAL ENVIRONMENTAL CENTRE (REC) (HRSG.) (2004a): <http://www.rec.org/REC/Publications/NEAPstatus/cover.html>, Stand Mai 1995. In beiden Veröffentlichungen wird die Quelle sowie der Umfang der Meinungsumfrage von 1990 nicht angeführt. Um die derzeitige Bedeutung des Umweltschutzes aufzuzeigen, wird das Ergebnis der Meinungsumfrage dennoch in dieser Arbeit zitiert.

³⁸ Vgl. KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 110.

weltmaßnahmen, aber vor allem auch aufgrund des starken Rückgangs der industriellen Produktion verbesserte sich die Umweltsituation maßgeblich, bleibt jedoch im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten schlecht.³⁹ Der allgemeine Zustand der Umwelt in der Tschechischen Republik wurde im Laufe der Zeit von der Bevölkerung in Umfragen immer positiver bewertet (auch wenn dabei im Jahr 2001 nur 17% zufrieden und sogar 38% unzufrieden waren).⁴⁰ Eine schnelle Verbesserung des Umweltzustandes wird erstens jedoch gehemmt durch die extensiven Umweltbelastungen, deren Ursachen stark in der bestehenden ökonomischen und wirtschaftlichen Struktur verwurzelt sind,⁴¹ zweitens durch die fehlende Erfahrung und das Wissen von Umweltschützern wie auch von relevanten Entscheidungsträgern und drittens durch den Rückgang des anfänglichen Enthusiasmus und Einsatzes der Bevölkerung, die Umwelt zu verbessern.⁴² Umweltprobleme werden zunehmend von anderen Problemen wie Korruption, Arbeitslosigkeit, Verbrechen und soziale Sicherheit überlagert.⁴³ Zudem klafft die Lücke zwischen Umweltbewusstsein und umweltorientiertem Verhalten weit auseinander.⁴⁴

Da sich die Tschechische Republik heute zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet hat und der EU-Beitritt eines der Hauptziele der Politik darstellte, werden nach wie vor starke Bemühungen unternommen, um die ökologischen Probleme des Landes zu lösen und die EU-Standards zu erreichen. Dabei ist es essentiell, dass das zukünftige Wirtschaftswachstum umweltschonender erreicht werden kann.⁴⁵ Das umweltpolitische Instrument der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung stellt dabei eine Möglichkeit des Staates dar, positiv auf den Zustand der Umwelt in Tschechien einzuwirken.

Wie die nachhaltige öffentliche Beschaffung definiert wird, welche Auswirkungen sie im Umweltbereich hervorruft und wie sie implementiert werden kann, wird im folgenden Kapitel aufgezeigt.

³⁹ Ebd., S. 110ff.. Für detaillierte Informationen über den aktuellen Umweltzustand der Tschechischen Republik siehe TSCHECHISCHES STATISTIKAMT (HRSG.) (2004): Statistical Environmental Yearbook of the Czech Republic 2003, <http://www.czso.cz/eng/edicniplan.nsf/p/10n1-03>; TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2002): Report on the State of the Environment of the Czech Republic 2001, http://www.env.cz/ZZP_01_en/zp_02_an.htm sowie MOLDAN, B.: HAK; T. (2000), S. 19ff..

⁴⁰ Vgl. RHEINLÄNDER; K. (2003), S. 126ff.. Die folgenden Angaben entstammen Auswertungen repräsentativer Bevölkerungsumfragen des Centrum pro vyzkum kum verenjeneho mineni (Stichproben: ca. 1.000 Personen älter als 15) zwischen November 1999 und Januar 2001.

⁴¹ Die tschechische Wirtschaft zeichnet sich beispielsweise immer noch durch eine verhältnismäßig hohe Energieintensität aus und verwendet zwei bis drei Mal mehr Energie als vergleichbare europäische Staaten wie Deutschland. Ziel ist es, diese Intensität zu senken wie auch bei der Energieverwendung von Kohle auf Gas umzusteigen. Siehe dazu KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 6 sowie S. 114ff..

⁴² Vgl. KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 119.

⁴³ Vgl. RHEINLÄNDER; K. (2003), S. 127 sowie KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997), S. 119.

⁴⁴ Ebd., S. 128. Laut der oben genannten Umfrage im Jahr 2000 tut 46% der tschechischen Bevölkerung nichts für die Verbesserung der Umwelt.

⁴⁵ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004a): <http://www.env.cz/www/zamest.nsf/0/1b42d3ec6c3dbf11c1256c5300256371?OpenDocument>.

4 Die nachhaltige öffentliche Beschaffung

In diesem Kapitel sollen grundlegende Begriffe definiert und erläutert werden, die die nachhaltige öffentliche Beschaffung betreffen. Dabei soll zunächst auf die bereits verwendeten Begriffe „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“ sowie auf den Begriff „Beschaffung“ eingegangen werden. Danach werden die Besonderheiten der öffentlichen Beschaffung sowie die Notwendigkeit der Integration von Umweltschutzaspekten in die öffentliche Beschaffung dargestellt. Abschließend sollen die Akteure, der Einführungsprozess und die möglichen Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung näher erläutert werden.

4.1 Die Begriffe „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“

Der Umweltbegriff im weiteren Sinn umfasst die soziale, natürliche und technisch-zivilisatorische Umwelt des Menschen.⁴⁶ Die soziale Umwelt besteht aus menschlichen Beziehungen sowie deren kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen; die natürliche Umwelt stellt die elementaren Lebensräume Boden, Luft und Wasser sowie deren Beziehungen untereinander und zu den Menschen dar. Die technisch-zivilisatorische Umwelt steht für alles von Menschen Geschaffene (z.B. Maschinen). Dieser weite Umweltbegriff wird in dieser Arbeit auf die natürliche und technisch-zivilisatorische Umwelt eingegrenzt, da diese Ebenen maßgebend für das menschliche Einwirken auf die natürliche Umwelt im Rahmen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sind.

Wird die Umwelt vom Menschen als unmittelbares Konsumgut, als Ressourcenlieferant oder als Aufnahmemedium, bspw. für Abfälle aus der Produktion oder dem Konsum genutzt, kann eine Umweltbelastung entstehen.⁴⁷ Tritt diese auf, kann die Umwelt nicht mehr ihre natürliche oder die von den Menschen gewünschte Funktion erfüllen – sei es ganz oder teilweise, vorübergehend oder auf Dauer.⁴⁸ Der Verbrauch von Rohstoffen aus der Natur und die Aufnahme von Verschmutzungen durch die Natur kann zu einer ökologischen Knappheit führen, d.h. einer unbegrenzten Menge von Bedürfnissen nach einem Gut oder einer Dienstleistung steht eine begrenzte Anzahl von Ressourcen gegenüber.⁴⁹

Die oben dargestellte Problematik (zunehmende Umweltbelastung und Knappheit von Ressourcen) führte zur Veröffentlichung des Brundlandt-Berichts „Unsere gemeinsame Zukunft“ durch die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987⁵⁰ wie auch zur Konferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro, die eine nachhaltige, zukunftsverträgliche Entwicklung („sustainable development“) forderten. Nachhaltige Entwicklung wird dort als eine Art des Fortschritts definiert, die *„die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“*⁵¹ Das Konzept fordert die Integration ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltig-

⁴⁶ Vgl. MATSCHKE, M. J. (1996), S. 2ff..

⁴⁷ Vgl. STREBEL, H. (1980), S. 22.

⁴⁸ Vgl. BRAUN, F. (1974), S. 13.

⁴⁹ Siehe GÜNTHER, E. (1994), S. 3ff. für weitere Unterscheidungen der ökologischen Knappheit.

⁵⁰ Vgl. HAUFF, V. (1987), S. 1.

⁵¹ HAUFF, V. (HRSG.) (1987), S. 46.

keitsziele der Politik.⁵² In dieser Arbeit sollen nun insbesondere die ökologischen Nachhaltigkeitsziele betrachtet werden, d.h. das Wirtschaftswachstum soll nicht nur rein quantitativ, sondern auch qualitativ erfolgen.⁵³ Die in Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 ist hier ein richtungsweisendes Dokument und fordert die Änderung der Konsum- und Produktionsgewohnheiten im Sinne eines qualitativen – also ökologisch nachhaltigen – Wachstums.⁵⁴ Die nachhaltige öffentliche Beschaffung stellt in diesem Rahmen ein umweltpolitisches Instrument dar, mit dem der Staat selbst einen nachhaltigen Konsum sowie eine nachhaltige Produktion fördern kann (siehe Kapitel 4.4.2).

Im Folgenden soll zunächst der Begriff der „Beschaffung“ definiert werden. Es muss hier zwischen privatwirtschaftlicher und öffentlicher Beschaffung unterschieden werden, da es im öffentlichen Sektor beide Beschaffungsformen geben kann (öffentliche Unternehmen agieren zu Teilen wie private Unternehmen).

4.2 Die nachhaltige Beschaffung

4.2.1 Die privatwirtschaftliche Beschaffung

Die Beschaffung bildet den Kernbereich des Versorgungsmanagements und *„umfasst sämtliche unternehmens- und/ oder marktbezogene Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind, einem Unternehmen die benötigten, aber nicht selbst hergestellten Objekte für den Leistungserstellungsprozess verfügbar zu machen.“*⁵⁵ Diese Definition bezieht sich zwar auf privatwirtschaftliche Unternehmen, ist jedoch so allgemein gefasst, dass sie sich auch auf öffentliche Auftraggeber und öffentliche Unternehmen übertragen lässt.⁵⁶

Bei der Frage nach den Beschaffungsobjekten liegen in der Wissenschaft und Praxis uneinheitliche Abgrenzungen vor. Im weiteren Sinne werden Beschaffungsobjekte zwischen materiellen Gütern wie Betriebsmittel und Werkstoffe und den immateriellen Gütern wie z.B. Dienstleistungen abgegrenzt. Die folgende Abbildung gibt einen diesbezüglichen Überblick:

⁵² Vgl. ENQUETE-KOMMISSION „SCHUTZ DES MENSCHEN UND DER UMWELT“ DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (HRSG.) (1998), S. 17.

⁵³ Vgl. STEGER, U. (HRSG.) (1992), S. 682.

⁵⁴ Vgl. UNITED NATIONS (HRSG.) (2004a): <http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/index.htm>. Das Thema „sustainable consumption and production“ wurde insbesondere auch auf dem Weltgipfel im Jahr 2002 in Johannesburg vorangetrieben. Siehe dazu UNITED NATIONS (HRSG.) (2004c): http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POIChapter3. Verwiesen sei ebenfalls auf die diesbezüglichen Aktivitäten im Zuge des United Nations Environment Programme (UNEP) (HRSG.) (2004a): <http://www.unep.org/pc/sustain/10year/home.htm> sowie der OECD (HRSG.) (2004b): http://www.oecd.org/findDocument/0,2350,en_2649_34289_1_119699_1_1_1,00.html.

⁵⁵ ARNOLD, U. (1997), S. 3.

⁵⁶ Eine Definition der Begriffe „öffentlicher Auftraggeber“ und „öffentliches Unternehmen“ erfolgt in Kapitel 4.3.1.

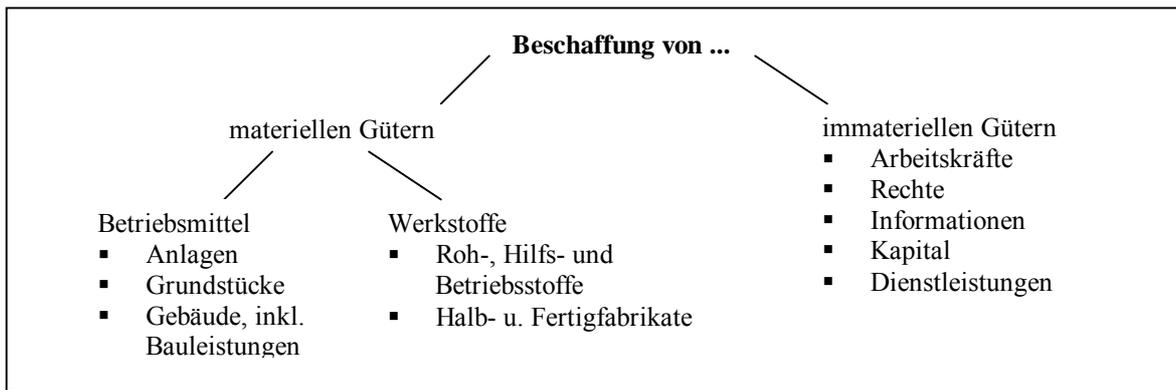


Abbildung 1: Die Abgrenzung von Beschaffungsobjekten

(Eigene Darstellung in Anlehnung an ARNOLD, U. (1997), S. 3ff.; MATSCHKE, M. J. (1996), S. 168 und WICKE, L. et al. (1992), S. 135.)

Die für die öffentliche Beschaffung relevanten Beschaffungsobjekte werden in Kapitel 4.3.2 abgegrenzt und näher erläutert.

Häufig herrscht Uneinigkeit zwischen den Begriffen Beschaffung, Einkauf und Logistik. Der Einkauf ist ein Teilbereich der Beschaffung, der die operativen Tätigkeiten beschreibt⁵⁷, wohingegen logistische Aufgaben wie Transport und Lagerung weiterführende Aufgaben sind.⁵⁸

Die Ziele der Beschaffung bestehen vor allem aus der sicheren und kostengünstigen Versorgung des Unternehmens sowie der Qualitäts- bzw. Leistungssteigerung in der Produktion.⁵⁹ Die sichere Versorgung ist gesondert zu betrachten, da sie eine unabdingbare Voraussetzung für jeden Leistungserstellungsprozess darstellt. Gefahren für eine langfristige Versorgungssicherung wie z.B. durch die Erschöpfung von Rohstoffquellen müssen frühzeitig erkannt werden. Somit gewinnt die strategische Komponente bei der Beschaffung an Bedeutung.⁶⁰

Nach der Definition von „Nachhaltigkeit“ und „Beschaffung“ sollen diese beiden Begriffe nun miteinander verknüpft werden, indem die Ansatzpunkte für die Integration von Umweltaspekten in die Beschaffung aufgezeigt werden.

4.2.2 Die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Beschaffung

Die Beschaffung ist stark mit der Funktion der Umwelt als Lieferant von Ressourcen verbunden, da sie in hohem Maße von der Qualität und von den Reserven der Umweltgüter unmittelbar abhängt.⁶¹ Mit der Einbeziehung von Umweltaspekten in die oben dargestellte Beschaffung spricht man von einer nachhaltigen Beschaffung.

Nachhaltiges Beschaffen wird definiert als „Leitbegriff für die dem Beschaffungsvorgang vorausgehende umweltorientierte Prüfung der spezifischen Einsatzstoffe und Produktionsprozesse sowie der umweltbezogenen Gebrauchseigenschaften.“⁶² Zu prüfen sind dabei innerhalb

⁵⁷ Vgl. ARNOLDS, H. et al. (1998), S. 22.

⁵⁸ Vgl. WICKE, L. et al. (1992), S. 135ff. und MATSCHKE, M.J. (1996), S. 170.

⁵⁹ Vgl. ARNOLDS, H. et al. (1998), S. 25ff. und ARNOLD, U. (1997), S. 10ff.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vgl. MATSCHKE, M. J. (1996), S. 169.

⁶² ROTHGANG, E. (1991), S. 191. Der Begriff der nachhaltigen Beschaffung ist gleichzusetzen mit dem Begriff der umweltfreundlichen oder umweltorientierten Beschaffung.

einer Lebenszyklusbetrachtung z.B. die stoffliche Zusammensetzung, die Lebensdauer, die Umweltwirkungen beim Gebrauch und insbesondere auch die Abfalleigenschaften eines Produkts, da die zu entsorgenden Abfallstoffe stark von den beschafften Einsatzstoffen abhängig sind. Durch die nachhaltige Beschaffung können die Weichen für eine umweltschonende Art der Produktion, des Verbrauchs und der Entsorgung gestellt werden.⁶³

Die nachhaltige öffentliche Beschaffung unterscheidet sich in einigen Aspekten von der nachhaltigen Beschaffung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens. Worin die Besonderheiten der öffentlichen Beschaffung bestehen, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

4.3 Die öffentliche Beschaffung

4.3.1 Begriffsdefinition „öffentlicher Auftraggeber“ und „öffentliches Unternehmen“

An dieser Stelle wird zunächst eine allgemeine Begriffsdefinition gegeben, wie sie in den europäischen Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe zu finden ist. Öffentliche Beschaffung umfasst demnach die Beschaffung durch öffentliche Auftraggeber sowie die Beschaffung durch öffentliche Unternehmen, zusammen auch „öffentliche Hand“⁶⁴ genannt. Der Begriff *öffentlicher Auftraggeber* bezeichnet „den Staat, die Gebietskörperschaften, die Einrichtungen des öffentlichen Rechts und die Verbände, die aus einer oder mehreren dieser Körperschaften oder Einrichtungen des öffentlichen Rechts bestehen.“⁶⁵ Beispielhaft können das Umweltministerium und der Zoll angeführt werden.

Als *öffentliches Unternehmen* wird jedes Unternehmen bezeichnet, „auf das der Auftraggeber aufgrund von Eigentum, finanzieller Beteiligung oder der für das Unternehmen geltenden Vorschriften unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.“⁶⁶ Im Gegensatz zu den privatwirtschaftlichen Unternehmen verfügen öffentliche Unternehmen über einen erweiterten Zielkatalog. Sie erfüllen öffentliche und bei Bedarf auch gesamtwirtschaftliche oder umwelt- und sozialpolitische Aufgaben des Staates (z.B. Investitionen im Dienste der Regional- oder Konjunkturpolitik).⁶⁷ Beispielhaft können hier kommunale Unter-

⁶³ Vgl. MATSCHKE, M.J. (1996), S. 169.

⁶⁴ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 13.

⁶⁵ Richtlinie (RL) 2004/17/EG Art. 2 Abs. 1a) sowie RL 2004/18/EG Art. 1 Abs. 9 (die europäischen Vergaberichtlinien werden ausführlich in Kapitel 5.3.2 erläutert). Der Staat und die Gebietskörperschaften können auch als öffentliche Verwaltungen bezeichnet werden, die dem stufenweisen Staatsaufbau entsprechen. Man unterscheidet zwischen zentralen Verwaltungen sowie regionalen und lokalen Verwaltungen (letztere werden auch kommunale Verwaltungen genannt). Vgl. CHMIELEWICZ, K.; EICHHORN, P. (HRSG.) (1989), S. 1152ff. „Als „Einrichtung des öffentlichen Rechts“ gilt jede Einrichtung, die a) zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nicht gewerblicher Art zu erfüllen, b) Rechtspersönlichkeit besitzt und c) überwiegend vom Staat, von den Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts finanziert wird, hinsichtlich ihrer Leistung der Aufsicht durch Letztere unterliegt, oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die vom Staat, von den Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts ernannt worden sind.“ Vgl. RL 2004/17/EG Art. 2 Abs. 1a).

⁶⁶ RL 2004/17/EG Art. 2 Abs. 1b). „Es wird vermutet, dass der Auftraggeber einen beherrschenden Einfluss auf ein Unternehmen ausübt, wenn er unmittelbar oder mittelbar a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals des Unternehmens hält oder b) über die Mehrheit der mit den Anteilen am Unternehmen verbundenen Stimmrechte verfügt oder c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens ernennen kann.“

⁶⁷ Vgl. CHMIELEWICZ, K.; EICHHORN, P. (HRSG.) (1989), S. 1098 sowie HIEBER, F. (1999), S. 58. Im Bereich der öffentlichen Unternehmen können ebenfalls sog. Public Private Partnerships (PPP) existieren. Für weitere Informationen siehe EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004k): http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm.

nehmen angeführt werden wie der öffentliche Personennahverkehr und die Stadtwerke zur Energieversorgung.⁶⁸

Öffentliche Auftraggeber und öffentliche Unternehmen agieren nach den gleichen Prinzipien wie privatwirtschaftliche Unternehmen (z.B. nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip), sind jedoch im Gegensatz zur Privatwirtschaft durch Wirtschaftspläne politisch determiniert. Diese müssen erfüllt werden, auch wenn ein Verlust entsteht. Zudem besteht Gemeineigentum an den Produktionsmitteln.⁶⁹ Im weiteren Verlauf der Arbeit werden öffentliche Unternehmen unter den Begriff der öffentlichen Auftraggeber subsumiert.

Die einzelnen Schritte des öffentlichen Beschaffungsprozesses sowie die relevanten Beschaffungsobjekte werden im nun folgenden Kapitel aufgezeigt.

4.3.2 Das öffentliche Beschaffungswesen

Die öffentliche Beschaffung lässt sich in drei Phasen unterteilen: die Bedarfsbestimmung, die Auftragsvergabe und die Auftragsabwicklung. Jede einzelne Phase im öffentlichen Beschaffungsprozess beinhaltet Teilaufgaben, die in der Abbildung zwei dargestellt werden⁷⁰:

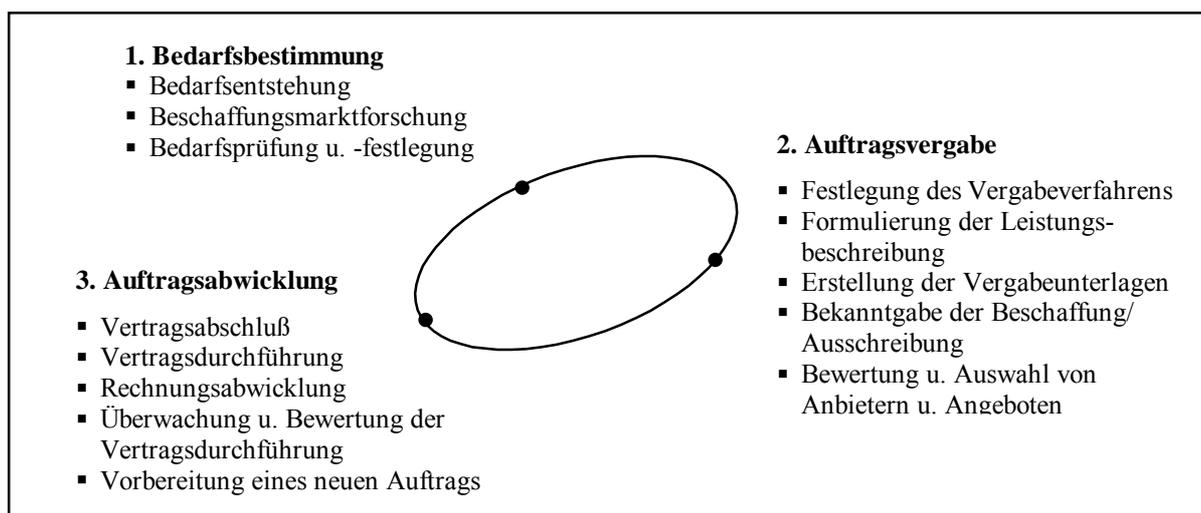


Abbildung 2: Die Phasen des öffentlichen Beschaffungsprozesses

(In Anlehnung an OECD (HRSG.) (2000), S. 40 und BME (HRSG) (2000), S. 14.)

Des Weiteren ist es notwendig, die für die öffentlichen Auftraggeber relevanten Beschaffungsobjekte abzugrenzen. Es lässt sich differenzieren zwischen der öffentlichen Beschaffung im weiteren und im engeren Sinn:

⁶⁸ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 13ff.

⁶⁹ Vgl. HIEBER, F. (1999), S. 23ff.

⁷⁰ Zur Darstellung des öffentlichen Beschaffungsprozesses wurde die OECD Publikation „Greener Public Purchasing“ aus dem Jahr 2000 sowie die deutsche Publikation „Chancen und Entwicklungen im Public Procurement“ des BME (Bundesverband für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V.) aus dem Jahr 2000 herangezogen. Da der Fokus dieser Arbeit auf der Erläuterung der EU-Empfehlung zur Einbeziehung von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess liegt, wurde die Quellenlage an dieser Stelle nicht nur auf eine deutsche Quelle beschränkt.

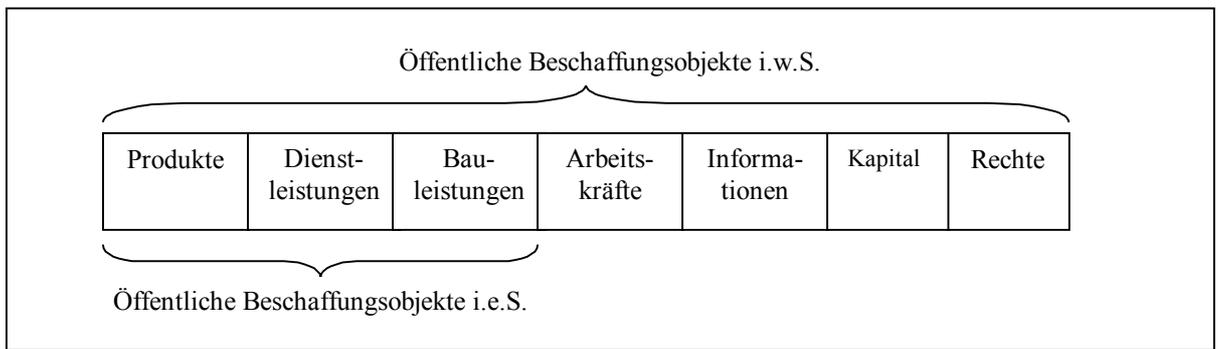


Abbildung 3: Beschaffungsobjekte öffentlicher Auftraggeber

(In Anlehnung an BME (HRSG.) (2000), S. 11; UBA (HRSG.) (1999), S. 16ff. sowie CHMIELEWICZ, K.; EICHHORN, P. (HRSG.) (1989), S. 94 und 102.)

Diese Arbeit konzentriert sich auf Beschaffungsobjekte im engeren Sinn, da diese Gegenstand der europäischen Vergaberichtlinien sind.⁷¹ Außerdem werden die eingegrenzten Beschaffungsobjekte mit den Begriffen Produkte und Dienstleistungen zusammengefasst.

Die Darstellung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung als umweltpolitisches Instrument sowie das Aufzeigen der Notwendigkeit der Integration von Nachhaltigkeitsaspekten ist Ziel des nächsten Abschnitts.

4.4 Die öffentliche Beschaffung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

4.4.1 Die nachhaltige öffentliche Beschaffung als umweltpolitisches Instrument

Mit Hilfe der verschiedenen umweltpolitischen Instrumente kann der Staat die Aktivitäten von Unternehmen beeinflussen.⁷² Die nachhaltige öffentliche Beschaffung ist ein umweltpolitisches Instrument, das sich wie folgt einordnen lässt:

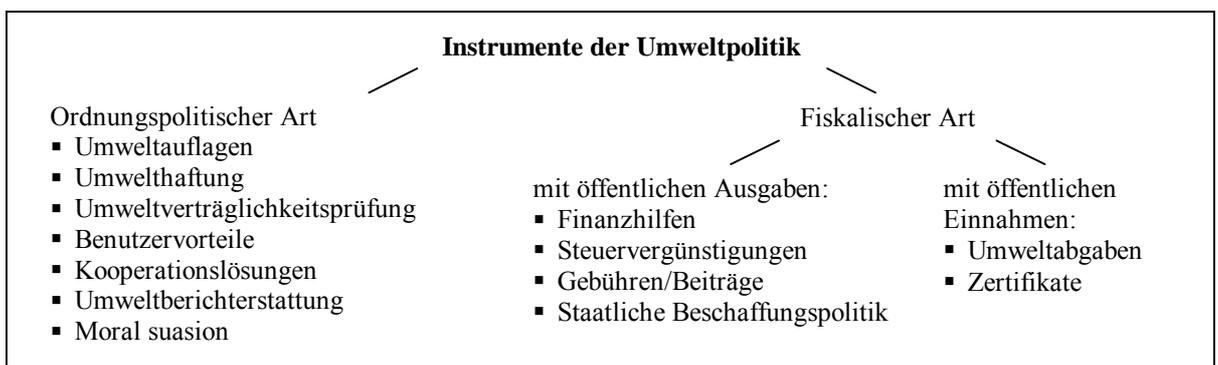


Abbildung 4: Die Instrumente der Umweltpolitik

(Quelle: GÜNTHER, E. (1994), S. 39.)

Die Instrumente der Umweltpolitik lassen sich in ordnungspolitische und fiskalische Instrumente unterteilen. Die nachhaltige öffentliche Beschaffung ist ein fiskalisches Instrument, welches mit öffentlichen Ausgaben verbunden ist. Sie ist nicht als isoliertes Instrument zu

⁷¹ Vgl. RL 2004/17/EG Art. 1 Abs. 2 sowie RL 2004/18/EG Art. 1 Abs. 2.

⁷² Vgl. WICKE, L. et al. (1992), S. 14.

betrachten, sondern gewinnt vielmehr an Bedeutung, wenn es komplementär zu anderen umweltpolitischen Instrumenten angewendet wird.⁷³

Warum gerade öffentliche Auftraggeber auf Nachhaltigkeit bei der Beschaffung achten sollten, wird im folgenden Abschnitt deutlich.

4.4.2 Die Notwendigkeit der Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung

Die Bedeutung von nachhaltigem Wirtschaften öffentlicher Auftraggeber lässt sich durch die volkswirtschaftliche Größe der öffentlichen Auftragsvergabe erklären: diese besitzt in der EU im Jahr 2002 einen Anteil von 16% am BIP,⁷⁴ in der Tschechischen Republik einen Anteil von 18,5% am BIP im Jahr 2003⁷⁵ und in Deutschland einen Anteil von 13% am BIP im Jahr 2002.⁷⁶ Etwa die Hälfte der öffentlichen Ausgaben der europäischen Staaten entfällt auf lokale öffentliche Auftraggeber.⁷⁷ Diesen kommt somit im Hinblick auf die Lokale Agenda 21 eine besondere Bedeutung bei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zu.⁷⁸

Öffentliche Auftraggeber sollten auf Nachhaltigkeit bei der Beschaffung achten, da sie aufgrund ihrer Verpflichtung zum Allgemeinwohl eine besondere Verantwortung für den Schutz der Umwelt besitzen.⁷⁹ Sie übernehmen bei öffentlichen Aufträgen neben dieser Vorbildfunktion ebenso eine Nachfrage- bzw. Innovationsfunktion. Zudem kann eine nachhaltige Beschaffung zu Kosteneinsparungen führen⁸⁰:

- *Vorbildfunktion:* Öffentliche Auftraggeber können aus umweltpolitischer Verantwortung für den Eigenbedarf besonders umweltfreundliche Leistungen nachfragen und somit ein Vorbild für private Verbraucher und privatwirtschaftliche Beschaffer sein. Die Forderung, dass alle gesellschaftlichen Gruppen einen Beitrag zur Verringerung der Umweltbelastung leisten müssen, kann dann glaubhafter vertreten werden. Ein Multiplikationspotenzial besteht zudem in der Anzahl der Beschäftigten bei der öffentlichen Hand, deren Umwelterfahrungen sich auf den privaten Bereich auswirken.⁸¹

⁷³ Vgl. OECD (HRSG.) (2003), S. 13 sowie Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 4. Für ausführliche Informationen zu den aufgeführten umweltpolitischen Instrumenten siehe GÜNTHER, E. (1994), S. 39ff..

⁷⁴ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004g): http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/index_de.htm.

⁷⁵ Vgl. OECD (HRSG.) (2004c): http://www.oecd.org/infobycountry/0,2646,en_2649_201185_1_70363_119656_1_1.00.html.

⁷⁶ Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (HRSG.) (2004): <http://www.bmwi.de/Navigation/Presse/pressemitteilungen.did=6288.html>. Der Anteil der öffentlichen Auftragsvergabe am BIP beruht stets auf Schätzungen. Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 14ff..

⁷⁷ Vgl. CLEMENT, S. et al. (2003), S. 72.

⁷⁸ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 15. Das hohe Potenzial der Kommunen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung wurde in der Lokalen Agenda 21 angeführt. Siehe dazu UNITED NATIONS (HRSG.) (2004b): <http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/english/agenda21chapter28.htm>. Bzgl. der Höhe der öffentlichen Auftragsvergabe von 16% in der EU kann keine Aussage über den Anteil getroffen werden, der auf öffentlicher Auftraggeber und auf öffentliche Unternehmen entfällt. Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 1.

⁷⁹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 3. Es existieren Ansätze, die Umweltvorteile von umweltfreundlichen Produkten, das sog. „Environmental Relief Potential“ kalkulieren. Vgl. ERDMENGER, C. (2003), S. 116ff..

⁸⁰ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 3ff.; ROTHGANG, E. (1991), S. 193ff. sowie OECD (HRSG.) (2003), S. 28ff..

⁸¹ OECD (HRSG.) (2003), 35. Beispielhaft soll hier die Anzahl der Beschäftigten bei der öffentlichen Hand in Deutschland in Höhe von 4,6 Mio. Mitarbeitern genannt werden, die etwa 20% der Bevölkerung erreichen. Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 3 sowie DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK et. al. (HRSG.) (1998): Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand, Vorstudie, im Auftrag des Umweltbundesamtes, Berlin 1998.

- *Nachfrage bzw. Innovationsfunktion:* Öffentliche Auftraggeber können die Entwicklung, Markteinführung und Verbreitung von umweltfreundlicheren Produkten und Dienstleistungen fördern, die umweltpolitisch wünschenswert sind, aber auf Grund der herrschenden Marktbedingungen keine ausreichende Durchsetzungschance besitzen. Somit wird ein Anstoß zu Innovationen gegeben und das Produktangebot erweitert bzw. allmählich umstrukturiert. Können sich die durch die öffentliche Nachfrage ausgelösten Innovationen schließlich am Markt durchsetzen, stärkt dies die Konkurrenzfähigkeit von Anbietern umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen.
- *Kosteneinsparungen:* Durch eine nachhaltige öffentliche Beschaffung kann einerseits der Ressourcenverbrauch verringert bzw. vermieden werden. Dadurch ergeben sich direkte Kosteneinsparungen für öffentliche Auftraggeber.⁸² Andererseits soll eine Zusammenarbeit mit den Lieferanten im Hinblick auf deren Forschung und Entwicklung erfolgen.⁸³ Können Hersteller ihre Produktionskosten folglich senken oder zieht eine große öffentliche Nachfrage Kostensenkungen durch erreichte Skaleneffekte nach sich, ergeben sich indirekte Kosteneinsparungen für öffentliche Auftraggeber.⁸⁴

Für die Darstellung der expliziten Möglichkeiten, wie sie die Europäische Kommission den EU-Mitgliedstaaten empfiehlt, sei auf Kapitel 5.4 verwiesen. Der Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik soll in Kapitel sechs ausführlich erläutert werden.

Im nächsten Abschnitt soll zunächst näher auf die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung – die Akteure, den stufenweisen Einführungsprozess sowie die Instrumente zur besseren Information der öffentlichen Beschaffer – eingegangen werden. Abschließend werden die dabei auftretenden Probleme beispielhaft beschrieben.

4.5 Die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

4.5.1 Treiberkräfte der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Die Akteure der nachhaltigen Beschaffung sind innerhalb der öffentlichen Hand die Mitarbeiter in der Beschaffungsstelle, im Umwelt- und Finanzbereich sowie die Nutzer der beschafften Produkte und Dienstleistungen. Zwischen diesen Akteuren findet ein Informationsaustausch statt. Einwirkungen von außen übt erstens der Staat mit der Verabschiedung rechtlicher Regelungen (z.B. neuer Vergaberichtlinien) aus. Zweitens bieten die Unternehmen auf dem Markt umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen an. Und drittens können die Bürger aufgrund ihrer Einstellungen wie z.B. das Umweltbewusstsein die Wahl der Politiker und somit deren Entscheidungen zu einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung beeinflussen.⁸⁵

⁸² Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 3 sowie OECD (HRSG.) (2003), S. 28ff. Man spricht im Falle der Kosteneinsparungen bei gleichzeitigem Umweltschutz auch von „win-win-Situationen“.

⁸³ Vgl. GÜNTHER, E. (1994), S. 93.

⁸⁴ Vgl. OECD (HRSG.) (2003), S. 32; WICKE, L. et al. (1992), S. 141 sowie KRAMER, M. et al. (2003), S. 33.

⁸⁵ Vgl. GÜNTHER, E. (2003), S. 35.

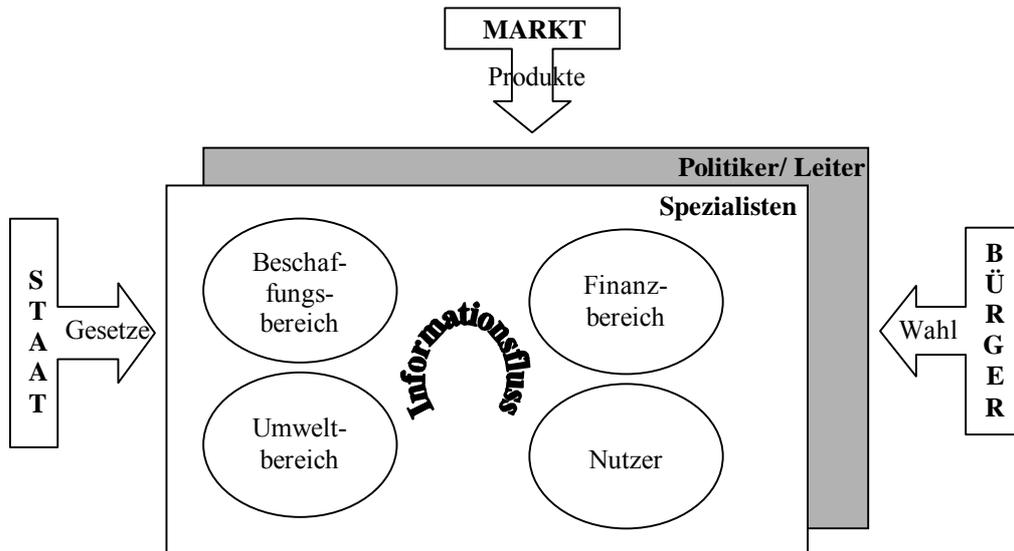


Abbildung 5: Treiberkräfte der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

(Quelle: GÜNTHER, E. (2003), S. 35.)

Wie die Einführung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im Zusammenspiel dieser Treiberkräfte abläuft, wird im folgenden Abschnitt aufgezeigt.

4.5.2 Die Einführung eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens

Öffentliche Auftraggeber können ein nachhaltiges Beschaffungswesen anhand folgender vier Instrumente einführen⁸⁶:

- *Politische Beschlüsse*: der politische Wille muss die Integration von Umweltaspekten in die öffentliche Beschaffungspraxis durchsetzen und diese beispielsweise als Zielsetzung im nationalen Umweltprogramm oder im Umweltrecht verankern.
- *Vergaberecht*: um die Entscheidungswege und die Auswahlkriterien sowie den Ermessensspielraum beim öffentlichen Beschaffungsvorgang festzulegen, sind Vergaberichtlinien sowie interne Geschäftsanweisungen notwendig. Dabei müssen die Möglichkeiten der Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung gemäß Kapitel 5.4 definiert werden.
- *Haushaltsrecht*: inwieweit Umweltaspekte bei der Beschaffungsentscheidung berücksichtigt werden können, muss ebenfalls im Haushaltsrecht verankert werden. Der Einsatz entsprechender finanzieller Instrumente wie auch Instrumente des Rechnungswesens kann die Entscheidung der öffentlichen Auftraggeber für das umweltfreundliche Produkt oder die Dienstleistung begünstigen. Beispielhaft können hier eine verringerte Mehrwertsteuer für Umweltprodukte sowie die Kalkulation von Lebenszykluskosten anstelle des reinen Vergleichs von Anschaffungskosten genannt werden.⁸⁷

⁸⁶ Vgl. ROTHGANG, E. (1991), S. 194ff. sowie OECD (HRSG.) (2003), S. 10.

⁸⁷ Vgl. OECD (HRSG.) (2000), S. 75ff. Die Kalkulation von Lebenszykluskosten (im englischen "Life Cycle Costing" bzw. LCC) berücksichtigt alle anfallenden Kosten eines Produktes oder einer Dienstleistung „von der Wiege bis zur Bahre“, somit von der Produktion über den Verbrauch bis zur Entsorgung. Vgl. GÜNTHER, E. et al. (2003), S. 204ff.

- *Kommunikation und Information*: durch Implementierungshandbücher, Internetseiten, Schulungen, Aufbau von fachlicher Kompetenz, regelmäßigen Informationsaustausch (auch zwischen den Beschaffungsstellen verschiedener Institutionen der öffentlichen Hand), etc. soll das Umweltbewusstsein der Beschaffer sowie deren Know-how im Umweltbereich gesteigert werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Beschaffer fähig sind, umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen zu erkennen und zu fördern.

Im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bedarf es abschließend der Kontrolle z.B. durch Rechnungsprüfungsämter sowie der Berichtspflicht an die Verwaltungsführung, um den Beschaffungsvorgang transparent zu gestalten.⁸⁸

Die Beschaffungsentscheidung der öffentlichen Auftraggeber gestaltet sich oftmals schwierig, da ein Mangel oder auch ein Überangebot an Informationen zu umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen besteht. Die Erstellung einer Ökobilanz sowie das Heranziehen eines Umweltzeichens können als Hilfsmittel die Entscheidungsvorbereitung verbessern.

4.5.3 Hilfsmittel zur Bewertung der Umweltqualität von Produkten/ Dienstleistungen

Zur verbesserten Bewertung der Umweltqualität von Produkten können öffentliche Auftraggeber eine *Ökobilanz* (LCA) heranziehen.⁸⁹ Diese betrachtet „von der Wiege bis zur Bahre“ den gesamten Lebenszyklus. Eine Ökobilanz umfasst vier Komponenten: erstens die Festlegung des Ziels und des Untersuchungsrahmens (z.B. ein Produkt), zweitens die Erfassung der relevanten Input- und Outputströme über den gesamten Lebenszyklus in einer Sachbilanz, drittens die Wirkungsabschätzung (d.h. die Beurteilung der mit diesen Inputs und Outputs verbundenen potentiellen Umweltwirkungen) sowie viertens die Auswertung der Ergebnisse der Sachbilanz und die Wirkungsabschätzung hinsichtlich der Zielstellung.⁹⁰

Des Weiteren bieten *Umweltzeichen* die Möglichkeit, umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen zu erkennen. „Mit dem Umweltzeichen sollen Produkte gekennzeichnet werden, die weniger Umweltbelastungen hervorrufen als vergleichbare konventionelle Produkte.“⁹¹ Die Beantragung eines Umweltzeichens durch die Unternehmen ist freiwillig. Die Anforderungen, die ein „Umweltzeichen-Produkt“ erfüllen muss, werden durch staatliche Institutionen in Kriterienkatalogen für einzelne Produktgruppen festgelegt und sollten sich am Lebensweg der Produkte orientieren.⁹² Diese werden regelmäßig aktualisiert und ggf. verschärft. Das Unternehmen erhält nach erfolgreicher Prüfung einen zeitlich befristeten Zeichennutzungsvertrag und kann das Umweltzeichen für produktbeschreibende und werbende

⁸⁸ Vgl. ROTHGANG, E. (1991), S. 195.

⁸⁹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 45ff.; SCHMIDT, A.; FRYDENDAL, J. (2003), S. 134ff. sowie die Normen DIN EN ISO 14040 bis DIN EN ISO 14043 zur Ökobilanz (im englischen „Life Cycle Assessment“ (LCA) genannt).

⁹⁰ Vgl. NORMENAUSSCHUSS GRUNDLAGEN DES UMWELTSCHUTZES (NAGUS) im DEUTSCHEN INSTITUT FÜR NORMUNG (DIN) e.V. (HRSG.) (1997a), S. 2.

⁹¹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 51. Die ISO 14020er Reihe zu Umweltkennzeichnungen und -deklarationen umfasst vier Dokumente: ISO 14020: „Allgemeine Grundsätze“, ISO 14021 „Umweltbezogene Anbietererklärungen (Umweltkennzeichnungen Typ II)“, ISO 14024 „Umweltkennzeichnung Typ I - Grundsätze und Verfahren“ sowie ISO 14025 „Umweltdeklarationen Typ III“. Vgl. INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR STANDARDIZATION (ISO) (HRSG.) (2004): <http://www.iso.ch/iso/en/prods-services/otherpubs/iso14000/model.pdf>. Das Umweltzeichen ist eine Umweltkennzeichnung des Typs I gemäß ISO 14024. Vgl. NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000c), S. 1ff.

⁹² Ebd., S. 70. Bei der Erstellung der Kriterienkataloge soll der Lebensweg der Produkte berücksichtigt werden. Vgl. SCHMIDT, A.; FRYDENDAL, J. (2003), S. 141 sowie NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000c), S. 5.

Zwecke nutzen.⁹³ Auf internationaler Ebene existieren zahlreiche Umweltzeichen, wie z.B. die „Euroblume“, das tschechische Umweltzeichen „Ekologicky“ oder das deutsche Umweltzeichen „Blauer Engel“⁹⁴.

Welche Probleme bei der praktischen Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung entstehen können, wird im nächsten Abschnitt beschrieben.

4.5.4 Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Auf die Vorteile, die eine nachhaltige öffentliche Beschaffung bietet, wurde ausführlich in Kapitel 4.4.2 eingegangen. Demgegenüber können während des Entscheidungsprozesses zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sowie durch jede einzelne Treiberkraft vielfältige Probleme hervorgerufen werden.⁹⁵ An dieser Stelle sollen die Probleme beispielhaft und zum Ziele der verständlicheren Darstellung lediglich nach Treiberkräften geordnet aufgeführt werden. Probleme entstehen sowohl durch eine bestimmte Treiberkraft als auch in der Interaktion zwischen den Treiberkräften. Gemäß Kapitel 4.5.1 existieren die folgenden Treiberkräfte: die Beschaffungsabteilung, die Umweltaffteilung, die Finanzabteilung, die Nutzer (interne Einflussfaktoren), der Staat, der Markt und die Bürger (externe Einflussfaktoren).⁹⁶

Auf Seiten des *Staates* kann der politische Wille zur Integration des Umweltschutzes in die öffentliche Beschaffung fehlen.⁹⁷ Nationale wie auch europäische Gesetze sind zudem oft nicht ausreichend oder bergen rechtliche Unsicherheiten, um die erfolgreiche Implementierung zu garantieren. Sanktionen bei Nichteinhaltung der Gesetze existieren meist nicht.⁹⁸ Die rechtlichen Regelungen müssen z.B. einen Umgang mit dem Mehrpreisproblem vorschreiben, d.h. für den Fall, dass der Anschaffungspreis für Umweltprodukte höher ist als der für herkömmliche Produkte.⁹⁹ Hier kann es zu Konflikten mit dem Wirtschaftlichkeitsprinzip¹⁰⁰ der öffentlichen Auftraggeber kommen. Es ist festzulegen, inwieweit Folgekosten eines Produktes sowie mittelbar erzielbare volkswirtschaftliche Kosteneinsparungen durch Verringerung der Umweltbelastungen mit in die Kostenkalkulation aufgenommen werden dürfen.¹⁰¹ Zu beachten ist hierbei die oft geringe Ausstattung der öffentlichen Hand mit finanziellen Mitteln.¹⁰²

Für den öffentlichen Auftraggeber selbst kann es zu einer partiellen Zielkonkurrenz des Umweltziels mit anderen Zielen wie Arbeitsplatzsicherheit oder regionaler Konjunkturbelebung

⁹³ Ebd., S. 58ff.

⁹⁴ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 68.

⁹⁵ Vgl. GÜNTHER, E. (2003), S. 31ff. In dieser Publikation wurde der Entscheidungsprozess in Anlehnung an die Darstellung des öffentlichen Beschaffungsprozesses des BME (siehe Kapitel 4.3.2) in folgende sechs Phasen unterteilt: die Zielbestimmung des Mitarbeiters und der öffentlichen Hand (diese können durchaus voneinander abweichen), die Suche nach Alternativen, die Auswahl des zu beschaffenden Produkts oder der Dienstleistung, die Umsetzung der Beschaffungsentscheidung sowie die Folgen der Entscheidung. Sämtliche Probleme lassen sich dort einer Matrix aus den Phasen des Entscheidungsprozesses und den Treiberkräften zuordnen. Vgl. GÜNTHER, E. (2003), S. 37.

⁹⁶ Ebd., S. 34.

⁹⁷ Vgl. OCHOA, A. et. al. (2003), S. 28ff.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 29ff.

¹⁰⁰ Definition Wirtschaftlichkeit: „günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln, wobei es darauf ankommt, ein bestimmtes Ergebnis mit möglichst geringem Einsatz von Mitteln (Sparsamkeitsprinzip) oder mit einem bestimmten Einsatz von Mitteln das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.“ HIEBER, F. (1999), S. 26ff.

¹⁰¹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 27ff.

¹⁰² Vgl. STEGER, U. (HRSG.) (1992), S. 789 und HIEBER, F. (1999), S. 26ff..

kommen. Politiker bzw. Verwaltungsakteure müssen dabei stets die Nicht-Wiederwahl fürchten, wenn die *Bürger* mit deren Umweltverhalten unzufrieden sind.¹⁰³

Probleme für den *öffentlichen Auftraggeber* können bei ämterübergreifenden Themen entstehen. Umweltschutz als Querschnittsfunktion steht hier dem Ressortdenken gegenüber.¹⁰⁴ Hierarchisch gestaltete Verwaltungsstrukturen haben zudem lange Entscheidungswege zur Folge, was die schnelle Reaktion auf ein verändertes Angebot an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen erschwert. Die Motivation der Mitarbeiter im Hinblick auf Veränderungen (wie die Einführung einer nachhaltigen Beschaffung) erweist sich als noch größere Herausforderung als in der Privatwirtschaft, da öffentliche Auftraggeber keinem direkten, existenzgefährdenden Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Die Eigeninitiative kann zudem durch die Nichtübereinstimmung von Verantwortung und Kompetenz behindert werden.¹⁰⁵

Die fehlende fachliche Kompetenz der *Mitarbeiter in den Beschaffungsstellen* ist ein weiteres essentielles Problem bei der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.¹⁰⁶ Können Umweltprodukte nicht identifiziert werden, wird bei starker Arbeitsbelastung bevorzugt auf bewährte Produkte zurückgegriffen und das Risiko der Neueinführung gescheut.¹⁰⁷ Zusätzlich kann es an Informationen über Umweltprobleme, Produkte und Anwendererfahrungen mangeln oder auch ein Informationsüberangebot geben.¹⁰⁸

Probleme können schließlich auch auf der *Marktseite* entstehen, wenn umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen von den Unternehmen nicht angeboten oder nicht ausreichend publik gemacht werden und somit für die öffentlichen Auftraggeber nicht erhältlich sind.¹⁰⁹

4.6 Zusammenfassung

Das umweltpolitische Instrument der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten. Durch die Nachfrage der öffentlichen Auftraggeber nach umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen können diese mit gutem Beispiel vorangehen, Unternehmen einen Anreiz zu Innovationen bieten und ggf. Kosten einsparen. Achtet der öffentliche Auftraggeber bereits bei der Beschaffung auf Nachhaltigkeitsaspekte, kann der Grundstein für weitere umweltfreundliche Aktivitäten wie die Nutzung und die Entsorgung gelegt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung ist aber auch an einige Bedingungen geknüpft wie den dargestellten Einführungsprozess und das reibungslose Zusammenspiel der Treiberkräfte.

Inwieweit die Europäische Kommission die Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auf europäischer Ebene vorantreibt, soll im nächsten Kapitel erläutert werden.

¹⁰³ Vgl. STEGER, U. (HRSG.) (1992), S. 787ff.

¹⁰⁴ Vgl. ZÜST, R.; SCHLATTER, A. (HRSG.) (1999), S. 43ff.

¹⁰⁵ Ebd. Diesen Problemen kann durch das sog. „New Public Management“ begegnet werden, indem die öffentliche Hand z.B. leistungs- und kundenorientierter arbeitet. Vgl. ZÜST, R.; SCHLATTER, A. (HRSG.) (1999), S. 45.

¹⁰⁶ Ebd., S. 43ff.

¹⁰⁷ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 4.

¹⁰⁸ Ebd., S. 6.

¹⁰⁹ Vgl. GÜNTHER, E. (2003), S. 37ff.

5 Aktueller Stand der EU-Politik im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Ziel dieses Kapitels ist die Darstellung der Forderungen zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung seitens der EU-Kommission. Um grundlegende Begrifflichkeiten zu klären, wird zuerst auf das europäische Rechtssystem und dessen wichtigsten Akteure eingegangen. Daraufhin wird das im Gegensatz zum Primärrecht spezifischere Sekundärrecht, die europäischen Vergaberichtlinien, vorgestellt. Hier sollen die Möglichkeiten zur Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess, die die EU für zulässig hält, aufgezeigt werden. Des Weiteren wird erläutert, welche Grenzen diesen Möglichkeiten durch das europäische Primärrecht gesetzt werden und inwieweit die Kommission eine praktische Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedstaaten fördert.

5.1 Grundlegendes zum europäischen Rechtssystem

Die europäische Einigung ruht auf drei Pfeilern: der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft mit den Bestimmungen u.a. über die Gemeinschaftspolitiken (wie z.B. der Umweltpolitik) sowie dem EGKS-Vertrag und dem Euratom-Vertrag (erster Pfeiler); die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (zweiter Pfeiler) sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Innere Sicherheit und Justiz (dritter Pfeiler).¹¹⁰

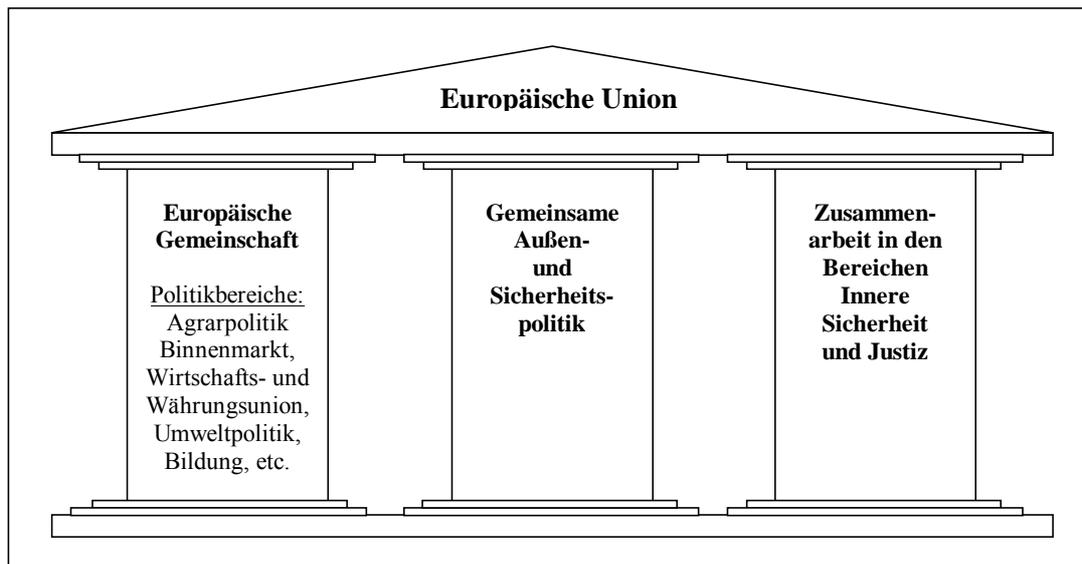


Abbildung 6: Die drei Pfeiler der Europäischen Einigung nach dem Vertrag von Maastricht

(In Anlehnung an THIEL, E. (1998), S. 50.)

In diesem Umfeld hat sich das EU-Recht als ein unabhängiges Rechtssystem herausgebildet, das Vorrang vor einzelstaatlichen Rechtsvorschriften besitzt.¹¹¹ Eingeschränkt wird es lediglich durch das sog. Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 EGV).¹¹² Dieses besagt, dass Entscheidungen auf einer möglichst bürgernahen Ebene zu treffen sind. Demnach darf die EU nur in den Politikbereichen tätig werden, in denen ihr die EG-Verträge ausdrücklich eine Befugnis erteilen.

¹¹⁰ Vgl. EU (HRSG.) (2004c) : <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000s.htm>.

¹¹¹ Vgl. EU (HRSG.) (2004c): http://europa.eu.int/eur-lex/de/about/pap/process_and_players2.html.

¹¹² Vgl. EU (HRSG.) (2002), S. 41ff.

Ist dies nicht der Fall, gilt einzelstaatliches Recht. Außerdem darf die EU nur dann eingreifen, wenn die Mitgliedstaaten ein Ziel nicht oder in nicht ausreichendem Maße selbst erreichen können und dieses auf Gemeinschaftsebene wirksamer erreicht werden kann.¹¹³

Das Gemeinschaftsrecht der EU – auch Gemeinschaftlicher Besitzstand bzw. *Acquis Communautaire* genannt – besteht aus drei verschiedenen aber miteinander verknüpften Rechtsakten: das Primärrecht, das Sekundärrecht und die Rechtsprechung.¹¹⁴

Das Primärrecht umfasst Verträge und sonstige Vereinbarungen der Mitgliedstaaten, die durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden müssen. Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft wurden seit der Unterzeichnung 1957 in Rom durch die Einheitliche Europäische Akte (1987), durch den Vertrag von Maastricht (1992) und durch den Vertrag von Amsterdam (1997), der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, erweitert. Der EG-Vertrag enthält Grundsätze wie z.B. den Schutz der Umwelt sowie den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr, worauf in Kapitel 5.4 noch ausführlicher eingegangen wird.

Das Sekundärrecht baut auf den EG-Verträgen auf und beinhaltet folgende Rechtsakte:

- *Verordnungen*: sind unmittelbar gültig und in allen Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich, Umsetzungsmaßnahmen in nationales Recht sind nicht notwendig.
- *Richtlinien*: sind von den Mitgliedstaaten innerhalb einer bestimmten Frist in nationales Recht umzusetzen, wobei diese die dazu notwendigen Mittel selbst wählen können.
- *Entscheidungen und Beschlüsse*: sind für die Empfänger (Mitgliedstaaten, Unternehmen, Einzelpersonen) rechtlich verbindlich und bedürfen daher keiner Umsetzungsmaßnahmen in nationales Recht.
- *Empfehlungen und Stellungnahmen*: sind nicht verbindlich.

Die Rechtsprechung umfasst Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und des Gerichtes erster Instanz in Streitsachen, die z.B. von der Kommission, von innerstaatlichen Gerichten der Mitgliedstaaten oder von Einzelpersonen vorgelegt werden können.¹¹⁵

Nachdem die Struktur des europäischen Rechtssystems verdeutlicht wurde, sollen im folgenden Abschnitt die wichtigsten Akteure der europäischen Rechtsprechung vorgestellt werden.

5.2 Die wichtigsten Akteure des europäischen Rechtssystems

Das Gesetzgebungsverfahren der EU erfolgt durch drei Institutionen: den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Dieses sogenannte „institutionelle Dreieck“ erarbeitet sämtliche in der EU geltenden politischen Programme und Rechtsvorschriften.¹¹⁶ Der Rat der Europäischen Union setzt sich aus Regierungsvertretern der Mitgliedstaaten zusammen und stellt das wichtigste Beschlussfassungsorgan sowie die letzte gesetzgeberische Instanz der EU dar. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament

¹¹³ Vgl. EU (HRSG.) (2004d): <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000.htm>.

¹¹⁴ Vgl. EU (HRSG.) (2004c): http://europa.eu.int/eur-lex/de/about/pap/process_and_players2.html.

¹¹⁵ Ebd. Das Gericht erster Instanz wurde im Zuge der Reformen durch die Einheitliche Europäische Akte dem EuGH zu seiner Entlastung beigeordnet. Vgl. THIEL, E. (1998), S. 106.

¹¹⁶ Vgl. EU (HRSG.) (2004e): http://europa.eu.int/institutions/index_de.htm.

beschließt der Rat Regeln für die Gemeinschaftspolitiken der EU (siehe oben: erster Pfeiler) und ist darüber hinaus zuständig für die Zusammenarbeit der Regierungen im Rahmen des zweiten und dritten Pfeilers.¹¹⁷ Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre direkt von den europäischen Bürgern gewählt. Zu den Aufgaben des Parlaments gehören die Prüfung und Genehmigung der europäischen Gesetzgebung,¹¹⁸ die Genehmigung des EU-Haushalts, die demokratische Kontrolle der anderen EU-Organe sowie die Zustimmung zu wichtigen internationalen Abkommen.¹¹⁹ Der „Motor der EU“ ist die Europäische Kommission, die im Wesentlichen für das politische Tagesgeschäft zuständig ist. Sie erarbeitet Vorlagen für neue europäische Rechtsvorschriften für das Parlament und den Rat, sorgt für die praktische Umsetzung der EU-Aktivitäten und überwacht die Verwaltung des EU-Haushalts. Sie agiert als Hüterin der europäischen Verträge und Rechtsvorschriften, um deren Einhaltung durch die Mitgliedstaaten sicherzustellen.¹²⁰ Die Verwaltung der Kommission ist in 22 Generaldirektionen (GD) und 14 hochrangige Dienste unterteilt. Innerhalb der GD Umwelt, Sparte G „Nachhaltige Entwicklung und Integration“, Abteilung 2 „Industrie und Implementierung“ arbeitet eine Mitarbeiterin am Thema der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Sie kooperiert dabei vor allem mit der GD Binnenmarkt, die für rechtliche Aspekte wie die Verabschiedung neuer Richtlinien im Bereich der öffentlichen Beschaffung zuständig ist.¹²¹

Weitere Organe des europäischen Rechtssystems sind der Europäische Gerichtshof und das Gericht erster Instanz sowie der Europäische Rechnungshof. Der EuGH und das Gericht erster Instanz sind Rechtsprechungsinstanzen und Kontrollenrichtungen zum Ziel der Stärkung der Rechte der Bürger und der einheitlichen Auslegung des Gemeinschaftsrechts.¹²²

Nachdem ein grundlegendes Verständnis für das europäische Rechtssystem gelegt wurde, sollen im Weiteren die derzeit geltenden europäischen Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe dargestellt werden. Diese bilden die Basis für die Analyse der Möglichkeiten zur Integration von Umweltaspekten in den öffentlichen Beschaffungsprozess. Anschließend erfolgt eine Erörterung der Arten und des Ablaufs der verschiedenen europäischen Vergabeverfahren.

5.3 Das europäische Sekundärrecht zur öffentlichen Auftragsvergabe

5.3.1 Entwicklung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe

Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes stellt das öffentliche Auftragswesen dar.¹²³ Um dieses voranzutreiben, verfasste die Kommission zwei grundlegende Dokumente: das Grünbuch im Jahr 1996¹²⁴ sowie die Mittei-

¹¹⁷ Vgl. EU (HRSG.) (2004a): http://europa.eu.int/abc/index3_de.htm.

¹¹⁸ Für Informationen zu den Gesetzgebungsverfahren der EU Vgl. EU (HRSG.) (2004c): http://europa.eu.int/eur-lex/de/about/pap/process_and_players2.html.

¹¹⁹ Vgl. EU (HRSG.) (2004a): http://europa.eu.int/abc/index3_de.htm.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 2. Für weitere Informationen zu diesen beiden GD: EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004h): <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp> sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004g): http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/index_de.htm.

¹²² Vgl. EU (HRSG.) (2004a): http://europa.eu.int/abc/index3_de.htm.

¹²³ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 1ff.

¹²⁴ EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996): Grünbuch „Das öffentliche Auftragswesen in der EU, Überlegungen für die Zukunft“, Mitteilung der Kommission vom 27.11.1996, KOM (96) 583 endg..

lung zum öffentlichen Auftragswesen im Jahr 1998.¹²⁵ Darin wurden die Ziele des öffentlichen Auftragswesens festgehalten, insbesondere ein transparentes und wettbewerbsorientiertes Vergabeverhalten zur Verhinderung von Betrug und Korruption, das Erreichen eines optimalen Preis-Leistungsverhältnisses, eine effiziente Ressourcennutzung, die Erhöhung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.¹²⁶ Die ersten EU-Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen wurden in den 1970er Jahren erlassen, fanden jedoch kaum Beachtung. Daraufhin regte die Kommission Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre einen erneuten Gesetzgebungsprozess an, der strengere Vergabeverfahren und eine effektivere Umsetzung in den Mitgliedstaaten anstrebte.¹²⁷ Nach der umfassenden Änderung der Richtlinien 1993 wurden diese 1997 und 1998 an das internationale Beschaffungsabkommen GPA („Government Procurement Agreement“) angepasst.¹²⁸ Eine erneute Aktualisierung der Vergaberichtlinien erfolgte im April 2004.¹²⁹

5.3.2 Geltende EU-Richtlinien im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe

Die EU-Vergaberichtlinien koordinieren einzelstaatliche Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und sind verpflichtend in nationales Recht umzusetzen.¹³⁰ Derzeit gelten die folgenden europäischen Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen:

- *Lieferkoordinierungsrichtlinie*, RL 93/36 EWG, ABIEG Nr. L 199 vom 09.08.1993, S. 1,
- *Baukoordinierungsrichtlinie*, RL 93/37 EWG, ABIEG Nr. L 199 vom 09.08.1993, S. 54,
- *Dienstleistungskoordinierungsrichtlinie*, RL 92/50 EWG, ABIEG Nr. L 209 vom 24.07.1992, S. 1; alle drei geändert durch RL 97/52/EG, ABIEG Nr. L 328 vom 30.10.1997, S.1,
- *Sektorenkoordinierungsrichtlinie*, RL 93/38 EWG, ABIEG Nr. L 199 vom 09.08.1993, S. 84; geändert durch RL 98/4/EG, ABIEG Nr. L 101 vom 01.04.1998, S. 1,
- *Rechtsmittelrichtlinie*, RL 89/665/EWG, ABIEG Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 33, geändert durch RL 92/50/EWG, ABIEG Nr. L 201 vom 24.07.1992, S.1,
- *Sektorenrechtsmittelrichtlinie*, RL 92/13/EWG, ABIEG Nr. L 76 vom 23.03.1992, S. 14.

Die ersten drei Richtlinien decken Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge ab und wurden wie auch die Sektorenkoordinierungsrichtlinie im Zuge des erwähnten GPA im Jahr 1997 bzw. 1998 aktualisiert. Der Sektorenbereich umfasst die Wasser-, Energie- und Verkehrsver-

¹²⁵ EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998): Mitteilung der Kommission „Das öffentliche Auftragswesen in der Europäischen Union“ vom 11.03.1998, KOM (98) 143 endg..

¹²⁶ EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 4ff. sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 1ff.

¹²⁷ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 321. Für weitere Informationen über die Entwicklung der EU-Vergaberichtlinien siehe auch EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 63ff. sowie KROHN, W. (2003), S. 181ff..

¹²⁸ KROHN, W. (2003), S. 183. Beim GPA handelt es sich um ein internationales Abkommen, das in die EU-Vergaberichtlinien Eingang gefunden hat. Da der Fokus dieser Arbeit auf den Forderungen der EU liegt, soll auf das GPA nicht weiter eingegangen werden. Für weitere Informationen siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 327ff. sowie WTO (HRSG.) (2004): http://www.wto.org/english/tratop_e/gproc_e/gp_gpa_e.htm.

¹²⁹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 332.

¹³⁰ Anzumerken ist, dass das öffentliche Beschaffungswesen 1997 einen der Bereiche mit dem größten Umsetzungsdefizit darstellte. In den Mitgliedstaaten wurden bis dato insgesamt nur 55,6% der zu der Zeit geltenden Richtlinien korrekt umgesetzt. Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 2 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 65.

sorgung sowie den Telekommunikationssektor. Darüber hinaus gelten zwei Rechtsmittelrichtlinien, um die Einhaltung der Vergaberichtlinien zu überwachen und durchzusetzen.¹³¹

Um der hohen Komplexität der europäischen Vergaberichtlinien, die bereits im Grünbuch von 1996 kritisiert wurde, entgegenzuwirken und den europäischen Rechtsrahmen - wie in der Mitteilung von 1998 gefordert - zu vereinfachen, verfasste die Kommission im Juli 2000 zwei neue Richtlinienvorschläge.¹³² Diese forderten die Zusammenführung der bisherigen Richtlinien in zwei Richtlinien: eine für den Liefer-, Bau- und Dienstleistungsbereich¹³³ und die zweite für den Sektorenbereich.¹³⁴ Die neuen EU-Vergaberichtlinien wurden durch das sog. Mitentscheidungsverfahren verabschiedet und schließlich am 03. Februar 2004 vom Rat angenommen.¹³⁵ Sie sind mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 30. April 2004 in Kraft getreten und bis 31. Januar 2006 in den Mitgliedstaaten umzusetzen¹³⁶:

- *Richtlinie 2004/18/EG* des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge, ABIEG Nr. L 134 vom 30.04.2004, S. 1,
- *Richtlinie 2004/17/EG* des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste, ABIEG Nr. L 134 vom 30.04.2004, S. 144.

An dieser Stelle ist es wichtig anzumerken, dass die EU-Vergaberichtlinien nur oberhalb festgesetzter Schwellenwerte gelten. Werden diese erreicht, muss der Auftrag europaweit ausgeschrieben werden.¹³⁷ Die Schwellenwerte liegen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge bei 200.000 Euro und für Bauaufträge bei 5 Mio. Euro. Im Sektorenbereich betragen diese 400.000 Euro für Lieferaufträge, 600.000 Euro für Dienstleistungsaufträge und 5 Mio. Euro für Bauaufträge.¹³⁸ Durch die neuen Richtlinien werden die Schwellenwerte folgendermaßen geändert: 499.000 Euro ohne MwSt. für Liefer- und Dienstleistungsaufträge und 6,242 Mio. Euro ohne MwSt. für Bauaufträge; im Sektorenbereich je nach Auftraggeber 162.000 bzw. 249.000 Euro für Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie 6,242 Mio. Euro ohne MwSt. für Bauaufträge.¹³⁹ Unterhalb der Schwellenwerte muss nationales Vergaberecht angewendet werden. Zu berücksichtigen ist, dass sowohl ober- als auch unterhalb der Schwellenwerte die Bestimmungen des EG-Vertrags - die Vorschriften zum freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung, Transparenz und

¹³¹ Für weitere Informationen siehe auch PRIEB, H.-J. (2001), S. 175ff..

¹³² Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 11, EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 5 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 332f..

¹³³ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000a): KOM (2000) 275 endg. vom 12.07.2000, ABIEG C 29 E vom 30.01.2001.

¹³⁴ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000b): KOM (2000) 276 endg. vom 12.07.2000, ABIEG C 29 E vom 30.01.2001.

¹³⁵ Auf das hier stattgefundene Mitentscheidungsverfahren, das dem Parlament die gleichen Rechte wie dem Rat der EU einräumt (Art. 251 EG Vertrag) soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Für weitere Informationen siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 333.

¹³⁶ Vgl. RL 2004/17/EG Art. 71 Abs. 1 sowie RL 2004/18/EG Art. 80 Abs. 1.

¹³⁷ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 323.

¹³⁸ Vgl. Dienstleistungskoordinerungsrichtlinie (DKR) Art. 7 Abs. 1; Lieferkoordinierungsrichtlinie (LKR) Art. 5 Abs. 1a); Baukoordinierungsrichtlinie (BKR) Art. 6 Abs. 1 und Sektorenkoordinierungsrichtlinie (SKR) Art. 14 Abs. 1.

¹³⁹ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 16 sowie RL 2004/17/EG Art. 7.

gegenseitigen Anerkennung - beachtet werden müssen.¹⁴⁰ Folgende Abbildung bietet einen Überblick über die Rechtssituation ober- und unterhalb der Schwellenwerte:

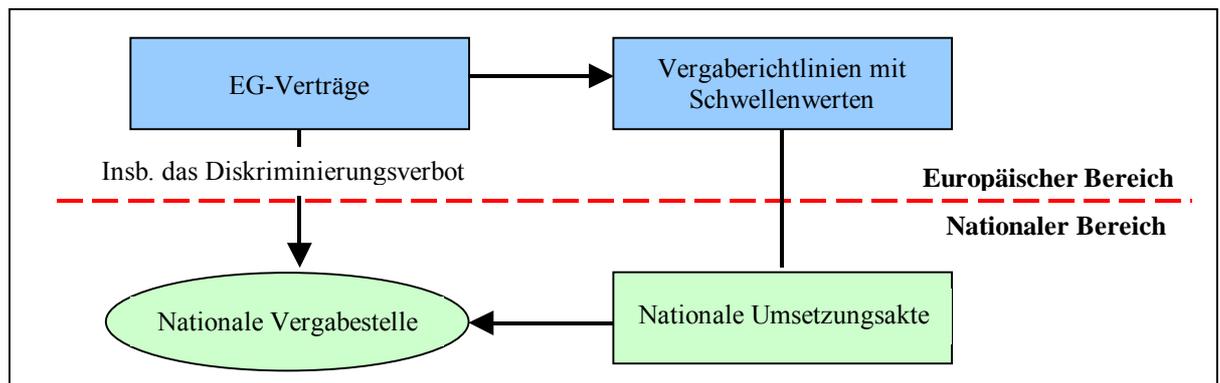


Abbildung 7: Die europarechtlichen Grundlagen
(In Anlehnung an GRIEM, N. (2004), S. 5)

Die angeführten EU-Vergaberichtlinien schlagen verschiedene Vergabeverfahren vor, die im nächsten Abschnitt beschrieben werden sollen.

5.3.3 Die Vergabeverfahren der EU

Die EU-Vergaberichtlinien lassen drei verschiedene Verfahren zu: das offene Verfahren, das nicht offene Verfahren und das Verhandlungsverfahren.¹⁴¹ Im Sektorenbereich entscheidet der öffentliche Auftraggeber frei über die Wahl des Verfahrens.¹⁴² Für Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge gilt dies lediglich für die Wahl zwischen dem offenen und dem nicht offenen Verfahren. Das flexiblere Verhandlungsverfahren darf hier nur in Ausnahmefällen angewendet werden.¹⁴³ Nach der neuen Richtlinie 2004/18/EG ist im Bereich der Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge unter Umständen zudem die Vergabe durch einen wettbewerblichen Dialog möglich.¹⁴⁴

Im *offenen Verfahren* wird die Zahl der Bieter von der Vergabestelle im Vorhinein nicht begrenzt. Jeder Interessent kann sein Angebot abgeben, so dass ein größtmöglicher Wettbewerb stattfindet.¹⁴⁵ In allen Richtlinien ist der Ablauf des Verfahrens gleichermaßen festgelegt und erfolgt anhand der einschlägigen Publizitätsvorschriften. Der Auftraggeber gibt zunächst eine Vorinformation ab und veröffentlicht den zu vergebenen Auftrag im Amtsblatt der EG mit einer Aufforderung zur Abgabe von Angeboten. Anschließend werden den Bewerbern die Verdingungsunterlagen zugeschickt.¹⁴⁶ Diese können innerhalb einer Frist von mindestens 52

¹⁴⁰ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 15ff.. Auf die Bestimmungen des EG Vertrags – das europäische Primärrecht – wird noch ausführlicher in Kapitel 5.4.3 eingegangen.

¹⁴¹ Vgl. RL 2004/17/EG Art. 40ff. sowie RL 2004/18/EG Art. 28ff.. In diesem Abschnitt sollen die Vergabeverfahren nach den bisher geltenden Vergaberichtlinien beschrieben werden, wobei Änderungen durch die neuen Vergaberichtlinien jeweils mit angeführt werden.

¹⁴² Vgl. PRIEB, H.-J. (2001), S. 124 sowie SKR Art. 20 Abs. 1 und RL 2004/17/EG Art. 40 Abs. 1.

¹⁴³ Ebd., S. 118ff.. sowie BKR Art. 7 Abs. 2; LKR Art. 6 Abs. 2; DKR Art. 11 Abs. 2 und RL 2004/18/EG Art. 28.

¹⁴⁴ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 28ff..

¹⁴⁵ Vgl. GÖTZ, W. (1999), S. 80ff. sowie BKR Art. 1e); DKR Art. 1d); LKR Art. 1d) und SKR Art. 1 Nr. 7a).

¹⁴⁶ Die Verdingungsunterlagen enthalten jegliche Informationen über den öffentlichen Auftrag, wie z.B. die Leistungsbeschreibung, die Bedingungen für die Ausführung des Vertrages und den Ablauf des Vergabeverfahrens. Vgl. RL 2004/17/EG sowie RL 2004/18/EG. Man unterscheidet hier zwischen den Unternehmen, die sich für einen Auftrag bewerben (Bewerber) und den Unternehmen, die ein konkretes Angebot abgeben (Bieter).

Tagen¹⁴⁷ ihre Angebote abgeben. Nach Fristende prüft die Vergabestelle die Eignung der Bieter und der Angebote. Sie gibt eine Wertung der Angebote ab und erteilt den Zuschlag an das Unternehmen, das den Auftrag ausführen soll. Schließlich erfolgt ein Vergabevermerk durch die Vergabestelle, die Unterrichtung der Bieter sowie die Bekanntmachung des vergebenen Auftrags binnen zwei Wochen im Amtsblatt der EG.¹⁴⁸

Beim *nicht offenen Verfahren* bewerben sich die Unternehmen zunächst für die Teilnahme am Verfahren (Mindestfrist von 37 Tagen). Die Vergabestelle wählt nach einer Eignungsprüfung eine bestimmte Anzahl von Unternehmen aus, die aufgefordert werden, ein Angebot abzugeben. Hierfür gilt eine erneute Frist von mindestens fünf Wochen für Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge (40 Tage gemäß der neuen Vergaberichtlinie). Im Sektorenbereich kann die Frist frei ausgehandelt werden. Die Prüfung der Angebote, die Zuschlagserteilung sowie die Bekanntmachungspflichten entsprechen dem offenen Verfahren.¹⁴⁹

Das *Verhandlungsverfahren* entspricht grundsätzlich dem nicht offenen Verfahren mit dem Unterschied, dass von den angesprochenen Unternehmen keine Angebote abgegeben werden, sondern beide Parteien die Auftragsbedingungen frei aushandeln.¹⁵⁰

Beim *wettbewerblichen Dialog* bespricht der öffentliche Auftraggeber mit den von ihm ausgewählten Bewerbern, welche Mittel seine Bedürfnisse am besten erfüllen können. Auf der Grundlage der im Detail besprochenen Lösungen werden die Unternehmen anschließend aufgefordert, ihr endgültiges Angebot abzugeben. Der öffentliche Auftraggeber wählt daraufhin das wirtschaftlich günstigste Angebot aus.¹⁵¹

Im folgenden Abschnitt soll nun detailliert dargestellt werden, welche Möglichkeiten die EU aufzeigt, Umweltkriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Dazu wird zunächst auf den Hintergrund der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung eingegangen, um dann die Schnittstelle zum europäischen Primärrecht zu verdeutlichen.

5.4 Empfehlung der EU zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

5.4.1 Hintergrund

Den ersten Anstoß für die Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gab es u.a. durch den Amsterdamer Vertrag von 1997 (siehe Kapitel 5.1), durch den der Umweltschutz als Grundsatz in den EG-Vertrag erstmalig aufgenommen wurde. Art. 6 EG-Vertrag besagt: „Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in Art. 3 genannten Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.“¹⁵² Zudem wurde die nachhaltige öffentliche

¹⁴⁷ Die für die Vergabeverfahren angegebenen Fristen können sich durch eine Vorinformation und durch eine elektronische Ausschreibung des Auftrags verkürzen. Für detaillierte Informationen siehe GÖTZ, W. (1999), S. 133ff., RL 2004/17/EG Art. 45ff., sowie RL 2004/18/EG Art. 38ff.

¹⁴⁸ Vgl. PRIEB, H.-J. (2001), S. 125ff.; GÖTZ, W. (1999), S. 80ff. sowie die neuen Vergaberichtlinien RL 2004/17/EG Art. 51ff. und RL 2004/18/EG Art. 44ff. Diese Darstellung des EU-Vergabeverfahrens findet sich in der Darstellung des öffentlichen Beschaffungsprozesses aus Kapitel 4 wieder.

¹⁴⁹ Vgl. GÖTZ, W. (1999), S. 81ff. sowie BKR Art. 1f); DKR Art. 1e); LKR Art. 1e) und SKR Art. 1 Nr. 7b).

¹⁵⁰ Ebd., S. 82ff. sowie BKR Art. 1g); DKR Art. 1f); LKR Art. 1f) und SKR Art. 1 Nr. 7c).

¹⁵¹ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 29. Der weitere Verfahrensablauf sowie die Fristen entsprechen dem nicht offenen und dem Verhandlungsverfahren.

¹⁵² EU (HRSG.) (2002), Art. 6.

Beschaffung im aktuellen sechsten Umweltaktionsprogramm der EU aus dem Jahr 2001 als ein Instrument zur Umsetzung der „Integrierten Produktpolitik“ (IPP) angeführt. Der öffentliche Auftraggeber soll demnach durch seine Nachfrage auf die Umweltfreundlichkeit des Marktes hinwirken.¹⁵³ Neuere Strategien der EU im Bereich der nachhaltigen Entwicklung der städtischen Umwelt (z.B. der Einsatz von schadstoffarmen Fahrzeugen im öffentlichen Verkehr)¹⁵⁴ sowie der Entwicklung von Umwelttechnologien (z.B. die Schaffung von Anreizen zu innovativen umweltfreundlichen Technologien durch einen nachhaltigen Konsum der öffentlichen Auftraggeber)¹⁵⁵ wirken ebenfalls als treibende Kräfte für die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.¹⁵⁶

In den EU-Dokumenten zum öffentlichen Auftragswesen wird die nachhaltige Beschaffung zum ersten Mal im Grünbuch von 1996 sowie in der Mitteilung von 1998 thematisiert. Darin wird gezeigt, dass öffentliche Auftraggeber Spielraum für die Förderung eines umweltfreundlichen Verhaltens besitzen. Gleichzeitig werden erste Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Umweltschutzes vorgestellt, wobei die Priorität der Wirtschaftlichkeit des Einkaufs stets betont wird.¹⁵⁷ Die Europäische Kommission betrachtete die Integration anderer Politikziele in die öffentliche Beschaffung lange mit Skepsis. Die Verfolgung von arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftspolitischen, sozialen oder umweltpolitischen Zielen sollte die Öffnung des Binnenmarktes sowie den darin stattfindenden Wettbewerb in keiner Weise gefährden.¹⁵⁸ Im Laufe der Zeit nahm die Kommission bezüglich der umweltpolitischen Zielstellungen jedoch eine immer positivere Haltung ein, was im Jahr 2001 in die Erarbeitung einer „Interpretierenden Mitteilung“ mündete, um die Möglichkeiten der Einbeziehung von Umweltkriterien in den von den EU-Richtlinien geregelten öffentlichen Beschaffungsprozess aufzuzeigen.¹⁵⁹ Die Kommission verzichtete somit zunächst auf eine Änderung der bereits bestehenden EU-Vergaberichtlinien, um deren Komplexität nicht noch zu erhöhen. Die Interpretierende Mitteilung besitzt empfehlenden Charakter, ist also für die EU-Mitgliedstaaten nicht rechtlich verbindlich, sondern lediglich freiwillig umzusetzen.¹⁶⁰ Die dieses Jahr in Kraft getretenen beiden Vergaberichtlinien erwähnen ausdrücklich Art. 6 des EG-Vertrags und führen nun im Vergleich zu den bisher geltenden Vergaberichtlinien Umweltkriterien explizit auf. Dabei werden

¹⁵³ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2001), S. 19ff.. Für weitere Informationen über das Instrument der öffentlichen Beschaffung im Konzept der IPP siehe auch EU-KOMMISSION (HRSG.) (2001a): Grünbuch zur Integrierten Produktpolitik, KOM(2001) 68 endg. vom 07.02.2001.

¹⁵⁴ Für detaillierte Informationen zur „Thematic Strategy on the Urban Environment“ siehe EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004i): http://europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic_strategy.htm.

¹⁵⁵ Für detaillierte Informationen zum „Environmental Technologies Action Plan“ siehe EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004e): <http://europa.eu.int/comm/environment/etap/index.htm>.

¹⁵⁶ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 4.

¹⁵⁷ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996), S. 50ff. sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 31ff..

¹⁵⁸ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 323f.. Die hier aufgeführten Ziele könnten als vergabefremde Zwecke bezeichnet werden, wenn kein Zusammenhang zwischen diesen und dem Ziel des Vergabewesens, der Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, besteht. Umweltkriterien gelten jedoch dann nicht als vergabefremde Zwecke, wenn sie das Ziel der Auftragsvergabe darstellen oder als leistungsbeschreibende Merkmale Bestandteil der zu beschaffenden Leistung oder des Produktes sind und in die Definition des Auftragsgegenstandes eingehen. Umweltkriterien können durchaus förderlich sein für die Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 326f..

¹⁵⁹ Ebd., S. 8 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2001b): Interpretierende Mitteilung der Kommission über das auf das Öffentliche Auftragswesen anwendbare Gemeinschaftsrecht und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 04.07.2001, KOM(2001) 274 endg., ABIEG Nr. C333 vom 28.11.2001.

¹⁶⁰ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 333. Die EU-Kommission beabsichtigt nicht, die Freiwilligkeit der Einbeziehung von Umweltkriterien für die Mitgliedstaaten zu ändern. Eine rechtlich verbindliche Forderung wird nicht als geeignet angesehen, da öffentliche Auftraggeber nicht immer verpflichtet werden wollen, umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen zu beschaffen. Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 4.

die hierzu ergangenen Rechtsprechungen des EuGH mit einbezogen und auf die in der Interpretierenden Mitteilung dargestellten Möglichkeiten verwiesen.¹⁶¹

Im folgenden Abschnitt soll nun erläutert werden, welche Möglichkeiten der Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung aus Perspektive der EU derzeit zulässig sind.¹⁶² Dabei wird anhand des Beschaffungsprozesses wie ihn die Interpretierende Mitteilung der EU vorschreibt, vorgegangen. Dieser umfasst folgende fünf Schritte: die Definition des Auftragsgegenstands, die Festlegung der technischen Spezifikationen, die Auswahl der Bieter, die Erteilung des Zuschlags sowie die Vertragsdurchführung.¹⁶³ Bei jedem Schritt werden die Änderungen durch die neuen Vergaberichtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG sowie ggf. die Rechtsprechungen des EuGH, die durchaus konträr zur Kommission erfolgen, beschrieben.

5.4.2 Möglichkeiten der Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess

5.4.2.1 Definition des Auftragsgegenstands

Die Definition des Auftragsgegenstands wird vom öffentlichen Auftraggeber zu Beginn des Beschaffungsprozesses festgelegt. Hier greifen die europäischen Vergaberichtlinien noch nicht, womit „[...] die Auftraggeber „alle“ Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Umweltschutzes und zur Wahl eines umweltfreundlichen Produktes oder einer umweltfreundlichen Dienstleistung“ haben.¹⁶⁴ Festgelegt werden diese je nach Auftragsstyp¹⁶⁵:

- *Bauaufträge*: die Definition des Auftragsgegenstands umfasst nicht nur das letztendliche Gebäude, sondern auch die Planung und Ausführung der Arbeiten. Während der Planung kann bspw. ein Gebäude mit niedrigem Energieverbrauch festgelegt werden und bei der Ausführung können bspw. Bedingungen für die Abfallbehandlung auf der Baustelle gestellt werden.¹⁶⁶ Bei großen Bauaufträgen muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vor der Ausführung der Arbeiten stattfinden.¹⁶⁷
- *Dienstleistungsverträge*: bei der Bestimmung der Art und Weise der Vertragsausführung kann z.B. die Gebäudereinigung mit umweltverträglichen Reinigungsmitteln oder der Einsatz von Elektrobussen im öffentlichen Personenverkehr vorgeschrieben werden.

¹⁶¹ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 4 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004a): <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/legal.htm>. Die Interpretierende Mitteilung behält trotz der Einbeziehung von Umweltkriterien in die Vergaberichtlinien ihre Gültigkeit.

¹⁶² Für weitere detaillierte Informationen über vorangegangene Entwicklungen und das Zusammenspiel der beteiligten Akteure sei verwiesen auf die vom Öko-Institut e.V. im Rahmen des Projekts NABESI (Nachhaltige Beschaffungsinstrumente) durchgeführten Rechtsstudie, die im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe auf EU-Ebene den aktuellsten Überblick bietet. Siehe BARTH, R. et al. (2004): Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe, in: GÜNTHER, E. et al. (HRSG.) (2004): Endbericht des Forschungsprojekts NABESI, S. 319-428.

¹⁶³ Die Schritte des öffentlichen Beschaffungsprozesses wie sie die Interpretierende Mitteilung anführt, finden sich in dem in Kapitel 4.3.2 beschriebenen öffentlichen Beschaffungsprozess wieder.

¹⁶⁴ KOM (2001) 274 endg., S. 8.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 335.

¹⁶⁷ Für weitere Informationen zur UVP siehe EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004d): <http://europa.eu.int/comm/environment/eia/home.htm> sowie RL 85/337/EWG, ABIEG Nr. L175 vom 05.07.1985, S. 40, geändert durch RL 97/11/EWG, ABIEG Nr. L73 vom 14.03.1997, S. 5 und RL 2001/42/EG, ABIEG Nr. L 197 vom 21.07.2001, S. 30.

- *Lieferverträge*: hier handelt es sich zumeist um Endprodukte, für die bestimmte Umweltanforderungen definiert werden können.¹⁶⁸ Die Kaufentscheidung hängt somit letztlich vom Umweltbewusstsein der öffentlichen Auftraggeber ab.

Bei allen drei Auftragsstypen muss das europäische Primärrecht, insbesondere das Diskriminierungsverbot sowie der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr beachtet werden. Der Auftragsgegenstand muss demnach so definiert werden, dass alle Bieter dem Auftrag nachkommen können.¹⁶⁹ Problematisch gestaltet sich bei der freien Definition des Auftragsgegenstands eine klare Abgrenzung zu den im folgenden Abschnitt beschriebenen technischen Spezifikationen, die in den Bereich der EU-Vergaberichtlinien fallen. Zu vermuten ist, dass eine Präzisierung dieser Grenze durch die Kommission nicht erfolgt, da die denkbaren Umweltkriterien im Rahmen der technischen Spezifikationen ohnehin als zulässig erachtet werden.¹⁷⁰

5.4.2.2 Technische Spezifikationen

Nach der Definition des Auftragsgegenstands werden vom öffentlichen Beschaffer die Ausschreibungs- bzw. Verdingungsunterlagen erstellt. Diese Unterlagen beinhalten die Leistungsbeschreibung des zu beschaffenden Objekts anhand von technischen Spezifikationen.¹⁷¹ Technische Spezifikationen umfassen jegliche technischen Anforderungen, die der Erfüllung des vom öffentlichen Auftraggeber vorgesehenen Verwendungszwecks dienen. Die Leistungsbeschreibung darf dabei jedoch nicht so eng gefasst werden, dass nur bestimmte Produkte oder Bieter in der Lage sind, den Auftrag zu erfüllen und somit ein freier Wettbewerb und Marktzugang nicht mehr gewährleistet werden kann.¹⁷² Markennamen und Warenverzeichnisse dürfen nur dann genannt werden, wenn eine allgemeinverständliche Beschreibung nicht ausreichend möglich ist, wobei der Zusatz „oder gleichwertiger Art“ stets erfolgen muss.¹⁷³ Bei der Formulierung der technischen Spezifikationen muss auf Standards (Normen) und vergleichbare Instrumente Bezug genommen werden, wobei europäische Standards/ Instrumente Vorrang vor internationalen und nationalen Standards/ Instrumenten besitzen. Problematisch gestaltet sich hier, dass nur wenige europäische Standards existieren, die Umweltanforderungen an Produkte und Dienstleistungen definieren.¹⁷⁴

¹⁶⁸ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 335.

¹⁶⁹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 9.

¹⁷⁰ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 335f..

¹⁷¹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 11. Technische Spezifikationen werden im Anhang XXI der RL 2004/17/EG für Liefer- und Dienstleistungsaufträge wie folgt definiert (siehe auch Anhang VI der RL 2004/18/EG): „*Technische Spezifikation bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen [bezeichnet] eine Spezifikation, die in einem Schriftstück enthalten ist, das Merkmale für ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung vorschreibt, wie Qualitätsstufen, Umwelleistungsstufen, Konzeption für alle Anforderungen (einschließlich des Zugangs von Behinderten) und Konformitätsbewertungsstufen, Leistung, Vorgaben für Gebrauchstauglichkeit, Sicherheit oder Abmessungen des Erzeugnisses, einschließlich der Vorschriften über Verkaufsbezeichnung, Terminologie, Symbole, Prüfungen und Prüfverfahren, Verpackung, Kennzeichnung und Beschriftung, Gebrauchsanleitungen, Produktionsprozesse und -methoden sowie über Konformitätsbewertungsverfahren.*“

¹⁷² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 336.

¹⁷³ Ebd., RL 2004/17/EG Art. 34 Abs. 8 sowie RL 2004/17/EG Art 23. Abs. 8.

¹⁷⁴ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 11ff.; RL 2004/17/EG Art. 34 Abs. 1a) sowie RL 2004/17/EG Art 23. Abs. 3a). Die neuen Vergaberichtlinien ändern den vorher verwendeten Wortlaut „technische Spezifikationen sind unter Bezugnahmen auf ... festzusetzen.“ in „technische Spezifikationen sind mit Bezugnahme auf ... zu formulieren.“, um den Anschluss von Angeboten mit neueren und besseren Standards, die noch nicht in Normen festgeschrieben wurden, zu verhindern. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 358.

Im Folgenden soll dargestellt werden, inwieweit umweltfreundliche Produktspezifikationen, Produktionsmethoden und Varianten sowie Umweltzeichen in die technischen Spezifikationen aufgenommen werden können:

- *Produktspezifikationen:* öffentliche Auftraggeber können in den technischen Spezifikationen bestimmte Grundstoffe oder Ausgangsmaterialien wie z.B. wiederverwertbare Materialien vorschreiben.¹⁷⁵
- *Produktionsverfahren:* in die neuen Vergaberichtlinien aus dem Jahr 2004 wurde erstmals die Möglichkeit der Forderung nach umweltfreundlichen Produktionsprozessen und -methoden in die technischen Spezifikationen aufgenommen.¹⁷⁶ Dabei sind jedoch nur die Produktionsverfahren zulässig, die sichtbar oder nicht sichtbar zur Charakterisierung des Produktes beitragen (wie z.B. ökologischer Landbau oder „grüner“ Strom) und nicht diskriminierend wirken. Ausgeschlossen werden Produktionsverfahren, die keinen direkten Bezug zum Produkt haben wie z.B. die Art und Weise, in der das anbietende Unternehmen geführt wird.¹⁷⁷ Eine klare Abgrenzung zwischen den zulässigen und den nicht zulässigen Produktionsverfahren könnte sich in der Praxis aber als schwierig herausstellen.¹⁷⁸
- *Umweltzeichen:* in Form von Leistungs- und Funktionsanforderungen können Umweltzeichen sowie deren Kriterien als Garant eines bestimmten Umweltstandards in den technischen Spezifikationen zulässig sein.¹⁷⁹ Umweltzeichen dürfen jedoch nicht allein angeführt werden. Vielmehr ist jedes andere vom Bieter erbrachte Beweismittel zu akzeptieren, welches das vom öffentlichen Auftraggeber verlangte Umweltniveau erfüllt.¹⁸⁰
- *Varianten:* fällt der Zuschlag auf das wirtschaftlich günstigste Angebot, können öffentliche Auftraggeber von den Bietern eigens vorgelegte Varianten (Nebenangebote) berücksichtigen, wenn diese die festgelegten Mindestanforderungen einhalten. Auf diese Art und Weise werden Bieter angeregt, der Beschaffungsstelle umweltfreundlichere Alternativen vorzuschlagen.¹⁸¹ Die Kommission legt jedoch nicht fest, inwiefern die Umweltfreundlichkeit das Preis-Leistungsverhältnis bestimmen kann bzw. ab welchem Preisverhältnis zwischen dem Ausgangsangebot und der umweltfreundlicheren und somit möglicherweise teureren Variante letztere den Zuschlag erhält.¹⁸²

¹⁷⁵ Ebd. S. 12ff. Materialien werden ausdrücklich in der Definition der technischen Spezifikationen erwähnt. Siehe Fußnote 56.

¹⁷⁶ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 360ff. sowie Fußnote 60.

¹⁷⁷ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 12ff. Unter die Art und Weise der Führung des anbietenden Unternehmens fällt z.B. die Verwendung von Recyclingpapier in den Büros.

¹⁷⁸ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 339.

¹⁷⁹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 13ff. Umweltzeichen als technische Spezifikationen werden in den neuen Vergaberichtlinien erstmalig angeführt. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 359f. sowie RL 2004/17/EG Art. 34 Abs. 6 und RL 2004/18/EG Art. 23 Abs. 6.

¹⁸⁰ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 13ff.; RL 2004/17/EG Art. 34 Abs. 6 sowie RL 2004/18/EG Art. 23 Abs. 6.

¹⁸¹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 14ff.; RL 2004/17/EG Art. 36 sowie RL 2004/17/EG Art. 24.

¹⁸² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 339.

5.4.2.3 Eignungskriterien

Nachdem die Bieter ihr Angebot abgegeben haben, erfolgt anhand von festgelegten Kriterien eine Auswahl der geeignetsten Bieter. Hierbei werden drei Kategorien geprüft: Gründe, die zum Ausschluss eines Bieters führen, die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die technische Leistungsfähigkeit der Bieter.¹⁸³ Bezüglich der technischen Leistungsfähigkeit wird zudem auf die Rolle von Umweltmanagementsystemen eingegangen.

In den neuen Vergaberichtlinien werden *Gründe für den Ausschluss eines Bieters* angeführt.¹⁸⁴ Zwei Ausschlussgründe können dabei im Hinblick auf Umweltkriterien gelten¹⁸⁵:

- Bieter, die aufgrund eines nach den Rechtsvorschriften des betreffenden Landes rechtskräftigen Urteils wegen eines Delikts bestraft worden sind, das ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt,¹⁸⁶
- Bieter, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen haben, die vom öffentlichen Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde.¹⁸⁷ Hierunter kann der Verstoß gegen das Umweltrecht fallen. Eine eindeutige Definition des Begriffs der (schweren) beruflichen Verfehlung liegt weder im EU-Recht noch in der Rechtsprechung des EuGH vor, sondern bleibt Auslegungssache der Mitgliedstaaten. Es sollte jedoch zumindest eine „schwere“ berufliche Verfehlung festgestellt werden.¹⁸⁸

Bei der Prüfung, welche Bieter für das Verfahren geeignet sind, lässt die *finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bieter* keinen Raum für die Berücksichtigung von Umweltbelangen.¹⁸⁹

Die dritte Prüfkategorie stellt die *technische Leistungsfähigkeit der Bieter* zur ordnungsgemäßen Erfüllung der vertraglichen Pflichten dar. Hierzu werden in den Vergaberichtlinien alle Nachweise für die technische Leistungsfähigkeit der Bieter abschließend aufgeführt, die der öffentliche Auftraggeber verlangen kann.¹⁹⁰ Dabei muss jeder Einzelnachweis einerseits in der Liste der möglichen Nachweise enthalten sein und andererseits eine direkte Verknüpfung mit dem Auftragsgegenstand oder der Auftragsausführung aufweisen.¹⁹¹ Folgende Nachweise können sich im Einzelfall auf Umweltaspekte beziehen¹⁹²:

Eine Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, unabhängig davon, ob sie dem Unternehmen des Wirtschaftsteilnehmers angehören oder nicht, und zwar insbesonde-

¹⁸³ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 16ff..

¹⁸⁴ Vgl. RL 2004/17/EG Art. 54 sowie RL 2004/18/EG Art. 45.

¹⁸⁵ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 16 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 340.

¹⁸⁶ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 340 sowie RL 2004/18/EG Art. 45 Abs. 2c).

¹⁸⁷ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 45 Abs. 2d).

¹⁸⁸ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 17 und BARTH, R. et al. (2004), S. 341ff.. Die Kommission hat in der Interpretierenden Mitteilung eine Gemeinschaftsrichtlinie vorgeschlagen, die einen Mindestkatalog von Umweltstraftaten beinhalten soll.

¹⁸⁹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 16 und RL 2004/18/EG Art. 47.

¹⁹⁰ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 48. Trotz der Nachweisliste in der Vergaberichtlinie bleibt es den Mitgliedstaaten frei zu entscheiden, welcher Standard der technischen Leistungsfähigkeit für die Teilnahme am Verfahren notwendig ist. Siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 341f..

¹⁹¹ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 17. Der genaue Wortlaut der RL 2004/18/EG Art. 48 Abs. 2 für den engen Zusammenhang der Nachweise für die technische Leistungsfähigkeit mit dem Auftragsgegenstand lautet: „*Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsteilnehmers kann je nach Art, Menge oder Umfang und Verwendungszweck der Bauleistungen, der zu liefernden Erzeugnisse oder der Dienstleistungen wie folgt erbracht werden: ...*“.

¹⁹² Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 17ff. sowie RL 2004/18/EG Art. 48 Abs. 2b), 2c) und 2h).

re derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind, und bei öffentlichen Bauaufträgen derjenigen, über die der Unternehmer für die Ausführung des Bauwerks verfügt,

Eine Beschreibung der technischen Ausrüstung des Lieferanten oder Dienstleistungserbringers, seiner Maßnahmen zur Qualitätssicherung und seiner Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten,

Eine Erklärung, aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung der Dienstleistungserbringer oder Unternehmer für die Ausführung des Auftrags verfügt.

Besonderes Know-how im Umweltbereich kann beispielsweise nur dann als Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit vom öffentlichen Auftraggeber gefordert werden, wenn ein direkter Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand oder der Auftragsausführung besteht wie z.B. beim Bau einer Abfallbeseitigungsanlage. Von der Kommission bleibt an dieser Stelle noch zu klären, wie eng solch ein Zusammenhang bestehen muss.¹⁹³

Die Frage, ob *Umweltmanagementsysteme* wie das europäische System EMAS (Environmental Management and Audit Scheme)¹⁹⁴ oder die internationale Norm ISO 14001 einen Nachweis für die technische Leistungsfähigkeit eines Bieters darstellen, wird stark diskutiert.¹⁹⁵ Unternehmen können sich freiwillig nach EMAS zertifizieren lassen und garantieren damit, dass sie Mindestanforderungen im Umweltbereich erfüllen, eine hohe Umweltleistung anstreben und ein leistungsfähiges Umweltmanagement betreiben.¹⁹⁶ Gemäß der „Interpretierenden Mitteilung“ der Kommission aus dem Jahr 2001 darf eine EMAS-Zertifizierung jedoch nur dann vom öffentlichen Auftraggeber verlangt werden, wenn Elemente des Umweltprogramms und des Umweltmanagementsystems eines Unternehmens oder einer Organisation als Nachweis für die Erfüllung technischer Anforderungen (siehe Aufzählung oben) angesehen werden können – d.h. wenn diese direkt im Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen.¹⁹⁷ Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union argumentierte gegen diese Ansicht der Kommission und sieht es vielmehr als die Pflicht des Staates an, EMAS zu fördern, indem es bei ansonsten gleichen Bedingungen in der Auftragsvergabe bevorzugt wird.¹⁹⁸ Schließlich ebnete das Europäische Parlament durch seine Änderung des Vorschlages der Kommission zu den neuen Vergaberichtlinien (siehe Kapitel 5.3.2) den Weg zur weitgehenden Einbeziehung von EMAS als Nachweis für die technische Leistungsfähigkeit der Bieter.¹⁹⁹

In den neuen Richtlinien ist unverändert festgelegt, dass der direkte Zusammenhang zwischen einem Umweltmanagementsystem und dem Auftragsgegenstand bestehen muss.²⁰⁰ Doch wenn der öffentliche Auftraggeber Nachweise über Qualitätssicherungsnormen wie Umweltmanagementsysteme verlangt (dies ist nur bei öffentlichen Bau- und Dienstleistungsaufträgen

¹⁹³ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 18 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 342.

¹⁹⁴ EU-KOMMISSION (HRSG.) (1993): Verordnung über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagementsystem und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS), VO Nr. 1836/93, ABIEG Nr. L 168 vom 10.07.1993, S. 1, geändert durch VO Nr. 761/2001 ABIEG Nr. L 114 vom 24.04.2001, S. 1.

¹⁹⁵ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 5 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 343.

¹⁹⁶ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 19.

¹⁹⁷ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 19 und BARTH, R. et al. (2004), S. 343. Gleichwertige Nachweise sind zu akzeptieren.

¹⁹⁸ Vgl. Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zur EMAS-VO, ABIEG Nr. C 205 vom 22.07.1999, S. 43.

¹⁹⁹ Vgl. Stellungnahme des Parlaments in erster Lesung zu KOM(2000) 275 endg. vom 17.01.2001, Begründung zu Abänderungsvorschlag 97 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 360.

²⁰⁰ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 48 Abs. 2f); BARTH, R. et al. (2004), S. 343 sowie Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 5.

aufgrund des notwendigen Zusammenhangs mit dem Auftragsgegenstand zulässig), dann besitzt EMAS expliziten Vorrang. Gleichwertige Nachweise/ Normen müssen allerdings ebenso akzeptiert werden.²⁰¹ Einerseits bleibt somit die engere Auslegung der Kommission bezüglich des direkten Zusammenhangs von Umweltmanagementsystemen mit dem Auftragsgegenstand erhalten. Der Bieterkreis soll nicht auf unzulässige Weise eingeschränkt werden, da Umweltmanagementsysteme zwar die organisatorischen Abläufe im Unternehmen unter Umweltsichtspunkten verbessern, aber eben nicht zwingend zur Charakterisierung des Produktes beitragen.²⁰² Andererseits entsteht durch die nun erlaubte Bevorzugung von EMAS in den vorgeschriebenen Fällen ein zusätzlicher Anreiz für Unternehmen zur Zertifizierung.²⁰³

5.4.2.4 Zuschlagskriterien

Bei der Prüfung und Auswahl des geeignetsten Angebots können öffentliche Auftraggeber zwei Kriterien verwenden: den niedrigsten Preis oder das wirtschaftlich günstigste Angebot.²⁰⁴ Das wirtschaftlich günstigste Angebot zielt auf die Erreichung eines optimalen Preis-Leistungsverhältnisses ab. Alle vom öffentlichen Auftraggeber herangezogenen Kriterien zur Identifizierung des wirtschaftlich günstigsten Angebots müssen vorab gewichtet und den Bietern bekannt gemacht werden.²⁰⁵

Die Vergaberichtlinien zählen beispielhaft Zuschlagskriterien auf, wobei erstmals in den neuen Richtlinien aus dem Jahr 2004 Umwelteigenschaften ausdrücklich erwähnt werden.²⁰⁶ Grundsätzlich müssen Zuschlagskriterien zum einen mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen und zum anderen aus Sicht des Auftraggebers zur Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots führen.

Bezüglich der ersten Bedingung, dass Zuschlagskriterien im *Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand* stehen müssen, erklärte der EuGH 1988 im Fall „Beentjes“²⁰⁷ wie auch im Jahr 2000 im Fall „Nord-Pas-de-Calais“²⁰⁸ – entgegen der Haltung der Kommission – soziale Kriterien für zulässig.²⁰⁹ In beiden Rechtssachen sollte der Zuschlag nur an die Bieter erfolgen, die nachweislich die Arbeitslosigkeit bekämpften und somit ein zusätzliches soziales

²⁰¹ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 50; BARTH, R. et al. (2004), S. 360f. sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004a): , <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/legal.htm>, „Possibility for contracting authorities to ask for environmental management measures as a means to proof a tenderers' capacity to execute a specific works or service contract (i.e. in a works contract to build a bridge in a nature reserve, implying the need of continuous environmental management, and adoption of specific protection measures during the work.” – “Explicit preference for EMAS (and equivalent means of proof) when asking for environmental management measures, as a way to certify the measures put in place.”

²⁰² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 344.

²⁰³ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 361.

²⁰⁴ Vgl. KOM(2000) 274 endg., S. 20; RL 2004/18/EG Art. 53 Abs. 1 sowie RL 2004/17/EG Art. 55 Abs. 1.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Vgl. RL 2004/18/EG Art. 53 Abs. 1 (analog dazu RL 2004/17/EG Art. 55 Abs. 1): „Der öffentliche Auftraggeber wendet unbeschadet der für die Vergütung von bestimmten Dienstleistungen geltenden einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bei der Erteilung des Zuschlags folgende Kriterien an: a) entweder - wenn der Zuschlag auf das aus Sicht des öffentlichen Auftraggebers wirtschaftlich günstigste Angebot erfolgt - verschiedene mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängende Kriterien, z.B. Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe, Lieferzeitpunkt und Lieferungs- oder Ausführungsfrist; b) oder ausschließlich das Kriterium des niedrigsten Preises.“

²⁰⁷ Vgl. Urteil des EuGH vom 20.09.1988, Rs. 31/87, Slg. 1988, 4635 = NVwZ 1990, 353, Beentjes ./ . Niederländischer Staat (Beentjes).

²⁰⁸ Vgl. Urteil des EuGH vom 26.09.2000, Rs. 225/98, Slg. 2000, I-7445 = EuGH, NJW 2000, 3629, Kommission ./ . Französische Republik (Nord-Pas-de-Calais).

²⁰⁹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 362.

Kriterium erfüllen.²¹⁰ Der EuGH räumte mit beiden Urteilen neben der Ermittlung des niedrigsten Preises oder des wirtschaftlich günstigsten Angebots die Möglichkeit für zusätzliche (in diesem Fall soziale) Zuschlagskriterien ein, die nicht mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang standen.²¹¹ Diese wären allerdings nur dann zulässig, wenn das Gemeinschaftsrecht (insbesondere das Diskriminierungsverbot) beachtet wird. Ferner müssen durch das zusätzliche Zuschlagskriterium die Verfahrensvorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge (siehe Kapitel 5.3.2) immer noch respektiert werden (d.h. das zusätzliche Zuschlagskriterium muss insbesondere in der Bekanntmachung oder den Verdingungsunterlagen erwähnt werden).²¹² Der EuGH stützte seine Argumentation in beiden Fällen darauf, dass die europäischen Vergaberichtlinien lediglich einzelstaatliche Verfahren koordinieren (siehe Kapitel 5.3.3) und die Mitgliedstaaten selbst festgelegte Eignungsstandards oder –nachweise fordern können.²¹³ Da soziale Zwecke nicht in den Vergaberichtlinien erwähnt werden, existiert an dieser Stelle eine Regelungslücke, die von den Mitgliedstaaten selbst gestaltet werden kann.²¹⁴ Die Kommission nahm trotz ihrer restriktiveren Haltung beide Rechtsprechungen des EuGH in ihre Interpretierende Mitteilung aus dem Jahr 2001 auf und erwähnte ausdrücklich, dass Umwelt- und Umweltschutzbedingungen bei der Zuschlagserteilung in gleicher Weise wie soziale Kriterien angewendet werden können. Sie fügte jedoch – obwohl dies nicht im „Beentjes“- oder „Nord-Pas-de-Calais“-Urteil festgeschrieben war – eine Restriktion hinzu. Demnach dürfen zusätzliche Kriterien vom öffentlichen Auftraggeber nur dann verwendet werden, wenn ihm zwei oder mehr wirtschaftlich gleichwertige Angebote vorliegen.²¹⁵

Neuere Rechtsprechungen des EuGH in den Fällen „Concordia Bus Finland“²¹⁶ im Jahr 2002 und „Wienstrom“²¹⁷ im Jahr 2003 haben mittlerweile dazu geführt, dass die Urteile in den beiden oben genannten Fällen nicht mehr als einschlägig betrachtet werden. Dies begründet sich dadurch, dass in den Rechtssachen „Concordia Bus Finland“ und „Wienstrom“ direkt die Frage gestellt wurde, inwieweit Umweltkriterien als Zuschlagskriterien zulässig sind und die Argumentation somit nicht mehr auf ursprünglich sozialen Kriterien beruht.²¹⁸ In den neueren Urteilen wurde auf die beiden oben erwähnten Bedingungen des Zusammenhangs mit dem Auftragsgegenstand sowie der *Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots aus Sicht des Auftraggebers* eingegangen. Zur zweiten Bedingung nahm die Kommission in ihrer Interpretierenden Mitteilung aus dem Jahr 2001 sowie in ihren Vorschlägen zur Änderung der Vergaberichtlinien eine restriktive Haltung ein. Sie forderte, dass jedes Zuschlagskriterium - also

²¹⁰ Während der EuGH in der Rechtssache (Rs.) Beentjes soziale Kriterien noch einer dritte Kategorie abseits von Eignungs- oder Zuschlagskriterien zuordnete, erfolgte in der Rs. Nord-Pas-de-Calais eine klare Zuordnung zu den Zuschlagskriterien. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 352ff.; Urteil des EuGH vom 20.09.1988, Rs. 31/87 (Fußnote 207) (Beentjes) sowie Urteil des EuGH vom 26.09.2000, Rs. 225/98 (Fußnote 208), (Nord-Pas-de-Calais).

²¹¹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 362.

²¹² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 353 sowie Urteil des EuGH vom 26.09.2000, Rs. 225/98 (Fußnote 208) (Nord-Pas-de-Calais).

²¹³ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 354.

²¹⁴ Vgl. BENEDICT, C. (2000), S. 174.

²¹⁵ Vgl. KOM(2000) 274 endg., S. 23ff.. Da es sich in beiden Fällen um das wirtschaftlich günstigste Angebot handelte, wäre die gleichzeitig erfüllte Bedingung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit letztlich nicht relevant für die Zuschlagserteilung gewesen. Somit hat sich der EuGH bislang nicht mit einer Rechtssache befasst, in der ein wirtschaftlich weniger günstiges Angebot aufgrund eines zusätzlichen Kriteriums bevorzugt wurde. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 355.

²¹⁶ Vgl. Urteil des EuGH vom 17.10.2002, Rs. C-513/99, Slg. 2002 I-7213, Concordia Bus Finland Oy Ab ./ Helsingin Kaupunki und HKL-Bussilinen (Concordia Bus Finland).

²¹⁷ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01, Slg. 2003 I-1, EVN AG Wienstrom GmbH ./ Republik Österreich (Wienstrom).

²¹⁸ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 346f. sowie S. 356.

auch Umweltkriterien - dem Auftraggeber einen unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil bringen müsse.²¹⁹ Hierzu lässt sich folgende Rechtsprechung des EuGH anführen.

In der Rechtssache „Concordia Bus Finland“ hatte das Beschaffungsamt Helsinki den Betrieb innerstädtischer Buslinien ausgeschrieben und den Zuschlag aufgrund geringerer Lärmemissionen und Stickstoffausstößen an die städtischen Verkehrsbetriebe erteilt, obwohl der zweitplazierte Anbieter Concordia Bus Finland Oy Ab einen niedrigeren Preis verlangte. Die Stadt Helsinki entschied sich für die Einbeziehung eines niedrigeren Schadstoffgehaltes der Busse in die Bewertung der Angebote, weil sich dadurch unmittelbare Spareffekte ergeben. Dies vor allem im medizinisch-sozialen Bereich, der circa 50% des Gesamthaushalts der Stadt Helsinki darstellt.²²⁰ Der EuGH urteilte in diesem Fall, dass Zuschlagskriterien wie der Schutz der Umwelt, die dem Allgemeinwohl dienen, zulässig sind, wenn die Grundsätze des Gemeinschaftsrechts insbesondere das Diskriminierungsverbot eingehalten werden.²²¹ Er begründet dies damit, dass öffentliche Auftraggeber per Definition verpflichtet sind, mit ihren Aktivitäten zum Allgemeinwohl beizutragen (so auch zum Umweltschutz gemäß Art. 6 EGV, siehe Kapitel 5.4.1). Das bedeutet, dass Umweltkriterien – entgegen der Forderung der Kommission – ebenfalls zur Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots herangezogen werden können.²²² Grundsätzlich müssen die Zuschlagskriterien keinen unmittelbaren Nutzen im Sinne eines wirtschaftlichen Vorteils für den Auftraggeber nach sich ziehen, sondern können sich auch gesamtwirtschaftlich auswirken.²²³

Für die allgemeine Anwendung von Umweltkriterien als Zuschlagskriterien stellt der EuGH in seiner Rechtsprechung zu „Concordia Bus Finland“ folgende vier Bedingungen auf:

- Es besteht ein Zusammenhang zum Auftragsgegenstand,
- Das Umweltkriterium bringt keine unbeschränkte Entscheidungsfreiheit des öffentlichen Auftraggebers mit sich,
- Das Umweltkriterium wird ausdrücklich in den Vergabeunterlagen oder der Bekanntmachung genannt,
- Der Auftraggeber beachtet alle wesentlichen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts, insbesondere das Diskriminierungsverbot.²²⁴

Im Gegensatz zu den sozialen Kriterien bei „Beentjes“ und „Nord-Pas-de-Calais“ forderte der EuGH nun ausdrücklich einen Zusammenhang zwischen dem Auftragsgegenstand und den umweltbezogenen Zuschlagskriterien. Diese werden nicht mehr als zusätzliche Kriterien an-

²¹⁹ „Umweltelemente können dazu dienen, das wirtschaftlich günstigste Angebot zu ermitteln, wenn sich aus der Bezugnahme auf diese Faktoren ein wirtschaftlicher Vorteil bei dem Produkt oder der Leistung, die Auftragsgegenstand ist, zum wirtschaftlichen Nutzen des Auftraggebers ergibt.“ Vgl. KOM(2000) 274 endg., S. 21 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 346f. und S. 362f.

²²⁰ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 346f..

²²¹ Vgl. Schlussantrag des Generalanwalts Mischo vom 13.12.2001 in der Rs. C-513/99 (Concordia Bus Finland), Rdnr. 91.

²²² Ebd., Rdnr. 93 sowie Urteil des EuGH vom 17.10.2002, Rs. C-513/99 (siehe Fußnote 216) (Concordia Bus Finland), Rdnr. 55.

²²³ Vgl. Urteil des EuGH vom 17.10.2002, Rs. C-513/99 (siehe Fußnote 216) (Concordia Bus Finland), Rdnr. 55 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 346f.. Zuschlagskriterien können dem Allgemeinwohl dienen und sind somit nicht zwingend wirtschaftlicher bzw. betriebswirtschaftlicher Art (letzteres wird auch nicht explizit in den Vergaberichtlinien gefordert). Auch andere Faktoren können den Wert eines Angebots bestimmen.

²²⁴ Vgl. Urteil des EuGH vom 17.10.2002, Rs. C-513/99 (siehe Fußnote 216) (Concordia Bus Finland), Rdnr. 69.

gesehen, sondern wurden explizit als zulässige Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots in die neuen Vergaberichtlinien aufgenommen.

In der Rechtssache „Wienstrom“²²⁵ bestätigte der EuGH die Zulässigkeit von Umweltkriterien als Zuschlagskriterium. Der Fall gestaltete sich derart, dass die Republik Österreich die Lieferung von Elektrizität über den Zeitraum von zwei Jahren ausgeschrieben hatte und dabei die Umweltgerechtigkeit der Leistungen ausdrücklich als Zuschlagskriterium erwähnte. Ziel war ein Vertrag mit dem Unternehmen, das jährlich mindestens 22,5 GWh elektrische Energie aus erneuerbaren Energiequellen liefern könne. Dabei sollten die Bieter ausgeschlossen werden, die darüber keinen Nachweis liefern können. Im Widerspruch dazu verzichtete die Republik Österreich jedoch auf einen expliziten Nachweis der Bezugsquellen, da es einem Lieferanten grundsätzlich unmöglich wäre zu garantieren, dass die von ihm bezogene Energie wirklich aus erneuerbaren Energiequellen stamme.²²⁶ Der EuGH entschied, dass die Nutzung erneuerbarer Energien grundsätzlich ein zulässiges Zuschlagskriterium darstelle, da die Umwelt durch geringere Emissionen von Treibhausgasen geschützt werde und sich die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Klimaveränderungen u.a. durch das Kyoto-Protokoll verpflichtet hätten.²²⁷ Darüber hinaus führte der EuGH die Neuerung ein, dass eine Gewichtung des Zuschlagskriteriums „Umweltgerechtigkeit der Leistung“ mit 45% gegenüber anderen Zuschlagskriterien möglich sei.²²⁸ Durch diese Gewichtung entsteht nun ein Beurteilungsspielraum für die öffentlichen Auftraggeber, um zu entscheiden, mit welchen Umweltkriterien ein angestrebtes Umweltziel am geeignetsten und effektivsten erreicht werden kann.²²⁹ Der EuGH lehnte in der Rechtssache „Wienstrom“ jedoch auch folgende Aspekte ab: zum einen sind solche Zuschlagskriterien nicht zulässig, die der öffentliche Auftraggeber nicht nachweislich kontrollieren will, weil dadurch der Grundsatz der Gleichbehandlung der Bieter nicht mehr eingehalten wird.²³⁰ Zum anderen ist ein Zuschlagskriterium unzulässig, das lediglich die Menge an grünem Strom betrachtet, die der Bieter fähig ist zu liefern. Hier fehle der Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand.²³¹

Abschließend soll die Haltung der Kommission bzgl. der Integration von externen Kosten sowie von Lebenszykluskosten in die Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots dargestellt werden. Die Einbeziehung von *externen Kosten* (siehe Kapitel 4.1) in die Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots lehnt die Kommission entschieden ab. Einerseits fehle der direkte Zusammenhang zum Auftragsgegenstand, andererseits gestalte sich die exakte Kalkulierung externer Kosten aufgrund fehlender allgemein anerkannter wissenschaftlicher Methoden schwierig.²³² Da dem EuGH bislang jedoch noch keine diesbezügliche Rechtssache vorlag, bleibt der reale Fall - in Anbetracht der Tatsache, dass sich der EuGH in der Vergangenheit durchaus gegen die Auffassung der Kommission entschieden hat - abzuwarten. Zu der

²²⁵ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01, EVN AG Wienstrom GmbH ./ Republik Österreich (Wienstrom), Slg. 2003 I-1.

²²⁶ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 349.

²²⁷ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01 (siehe Fußnote 225) (Wienstrom). Der EuGH verwies bei dieser Begründung auf sein Urteil im Fall PreussenElektra, auf das in Kapitel 5.4.3.2 noch eingegangen wird. Siehe Urteil des EuGH vom 13.03.2001, Rs. C-379/98, Slg. 2001 I-2159 (PreussenElektra).

²²⁸ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01 (siehe Fußnote 225) (Wienstrom), Rdnr. 48.

²²⁹ Vgl. DAGEFÖRDE, A. (2004a), S. 36ff.

²³⁰ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01 (siehe Fußnote 225) (Wienstrom), Rdnr. 47.

²³¹ Vgl. Urteil des EuGH vom 04.12.2003, Rs. C-448/01 (siehe Fußnote 225) (Wienstrom), Rdnr. 68.

²³² Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 6. sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 348f.

Frage, ob *Lebenszykluskosten*²³³ in die Berechnung des wirtschaftlich günstigsten Angebots einbezogen werden können, äußerte sich die Kommission positiv. Dabei sollen jedoch nur die Kosten berücksichtigt werden, die nach dem Kauf entstehen und nicht mehr im Preis enthalten sind. Die Vergaberichtlinien führen beispielhaft die Betriebskosten und die Rentabilität an. Es sind jedoch z.B. auch die Erhaltungskosten oder die Kosten der Abfallbehandlung und –wiederverwertung zulässig.²³⁴

5.4.2.5 Bedingungen für die Auftragsausführung

Die Art und Weise der Vertragsausführung kann durch zusätzliche Bedingungen, sog. Vertragsklauseln, vom öffentlichen Auftraggeber beeinflusst werden.²³⁵ Bei der Festlegung der Vertragsklauseln ist vom öffentlichen Auftraggeber zu beachten, dass diese keine verdeckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen dürfen, die den Leistungsumfang im Nachhinein ändern und somit den Wettbewerb verzerren könnten.²³⁶ Umweltkriterien können demnach in den Vertragsklauseln berücksichtigt werden, solange das europäische Primärrecht - insbesondere das Diskriminierungsverbot - gewahrt bleibt. Jedes anbietende Unternehmen muss fähig sein, die Vertragsklauseln auszuführen.²³⁷ Folgende umweltfreundliche Vertragsklauseln sind gemäß der Interpretierenden Mitteilung möglich:

- Lieferung/ Verpackung von Waren in größeren Partien statt einzeln,
- Wiedergewinnung oder Wiederverwendung von Verpackungsmaterial und gebrauchten Produkten durch den Lieferanten,
- Lieferung der Waren in wiederverwendbaren Behältnissen,
- Einsammlung, Rücknahme, Recycling oder Wiederverwendung von Abfall, der während oder nach der Nutzung oder dem Verbrauch eines Produktes anfällt, durch den Lieferanten,
- Transport und Auslieferung von Chemikalien (z.B. Reinigungsprodukten) in Konzentratform und Verdünnung am Ort der Verwendung.²³⁸

Nach der erfolgten ausführlichen Darstellung der Möglichkeiten zur Integration von Umweltaspekten in den öffentlichen Beschaffungsprozess auf EU-Ebene, werden nun die Ergebnisse des Kapitel 5.4.2 kurz zusammengefasst.

²³³ Vgl. KOM(2000) 274 endg., S. 22 sowie Kapitel 4.5.2.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Ebd., S. 25 sowie RL 2004/17/EG Art. 38 und RL 2004/18/EG Art. 26. Die Auftragsausführung liegt wie die Definition des Auftragsgegenstands außerhalb des von den Vergaberichtlinien erfassten Bereichs.

²³⁶ Vgl. AICHER, J.; FRUHMANN, M. (unveröffentlicht), S. 74.

²³⁷ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 25, RL 2004/17/EG Art. 38 sowie RL 2004/18/EG Art. 26.

²³⁸ KOM (2001) 274 endg., S. 25

5.4.2.6 Zusammenfassung

Eine Integration von Umweltkriterien ist auf allen Stufen des Beschaffungsprozesses möglich. Konkrete Anwendungsmöglichkeiten werden in der Interpretierenden Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2001 sowie erstmalig in den neuen Vergaberichtlinien aus dem Jahr 2004 aufgezeigt. Die explizite Aufnahme von Umweltaspekten in die Vergaberichtlinien stellt dabei einen wichtigen Schritt dar, mit der die nachhaltige öffentliche Beschaffung im Sinne des Art. 6 EGV entscheidend an Bedeutung gewonnen hat.²³⁹ Auch die Rechtsprechung des EuGH unterstützt diese Richtung, da er in einigen Umweltfragen - im Gegensatz zur restriktiveren Haltung der EU-Kommission - eine weitere Auslegung vertritt.²⁴⁰

Die größten Möglichkeiten zur Integration von Umweltkriterien in den Beschaffungsprozess liegen in der Definition des Auftragsgegenstands, die außerhalb der Vergaberichtlinien stattfindet und somit stark von dem Umweltbewusstsein des öffentlichen Auftraggebers abhängt. Gemäß den neuen Vergaberichtlinien dürfen nun explizit umweltfreundliche Produktionsverfahren als technische Spezifikationen in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden. Die Neuerung der Bezugnahme auf das Umweltmanagementsystem EMAS in den Eignungskriterien ist ebenfalls als positiv zu bewerten, da sie Anregung zu weiteren Zertifizierungen bietet. Umweltkriterien sind zudem weitestgehend als Zuschlagskriterien zulässig, um das wirtschaftlich günstigste Angebot zu ermitteln, wobei jedoch externe Kosten nicht herangezogen werden dürfen. Grundsätzlich hat der EuGH vier Bedingungen für die Einbeziehung von Umweltkriterien aufgestellt: den Zusammenhang zum Auftragsgegenstand, keine unbeschränkte Entscheidungsfreiheit des öffentlichen Auftraggebers durch das Kriterium, die ausdrückliche Nennung in den Vergabeunterlagen oder der Bekanntmachung und die Beachtung aller wesentlichen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts.²⁴¹

Die grundsätzlichen Ziele eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes sowie der Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen muss bei der öffentlichen Vergabepaxis auf europäischer Ebene stets gewahrt bleiben. Da in diesem Kapitel bereits häufig die Grundsätze des Gemeinschaftsrechts - das sog. europäische Primärrecht - erwähnt wurde, soll dieses im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

²³⁹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 364f.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Ebd.

5.4.3 Wahrung des europäischen Primärrechts

Das bereits in Kapitel 5.1 vorgestellte Primärrecht umfasst die EG-Verträge und die sonstigen zwischenstaatlichen Vereinbarungen. Hierin sind die Grundfreiheiten und Prinzipien basierend auf dem Diskriminierungsverbot (Art. 12) festgelegt.²⁴² Das Primärrecht steht über dem Sekundärrecht – also den Vergaberichtlinien, welche lediglich die im Primärrecht enthaltenen Grundfreiheiten konkretisieren – und muss bei jeglicher öffentlicher Auftragsvergabe gewahrt bleiben.²⁴³ Die Grundfreiheiten werden als erstes herangezogen, um die Zulässigkeit von Umweltkriterien im Vergabeverfahren zu prüfen.²⁴⁴ Der Anwendungsbereich des Primärrechts erstreckt sich auf den Innen- und Außenbereich der Vergaberichtlinien (somit auch auf die Definition des Auftragsgegenstands und die Ausführungsbestimmungen des Vertrags) sowie auf die öffentliche Auftragsvergabe ober- und unterhalb der Schwellenwerte.²⁴⁵

Die Artikel des EG-Vertrags, die für die Vergaberichtlinien besonders relevant sind, sollen im Folgenden näher erläutert werden: die Umweltintegrationsklausel gemäß Art. 6, die Warenverkehrsfreiheit gemäß Art. 28, die Dienstleistungsfreiheit gemäß Art. 49, das Diskriminierungsverbot gemäß Art. 12 sowie das Verbot staatlicher Beihilfen gemäß Art. 87. Für jeden Artikel sollen die Forderung, der Anwendungsbereich sowie mögliche Ausnahmen und Rechtsprechungen des EuGH aufgezeigt werden.

5.4.3.1 Die Umweltintegrationsklausel (Art. 6 EGV)

Die Umweltintegrationsklausel gemäß Art. 6 EGV besagt, „*dass die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der in Art. 3 genannten Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden müssen*“ (siehe Kapitel 5.4.1). Art. 6 ist somit auf alle Gemeinschaftspolitiken wie z.B. die europäischen Vergaberichtlinien anzuwenden und befürwortet im Allgemeinen die Integration von Umweltschutzaspekten. Dabei besagt Art. 6 jedoch nicht, dass Umweltschutzaspekte generell Vorrang vor dem EG-Vertrag, insbesondere dem Diskriminierungsverbot, besitzen.²⁴⁶

5.4.3.2 Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28ff. EGV)

Die Warenverkehrsfreiheit aus Art. 28ff. EGV verbietet mengenmäßige Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe muss der freie Warenverkehr stets beachtet werden.²⁴⁷ Art. 28 bezieht sich dabei insbesondere auf die Beschaffung von Produkten.²⁴⁸

²⁴² Der EG-Vertrag enthält vier Grundfreiheiten: der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr. Siehe EU (HRSG.) (2002), Art. 28ff.

²⁴³ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 365.

²⁴⁴ Ebd. Bei den in die Vergaberichtlinien bereits aufgenommenen Umweltkriterien wird die Konformität mit dem europäischen Primärrecht angenommen.

²⁴⁵ Ebd., S. 364.

²⁴⁶ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 367f. sowie KROHN, W. (2003), S. 39ff.

²⁴⁷ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1985): Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat „Vollendung des Binnenmarktes“ vom 14.06.1985, KOM(85) 310 endg., Rdnr. 85. Auch der EuGH prüft Vergabeentscheidungen anhand Art. 28. Siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 369.

²⁴⁸ Hier greift die RL 2004/17/EG, die u.a. Lieferaufträge regelt.

Das Verbot des Art. 28 umfasst zum einen vollständige wie auch zeitlich begrenzte mengenmäßige Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen²⁴⁹ und zum anderen Maßnahmen gleicher Wirkung. Letztere werden gemäß dem Urteil des EuGH im Fall „Dassonville“ aus dem Jahr 1974 definiert als „jede Handelsregelung der Mitgliedstaaten, die geeignet ist, den innergemeinschaftlichen Handel unmittelbar oder mittelbar, tatsächlich oder potentiell zu behindern.“²⁵⁰ Maßnahmen gleicher Wirkung können unmittelbar von staatlichen Organisationseinheiten und unter Umständen auch von öffentlichen Unternehmen im Sinne des Art. 86 EGV ausgehen, jedoch nicht unmittelbar von Sektorenauftraggebern (siehe Kapitel 4.3.1).²⁵¹ Maßnahmen dieser Art können sowohl durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften als auch durch Empfehlungen, Verwaltungspraktiken und interne Anweisungen erfolgen.²⁵² Zudem ist es möglich, dass behindernde Maßnahmen durch generelle Vergaberegelungen sowie durch einzelne Vergabeentscheidungen entstehen. Einzelne Vergabeentscheidungen bergen dabei aufgrund des weiten Ermessensspielraums der ausschreibenden Stelle und der beträchtlichen Auswirkungen auf die Unternehmen eine höhere Diskriminierungsgefahr.²⁵³

Art. 28 enthält ein Diskriminierungs- und ein Beschränkungsverbot. Zum einen dürfen ausländische Bieter nicht offen oder versteckt diskriminiert bzw. benachteiligt werden, um eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten inländischer Bieter zu erzielen.²⁵⁴ Eine offene Diskriminierung erfolgt, wenn der öffentliche Auftraggeber inländische Materialien oder Produkte bevorzugt bzw. wenn ausländische Produkte offen zurückgesetzt werden.²⁵⁵ Die versteckte bzw. auch faktische Diskriminierung von Bietern ist im Gegensatz zur offenen Diskriminierung weitaus benachteiligender für diese. Sie erfolgt insbesondere dann, wenn der öffentliche Auftraggeber Anforderungen oder Kriterien an die Auftragsvergabe knüpft, die tatsächlich nur von inländischen Bietern erfüllt werden können oder deren Erfüllung sich für ausländische Bieter wesentlich schwerer gestaltet.²⁵⁶ Beispielhaft kann hier angeführt werden, dass auch die Festlegung von Umweltstandards bzw. Umweltnormen in den technischen Spezifikationen eine versteckte Diskriminierung ausländischer Bieter nach Art. 28 EGV bedeuten. Eine versteckte Diskriminierung kann somit verboten werden bzw. wäre nur durch eine Ausnahmeregelung nach Art. 30 EGV zulässig.²⁵⁷ Neben der Diskriminierung sind zum anderen Beschränkungen jeglicher Art, durch die der Zugang zum inländischen Markt behindert wird, verboten. Dies kann unter Umständen auch unterschiedslos anwendbare, nicht diskriminierende Maßnahmen umfassen, d.h. Maßnahmen die gleichermaßen für inländische und ausländische Bieter gelten.²⁵⁸

²⁴⁹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 369.

²⁵⁰ Vgl. Urteil des EuGH vom 11.7.1974, Rs. 8/74, Slg. 1974, 837 (Dassonville), Rdnr. 5.

²⁵¹ Vgl. BENEDICT, C. (2000), S. 205.

²⁵² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 370.

²⁵³ Vgl. BENEDICT, C. (2000), S. 209ff. sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 371.

²⁵⁴ Vgl. LEIBLE, S. (2002), Art. 28, Rdnr. 8

²⁵⁵ Vgl. KROHN, W. (2003), S. 69 sowie Urteil des EuGH vom 20.03.1999, Rs. 21/8, Slg. 1990, I-889 (du Pont de Nemours), Rdnr. 3.

²⁵⁶ Vgl. KROHN, W. (2003), S. 70; BENEDICT, C. (2000), S. 213 sowie Urteil des EuGH vom 22.9.1988, Rs. 45/87, Slg. 1988, 4929 (4958) (Dundalk III), Rdnr. 20.

²⁵⁷ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 371f.

²⁵⁸ Ebd., S. 372 sowie KROHN, W. (2003), S. 71.

Von den eben dargestellten Verboten können Ausnahmen gemacht werden: erstens nach der Dassonville-Formel, zweitens aus den Gründen des Art. 30 EGV und drittens aus zwingenden Erfordernissen des Gemeinschaftsrechts gemäß der „Cassis de Dijon“-Rechtsprechung des EuGH.²⁵⁹ Die „Dassonville-Formel“ verbietet weitestgehend Maßnahmen gleicher Wirkung. Somit muss bspw. die Vereinbarkeit von unterschiedslos für alle Waren geltende Produktvorschriften mit der Warenverkehrsfreiheit aus Art. 28 geprüft werden. Das gilt auch für Umweltbedingungen, die mit dem Produkt sichtbar oder unsichtbar zusammenhängen.²⁶⁰ Eine Ausnahme besteht allerdings für Verkaufsmodalitäten wie z.B. Ladenöffnungszeiten, die sich von Land zu Land unterschiedlich liberal gestalten können. Obwohl restriktivere Verkaufsmodalitäten den Absatz von ausländischen Waren verringern können, sind diese zulässig und als unterschiedslos anwendbare, nicht diskriminierende Maßnahme anzusehen.²⁶¹

Gemäß den in Art. 30 EGV genannten Gründen sind ebenfalls Ausnahmen vom Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot des Art. 28 gerechtfertigt.²⁶² Der Schutz der Umwelt wird dabei jedoch nicht explizit aufgeführt und kann daher formal gesehen nicht als Ausnahme im Sinne des Art. 30 EGV gelten.²⁶³

Die „Cassis de Dijon“-Rechtsprechung des EuGH im Jahre 1979 machte es schließlich möglich, dass Handelshemmnisse für den Binnenmarkt aufgrund von zwingenden Erfordernissen gerechtfertigt sein können. Das Urteil schließt dabei den Umweltschutz als zwingendes Erfordernis mit ein.²⁶⁴ An diese Ausnahmen wurden jedoch auch folgende Bedingungen geknüpft:

- Auf dem Gebiet der Maßnahme besteht keine abschließende Gemeinschaftsregelung,
- Die Maßnahme muss auf alle Bieter unterschiedslos anwendbar sein,²⁶⁵
- Die Maßnahme zur Erreichung des zwingend erforderlichen Ziels muss notwendig und verhältnismäßig sein, demnach den freien Warenverkehr am wenigsten behindern.²⁶⁶

Die zweite Bedingung der unterschiedslos anwendbaren Maßnahme gestaltet sich insofern problematisch, als dass bspw. Umweltkriterien wie die Festlegung bestimmter Umweltstandards, die offen oder versteckt ausländische Bieter diskriminieren, nicht aus dem zwingenden Erfordernis des Umweltschutzes zulässig wären.²⁶⁷ Die jüngsten Rechtsprechungen des EuGH lassen jedoch erkennen, dass von der hier notwendigen Abgrenzung zwischen den drei Maßnahmen gleicher Wirkung - der offenen und versteckten Diskriminierung und unterschiedslos anwendbaren Maßnahmen - abgerückt wird. Vielmehr prüft der EuGH nun in allen drei Fällen, ob diese aus Gründen des Allgemeinwohls wie z.B. des Umweltschutzes gerechtfertigt

²⁵⁹ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 374.

²⁶⁰ Ebd., S. 375.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² Art. 30 EGV: „Die Bestimmungen der Artikel 28 und 29 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind.“

²⁶³ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 375f. Es sei denn man subsumiert bspw. die Förderung erneuerbarer Energien unter den Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen wie dies im Urteil des EuGH zum Fall PreussenElektra geschah. Vgl. Urteil des EuGH vom 13.03. 2001, Rs. C-379/98 (Fußnote 227) (PreussenElektra), Rdnr. 75 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 379.

²⁶⁴ Vgl. Urteil des EuGH vom 20.2.1979, Rs. 120/78, Slg.1979, 649 (Cassis de Dijon), Rdnr. 8.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Vgl. LEIBLE, S. (2002), Art. 28, Rdnr. 19 sowie KROHN, W. (2003), S. 122ff.

²⁶⁷ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 376.

werden können.²⁶⁸ Das Urteil des EuGH im Fall „PreussenElektra“²⁶⁹ im Jahr 2001 bestätigte diese Tendenz und sprach die Notwendigkeit an, dass die „Cassis-de-Dijon“-Rechtsprechung auch auf diskriminierende Maßnahmen erweitert und dass Art. 30 weiter auslegbar sein sollte bzw. stets an die neuesten Zielstellungen der EU angepasst werden müsse.²⁷⁰

Die neuesten Entwicklungen, die sich insbesondere durch das „PreussenElektra“-Urteil abzeichnen, wirken sich positiv auf die Möglichkeit der Einbeziehung von Umweltkriterien in das Vergabewesen aus. Demnach könnte das noch im „Beentjes“-Urteil erklärte Diskriminierungsverbot²⁷¹ bei den Zuschlagskriterien einer jeweiligen Abwägung zwischen freiem Warenverkehr und Umweltschutz im Sinne einer Verhältnismäßigkeitsprüfung weichen.²⁷² Dazu muss angeführt werden, dass sich der EuGH bzgl. der Einbeziehung von Umweltkriterien in die öffentliche Auftragsvergabe noch in keinem Fall mit der Einhaltung des Primärrechts befasst hat. Die Anwendung von offen oder versteckt wirkenden Umweltkriterien im Vergabewesen ist daher – trotz der Entscheidung im Fall „PreussenElektra“ – nicht empfehlenswert.²⁷³

5.4.3.3 Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 49ff. EGV)

Die Dienstleistungsfreiheit gemäß Art. 49ff. EGV verbietet „jegliche Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen Staat der Gemeinschaft als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind.“ Art. 49 EGV ist auf alle Staatsangehörigen und Gemeinschaftsunternehmen im Falle einer tatsächlichen oder potenziellen Benachteiligung von staatlicher Seite bei Bau- und Dienstleistungsaufträgen anwendbar.²⁷⁴

Art. 49ff. EGV beinhaltet drei Verbote: die offene und die versteckte Diskriminierung (siehe Kapitel 5.4.3.2 zur Warenverkehrsfreiheit) und die allgemeine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit.²⁷⁵ Von einer allgemeinen Beschränkung wird gesprochen, wenn Tätigkeiten der Bieter oder der ausschreibenden Stelle unterbunden, behindert oder weniger attraktiv gemacht werden.²⁷⁶ Hinsichtlich der Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Auftragsvergabe ist insbesondere das Verbot der allgemeinen Beschränkung relevant.²⁷⁷

²⁶⁸ Vgl. LEIBLE, S. (2002), Art. 28, Rdnr. 20 sowie BARTH, R. et al. (2004), S. 380. Weder der Warenverkehrsfreiheit noch dem Umweltschutz ist Vorrang vor anderen Gemeinschaftspolitiken eingeräumt.

²⁶⁹ In der Rs. PreussenElektra befasste sich der EuGH mit dem deutschen Stromeinspeisegesetz (dies fordert, dass ein Mindestanteil an erneuerbaren Energien in das deutsche Stromnetz eingespeist werden sollen) und erklärte dieses für gerechtfertigt, obwohl das Gesetz diskriminierend wirke. Vielmehr würden dadurch aber erneuerbare Energien gefördert, und ein Beitrag zur Einhaltung des Kyoto-Protokolls geleistet. Dies diene somit dem Umweltschutz, welcher in Art. 6 und 174 des EG-Vertrags verankert ist. Vgl. Urteil des EuGH vom 13.03. 2001, Rs. C-379/98 (Fußnote 227) (PreussenElektra), Rdnr. 73-80.

²⁷⁰ Vgl. Schlussantrag des Generalanwaltes Jacobs zu Rs. C-379/98 (PreussenElektra) vom 26.10.2000, Slg. 2001, I-2099, Rdnr. 226.

²⁷¹ Vgl. Urteil des EuGH vom 20.09.1988, Rs. 31/87 (Fußnote 207) (Beentjes), Rdnr. 30.

²⁷² Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 381 sowie HESELHAUS, S. (2001), S. 647ff..

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ Vgl. EU (HRSG.) (2002), Art. 49; BARTH, R. et al. (2004), S. 383 sowie KROHN, W. (2003), S. 145ff..

²⁷⁵ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 384f..

²⁷⁶ Ständige Rechtsprechung des EuGH seit dem Urteil vom 03.12.1974, Rs. 33/74, Slg. 1974, 1299 (1309) (Van Binsbergen), Rdnr. 10-13. Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 384.

²⁷⁷ Ebd.

Ausnahmen vom Verbot der offenen und versteckten Diskriminierung sind gemäß den in Art. 55, 45 und 46 genannten Gründen wie die öffentliche Sicherheit, Ordnung und Gesundheit möglich. Umweltschutz wird dabei nicht mit aufgeführt.²⁷⁸ Umweltbedingungen der Mitgliedstaaten bei Bau- und Dienstleistungsaufträgen, die die Dienstleistungsfreiheit allgemein beschränken, können jedoch mit Verweis auf die Urteilsgründe der „Cassis-de-Dijon“-Rechtsprechung (siehe Kapitel 5.4.3.2 zur Warenverkehrsfreiheit) gerechtfertigt sein. Das allerdings nur, wenn diese unterschiedslos anwendbar sind – also für alle Bieter gelten – und dem Allgemeinwohl dienen. Die getroffenen Maßnahmen müssen dabei geeignet, notwendig und verhältnismäßig sein, um den verfolgten Zweck zu erreichen.²⁷⁹ Diese Auslegung zeigt die vorherrschende Tendenz zur Angleichung der Rechtfertigungsgründe im Bereich der Waren- und Dienstleistungsfreiheit, was evtl. auch diskriminierende Vergabebedingungen aus Umweltschutzgründen rechtfertigen könnte. Eine reine Übertragung scheint allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht empfehlenswert.²⁸⁰

5.4.3.4 Das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 12 EGV)

Das allgemeine Diskriminierungsverbot gemäß Art. 12 EGV besagt, „*dass unbeschadet besonderer Bestimmungen des EG-Vertrags in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten ist.*“ Tritt der Fall ein, dass ein spezielles Diskriminierungsverbot in anderen Artikeln des EG-Vertrags festgelegt ist (wie z.B. in Art. 28 und 49), dann haben diese Vorrang vor dem allgemeinen Diskriminierungsverbot gemäß Art. 12 und müssen stattdessen geprüft werden.²⁸¹

5.4.3.5 Das Verbot staatlicher Beihilfen (Art. 87f. EGV)

Das Verbot staatlicher Beihilfen gemäß Art. 87f. EGV besagt, „*dass staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar sind, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.*“ Art. 87 EGV findet allerdings erst nach einer Entscheidung durch die Kommission oder durch das Erlassen von Durchführungsverordnungen Anwendung.²⁸²

Zu prüfen ist an dieser Stelle, ob die Berücksichtigung von Umweltkriterien als staatliche Beihilfe im Vergabeverfahren angesehen werden kann. Staatliche Beihilfen werden definiert als jegliche unmittelbare oder mittelbare wirtschaftliche Förderung, welcher eine entsprechende Gegenleistung entgegenkommen müsse. Ohne eine solche Gegenleistung spricht man von einer Begünstigung.²⁸³ Bei produktbezogenen Umweltkriterien liegt eine solche Gegen-

²⁷⁸ Ebd., S. 385.

²⁷⁹ Ebd. sowie BENEDICT, C. (2000), S. 235.

²⁸⁰ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 385f. Für eine Angleichung spricht auch das „PreussenElektra“-Urteil des EuGH vom 13.03.2001, Rs. C-379/98, Slg. 2001, I-2159, (2185) (Fußnote 227) (PreussenElektra).

²⁸¹ Vgl. BENEDICT, C. (2000), S. 243. Für ausführlichere Informationen zum allgemeinen Diskriminierungsverbot siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 386 sowie KROHN, W. (2003), S. 164ff.

²⁸² Vgl. EU (HRSG.) (2002), Art. 28.

²⁸³ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 387f.

leistung in den positiven Umwelteigenschaften des Produktes, womit keine Begünstigung vorliegt. Dies ist ebenso der Fall bei nicht produktbezogenen Umweltkriterien, da diese als Ausgleich für die staatliche Verpflichtung, zum Allgemeinwohl beizutragen, angesehen werden kann.²⁸⁴ Als weiteres Beispiel können umweltfreundliche Produktionsmethoden herangezogen werden. Diese führen als Äquivalent zu einer erhöhten Qualität des Produktes.²⁸⁵ Betrachtet man allerdings unternehmensbezogene Umweltschutzanforderungen, könnten sich Zweifel an einer Gegenleistung ergeben. In diesem Fall kann jedoch angeführt werden, dass eine Begünstigung nur dann vorliegt, wenn der vom öffentlichen Auftraggeber entrichtete Mehrpreis über den sich aus der Berücksichtigung des Umweltkriteriums ergebenden Zusatzkosten liegt.²⁸⁶ Dem Argument, dass einbezogene Umweltkriterien aufgrund ihrer Marktunangemessenheit bei der Auftragsvergütung als Beihilfe gelten²⁸⁷, wird ebenfalls widersprochen. Erstens kann sich die Berechnung des Marktpreises bei Einbeziehung von Umweltkriterien als schwierig gestalten.²⁸⁸ Zweitens schließt die Kommission selbst Begünstigungen aus, wenn das Vergabeverfahren transparent und nach objektiven Kriterien abgelaufen ist.²⁸⁹ Drittens lassen sich der private und der öffentliche Markt nicht einfach vergleichen, da für sie unterschiedliche rechtliche Regelungen im Vergabebereich gelten.²⁹⁰

Die Möglichkeit, aus Umweltschutzgründen eine Ausnahme vom Beihilfeverbot zu erzielen, geht nicht explizit aus Art. 87f. hervor. Dennoch lassen Art. 87 Abs. 3b) („Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse“) sowie Art. 87 Abs. 3c) („Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete“, z.B. Umweltinnovationen) derartige Ausnahmen zu.²⁹¹ Eine Ausnahme nach Art. 87 Abs. 3b und c) wäre jedoch nur dann möglich, wenn Art. 87f. eine spezielle Regel (eine sog. *lex specialis*) darstellt und somit Vorrang vor den Grundfreiheiten des EG-Vertrags mitsamt den darin festgelegten Diskriminierungs- und Beschränkungsverboten hat.²⁹² Zu der Frage, ob die Vorschriften zur staatlichen Beihilfe als spezielle Regel gelten oder nicht, gehen die Meinungen in der Literatur auseinander. Zusammenfassend lässt sich jedoch sagen, dass der EuGH an der Spezialität der Beihilfevorschriften und somit an dessen Vorrang vor den Grundfreiheiten festhält.²⁹³ Trotz dieser Tatsache prüft er in seinen jüngsten Rechtsprechungen stets auch Art. 28 EGV zum freien Warenverkehr. Da die Zulässigkeit von Umweltkriterien somit immer auch selbst an den Vorschriften zum freien Waren- oder Dienstleistungsverkehr geprüft würde, ist die Relevanz des Art. 87 eher gering.²⁹⁴

²⁸⁴ Vgl. JENNERT, C. (2003), S. 417ff.

²⁸⁵ Vgl. KOM (2001) 274 endg., S. 12ff.

²⁸⁶ Vgl. KROHN, W. (2003), S. 175.

²⁸⁷ Vgl. DIPPEL, N.; ZEISS, C. (2003), S. 377.

²⁸⁸ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 388.

²⁸⁹ Vgl. KOENIG, C.; KÜHLING, J. (2000), S. 1065ff. Werden Umweltkriterien in die Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots aufgenommen, kann man von einer marktangemessenen Auftragsvergütung sprechen. Siehe BARTH, R. et al. (2004), S. 389.

²⁹⁰ Vgl. BARTH, R. et al. (2004), S. 389.

²⁹¹ Ebd., S. 390.

²⁹² Ebd.

²⁹³ Ebd., S. 391

²⁹⁴ Vgl. BENEDICT, C. (2000), S. 236 sowie DAGEFÖRDE, A. (2004b), S. 156ff. und S. 242.

Nachdem nun die Empfehlung der Europäischen Kommission im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung an ihre Mitgliedsländer dargestellt wurde, soll im nächsten Abschnitt erörtert werden, inwieweit die Kommission den Mitgliedstaaten Hilfestellungen zur Umsetzung der Empfehlung anbietet.

5.5 Hilfestellungen der EU zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedstaaten

Um das Potenzial der effektiven Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der EU zu verdeutlichen, soll an dieser Stelle erneut der Anteil der öffentlichen Beschaffung am BIP von 16% angeführt werden.²⁹⁵ Finden Umweltkriterien auf europäischer Ebene verstärkt Eingang in die öffentliche Auftragsvergabe, so kann dies als Vorbild- und Signalfunktion das Beschaffungsverhalten anderer Akteure maßgeblich beeinflussen und den Unternehmen einen Anreiz zur Produkt- und Technologieinnovation bieten (siehe Kapitel 4.4.2). Die Bedeutung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im Vergleich mit anderen umweltpolitischen Instrumenten (siehe Kapitel 4.4.1) stuft die befragte Mitarbeiterin der EU-Kommission auf gering, mittel oder hoch ein – je nachdem mit welchem Instrument der Vergleich stattfindet. Dies begründet sich darin, dass zum einen nicht alle umweltpolitischen Instrumente auf EU-Ebene geregelt werden. Zum anderen gewinnt die nachhaltige öffentliche Beschaffung vor allem als Ergänzung anderer umweltpolitischer Instrumente an Bedeutung und nicht unbedingt im Vergleich zu diesen.²⁹⁶

In diesem Abschnitt soll zunächst auf die Motivation für eine effektive Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung seitens der EU eingegangen werden. Anschließend wird die diesbezügliche Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten beschrieben. Daraufhin erfolgt die Darstellung der Informationshilfen, die den Mitgliedstaaten für eine effektivere Umsetzung von der Kommission zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden jeweils die Besonderheiten für die neuen Beitrittsländer wie der Tschechischen Republik herausgestellt.

5.5.1 Motivation für eine effektive Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Die Europäische Kommission besitzt starkes Interesse daran, die von ihr erlassenen Vergaberichtlinien auch in der Umsetzung zu fördern. Als Vorteil der Anwendung der europäischen Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen führt die Kommission u.a. mehr Transparenz und geringere Kosten der beschafften Produkte und Dienstleistungen an. Die Anwendung von Umweltkriterien würde nicht zu einer Erhöhung der Beschaffungspreise führen.²⁹⁷ Die Forderungen im Vergabewesen gestalten sich für bisherige und neue Mitgliedstaaten gleich. Beitrittsländer müssen den Gemeinschaftlichen Besitzstand der EU übernehmen.²⁹⁸ Dies schließt die öffentliche Auftragsvergabe ein.

²⁹⁵ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004b), S. 4.

²⁹⁶ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 4.

²⁹⁷ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004b), S. 6ff., S. 21 sowie S. 14ff..

²⁹⁸ Vgl. VON HOMEYER, I. et al. (2001), S. 13ff..

Die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wird auf allen Ebenen von der Kommission empfohlen – sowohl auf zentraler Staatsebene als auch auf regionaler und lokaler Ebene. Letztere besitzt gerade im Hinblick auf die Lokale Agenda 21 (siehe Kapitel 4.4.2) Bedeutung, da die nachhaltige öffentliche Beschaffung auf regionaler und lokaler Ebene große Beschaffungsvolumina umfasst und somit die Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung maßgeblich mit beeinflussen kann.²⁹⁹ Die Kommission strebt dabei an, die Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedstaaten zu überwinden und bietet aus diesem Grund gezielte Hilfestellungen an. Umsetzungsprobleme speziell in Tschechien sieht die befragte Mitarbeiterin der Kommission vor allem im fehlenden Umweltwissen der öffentlichen Beschaffer, insbesondere das fehlende Bewusstsein und Wissen über die Möglichkeiten und die praktische Durchführung von Lebenszyklusanalysen. Des Weiteren wird auch der Zugang zu „grünen“ Datenbanken mit Umweltinformationen zu Produkten und Dienstleistungen sowie die Budgetrestriktion der öffentlichen Beschaffer in Tschechien als Problem angesehen.³⁰⁰ Die Hilfestellungen seitens der EU gestalten sich für die bisherigen Mitgliedstaaten und die neuen Beitrittsländer gleich. Da es sich bei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung um ein freiwilliges umweltpolitisches Instrument handelt, sind diese nicht regulierender, sondern vielmehr informativer Art.³⁰¹

5.5.2 Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen der EU und den Mitgliedstaaten

Wie bereits in Kapitel 5.2 erwähnt, arbeitet innerhalb der EU-Kommission eine Mitarbeiterin der GD Umwelt, Sparte G „Nachhaltige Entwicklung und Integration“, Abteilung 2 „Industrie und Implementierung“ zusammen mit den Mitarbeitern der GD Binnenmarkt an dem Thema der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Die GD Binnenmarkt ist dabei zuständig für rechtliche Fragen und neue Richtlinien im europäischen Vergabewesen.³⁰² Im Rahmen dieser Kooperation finden jährlich drei Ausschusssitzungen zum Thema der öffentlichen Beschaffung statt. In der dritten Sitzung diesen Jahres, am 28. Oktober 2004, soll erstmalig die Hälfte der Zeit den Fragen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gewidmet werden. Initiiert wurde diese Thematisierung von der GD Umwelt. Sie zielt darauf ab, erstmalig aus allen Mitgliedstaaten Experten der öffentlichen Beschaffung mit Experten im Umweltbereich zusammenzubringen. Dies soll einen Informations- und Erfahrungsaustausch im Sinne eines „best practice sharing“ in Gang zu setzen.³⁰³ Die Tatsache, dass solch ein Treffen erst jetzt zum ersten Mal stattfindet, zeigt, in welchem Anfangsprozess sich eine Zusammenarbeit und Kommunikation auf europäischer Ebene befindet.³⁰⁴ Die Mitarbeiterin für nachhaltige öffentliche Beschaffung in der GD Umwelt verfügt bislang über keinerlei direkte Kontakte zu Experten der öffentlichen Beschaffung sowie zu Experten im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik. Sie konnte keine Auskunft darüber geben, welche tschechischen Repräsentanten an der Ausschusssitzung teilnehmen werden.³⁰⁵ Weitere Recherchen ergaben

²⁹⁹ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 1.

³⁰⁰ Ebd., S. 8. Diese Auffassung über die in Tschechien existierenden Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung trifft – wie in Kapitel 6.2.7 deutlich wird – zu.

³⁰¹ Ebd.

³⁰² Ebd., S. 2. Die Mitarbeiterin der GD Umwelt G2 Frau Michielssen wurde für diese Arbeit befragt.

³⁰³ Ebd. Voraussichtlich werden ein bis zwei Experten pro Mitgliedstaat an der Ausschusssitzung teilnehmen.

³⁰⁴ Ebd., S. 7.

³⁰⁵ Ebd.

jedoch, dass Herr David Dvorak aus der Rechtsabteilung des tschechischen Ministeriums für Regionalentwicklung, der für die öffentliche Beschaffung zuständig ist, Tschechien in dieser Sitzung vertritt.³⁰⁶ Die im Rahmen dieser Arbeit befragten tschechischen Experten für nachhaltige öffentliche Beschaffung sind über dieses Treffen auf EU-Ebene nicht informiert und nehmen nach ihrem Kenntnisstand zum Interviewtermin nicht daran teil.³⁰⁷

Neben der Kommunikation mit den Mitgliedstaaten bietet die EU speziell für die neuen Beitrittsländer wie Tschechien sog. Heranführungsinstrumente an. Diese sollen die neuen Beitrittsländer auf den Beitritt zur EU vorbereiten. Man unterscheidet zwischen technischen und finanziellen Instrumenten. Die technischen Heranführungsinstrumente zielen auf die Bereitstellung von Informationen und Erfahrungen, damit die Beitrittsländer die europäische Gesetzgebung leichter in nationales Gesetz umsetzen und effektiv anwenden können.³⁰⁸ Sie kommen bei der Förderung der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik jedoch nicht zur Anwendung und sollen daher nicht weiter betrachtet werden.³⁰⁹ Lediglich für die tschechische Vergaberichtlinie existiert ein „Twinning“-Projekt zwischen Deutschland und dem tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung.³¹⁰ Zusätzlich zu den technischen Heranführungsinstrumenten gewährt die EU den neuen Beitrittsländern finanzielle Hilfe, insbesondere durch die vier Instrumente PHARE, SAPARD, ISPA, INTERREG und LIFE.³¹¹ Da die Umsetzung der öffentlichen nachhaltigen Beschaffung in Tschechien jedoch nicht finanziell gefördert wird, soll auf die Darstellung dieser Instrumente ebenfalls verzichtet werden.³¹²

³⁰⁶ Vgl. Interview mit Herrn Dvorak vom tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung, S. 2.

³⁰⁷ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 1 und 6 sowie Interview mit Herrn Vondrous und Herrn Kaspar vom tschechischen Umweltministerium, S. 1 und S. 8. Stand der Aussage war der Interviewtermin am 17. und 18. Mai.

³⁰⁸ Vgl. VON HOMEYER, I. et al. (2001), S. 78ff., sowie CARIUS, A. et al. (2001), S. 151ff. Die technischen Heranführungsinstrumente sollen hier nur genannt werden: Leitfäden und Orientierungsdokumente, DISAE (Development of Implementation Strategies for Approximation in the Environment), TAIEX (Technical Assistance and Information Exchange Office), Screening, IMPEL (Implementation and Enforcement of European Environmental Law) und Twinning. Für ausführliche Informationen zu diesen Instrumenten sei auf die beiden angeführten Quellen verwiesen.

³⁰⁹ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 6 sowie Interview mit Herrn Vondrous und Herrn Kaspar vom tschechischen Umweltministerium, S. 8.

³¹⁰ Vgl. Interview mit Herrn Dvorak vom tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung, S. 4 sowie EU (HRSG.) (2004f), S. 3. Twinning-Projekte sind in das PHARE-Programm eingebettet, welches die finanziellen Mittel für das Projekt bereit stellt. Beim „Twinning“ werden Experten aus einem EU-Mitgliedsland für mindestens zwölf Monate in die Beitrittsländer entsandt (bilaterale Kommunikation). Diese Experten müssen einer Behörde oder einer gleichgestellten Institution des entsendenden Mitgliedslandes angehören. Das Twinning-Projekt in Tschechien („Strengthening Regulation and Enforcement of the Public Procurement Acquis“) wird von deutscher Seite von Frau Anna-Henriette Herrmann betreut. Ziel ist die Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstandes. Vgl. VON HOMEYER, I. et al. (2001), S. 85ff.

³¹¹ Vgl. VON HOMEYER, I. et al. (2001), S. 87ff., sowie CARIUS, A. et al. (2001), S. 151ff. Die Abkürzungen der finanziellen Instrumente stehen für: PHARE (Poland and Hungary Assistance to Economic Restructuring), SAPARD (Special Aid for Pre-Accession in Agriculture and Rural Development), ISPA (Instrument for Structural Pre-Accession Aid), INTERREG (Interregional Development and Cooperation) und LIFE (Financial Instrument for the Environment). Für ausführliche Informationen zu diesen Instrumenten sei auf die beiden angeführten Quellen verwiesen.

³¹² Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 6 sowie Interview mit Herrn Vondrous und Herrn Kaspar vom tschechischen Umweltministerium, S. 8.

5.5.3 Informationshilfen zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Die EU-Kommission ist bestrebt, den Mitgliedsländern Informationshilfen für eine effektive Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung anzubieten. Diese Unterstützung umfasst die folgenden Maßnahmen:

- *Expertentreffen*: eine systematische Kommunikation im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zwischen den Mitgliedstaaten soll durch die Ausschusssitzung am 28. Oktober 2004 angestoßen werden.³¹³
- *Handbuch*: die EU-Kommission wird gegen Ende des Jahres 2004 ein Implementierungshandbuch im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung veröffentlichen.³¹⁴
- *Internetseiten*: die EU-Kommission stellt den Mitgliedstaaten Informationen auf ihrer Internetseite (<http://europa.eu.int/comm/environment/gpp>) zur Verfügung. Bis Juli 2004 lieferte diese jedoch nur wenige und kaum aktuelle Informationen. Erst kürzlich erfolgte ein neuer Internetauftritt. In Zukunft soll hier u.a. ein Link zu weiteren relevanten Internetseiten sowie ein Überblick über nachhaltige öffentliche Beschaffungsprojekte der Mitgliedstaaten erstellt werden.³¹⁵ Da die Kommission im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung mit den internationalen Organisationen OECD und ICLEI (The Environmental Council for Local Environmental Initiatives) kooperiert, sind auch deren Internetseiten mit nützlichen Informationen versehen.³¹⁶
- *„Grüne“ Datenbank*: die EU-Kommission hat eine „grüne“ Datenbank mit ausführlichen Umweltinformationen zu ca. 100 Produkt- und Dienstleistungsgruppen erstellt.³¹⁷
- *Umweltzeichen*: im Jahr 1992 wurde das europäische Umweltzeichen „Euroblume“ geschaffen. Derzeit existieren 21 Produktgruppen (einschließlich einer Servicegruppe) mit festgelegten Kriterien nach denen der freiwillige Erwerb des Umweltzeichens für Unternehmen möglich ist. Geleitet wird das Programm vom European Union Eco-Labeling Board, das aus Vertretern der Mitgliedstaaten sowie von NROs und weiteren Interessengruppen besteht. Auf den Internetseiten zum europäischen Umweltzeichen finden sich umfassende Informationen für Beschaffer und Hersteller von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen, z.B. über den Bewerbungsprozess für die Euroblume, die anfallenden Gebühren und die Durchführung von Lebenszyklusanalysen.³¹⁸
- *SIMAP*: die elektronische Ausschreibung öffentlicher Aufträge soll auf EU-Ebene in Zukunft stärker gefördert werden. Daher bietet die EU die Plattform SIMAP (Système d’Information pour les Marchés Publics) an, um den Erfahrungs- und Wissensaustausch

³¹³ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 5.

³¹⁴ Ebd., S. 2.

³¹⁵ Ebd., S. 6 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004h): <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp>.

³¹⁶ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 2. Siehe OECD (HRSG.) (2004a): http://www.oecd.org/document/0/0,2340,en_2649_37425_1812864_1_1_1_37425_00.html sowie ICLEI (HRSG.) (2004a): <http://www.iclei-europe.org/index.php?id=194>. Auf der Internetseite von ICLEI finden sich auch weitere Links zum Thema der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Siehe ICLEI (HRSG.) (2004b): <http://www.iclei.org/europe/ecoprocura/info/links.htm>.

³¹⁷ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 5 sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004f): http://europa.eu.int/comm/environment/green_purchasing/cfm/fo/greenpurchasing/index.cfm.

³¹⁸ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004c): http://europa.eu.int/comm/environment/ecolabel/index_en.htm sowie EUROPEAN UNION ECO-LABELLING BOARD (HRSG.) (2004): <http://www.eco-label.com/>.

im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe transparenter zu gestalten. Dies schließt die Information über Umweltaspekte ein.³¹⁹

- *Pionierländer*: innerhalb der EU-Kommission wird das Thema der umweltfreundlichen Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen durch die derzeit stattfindende EMAS-Zertifizierung vorangetrieben.³²⁰ Hinsichtlich der in diesem Bereich fortschrittlichsten EU-Mitgliedsländer sei auf eine ICLEI-Studie aus dem Jahr 2003 verwiesen, in der die 15 damaligen Mitgliedstaaten auf umweltfreundliches Verhalten bei der öffentlichen Beschaffung untersucht wurden. Dabei zeigte sich, dass Schweden, Dänemark, Deutschland und Österreich als Pionierländer bezeichnet werden können, da sie über dem EU-Durchschnitt von 19% der öffentlichen Verwaltungen liegen, die Umweltaspekte in mehr als 50% ihrer Beschaffungen berücksichtigen.³²¹

5.6 Zusammenfassung

Die Europäische Kommission hat mit der Inkorporierung von Umweltkriterien in die zwei neuen Vergaberichtlinien den rechtlichen Rahmen für eine Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung erstellt. Sie zielt ferner darauf ab, die Bedeutung dieses umweltpolitischen Instruments in Zukunft zu steigern und bietet zahlreiche Informationshilfen für eine effektive Implementierung an.³²² Problematisch bleiben jedoch die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der Kommission und dem EuGH, insbesondere bei den Eignungs- und Zuschlagskriterien. Mitgliedstaaten können damit rechnen, dass der EuGH ein Urteil konträr zur Auffassung der Kommission fällt. Zudem ist die direkte Kommunikation und Zusammenarbeit der Kommission mit den Mitgliedstaaten noch unzureichend, so dass von einer engen Verknüpfung von Theorie und Praxis noch nicht gesprochen werden kann. Kommt zukünftig ein Prozess des Erfahrungsaustauschs auf europäischer Ebene zustande, könnten Handlungspotenziale verstärkt aufgedeckt werden. Letztlich fehlen der Europäischen Kommission aufgrund der Freiwilligkeit der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung jedoch geeignete Druckmittel, um deren Umsetzung verstärkt zu forcieren.

Im folgenden Kapitel sechs soll die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik – also auf nationaler Ebene – dargestellt und bewertet werden.

³¹⁹ Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998), S. 31ff. sowie EU (HRSG.) (2004b): <http://simap.eu.int/>.

³²⁰ Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 7.

³²¹ Ebd. sowie ICLEI (HRSG.) (2003), S. 14. In dieser Studie aus dem Jahr 2003 wurden zwei Fragebögen an ca. 4.000 öffentliche Verwaltungen der 15 EU-Staaten versandt und ausgewertet.

³²² Vgl. Interview mit Frau Michielssen von der EU-Kommission, S. 9.

6 Der Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik

In der Tschechischen Republik war und ist die Entwicklung des Umweltschutzes nach 1989 stark beeinflusst von den Bemühungen um den Beitritt zur Europäischen Union. Das im Jahr 2001 aktualisierte Nationalprogramm zur Vorbereitung Tschechiens auf den EU-Beitritt - die sog. Beitrittsstrategie - umfasst u.a. folgende Maßnahmen im Umweltbereich, die sich auch in der staatlichen Umweltpolitik aus dem Jahr 2001 wiederfinden³²³:

- Harmonisierung mit dem EU-Umweltrecht,
- Anpassung des Verwaltungs- und institutionellen Rahmens des Umweltschutzes,
- Verbesserung vieler Parameter der Umweltqualität, mindestens auf das Niveau des EU-Durchschnitts (z.B. Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien und Sekundärenergie auf 8% des gesamten Energieverbrauchs bis 2010³²⁴),
- Verbesserung der Daten- und Informationsbasis, Inbetriebnahme eines einheitlichen Umweltinformationssystems,
- Beteiligung des Privatsektors und der breiten Öffentlichkeit an Umweltschutzaktivitäten.

Die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wird seitens der EU-Kommission lediglich empfohlen und unterliegt somit nicht der Harmonisierung mit dem EU-Recht. Dennoch hat Tschechien eine nachhaltige öffentliche Beschaffung eingeführt, damit der öffentliche Auftraggeber beim Umweltschutz mit gutem Beispiel vorangeht. Durch die Änderung seiner Konsumgewohnheiten trägt er zur Verbesserung des Umweltzustandes und somit zur Verwirklichung der tschechischen Beitrittsstrategie im Umweltbereich sowie der staatlichen Umweltpolitik bei. Ziel dieses Kapitels ist die Darstellung und Bewertung des Entwicklungsstandes der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik.

6.1 Vorgehensweise

Die Darstellung des Entwicklungsstandes der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien wird anhand der folgenden acht Aspekte aufgezeigt, die den Grad der Implementierung widerspiegeln sollen. Die Auswahl der Aspekte wird im Anschluss begründet.

- Zuständige Institutionen,
- Politische Beschlüsse,
- Vergaberecht,
- Haushaltsrecht,
- Kommunikation und Information,
- Marktangebot an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen,

³²³ Vgl. JILKOVA, J. (2003), S. 291; TSCHECHISCHES AUßENMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 219ff. sowie TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 13ff.

³²⁴ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 28.

- Probleme bei der Umsetzung,
- Aktuelle nachhaltige öffentliche Beschaffungsprojekte.

Zunächst werden die zuständigen Institutionen für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung in Tschechien vorgestellt, um den Stand des institutionellen Aufbaus sowie die Verantwortlichkeiten zu verdeutlichen. Die anschließenden vier Aspekte (politische Beschlüsse, Vergabe- und Haushaltsrecht sowie Kommunikation und Information) entsprechen den in Kapitel 4.5.2 aufgeführten Instrumenten zur Einführung eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens. Die Theorie dient hier als Basis des Vergleichs mit der Praxis. Des Weiteren wird beleuchtet, inwieweit die Unternehmen auf dem tschechischen Markt umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen anbieten. Nachfolgend sollen die spezifischen Probleme hinsichtlich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien erläutert werden, die für eine erfolgreiche Umsetzung gelöst werden müssen. Die Beschreibung der derzeit existierenden nachhaltigen öffentlichen Beschaffungsprojekte soll abschließend den Entwicklungsstand in Tschechien anhand von Beispielen aus der Praxis verdeutlichen.

Jeder dieser Aspekte wird im folgenden Abschnitt detailliert analysiert, wobei die Ergebnisse der geführten Interviews stets mit in die Analyse einfließen werden. Zusätzlich soll für jeden untersuchten Aspekt eine kurze Bewertung des Entwicklungsstandes vorgenommen werden. Die Europäische Kommission hat die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedstaaten lediglich empfohlen und keine zwingenden Gesetze erlassen. Daher können die aufgezeigten rechtlichen Möglichkeiten der Kommission zur Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung nicht als Vergleichsmaßstab für die Bewertung des tschechischen Ist-Zustandes herangezogen werden. Folglich sollen die Aktivitäten in Tschechien mit anderen Ländern im Sinne eines „Benchmarking“³²⁵ verglichen werden. Der Betrachtungsrahmen wurde dabei erstens auf die EU-Mitgliedstaaten eingegrenzt, da diese den gleichen Rahmenbedingungen ausgesetzt sind. Zweitens ist es sinnvoll, Tschechien mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen, die im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung am fortschrittlichsten³²⁶ agieren. Diese setzen den höchsten Standard und werden voraussichtlich die zukünftige Entwicklung auf europäischer Ebene vorantreiben. Zu vermuten ist, dass Tschechien sich – wenn es seine diesbezüglichen Aktivitäten ausbaut – früher oder später ebenfalls in diese Richtung entwickeln wird. Zur Ermittlung der fortschrittlichsten Vergleichsstaaten wurde die in Kapitel 5.5.3 genannte Studie der Organisation ICLEI verwandt. Hier werden Schweden gefolgt von Dänemark, Deutschland und Österreich als Pionierländer bezeichnet.³²⁷ Aus dieser Gruppe sollen Beispiele angeführt werden, die einen fortschrittlicheren Entwicklungsstand verdeutlichen.³²⁸

³²⁵ „Benchmarking ist der Vergleich des eigenen Unternehmens mit einem oder mit verschiedenen anderen Unternehmen oder Unternehmensorganisationen zur Identifizierung von Verbesserungspotenzialen und zur Steigerung der Leistung und Effizienz eigener Leistungen und Prozesse.“ Vgl. BIERBACH, P. (2001), S. 25. Auch wenn sich diese Definition auf Unternehmen bezieht, ist der Grundgedanke des Benchmarking auf den Vergleich zwischen Staaten anzuwenden.

³²⁶ Im Sinne eines funktionalen Benchmarking erfolgt der Vergleich mit einem Unternehmen (hier: Staaten), das Klassenbester ist und in einem bestimmten Bereich (hier: nachhaltige öffentliche Beschaffung) die beste Methode (best practice) anwendet. Vgl. ZDROWOMYSLAW, N.; KASCH, R. (HRSG.) (2002), S. 148.

³²⁷ Vgl. ICLEI (HRSG.) (2003), S. 14.

³²⁸ Die Entscheidung fiel an dieser Stelle nicht auf ein einzelnes Referenzland, da zum einen nicht ein Ländervergleich, sondern die Darstellung des Entwicklungsstandes in Tschechien Ziel der Arbeit ist. Zum anderen kann ein Referenzland hinsichtlich der oben dargestellten Aspekte unterschiedlich weit entwickelt sein. Sinnvoll für weitergehende Untersuchungen wäre jedoch ein konkreter Ländervergleich.

6.2 Darstellung und Bewertung des Entwicklungsstandes der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik

6.2.1 Zuständige Institutionen

Bereits 1990 wurde das tschechische Umweltministerium gegründet. Diesem obliegt die Oberaufsicht in allen Fragen der Umwelt.³²⁹ In den 1990er Jahren wurden im Zuge des verstärkten Annäherungsprozesses an die europäischen Umweltgesetze folgende weitere Institutionen unter dem Dach des Umweltministeriums geschaffen³³⁰:

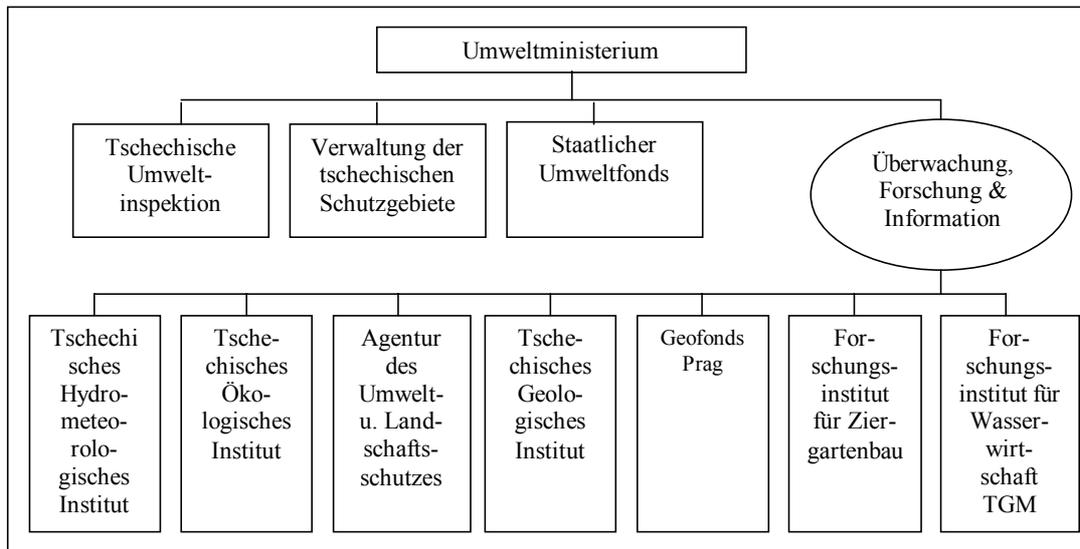


Abbildung 8: Die Struktur der staatlichen Umweltinstitutionen in der Tschechischen Republik

(In Anlehnung an MOLDAN, B.; HAK, T. (2000), S. 39 und CEJNAR, R.; DURDIL, J. (1999), S. 35ff..)

Die für die nachhaltige öffentliche Beschaffung zuständigen Institutionen sind das Umweltministerium und das diesem untergeordnete Tschechische Ökologische Institut.³³¹ Innerhalb des Umweltministeriums arbeitet die Abteilung „Voluntary Instruments“ sowie die Abteilung „Public Relations“ an der Förderung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien.³³² Beide Abteilungen kooperieren mit der „Agency for Environmentally Friendly Products (EFP)“ des Tschechischen Ökologischen Instituts, die am tschechischen Umweltzeichenprogramm arbeitet (siehe Kapitel 6.2.5).³³³ Eine systematische Kommunikation und Zusammenarbeit mit der EU auf dem Gebiet der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung besteht derzeit noch nicht (siehe Kapitel 5.5.2).³³⁴

Auf Staatsebene wurde im Jahr 2003 der „Government Council for Sustainable Development“ (GCSD) ins Leben gerufen.³³⁵ Dieser berät die tschechische Regierung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung und umfasst u.a. Vertreter aus Ministerien, aus der Wissenschaft, aus der

³²⁹ Vgl. VORBACH, S. (2003), S. 119 sowie JILKOVA, J. (2003), S. 206.

³³⁰ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 8.

³³¹ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 1.

³³² Ebd.

³³³ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 1. Das Nationalprogramm des tschechischen Umweltzeichens wird koordiniert durch das „Ecolabelling Board“. Siehe Kapitel 6.2.5.

³³⁴ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 1.

³³⁵ Vgl. GCSD (HRSG.) (2004b): <http://wtd.vlada.cz/eng/vyboru.htm>. Die Gründung des GCSD wurde angeregt durch den Weltgipfel im Jahr 2002 in Johannesburg. Vgl. Kapitel 4.1 sowie Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 4.

Wirtschaft sowie aus NROs.³³⁶ In diesem Rahmen wurde die Arbeitsgruppe „Sustainable Consumption and Production“ (SCP) gegründet, die derzeit an einem „10 Years Framework of Programs for Sustainable Consumption and Production“ arbeitet. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Evaluierung des aktuellen Standes der in diesem Bereich existierenden Programme - also auch der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Anschließend sollen der Regierung Handlungsempfehlungen über zukünftig notwendige Aktivitäten zur Unterstützung der nachhaltigen Produktions- und Konsumgewohnheiten vorgeschlagen werden.³³⁷

Neben den staatlichen Institutionen arbeiten hauptsächlich die folgenden drei tschechischen NROs auf dem Gebiet der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung: das „Eco-Counselling Network“ (tschechisch: „STEP“), die NRO „Arnica“ sowie die Stiftung „Environmental Partnership“.³³⁸ Die 1997 gegründete NRO „STEP“ umfasst mehrere tschechische NROs wie z.B. „Veronica“ und „Rosa“.³³⁹ STEP beriet das Ombudsmann Büro in Brno bei der Evaluierung dessen Aktivitäten aus ökologischer Sicht und schulte im Jahr 2003 die Mitarbeiter des tschechischen Umweltministeriums im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.³⁴⁰ Die NRO „Arnica“ besteht seit 2001 und organisiert Kampagnen für die Nutzung von Recyclingpapier in öffentlichen Verwaltungen.³⁴¹ Die 1991 ins Leben gerufene Stiftung „Environmental Partnership“ führte im Jahr 2003 eine Befragung öffentlicher Verwaltungen in Tschechien zu deren Konsumgewohnheiten durch.³⁴² Ihr ehemaliger Mitarbeiter Herr Velek ist Mitglied des tschechischen „Ecolabelling Board“ sowie der Arbeitsgruppe „SCP“.³⁴³

Bewertung: Eine Grundstruktur staatlicher Umweltinstitutionen mit verteilten Zuständigkeiten ist vorhanden. Ziel sollte jedoch der Aufbau einer Umweltbehörde sein, wie es in anderen EU-Staaten üblich ist.³⁴⁴ Eine solche Behörde kann unterstützend für die nachhaltige öffentliche Beschaffung wirken. Beispielfhaft kann hier das deutsche Umweltbundesamt angeführt werden.³⁴⁵ Die Einrichtung der Arbeitsgruppe „SCP“ ist als sehr positiv zu bewerten, da somit der status quo der existierenden Programme analysiert wird und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können. Im Vergleich dazu arbeitete in Schweden von 1998 bis 2001 die „Commission for Ecologically Sustainable Procurement“ sogar ausschließlich an der Weiterentwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.³⁴⁶ Die Aktivitäten tschechischer NROs im Umweltbereich sind traditionell bedingt eher schwach.³⁴⁷ Es sind jedoch förderliche Ansatzpunkte für ein in Zukunft verstärktes Engagement zu erkennen.

³³⁶ Vgl. GCSO (HRSG.) (2004a), Art. 3 Abs. 2.

³³⁷ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 2; Interview mit Herrn Velek, S. 6ff. sowie INTERNATIONAL INSTITUTE FOR INDUSTRIAL ENVIRONMENTAL ECONOMICS (HRSG.) (2004): <http://www.iiiee.lu.se/home.nsf/0/5A0E3DC2C41F3AE0C1256E5C005178D1?OpenDocument>.

³³⁸ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 2 sowie Interview mit Herrn Velek, S. 1ff.

³³⁹ Vgl. ECO-COUNSELLING NETWORK (HRSG.) (2004): <http://www.ekoporadna.cz/eng1a.php>.

³⁴⁰ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 2. Beide Projekte werden in Kapitel 6.2.8 näher beschrieben. Die Mitarbeiter eines Ombudsmann Büros nehmen die Rechte der Bürger gegenüber den Behörden wahr.

³⁴¹ Vgl. ARNICA (HRSG.) (2004): <http://english.arnika.org/>. Die Kampagne wird in Kapitel 6.2.8 näher beschrieben.

³⁴² Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 8 sowie UNEP (HRSG.) (2004b): <http://www.ekospotreba.unep.cz>.

³⁴³ Vgl. THE ENVIRONMENTAL PARTNERSHIP CONSORTIUM FOR CENTRAL EUROPE (HRSG.) (2004): <http://www.nadacepartnerstvi.cz/indexNEWen.html>

³⁴⁴ Vgl. TSCHJECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 47.

³⁴⁵ Vgl. UMWELTBUNDESAMT (UBA) (HRSG.) (2004): <http://www.umweltbundesamt.de/>.

³⁴⁶ Vgl. OCHOA, A. et al. (2003), S. 22 sowie ERDMENGER, C. (2004), S. 22.

³⁴⁷ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 2.

6.2.2 Politische Beschlüsse

Das tschechische Umweltministerium hat seit der Systemtransformation ein Erholungsprogramm für die Umwelt, das sog. Regenbogenprogramm aus dem Jahr 1990, und drei staatliche Umweltpolitiken (1995, 1999 und 2001) erarbeitet.³⁴⁸ In der aktuellen staatlichen Umweltpolitik wird die Beschaffung von umweltfreundlichen Produkten als ein freiwilliges Instrument aufgeführt, das die Umwelt nach dem Vorsorgeprinzip schützen und die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Unternehmen auf den internationalen Märkten stärken soll.³⁴⁹ Der öffentliche Auftraggeber als Konsument wird hier jedoch nicht genannt.

Im Jahr 1993 erfolgte der *Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zur Einführung des nationalen Umweltzeichenprogramms*.³⁵⁰ Ziel war es, dem Konsumenten eine staatliche Garantie für die Umweltfreundlichkeit von Produkten sowie eine verlässliche Orientierungshilfe zur Identifizierung dieser Umweltprodukte zu geben. Zudem sollte der Verkauf umweltfreundlicher Produkte durch die Schaffung von Nachfrage und folglich von Wettbewerb unter den Produzenten gesteigert werden.³⁵¹ Mit dem nationalen Umweltzeichenprogramm, das 1994 in Kraft trat, rückte die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte erstmalig auf Regierungsebene in das Bewusstsein. Der Begriff der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung fiel zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht.³⁵²

Durch den *Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur Förderung der Entwicklung des Verkaufs und der Nutzung umweltfreundlicher Produkte* aus dem Jahr 2000 wurde die nachhaltige öffentliche Beschaffung erstmalig explizit angesprochen.³⁵³ Der Staat wollte mit gutem Beispiel vorangehen, um den Absatz umweltfreundlicher Produkte zu erhöhen und den Unternehmen stärkere Anreize zur Beantragung des tschechischen Umweltzeichens zu setzen.³⁵⁴ Folgende vier Ziele wurden mit dem Regierungsbeschluss verfolgt³⁵⁵:

- a) Die Verwirklichung einer Gesetzgebung, die die Notwendigkeit des Umweltschutzes sowie die in Zukunft zu verfolgende Richtung eindeutig betont,

³⁴⁸ Vgl. JILKOVA, J. (2003), S. 287ff. Erst in der staatlichen Umweltpolitik von 1999 wurde das Nachhaltigkeitsprinzip und die Implementierung der Agenda 21 gefordert. Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004): <http://www.env.cz/www/zamest.nsf/0/1b42d3ec6c3dbf11c1256c5300256371?OpenDocument>. Bislang existiert noch keine nationale Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, da seit Jahren starke Diskussionen zu deren Ausgestaltung geführt werden. Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 3.

³⁴⁹ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001), S. 42: *“In implementing the preventative principle in environmental protection and support for the export policy of CR, it is necessary to constantly monitor and provide for a legal and administrative framework (approaches and methods) for application of voluntary instruments in domestic practice (in addition to eco-labelling, cleaner production, EMS/EMAS and eco-design, LCA, retail – creation of wholesale and retail networks for preferential purchase and sale of environmentally friendly products, etc.), in an attempt to facilitate access to international markets by domestic producers.”* Das Umweltzeichen und die Ökobilanz werden ausführlich in Kapitel 6.2.5 betrachtet.

³⁵⁰ Vgl. Regierungsbeschluss (RB) Nr. 159/1993 vom 07. April 1993 (Anhang 14). Siehe auch Kapitel 6.2.5.

³⁵¹ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 12.

³⁵² Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 3.

³⁵³ Vgl. RB Nr. 720/2000 vom 19. Juli 2000 (siehe Anhang 15). Die Interviewpartner antworteten sehr unterschiedlich auf die Frage nach der Bedeutung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im Vergleich zu anderen umweltpolitischen Instrumenten. Während die Befragten im Umweltministerium und im Tschechischen Ökologischen Institut die Bedeutung als gleichwertig ansahen, maß Herr Suchanek der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung eine hohe (potenzielle) Bedeutung zu und Herr Velek eine geringe (praktische) Bedeutung (d.h. der derzeitige Stand der Umsetzung).

³⁵⁴ Vgl. NAHODIL, P. (2003), S. 3 sowie SAIFRID, P. (2003b), S. 2.

³⁵⁵ Ebd. Die Förderung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen fällt in den Bereich der Integrierten Produktpolitik (siehe Kapitel 5.4.1). In Tschechien ist eine IPP-Richtlinie jedoch noch in Vorbereitung. Vgl. NAHODIL, P. (2003), S. 8; CEMC (HRSG.) (2002a), S. 3 sowie CEMC (HRSG.) (2003f), S. 5.

- b) Der schrittweise Rückgang umweltschädigender Produktionsmethoden durch den Einsatz moderner Technologien und umweltfreundlicherer Materialien,
- c) Die Unterstützung der Hersteller umweltfreundlicher Produkte durch das Volumen der öffentlichen Nachfrage,
- d) Der Eintritt in den Kreis der fortschrittlichen Länder im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, um ein richtungsweisendes Signal für die zukünftige Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien zu setzen, und um als gutes Beispiel für alle Beschaffer und für die breite Öffentlichkeit voranzugehen.

Der Regierungsbeschluss empfiehlt dementsprechend allen Regierungsmitgliedern, zentralen Staatsverwaltungen und unterstellten Organisationen sowie den Leitern der Bezirke³⁵⁶:

- bei der Prüfung öffentlicher Aufträge, deren Ziel die Beschaffung, Installation oder Nutzung eines Produktes ist, soll die Umweltfreundlichkeit des Produktes als ein Zuschlagskriterium herangezogen werden. Diese kann z.B. durch das tschechische Umweltzeichen angezeigt werden,
- die Beschaffung von Produkten mit dem Umweltzeichen soll bevorzugt werden.³⁵⁷

Als Nachteile des Regierungsbeschlusses wurde von den Interviewpartnern erstens angegeben, dass sich dieser nur an zentrale und regionale Verwaltungen richte und lokale Verwaltungen sowie öffentliche Unternehmen nicht adressiere.³⁵⁸ Zweitens fordere er lediglich die Beschaffung von Produkten und vernachlässige Dienst- und Bauleistungen.³⁵⁹ Drittens weise er keinen „closed-loop-approach“ auf, d.h. im Sinne einer Kreislaufwirtschaft sei die öffentliche Beschaffung nicht mit dem Abfall- oder Energiegesetz verknüpft.³⁶⁰ Der Anteil des kommunalen Abfalls am tschechischen Gesamtabfallaufkommen betrug im Jahr 2002 z.B. etwa 12% und könnte durch die nachhaltige öffentliche Beschaffung gesenkt werden.³⁶¹ Viertens biete der Regierungsbeschluss keinerlei praktische Umsetzungshilfen.³⁶²

Im Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 wurden die adressierten öffentlichen Auftraggeber zu einem *jährlichen Bericht an die Regierung* über ihre Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Beschaffung verpflichtet.³⁶³ Das Umweltministerium trägt die Informationen zusammen und bewertet die Aktivitäten jedes berichtenden öffentlichen Auftraggebers.³⁶⁴ Dieser Bericht

³⁵⁶ Vgl. RB Nr. 720/2000; NAHODIL, P. (2003), S. 3 sowie HAJEK, M.; SUCHAROVÁ, D. (2001), S. 2. Das tschechische Parlament reformierte im Jahr 2000 die Verwaltungsstruktur. Die CSSR bzw. CSFR war bis zum Jahr 2000 in sieben zentralisierte Regionen und 77 Bezirke unterteilt. Durch die Verwaltungsreform erfuhr das Land eine Dezentralisierung. Dabei wurden 14 neue Regionen, 205 Bezirke und 6.258 Städte und Gemeinden gebildet, die selbstverwaltend agieren können (siehe Anhang 13). Vgl. OECD (HRSG.) (2001), S. 89, UNION OF TOWNS AND MUNICIPALITIES OF THE CZECH REPUBLIC (HRSG.) (2004): <http://www.smocr.cz/en/article.asp?id=16>.

³⁵⁷ Vom Umweltministerium wird betont, dass der Regierungsbeschluss nicht diskriminierend wirke, da das tschechische Umweltzeichenprogramm offen ist für alle heimischen und ausländischen Bieter. Vgl. BELLMANN, I. (2003), S. 4.

³⁵⁸ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 5.

³⁵⁹ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 5.

³⁶⁰ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 1 sowie S. 5. Der Waste Management Act Nr. 185/2001 und der Energy Act Nr. 458/2000 sind im Umkehrschluss nicht mit den öffentlichen Auftraggebern als Konsumenten verknüpft.

³⁶¹ Vgl. TSCHJECHISCHES UWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004): <http://www.env.cz/www/zamest.nsf/0/9948146215721cf0c1256e54004b698b?OpenDocument>.

³⁶² Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 5.

³⁶³ Vgl. RB Nr. 720/2000. Der Bericht an die Regierung muß jährlich bis zum 31. März erstellt werden.

³⁶⁴ Vgl. TSCHJECHISCHES UWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004b): Bericht an die Regierung über die Aktivitäten zum RB Nr. 720/2000 vom 31. März 2004.

wurde erstmalig für das Jahr 2000 erstellt.³⁶⁵ Im Jahr 2003 gaben 18 öffentliche Auftraggeber Auskunft, darunter 15 Ministerien. Da nicht vorgeschrieben ist, in welcher Form die Berichterstattung zu erfolgen hat, unterscheiden sich die Angaben stark vom Umfang und Detailgrad.³⁶⁶ Zudem beteiligen sich die Leiter der Bezirke nicht am Bericht, obwohl diese durch den Beschluss adressiert werden.³⁶⁷ Die Beurteilung des jährlichen Berichts durch das Umweltministerium fällt positiv aus, da die Anzahl der beschafften Umweltprodukte jedes Jahr steige.³⁶⁸ Im Bericht aus dem Jahr 2001 wurde angeführt, dass sich der Gesamtbeschaffungswert umweltfreundlicher Produkte in weniger als neun Monaten nach in Kraft treten des Regierungsbeschlusses auf ca. 12 Mio. CZK (ca. 379.6500 Euro) belief. Die gekauften Umweltprodukte waren dabei insbesondere feststehende Produkte (sog. „stationary products“), Reinigungsmittel, Büromöbel, Teppichkleber, wasserbasierte Farben und Gasboiler.³⁶⁹ Im Bericht für das Jahr 2002 taten sich insbesondere das Innen- und das Außenministerium als Vorreiter hervor. Sie kauften 44% bzw. 35% aller von den Ministerien beschafften Umweltzeichenprodukte (das Umweltministerium steht an dritter Stelle mit nur 6%).³⁷⁰

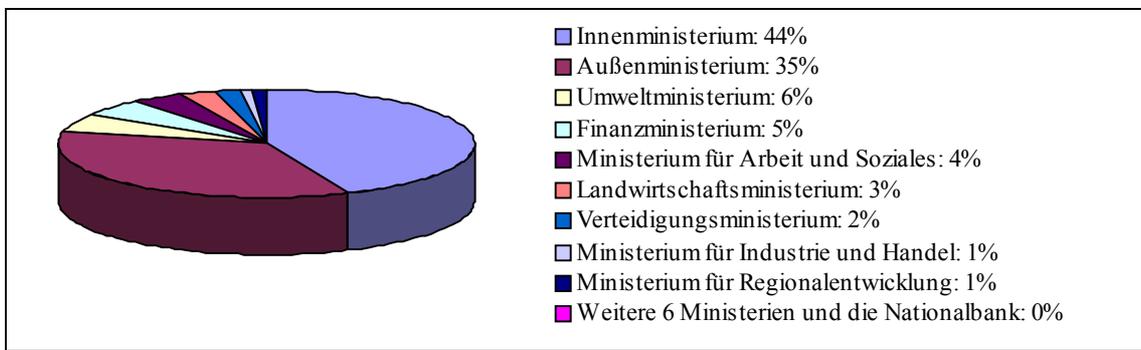


Abbildung 9: Anteilswise Kauf von Produkten mit dem tschechischen Umweltzeichen durch die öffentlichen Auftraggeber des Regierungsberichts für das Jahr 2002
(Quelle: CEMC (HRSG.) (2003b), S. 5)

Der Überhang von Umweltzeichenprodukten bei der öffentlichen Beschaffung zeigte sich zudem im Bericht für das Jahr 2003. 88% der öffentlichen Finanzmittel wurden von den öffentlichen Auftraggebern für Produkte mit dem Umweltzeichen verwendet und nur 12% für umweltfreundliche Produkte ohne Umweltzeichen. Bei der Beschaffung von Umweltzeichenprodukten dominierten dabei Büromöbel mit 80% der Ausgaben.³⁷¹ Die absolute Höhe der öffentlichen Ausgaben wird jedoch nicht angegeben.

³⁶⁵ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 5.

³⁶⁶ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 5.

³⁶⁷ Vgl. BELLMANN, I. (2003), S. 3.

³⁶⁸ Vgl. KASPAR, J. (2003), S. 7.

³⁶⁹ Vgl. SAIFRID, P. (2003b), S. 2.

³⁷⁰ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003b), S. 5.

³⁷¹ Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004b): Bericht an die Regierung über die Aktivitäten zum RB Nr. 720/2000 vom März 2004.

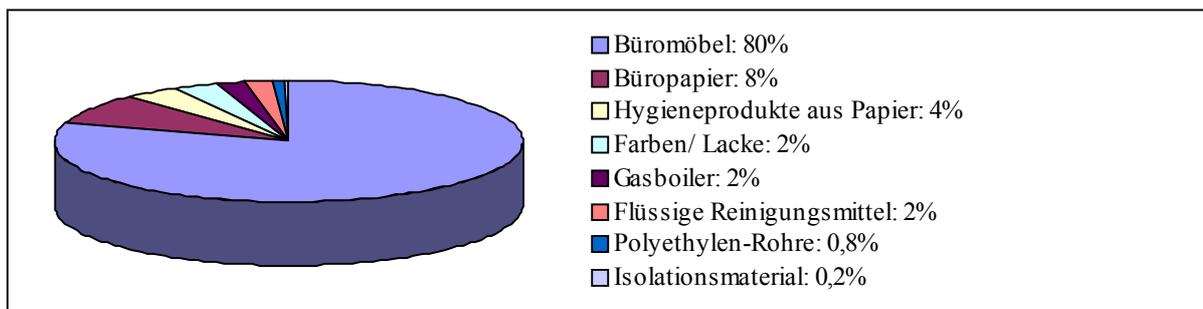


Abbildung 10: Aufspaltung der Ausgaben der öffentlichen Auftraggeber des Regierungsberichts für das Jahr 2003 nach Art der Umweltzeichenprodukte

(Quelle: TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004b): Bericht an die Regierung zum Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 vom 31. März 2004)

Auch wenn das Umweltministerium äußert, dass sich die Resultate von Jahr zu Jahr verbessern, wird von den Ministerien selbst und von externen Akteuren starke Kritik geübt. Die Ministerien beklagen, dass die Erstellung des Berichts zu viel Arbeit verursache und dieser daher nur alle zwei Jahre verfasst werden sollte.³⁷² Externe Akteure wie das Czech Environmental Management Center (CEMC) kritisieren, dass weder die berichtenden öffentlichen Auftraggeber noch das Umweltministerium die Möglichkeit nutzen würden, der Regierung durch den jährlichen Bericht neue bahnbrechende Ideen zur Verbesserung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien vorzubringen. Das Beschaffungsverhalten würde sich nicht gravierend ändern.³⁷³ Herr Velek beklagte, dass im Bericht keine Ziele gesetzt würden. Es fehle an aussagekräftigen und vergleichbaren Statistiken zur Messung der Ergebnisse. Eine Kontrolle der Ergebnisse durch eine unabhängige Stelle finde nicht statt und Sanktionierungsmöglichkeiten bestünden aufgrund der Freiwilligkeit des Regierungsbeschlusses nicht. Die Ministerien selbst sowie die Öffentlichkeit würden zudem nicht ausreichend über die Ergebnisse des Berichts informiert.³⁷⁴

***Bewertung:** In Tschechien ist die nachhaltige öffentliche Beschaffung – wie in allen anderen europäischen Ländern auch – ein freiwilliges umweltpolitisches Instrument.³⁷⁵ Ein ungenügender politischer Wille in Tschechien zeigt sich jedoch dadurch, dass der Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 in der Praxis nur zentrale Staatsverwaltungen anspricht und das Potenzial regionaler und lokaler Verwaltungen im Hinblick auf die Lokale Agenda 21 vernachlässigt. In Dänemark wurde bspw. 1994 ein Aktionsplan verabschiedet, nach dem alle regionalen und lokalen öffentlichen Auftraggeber eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik bis 2001 einführen sollten.³⁷⁶ Um entscheidende Fortschritte zu erzielen, ist es zudem ratsam, den Regierungsbeschluss in Anlehnung an eine Kreislaufwirtschaft neu zu formulieren. Als Beispiel für einen gesetzlichen Anreiz zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung kann hier das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW/AbfG) in Deutschland angeführt werden.³⁷⁷ Der*

³⁷² Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 5. Die Regierung und das Umweltministerium lehnen solch eine Änderung ab.

³⁷³ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 2.

³⁷⁴ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 5 sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 2.

³⁷⁵ Vgl. OCHOA, A. et al. (2003), S. 21. Lediglich in Japan besteht eine gesetzliche Verpflichtung.

³⁷⁶ Vgl. OCHOA, A. et al. (2003), S. 21ff. sowie ERDMENGER, C. (2004), S. 23. Im Jahr 2001 verfügten ca. 50% der öffentlichen Auftraggeber auf regionaler und lokaler Ebene über eine Beschaffungspolitik.

³⁷⁷ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 19.

jährliche Bericht an die Regierung ist ebenfalls als ineffektiv zu bewerten, da dieser keine Zielsetzung und Leistungsmessung beinhaltet.

6.2.3 Das Vergaberecht

Wie bereits in Kapitel 5.5.2 angesprochen, wurde die tschechische Vergaberichtlinie Nr. 199/1994 im Rahmen eines deutsch-tschechischen Twinning-Projekts überarbeitet. Die neue und derzeit geltende Vergaberichtlinie Nr. 40/2004 ist vollständig mit dem EU-Vergaberecht harmonisiert. Sie berücksichtigt jedoch nicht mehr die beiden neuen europäischen Vergaberichtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG.³⁷⁸ Dass Umweltkriterien in die „alten“ europäischen Vergaberichtlinien keinen Eingang gefunden haben, spiegelt sich auch in der tschechischen Vergaberichtlinie wider. Lediglich in zwei Paragraphen werden Umweltkriterien ausdrücklich genannt. Erstens dürfen Qualitätsnachweise über die Art der Unternehmensführung als Eignungskriterien für die technische Leistungsfähigkeit der Bieter herangezogen werden.³⁷⁹ Dies begünstigt bspw. ein EMAS zertifiziertes Unternehmen (siehe Kapitel 5.4.2.3). Zweitens dürfen als Zuschlagskriterien zur Identifizierung des wirtschaftlich günstigsten Angebots u.a. auch die ökologischen Eigenschaften des Auftragsgegenstands herangezogen werden (siehe Kapitel 5.4.2.4).³⁸⁰ Abgesehen von den beiden angeführten Paragraphen kann die Vergaberichtlinie Nr. 40/2004 hinsichtlich der Einbeziehung von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung in Anlehnung an die Interpretierende Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2001 ausgelegt werden. Problematisch ist jedoch, dass keinem Interviewpartner die Mitteilung bekannt war und diese somit wahrscheinlich nicht von den tschechischen öffentlichen Auftraggebern als empfehlendes Dokument genutzt wird.

In der tschechischen Vergabepaxis entscheidet jeder öffentliche Auftraggeber individuell, welche Produkte und Dienstleistungen beschafft und inwieweit Umweltkriterien dabei einbezogen werden.³⁸¹ Interne Geschäftsanweisungen zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung existieren kaum.³⁸² Als erstes Beispiel kann das Umweltministerium angeführt werden. Im Jahr 1998 erließ der damalige Umweltminister Martin Bursik eine Anordnung, nach der die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte – somit auch von Umweltzeichenprodukten – innerhalb des Umweltministeriums gefördert werden sollte.³⁸³ Eine zweite daran anknüpfende Anordnung folgte im Jahr 2002 durch den derzeitigen Umweltminister Libor Ambrozek. Durch diese wurde die Verwendung von Recyclingpapier, einschließlich Briefumschlägen und

³⁷⁸ RL Nr. 40/2004 über Öffentliche Aufträge vom 17. Dezember 2003. Diese RL regelt öffentliche Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge sowie öffentliche Aufträge im Sektorenbereich auf nationaler Ebene in der Tschechischen Republik, d.h. unterhalb der von der EU-Kommission festgesetzten Schwellenwerte (siehe Kapitel 5.3.2).

³⁷⁹ RL Nr. 40/2004 § 37: „Qualitätsnachweis und Erfüllung der Anforderungen des Systems der Unternehmerleitung vom Standpunkt des Umweltschutzes: [...] (2) Die Erfüllung des Systems der Unternehmerleitung vom Standpunkt des Umweltschutzes wird vom Unternehmer durch Vorlage folgender Unterlagen nachgewiesen: a) von einer beauftragten Person gemäß tschechischen technischen Normen ausgestelltes Zertifikat, b) von einer autorisierten Zertifizierungsstelle eines Mitgliedsstaates der EU gemäß einschlägigen europäischen Normen ausgestelltes Qualitätszertifikat, oder c) anderer Nachweis über die Erfüllung der Anforderungen des Systems der Unternehmerleitung vom Standpunkt des Umweltschutzes, sofern dieser vom Auftraggeber anerkannt wird.“

³⁸⁰ RL Nr. 40/2004 § 55: „Zuschlagskriterien: [...] (3) Entscheidet sich der Auftraggeber für die Vergabe eines öffentlichen Auftrags gemäß dem wirtschaftlich günstigsten Angebot, so beurteilt er das Angebot nach Teilkriterien. [...] Eines der Teilkriterien ist stets der Angebotspreis, des weiteren insbesondere a) die Betriebskosten, b) die Wartungsanforderungen, c) technische, qualitative, ökologische oder funktionelle Eigenschaften des Auftragsgegenstands.“

³⁸¹ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrouš vom tschechischen Umweltministerium, S. 3.

³⁸² Vgl. Interview mit Frau Princová und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 2.

³⁸³ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrouš vom tschechischen Umweltministerium, S. 4.

Visitenkarten, im Umweltministerium eingeführt und die Verwendung von Pfandflaschen empfohlen.³⁸⁴ Auch der Staatliche Umweltfonds setzt sich für die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte ein. Seine Statute fordern, dass in den von ihm finanzierten Projekten die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte unterstützt werden soll.³⁸⁵

Bewertung: Die neue Vergaberichtlinie Nr. 40/2004 zeigt erste, jedoch nur wenige, explizite Ansatzpunkte für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Interne Geschäftsanweisungen existieren kaum bzw. ausschließlich auf zentraler Verwaltungsebene. Gerade das Potenzial lokaler Initiativen sollte hier genutzt werden. Beispielfähig für europäische Vorreiter können die dänische Stadt Kolding, die schwedische Stadt Göteborg, die österreichische Region Vorarlberg sowie die deutsche Stadt Stuttgart genannt werden. Diese haben eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik auf lokaler Ebene eingeführt.³⁸⁶

6.2.4 Das Haushaltsrecht

Einige Ministerien, die ihre Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im jährlichen Bericht an die Regierung darlegen, haben sich beschwert, dass Produkte mit dem Umweltzeichen teurer seien als herkömmliche Produkte. Dies sei gerade in Anbetracht der geringen finanziellen Ausstattung der öffentlichen Auftraggeber in Tschechien nicht vereinbar mit dem Wirtschaftlichkeitsprinzip.³⁸⁷ Die jährliche Verwendung öffentlicher Mittel wird im tschechischen Haushaltsrecht, dem „State Budget Act“, geregelt.³⁸⁸ Die dabei zu beachtenden Grundsätze sind im „Act No. 218/2000 on Budgetary Rules“³⁸⁹ festgelegt, der zur Zeit im Zuge der Reform des Finanzsektors und des staatlichen Haushaltsrechts geändert wird.³⁹⁰ Eine wichtige Neuerung ist u.a. der verstärkte Fokus auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip sowie die Einführung eines Audits für öffentliche Ausgaben - dies gerade auch hinsichtlich des bestehenden Staatsdefizits (siehe Kapitel 3.1).³⁹¹ Der Umgang mit einem evtl. Mehrpreis von umweltfreundlicheren Produkten und Dienstleistungen wurde jedoch noch nicht übergreifend für alle öffentlichen Auftraggeber im Haushaltsrecht geregelt. Vielmehr entscheidet jede öffentliche Beschaffungsstelle individuell über das Mehrpreisproblem.³⁹² Das Umweltministerium äußerte sich dahingehend, dass der Anstieg der öffentlichen Ausgaben in bestimmten Sektoren nicht auf erhöhte Preise von umweltfreundlichen Produkten zurückzuführen sei, da lediglich wenige Umweltzeichenprodukte wie z.B. Farben teurer wären als konventionelle Produkte.³⁹³ Zum Mehrpreis von Umweltprodukten ist in der Vergaberichtlinie

³⁸⁴ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003a), S. 4 sowie AMBROZIK, L. (2002), S. 1ff.

³⁸⁵ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 3 sowie HAJEK, M; SUCHAROVOVA, D. (2001), S. 4.

³⁸⁶ Vgl. ERDMENGER, C. (2004), S. 20ff. sowie CLEMENT, S. (2003), S. 71ff. Diese Akteure sind bis auf Stuttgart Mitglieder des Buy it Green-Network (BIG-Net), einem Zusammenschluss lokaler Verwaltungen, das von der Organisation ICLEI koordiniert wird. Vgl. ICLEI (HRSG.) (2004c): <http://www.iclei-europe.org/index.php?big-net>.

³⁸⁷ Ebd., S. 8 sowie SZUPPINGER, P.; ERI, V. (2003), S. 250ff.

³⁸⁸ Vgl. OECD (HRSG.) (2001), S. 82 sowie Interview mit Herrn Velek, S. 2.

³⁸⁹ Vgl. TSCHESCHISCHES FINANZMINISTERIUM (HRSG.) (2004): <http://www.mfcr.cz/static/IDF/En/A2.htm>.

³⁹⁰ Vgl. TSCHESCHISCHES FINANZMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 4.

³⁹¹ Vgl. TSCHESCHISCHES FINANZMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 57. „The regular evaluation of effectiveness, efficiency and economy of activities and programs is the primary task of the chapter administrators, or budget funds administrators respectively.“

³⁹² Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 2.

³⁹³ Vgl. HAJEK, M; SUCHAROVOVA, D. (2001), S. 2. Ein eventueller Mehrpreis sei darauf zurückzuführen, dass Umweltzeichenprodukte einem gewissen Qualitätsstandards entsprechen müssen.

Nr. 40/2004 festgelegt, dass ökologische Anforderungen an Produkte in die Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots einbezogen werden können. Somit ist nicht nur der günstigste Angebotspreis ausschlaggebend.³⁹⁴ Der Kauf umweltfreundlicher Produkte steht daher im Einklang mit dem Wirtschaftlichkeitsprinzip – auch wenn diese teurer in der Anschaffung sind.³⁹⁵ Um den Konsumenten zusätzliche Anreize zum Kauf von Umweltprodukten zu schaffen, existierte in Tschechien für diese eine Mehrwertsteuer von lediglich 5%. Dieses Instrument musste jedoch im Zuge des EU-Beitritts abgeschafft werden.³⁹⁶ Zudem besteht in Tschechien das Problem der Korruption bei der Verwendung öffentlicher Mittel. Dies kann den Umfang des zur Verfügung stehenden Budgets schmälern und sich somit auch negativ auf die Entscheidung für den Kauf eines im Anschaffungspreis teureren umweltfreundlichen Produktes oder einer Dienstleistung auswirken.³⁹⁷

Bewertung: Der höhere Anschaffungspreis von umweltfreundlichen Produkten wird in Tschechien durch die Vergaberichtlinie gerechtfertigt. Die öffentlichen Auftraggeber entscheiden sich jedoch aufgrund der geringen finanziellen Ausstattung meist gegen ein teureres Umweltprodukt. Das einzige finanzielle Anreizinstrument für die Konsumenten, eine verringerte Mehrwertsteuer für Umweltprodukte, musste abgeschafft werden. Ziel sollte es sein, die Kalkulation von Lebenszykluskosten (LCC), die dem höheren Anschaffungspreis von Umweltprodukten geringere Kosten beim Verbrauch und der Entsorgung entgegensetzen könnte, einzuführen. Ratsam wäre es – wie es z.B. die Stadt Wien tut – finanzielle Auswirkungen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung verstärkt zu dokumentieren.³⁹⁸ Zudem könnten Kostensenkungspotenziale durch einen zentralisierten Einkauf realisiert werden. Dies wäre z.B. bei standardisierbaren Beschaffungsobjekten gut umsetzbar.³⁹⁹ Beispiele für eine zentrale Beschaffung sind der österreichische ÖkoBeschaffungService Vorarlberg (durch diesen konnten 10-20% der Produktpreise eingespart werden)⁴⁰⁰ sowie die dänische Stadt Kolding.⁴⁰¹

6.2.5 Kommunikation und Information

Der Aspekt der Kommunikation umfasst die Kommunikation der für die nachhaltige öffentliche Beschaffung zuständigen Personen in Tschechien mit den entsprechenden Mitarbeitern der Europäischen Kommission sowie die bilaterale Kommunikation mit anderen Staaten. Eine direkte Kommunikation mit der Europäischen Kommission auf dem Gebiet der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung existiert - wie bereits in Kapitel 5.5.2 dargestellt - noch nicht. Tschechien arbeitet in diesem Bereich jedoch bilateral mit dem Außenministerium („Foreign Commonwealth Office“) in Großbritannien zusammen.⁴⁰² Ziel für Tschechien ist der Erfah-

³⁹⁴ Vgl. RL Nr. 40/2004 §55 sowie Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 6.

³⁹⁵ Ebd., S. 3.

³⁹⁶ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 6.

³⁹⁷ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 2. In den mittel- und osteuropäischen Ländern ist die Korruption (bedingt durch den Transformations- und Privatisierungsprozess) höher als in den meisten westeuropäischen Staaten. Vgl. HESSEL, M.; MURPHY, K. (HRSG.) (2004): http://www.transparency.org/working_papers/hessel/index.html sowie RHEINLÄNDER; K. (2003), S. 127.

³⁹⁸ Vgl. ERDMENGER, C. (2004), S. 23.

³⁹⁹ Vgl. GÜNTHER; E.; SCHEIBE, L. (2004), 291f.

⁴⁰⁰ Vgl. ERDMENGER, C. (2004), S. 23.

⁴⁰¹ Ebd., S. 22f.

⁴⁰² Ebd., S. 5.

rungsaustausch sowie die Anregung für neue Ideen, z.B. für die Erstellung von Implementierungsrichtlinien.⁴⁰³ Der Aspekt der Kommunikation beinhaltet darüber hinaus die Kommunikation zwischen den verschiedenen Institutionen der öffentlichen Hand sowie innerhalb einer solchen Institution. Da die nachhaltige öffentliche Beschaffung in Tschechien bislang nur auf zentraler Staatsebene umgesetzt wird, konnten die Interviewpartner an dieser Stelle nur Auskunft über die Kommunikation zwischen und innerhalb der Ministerien geben. Diese kommunizieren kaum über ihre Erfahrungen im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Meist lesen sie selbst nur den jährlichen Bericht an die Regierung, um sich über die Aktivitäten anderer Ministerien zu informieren. Jedes Ministerium arbeitet an seinen eigenen Programmen und die Weitergabe von Informationen war und ist nicht üblich.⁴⁰⁴ Beispielhaft für die Kommunikation und den Informationsfluss innerhalb eines Ministeriums (siehe Kapitel 4.5.1) soll das Tschechische Ökologische Institut genannt werden. Hier kann der Endnutzer der Beschaffungsstelle angeben, welche Umweltprodukte er beschaffen haben möchte. Letztlich entscheidet darüber aber der Direktor des Instituts. Dieser lehnte aus Kostengründen z.B. die Einführung von Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen ab.⁴⁰⁵

Neben der Art der Kommunikation ist die gezielte Information der öffentlichen Auftraggeber eine Grundvoraussetzung dafür, dass diese das Know-how zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung erwerben können. Öffentliche Auftraggeber in Tschechien müssen sich jedoch hauptsächlich selbst Informationen darüber suchen, wie sie ihre Beschaffung nachhaltig gestalten können. Das Umweltministerium bietet dabei folgende Hilfen an⁴⁰⁶:

- *Handbuch*: zur Zeit existieren noch keine Implementierungshilfen für öffentliche Auftraggeber auf zentraler, regionaler oder lokaler Ebene, die beschreiben, auf welche Art und Weise eine nachhaltige öffentliche Beschaffung eingeführt werden kann. Daher plant das Umweltministerium die Herausgabe eines entsprechenden Handbuchs.⁴⁰⁷
- *Schulungen*: bislang wurden auf zentraler Verwaltungsebene nur die Mitarbeiter des Umweltministeriums geschult. Im Jahr 2003 informierten Frau Karnichova und Frau Gailly vom „Eco-Counselling Network“ (STEP) erstmalig 20 Mitarbeiter darüber, wie sich diese umweltfreundlicher im Büro verhalten können. In diesem Jahr sollen noch zwei bis drei weitere solcher Schulungen stattfinden.⁴⁰⁸ Das Umweltministerium trifft darüber hinaus zweimal jährlich weitere Ministerien, um diesen Hilfestellungen zur Identifizierung von Umweltprodukten an die Hand zu geben.⁴⁰⁹ Öffentliche Auftraggeber auf regionaler und lokaler Ebene wurden bislang nicht geschult.⁴¹⁰

⁴⁰³ Ebd. In Großbritannien trat eine Implementierungsrichtlinie auch erst im Oktober 2003 in Kraft.

⁴⁰⁴ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 9 sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 5.

⁴⁰⁵ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 9.

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 5 und S. 6. Die befragten Mitarbeiter des Umweltministeriums konnten noch keinen Zeitpunkt der Veröffentlichung nennen.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 2.

⁴⁰⁹ Ebd., S. 5.

⁴¹⁰ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 10. Das Umweltministerium plant jedoch regelmäßige Treffen mit den Vertretern regionaler Verwaltungen, um diese über die Art und Auswirkungen freiwilliger umweltpolitischer Instrumente zu informieren. Vgl. BELLMANN, I. (2003), S. 8.

- *Internet*: öffentliche Auftraggeber nutzen meist das Internet, um sich über die nachhaltige öffentliche Beschaffung zu informieren.⁴¹¹ Zu nennen sind hier die Seiten des tschechischen Umweltministeriums (<http://www.env.cz>), des Tschechischen Ökologischen Instituts, insbesondere der „Agency for EFP“ (<http://www.ceu.cz>, <http://www.ekoznacka.cz>) sowie die bereits in Kapitel 6.2.1 angeführten Internetseiten der tschechischen NROs. Auf diesen Internetseiten finden sich zudem weiterführende Links.

Auf zwei weitere Informationshilfen – das Umweltzeichen und die Ökobilanz – soll nun ausführlicher eingegangen werden. Das tschechische *Umweltzeichen* „Ekologicky Strny Výrobek“ wurde, wie bereits in Kapitel 6.2.2 erwähnt, im Jahr 1993 durch den Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 geschaffen und trat am 14. April 1994 in Kraft.⁴¹² Folgende tschechische Institutionen sind maßgeblich in das nationale Umweltzeichenprogramm involviert⁴¹³: die Abteilung „Voluntary Instruments“ des Umweltministeriums ist verantwortlich für die Entwicklung des Programms, wobei der Umweltminister hier die entgeltliche Entscheidungsmacht besitzt. Die „Agency for EFP“ des Tschechischen Ökologischen Instituts ist das Exekutivorgan. Beraten wird das Umweltministerium durch das tschechische „Ecolabelling Board“, auch „Council for Environmentally Friendly Products“ genannt. Dies ist ein Forum mit Experten aus dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich, das sich satzungsmäßig zweimal pro Jahr trifft.⁴¹⁴ Des Weiteren arbeitet das Umweltministerium mit dem „Czech Republic Quality Council“ zusammen, so dass jedes gekennzeichnete Produkt gleichzeitig die Qualitätsstandards gemäß CSN EN ISO 9000 einhält.⁴¹⁵ Auf internationaler Ebene kooperiert das Umweltministerium mit dem „Ecolabelling Board“ der EU, an dessen Sitzungen Tschechien im April 2004 erstmalig teilgenommen hat.⁴¹⁶ Zudem ist Tschechien seit 1999 Mitglied des GEN („Global Ecolabelling Network“), das den Informationsaustausch zwischen seinen 26 Mitgliedern über die verschiedenen Umweltzeichenprogramme fördert.⁴¹⁷

Unternehmen können das tschechische Umweltzeichen nach einem festgelegten Verfahren für zwei bis drei Jahre erwerben. Sie zahlen hierfür im Gegensatz zu anderen nationalen Umweltzeichen die niedrigste Einmalgebühr von 20.000 CZK (ca. 630 Euro). Eine Bindung der Gebühr an Verkaufszahlen existiert nicht.⁴¹⁸ Derzeit existieren 32 Produktkategorien, 156 Lizenzen (dabei entfallen bereits 87 Lizenzen auf wasserbasierte Farben und Gasboiler), 74 teilnehmende Unternehmen (darunter 52 tschechische und 22 ausländische Unternehmen) sowie über 300 gekennzeichnete Produkte.⁴¹⁹ Die ökologischen und funktionalen Anforderungen an

⁴¹¹ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 9.

⁴¹² Vgl. RB Nr. 159/1993. Das nationale Umweltzeichenprogramm implementiert Art. 5 der Aarhus Konvention, der eine Information der Öffentlichkeit über umweltrelevante Produkte und Tätigkeiten fordert. Vgl. REC (HRSG.) (2004b): http://fs9.rec.org/sos/details.php?cs_id=33. Neben dem Umweltzeichen existiert in Tschechien ebenfalls ein Energielabel sowie ein Bioproduktlabel. Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 5 und S. 10.

⁴¹³ Vgl. TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004b): <http://www.ekoznacka.cz> sowie BELLMANN, I. (2003), S. 5ff..

⁴¹⁴ Beispielsweise gehören die Interviewpartner Herr Suchanek vom DHV sowie Herr Velek dem Ecolabelling Board an. BELLMANN, I. (2003), S. 8. Nach der CSN EN ISO 9000-Norm kann ein Unternehmen in Tschechien sein Qualitätsmanagement zertifizieren lassen. Vgl. CZECH STANDARDS INSTITUTE (HRSG.) (2004): <http://www.csni.cz>.

⁴¹⁶ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 1.

⁴¹⁷ Vgl. GEN (HRSG.) (2004): <http://www.gen.gr.jp/index.html> sowie CEMC (HRSG.) (2003c), S. 2f..

⁴¹⁸ Vgl. TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004b): <http://www.ekoznacka.cz>. Für Informationen zu den zwölf Prinzipien, die dem tschechischen Umweltzeichen zu Grunde liegen, vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 11.

⁴¹⁹ Vgl. SAIFRID, P. (2003a), S. 2f.. Für eine Übersicht der Produktkategorien, Unternehmen und Umweltzeichenprodukte siehe TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004a): <http://www.ceu.cz> sowie TSCHECHI-

die Produkte für den Erwerb des Umweltzeichens werden in einem Kriterienkatalog für jede Produktgruppe definiert. Die Kriterien wurden aufgrund der angestrebten Harmonisierung mit der europäischen VO (EG) Nr. 1980/2000 zur Vergabe eines Umweltzeichens⁴²⁰ und dem internationalen Umweltzeichenstandard ISO 14024 (Umweltkennzeichnung Typ I)⁴²¹ schrittweise immer weiter verschärft.⁴²² Die Kriterienkataloge für fünf Produktgruppen wurden schon vollständig mit der EU-Richtlinie harmonisiert, neun teilweise und die restlichen achtzehn noch nicht.⁴²³ Ziel ist eine vollständige Harmonisierung, damit in Zukunft auch ausländische Unternehmen verstärkt das tschechische Umweltzeichen beantragen.⁴²⁴

Die befragten Experten, insbesondere die externen Experten, die nicht dem Umweltministerium angehören, haben zahlreiche Probleme des tschechischen Umweltzeichens angesprochen. Betrachtet man erstens das Nationalprogramm zum Umweltzeichen, dann zeigt sich, dass es nur Produkte anspricht. Bislang existiert noch keine Produktgruppe für Dienstleistungen.⁴²⁵ Die Anzahl der Produktgruppen sei zudem zu niedrig, so dass das Umweltzeichen kaum sichtbar am Markt ist.⁴²⁶ Innerhalb von bestimmten Produktgruppen tritt das Problem auf, das Produkte kaum oder im Gegensatz dazu fast vollständig gekennzeichnet sind. Bei Gasboilern bspw. sind ca. 95% der Produkte gekennzeichnet. Hier können die Konsumenten nicht mehr zwischen Produkten differenzieren, so dass es sinnvoll wäre, striktere Kriterienkataloge zu definieren.⁴²⁷ In der Produktgruppe Reinigungsmittel sind nur ca. 5% der Produkte gekennzeichnet. Dabei handelt es sich um kleine tschechische Unternehmen, die alleine keine Sichtbarkeit des Umweltzeichens schaffen können. Die großen ausländischen Unternehmen, die den tschechischen Markt beherrschen (Procter & Gamble, Henkel, etc.), sprechen sich gegen das tschechische Umweltzeichen aus.⁴²⁸ Des Weiteren werde eine Ökobilanz, d.h. der Lebenszyklus von Produkten, bei der Erstellung der Kriterienkataloge nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl dies in den Prinzipien zum Umweltzeichen festgeschrieben wurde.⁴²⁹

Zweitens existieren Probleme hinsichtlich der Akteure, die für das Nationalprogramm verantwortlich sind. Die Arbeit des „Ecolabelling Board“ wird als ineffektiv beschrieben.⁴³⁰ Regelmäßige Treffen fänden trotz der vorgesehenen zwei Sitzungen im Jahr nicht statt. Zudem erfolge keine ausreichende Einbeziehung sämtlicher Mitglieder des „Ecolabelling Board“ in Entscheidungen. Eine Informationsweitergabe seitens des Umweltministeriums finde kaum oder nur schleppend statt. Die Arbeit an der Weiterentwicklung des Nationalprogramms sowie

SCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004b): <http://www.ekoznacka.cz>. Die Entwicklung der Anzahl der Produktgruppen und Lizenzen seit 1994 ist positiv (siehe Anhang 16). Vgl. TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004): Bericht an die Regierung zum RB Nr. 720/2000.

⁴²⁰ Vgl. VO (EG) Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens, ABIEG Nr. L 237 vom 21.09.2001, S. 1.

⁴²¹ Vgl. NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000c): DIN EN ISO 14024 sowie Kapitel 4.5.3.

⁴²² Vgl. SAIFRID, P. (2003a), S. 1 sowie SAIFRID, P. (2003b), S. 2.

⁴²³ Vgl. SAIFRID, P. (2003b), S. 2.

⁴²⁴ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003d), S. 3.

⁴²⁵ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 9.

⁴²⁶ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 11.

⁴²⁷ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 9.

⁴²⁸ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 11. Warum die genannten Unternehmen das tschechische Umweltzeichen ablehnen, bleibt zu vermuten (die fehlende Harmonisierung, die geringe Nachfrage der Konsumenten, das Zurückgreifen auf nationale Umweltzeichen wie den Blauen Engel).

⁴²⁹ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 4. Vgl. dazu TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 20. „*The program has certain inadequacies in the use of methods of life cycle assessment, apparently as a result of the lack of suitable professionals and the relatively short time that the program has been in effect.*”

⁴³⁰ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 1 und S. 5.

die Entscheidungsfindung werde verlangsamt (so besteht bspw. kaum Interesse an der Umweltkennzeichnung des Typs II⁴³¹). Es kommt daher die Forderung auf, dass verstärkt auch externe Akteure den Entwicklungsprozess vorantreiben sollten.⁴³²

Drittens wurden Probleme in Bezug auf die Hersteller angesprochen. Hier sei das fehlende Bewusstsein der Unternehmen eine essentielle Hürde.⁴³³ Unternehmen informieren mitunter nicht einmal darüber, in welchen Geschäften sie ihre Umweltzeichenprodukte verkaufen⁴³⁴ bzw. wollen überhaupt keine Werbung für diese machen.⁴³⁵ Im Vergleich zur erfolgreichen Implementierung von EMAS in Tschechien sei das Umweltzeichen nicht „market-driven“. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in der fehlenden Nachfrage der Konsumenten.⁴³⁶ Beispielhaft kann die gescheiterte Einführung einer Textil-Produktgruppe genannt werden. Diese war theoretisch sehr gut vorbereitet, doch kein Hersteller war an einer Kennzeichnung interessiert.⁴³⁷ Der Erwerb des Umweltzeichens sehe mehr nach dem Erwerb eines Preises aus, als dass ein Wettbewerb unter den Herstellern geschaffen werden würde.⁴³⁸

Viertens ergeben sich auch auf Seiten der Konsumenten diverse Probleme. Analog zu den Herstellern stellt das fehlende Bewusstsein und folglich die geringe Nachfrage das größte Hindernis dar.⁴³⁹ Diese könnte sich u.a. dadurch erklären, dass das Umweltzeichen nicht genügend Vorteile für die Konsumenten biete. Die verringerte Mehrwertsteuer von nur 5% für Umweltprodukte setzte hier an, wurde aber durch den EU-Beitritt abgeschafft.⁴⁴⁰ Zusammenfassend wurde von den Interviewpartnern gesagt, die nicht dem Umweltministerium angehören und somit einen Blick von außen auf die Entwicklung haben, dass das Nationalprogramm angesichts seines Anfangspotenzials nicht genügend Fortschritte mache und daher geändert oder sogar abgeschafft werden sollte.⁴⁴¹

Eine weitere Informationshilfe für öffentliche Auftraggeber ist die in Kapitel 4.5.3 vorgestellte *Ökobilanz*. Diese analysiert die Umweltqualität von Produkten „von der Wiege bis zur Bahre“. Anwendung findet eine Ökobilanz u.a. bei der Beschaffungsentscheidung öffentlicher Auftraggeber und der Definition von Kriterienkatalogen für das Umweltzeichen.⁴⁴² Ökobilanzen werden von den öffentlichen Auftraggebern in Tschechien nur sehr selten angewendet,⁴⁴³ obwohl die Entwicklung des Instruments hinsichtlich der Methodik und der Erstellung von

⁴³¹ Vgl. NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2001), S. 5. Umweltkennzeichnungen des Typs II sind umweltbezogene Anbietererklärungen gemäß ISO 14021, d.h. Umweltaussagen ohne Zertifizierung durch unabhängige Dritte von Herstellern, etc. Beispielhaft kann das Drei-Pfeile-Symbol genannt werden, das die Recyclingfähigkeit eines Produktes angibt.

⁴³² Ebd., S. 10.

⁴³³ CEMC (HRSG.) (2001), S. 5.

⁴³⁴ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 8.

⁴³⁵ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 9. Die Gründe, warum manche Unternehmen keine Werbung mit dem Umweltzeichen machen, konnten von Herrn Suchanek nicht genannt werden.

⁴³⁶ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 2.

⁴³⁷ Ebd., S. 1.

⁴³⁸ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 5. Die Vergabe des Umweltzeichens findet durch eine öffentliche Zeremonie statt. Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 10.

⁴³⁹ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 10 sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 2.

⁴⁴⁰ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 11. Für die angeführten Vorteile des Umweltzeichens für Konsumenten und Hersteller siehe TSCHJECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004b): <http://www.ekoznacka.cz>.

⁴⁴¹ Ebd. sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 5.

⁴⁴² Vgl. TSCHJECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2003), S. 12f.

⁴⁴³ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 6.

Fallstudien vorangetrieben wurde.⁴⁴⁴ Der Grund hierfür liegt im fehlenden Bewusstsein der Anwender und Konsumenten in Tschechien. Selbst unter Experten sei das Konzept nicht weit verbreitet. Schwierig gestaltet sich hier, dass bspw. Mitarbeiter der öffentlichen Hand diejenigen Konzepte anwenden, die zu ihrer Studienzeit gelehrt wurden. Neuere Ansätze im Umweltbereich wie die Ökobilanz werden kaum berücksichtigt.⁴⁴⁵ Problematisch sei zudem, dass Ökobilanzen kompliziert und teuer zu erstellen sowie die Ergebnisse schwer zu interpretieren seien.⁴⁴⁶ Drei konkrete Ökobilanzen konnten von den Interviewpartnern angeführt werden. Das Umweltministerium selbst hat für Recyclingpapier und für Mehrwegflaschen jeweils eine Ökobilanz erarbeitet, um für deren Einführung überzeugende Argumente zur Hand zu haben.⁴⁴⁷ Eine dritte Analyse fand für ein großes Investitionsprojekt im Transportbereich statt. Hier wurden verschiedene Schiffstypen auf der Strecke von Usti nad Labem nach Magdeburg miteinander verglichen, um die umweltfreundlichste Alternative zu identifizieren.⁴⁴⁸

Bewertung: Den öffentlichen Auftraggebern in Tschechien stehen kaum allgemeine Informationen zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sowie keine Informationen zu deren praktischer Umsetzung zur Verfügung. Hinzu kommt das Problem der mangelnden offenen Kommunikation. In den vier Vergleichsländern wird die Information und Kommunikation bei weitem stärker vorangetrieben. Folgende Maßnahmen bzw. Institutionen sorgen hier z.B. für Transparenz: das „Handbuch umweltfreundliche Beschaffung“ sowie der Internetservice des Bundesverbands für Umweltberatung (bfub) in Deutschland, der „Beschaffungsservice Austria“ sowie der österreichische Kriterienkatalog für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung „Check it!“ und der schwedische Kriterienkatalog „Västernorrlandspärmen“.⁴⁴⁹ Ein weiteres Problem in Tschechien besteht in der fehlenden Sichtbarkeit des tschechischen Umweltzeichens am Markt. Im Vergleich hierzu erfreuen sich bspw. die Umweltzeichen „Nordic Swan“ und „Blauer Engel“ in Skandinavien, Deutschland und Österreich einer weit größeren Bekanntheit und Verbreitung.⁴⁵⁰ Ökobilanzen werden in Tschechien nur in sehr wenigen Fällen erstellt. Hierzu muss jedoch angeführt werden, dass Ökobilanzen immer noch Probleme in der Methodik aufweisen und bspw. auch in Deutschland ein Anwendungsdefizit besteht.⁴⁵¹

6.2.6 Der Markt für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen

Keiner der im Rahmen dieser Arbeit befragten tschechischen Experten – auch nicht die des Umweltministeriums – konnte genaue Auskünfte über das Angebot umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen auf dem tschechischen Markt geben.⁴⁵² Zieht man daher an dieser Stelle das Umweltzeichen heran, d.h. die Anzahl der Lizenzen pro Produktgruppe, dann besit-

⁴⁴⁴ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 4. Das CEMC sowie Beratungsunternehmen wie DHV haben im Bereich der Ökobilanz Kompetenzen aufgebaut.

⁴⁴⁵ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 4.

⁴⁴⁶ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 4.

⁴⁴⁷ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 6.

⁴⁴⁸ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 4 sowie CEMC (HRSG.) (2002c), S. 8.

⁴⁴⁹ Vgl. ERDMENGER, C. (2004), S. 20ff.

⁴⁵⁰ Vgl. OCHOA, A.; GÜNTHER, E. (2004), S. 38. Den „Nordic Swan“ kennen 60-90% der Bevölkerung. Vgl. GEN (2004), S. 5. Der Blaue Engel besitzt 89 Produktgruppen, 3.790 gekennzeichnete Produkte und 710 Zeichennehmer (Stand 31.12.2000). Vgl. RAL DEUTSCHES INSTITUT FÜR GÜTESICHERUNG UND KENNZEICHNUNG e.V. (HRSG.) (2004): <http://www.blauer-engel.de>.

⁴⁵¹ Vgl. UBA (HRSG.) (1999), S. 48f. sowie CEMC (HRSG.) (2002b), S. 6.

⁴⁵² Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 11.

zen wasserbasierte Farben (51) und Gasboiler (36) die meisten Lizenzen. Sie könnten somit als umweltfreundlichste Produktgruppe bezeichnet werden.⁴⁵³ Diese Behauptung ist jedoch mit großer Vorsicht aufzustellen. Zum einen birgt das tschechische Umweltzeichenprogramm noch zahlreiche Probleme, zum anderen wollen Unternehmen die Verkaufszahlen ihrer Umweltzeichenprodukte nicht preisgeben.⁴⁵⁴ Ihre Skepsis lässt sich durch die Angst begründen, dass unternehmensexterne Akteure wie z.B. Finanzanalysten oder Konkurrenten Informationen missbrauchen und somit dem Unternehmen Schaden zufügen könnten.⁴⁵⁵ Der „Agency for EFP“ ist es somit nicht möglich, Statistiken über den Marktanteil von Umweltzeichenprodukten in den einzelnen Produktgruppen zu erstellen.⁴⁵⁶

Betrachtet man die aktuelle Literatur zum Umweltmarkt in Tschechien, dann bestätigt sich das geringe Umweltbewusstsein der Unternehmen. Deren Aktivitäten im Umweltbereich sind hauptsächlich darauf ausgelegt, die nationalen und europäischen Umweltgesetzgebungen einzuhalten.⁴⁵⁷ Laut einer Studie des INEM (International Network for Environmental Management e.V.) und des CEMC aus den Jahren 1998/99 legen die tschechischen Unternehmen wenig Wert darauf, ihre Kunden über die Umweltverträglichkeit ihrer Produkte zu informieren. Zudem analysieren sie kaum die Umwelteinstellung ihrer Konsumenten und das Umweltverhalten ihrer Wettbewerber, um dies als Anreiz für die Umstellung ihres Produktionsprogramms zu nutzen.⁴⁵⁸ Die Ursachen für das Defizit im betrieblichen Umweltmanagement liegt im Mangel an Know-how, an finanziellen Mitteln und an der Verfügbarkeit von „sauberen Technologien“.⁴⁵⁹ Anzuführen ist hier jedoch die positive Entwicklung bei der Umsetzung von betrieblichen Umweltmanagementsystemen gemäß ISO 14001 und EMAS sowie die Teilnahme am Programm „Cleaner Production“⁴⁶⁰. Im Jahr 2001 waren 151 Unternehmen ISO 14001 zertifiziert und sieben Unternehmen EMAS validiert (im Vergleich dazu gab es 1997 lediglich sieben ISO 14001-Zertifizierungen und zwei EMAS-Validierungen).⁴⁶¹ Am Cleaner Production-Programm nahmen im Jahr 1998 21 Unternehmen teil (im Jahr 1993 waren es noch sieben Unternehmen).⁴⁶² Dieser Anstieg kann sich in Zukunft positiv auf das Angebot umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen auswirken.

***Bewertung:** In Tschechien fehlt es den öffentlichen Auftraggebern an Transparenz über das Angebot umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Zudem geht das fehlende Bewusstsein der Hersteller mit dem fehlenden Bewusstsein der Konsumenten und deren geringer Nachfrage einher. Unternehmen benötigen darüber hinaus insbesondere Know-how im*

⁴⁵³ Vgl. SAIFRID, P. (2003a), S. 2. An dieser Stelle wurde das tschechische Umweltzeichen herangezogen, da bspw. noch kein tschechischer Hersteller die „Euroblume“ trägt. Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 11.

⁴⁵⁴ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 10.

⁴⁵⁵ Ebd., S. 9.

⁴⁵⁶ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 10.

⁴⁵⁷ Vgl. VANECEK, V.; BRAUWEILER, J. (2001), S. 85

⁴⁵⁸ Vgl. HYBSOVA, Z. (2003), S. 241ff. Im Rahmen des Projekts „Global Environmental Management Survey“ (GEMS) haben 304 Unternehmen einen Fragebogen ausgefüllt. Es wurden detaillierte Interviews mit 20-30 führenden Unternehmen durchgeführt sowie 18 Fachleute und 23 Mitarbeiter aus Unternehmen, die ein Umweltmanagementsystem einführen wollten, befragt. Vgl. HYBSOVA, Z. (2003), S. 227ff.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 244.

⁴⁶⁰ Das 1994 gegründete tschechische „Cleaner Production Center“ koordiniert die freiwillige Einführung der „sauberen Produktion“ in Unternehmen. Die Beratung öffentlicher Verwaltungen wird ebenfalls angeboten. Vgl. CZECH CLEANER PRODUCTION CENTER (HRSG.) (2004): <http://www.cpc.cz>.

⁴⁶¹ Vgl. REMTOVA, K. (2003), S. 260.

⁴⁶² Vgl. CHRISTIANOVA, A.; KRCMA, M. (2003), S. 272.

Umweltbereich und finanzielle Mittel, um Umweltprodukte anbieten zu können. Diese Tatsachen schlagen sich in dem vergleichsweise geringen Anteil an Produkten mit dem tschechischen Umweltzeichen nieder. Ziel sollte es in Tschechien sein, Marktanalysen für einzelne Produktgruppen durchzuführen. Die in Kapitel 6.4 vorgestellte Fallstudie zu erdgasbetriebenen Fahrzeugen im tschechischen Straßenverkehr soll einen Ansatz bilden, um Transparenz im Bereich umweltfreundlicher Fahrzeuge auf dem tschechischen Markt zu schaffen.

6.2.7 Probleme bei der Umsetzung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Eine Reihe von Problemen bei der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien wurde bereits in den vorangegangenen Abschnitten - jeweils in Bezug zum dargestellten Aspekt - erläutert. An dieser Stelle sollen nun die Probleme angeführt werden, die die Interviewpartner bei den folgenden zwei Fragen des Interviewleitfadens genannt haben: „*Welches sind die größten Probleme bei der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik?*“ und „*Welche zukünftigen Probleme sind absehbar?*“ Mit diesen Fragen sollen die Probleme, die die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung am stärksten behindern, aufgedeckt werden. Diese können in Anlehnung an Kapitel 4.5.4 vereinfacht nach drei Treiberkräften geordnet werden: dem Staat, den öffentlichen Auftraggebern und dem Markt. Mehrfachnennungen eines bestimmten Problems werden dabei besonders hervorgehoben.

Betrachtet man den *Staat*, dann fehlt der politische Wille zur Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Die Unterstützung für dieses umweltpolitische Instrument sei nicht ausreichend.⁴⁶³ Auch am Gesamtkonzept des Regierungsbeschlusses Nr. 720/2000 zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wird starke Kritik geübt.⁴⁶⁴ Dieser biete keinen Ansatz der Kreislaufwirtschaft und verknüpfe somit nicht ausreichend die Konsumenten- und Produzentenseite. Der Regierungsbeschluss sollte im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes stärker mit dem Abfall- und Energiegesetz verbunden sein.⁴⁶⁵ Das Nationalprogramm zum Umweltzeichen unterstütze aufgrund der genannten Probleme nicht in dem beabsichtigten Maße die nachhaltige öffentliche Beschaffung.⁴⁶⁶ Die Evaluation des Entwicklungsstandes der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung durch den jährlichen Bericht sei des Weiteren nicht aussagekräftig genug, um Fortschritte zu erzielen.⁴⁶⁷ Da für einzelne Ministerien keine Ziele gesteckt wurden, kann die Leistung der Ministerien nicht gemessen, miteinander verglichen und somit verbessert werden.⁴⁶⁸ Hinsichtlich der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung vernachlässige der Staat gänzlich die regionalen und lokalen öffentlichen Auftraggeber.⁴⁶⁹ Schließlich gestalte sich die Weiterentwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zu schleppend und zu bürokratisch. Externe Akteure wie NROs und Beratungsunternehmen, die den Prozess stärker vorantreiben könnten, werden kaum mit einbezogen.⁴⁷⁰

⁴⁶³ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 9 und S. 11.

⁴⁶⁴ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 8.

⁴⁶⁵ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁶⁶ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 10.

⁴⁶⁷ Ebd., S. 7.

⁴⁶⁸ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁶⁹ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 11.

⁴⁷⁰ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 10.

Die meistgenannten Probleme bei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung für den *öffentlichen Auftraggeber* selbst sind die folgenden drei: das fehlende Bewusstsein für umweltfreundliche Produkte,⁴⁷¹ die fehlenden Informationen über die Vorteile der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und wie diese praktisch umgesetzt werden kann (auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene)⁴⁷² sowie die fehlende offene Kommunikation und Zusammenarbeit – sowohl zwischen der Regierung und den öffentlichen Auftraggebern als auch zwischen den verschiedenen öffentlichen Auftraggebern selbst.⁴⁷³ Darüber hinaus werden den öffentlichen Auftraggebern zu wenig Anreize gesetzt, umweltfreundliche Produkte nachzufragen.⁴⁷⁴ Diesen fehle zudem das Know-how, um umweltfreundliche Produkte identifizieren zu können und Ökobilanzen als verbesserte Entscheidungsgrundlage zu erstellen.⁴⁷⁵ Die zu geringe finanzielle Ausstattung der öffentlichen Auftraggeber verhindere schließlich den Kauf umweltfreundlicher Produkte mit höheren Anschaffungskosten, obwohl ein Mehrpreis durch Paragraph 55 der Vergaberichtlinie Nr. 40/2004 gerechtfertigt wäre.⁴⁷⁶

Als Problem hinsichtlich des *Marktangebots* umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen wurde wie bei den öffentlichen Auftraggebern das fehlende Bewusstsein der Hersteller angesprochen. Dies begründet sich insbesondere in der geringen Nachfrage der Konsumenten.⁴⁷⁷ Den Unternehmen in Tschechien werden zu wenig Anreize zum Angebot umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen gesetzt (lokale Anbieter könnten bspw. zur Herstellung von Bio-Lebensmitteln angeregt werden).⁴⁷⁸ Dies führe dazu, dass der Wettbewerb für Umweltprodukte fehle⁴⁷⁹ und die Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung nicht vom Markt vorangetrieben wird (somit kein „Selbstläufer“ ist).⁴⁸⁰

Bewertung: Im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung mangelt es in Tschechien an den folgenden grundsätzlichen Aspekten: dem politischen Willen, dem Bewusstsein, der Information und der finanziellen Ausstattung der öffentlichen Auftraggeber sowie dem Bewusstsein und folglich dem Angebot der Hersteller umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Betrachtet man eine Studie des BIG-Net aus dem Jahr 2002, dann stellen fast alle diese Probleme diejenigen Faktoren dar, die die Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung am meisten beeinflussen (in Rangfolge: politischer Wille, Erhältlichkeit von Umweltprodukten, Bewusstsein und Information, Transparenz der Gesetze).⁴⁸¹ In Tschechien behindern sie demnach maßgeblich eine erfolgreiche Umsetzung.

⁴⁷¹ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 12 sowie Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 11.

⁴⁷² Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 8; Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 9; Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 7 sowie Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁷³ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 7 sowie Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁷⁴ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁷⁵ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 9.

⁴⁷⁶ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 8.

⁴⁷⁷ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 12.

⁴⁷⁸ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 9.

⁴⁷⁹ Ebd.

⁴⁸⁰ Vgl. Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 7.

⁴⁸¹ In der BIG-Net Studie aus dem Jahr 2002 wurden 51 Mitglieder (d.h. Städte) befragt. Vgl. BRANDER, L. et al. (2003), S. 232ff..

6.2.8 Aktuelle nachhaltige öffentliche Beschaffungsprojekte

Im Rahmen der Untersuchungen zu dieser Arbeit konnten fünf nachhaltige öffentliche Beschaffungsprojekte in Tschechien identifiziert werden⁴⁸²:

- *Ombudsmann Büro in Brno*: eine Evaluierung der Umweltleistung des Ombudsmann Büros wurde auf Initiative der ca. 50 Mitarbeiter und mit der Unterstützung des „Eco-Counselling Network“ (STEP) durchgeführt.⁴⁸³ Dieses Projekt wird als Paradebeispiel für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in Tschechien bezeichnet.⁴⁸⁴ Umweltfreundliche Büros sind in Tschechien selten. Sie können neben dem Schutz der Umwelt aber auch die Umgebung, d.h. das umweltfreundliche Verhalten der Bürger, Besucher und Unternehmen, positiv beeinflussen.⁴⁸⁵ STEP setzte insbesondere das Vermeidungs- und Verminderungsprinzip durch und führte folgende Verhaltensänderungen ein: die Erhältlichkeit von Bioessen sowie Wasser in Mehrwegflaschen in der Kantine, die Minimierung und Trennung des Abfalls (inkl. Sonderabfall und Kompostierung), die Reduzierung des Reinigungsmittelverbrauchs, die Einsparung von Wasser- und Energie, die Nutzung von Recyclingpapier sowie die freie Information durch einen Aushang am Eingang. Die Maßnahmen sind vorrangig organisatorischer Art und verursachten daher keine oder nur geringe Implementierungskosten.⁴⁸⁶
- *Das tschechische Umweltministerium*⁴⁸⁷: die Einführung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wurde hier - wie in Kapitel 6.2.3 beschrieben - durch zwei Anordnungen der Umweltminister Bursik (1998) und Ambrozik (2002) vorangetrieben. Das Umweltministerium gehört zu den wenigen Ministerien, die die Verwendung von Recyclingpapier (hier inkl. Umschläge und Visitenkarten) eingeführt hat.⁴⁸⁸ Dadurch konnten das Abfallaufkommen und die Kosten um ca. 660.000 CZK (ca. 20.880 Euro) pro Jahr gesenkt werden.⁴⁸⁹ Als problematisch wird jedoch betrachtet, dass kein tschechischer Papierhersteller Recyclingpapier in geeigneter Qualität für Kopierer produzieren kann. Daher wird dieses bislang vom deutschen Hersteller Steinbeiß bezogen. Zwei tschechische Papierhersteller versuchen jedoch derzeit, ihre Qualität anzuheben.⁴⁹⁰ Vom Umweltministerium wird beklagt, dass die Verwendung von Recyclingpapier verstärkt zu Störungen bei Druck- und

⁴⁸² Für jedes Projekt erfolgt ein Verweis an die involvierten Personen, die für weitere Informationen kontaktiert werden können.

⁴⁸³ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003e), S. 4, ECO-COUNSELLING NETWORK (HRSG.) (2004): <http://www.ekoporadna.cz> sowie Interview mit Herrn Velek, S. 7. Kontaktperson ist Frau Yvonna Gailly von der NRO „Veronica“ (Teil des „Eco-Counselling Network“): yvonna.gailly@ecn.cz. STEP unterstützte die Mitarbeiter durch Beratungsgespräche, Informationsmaterialien, Ausstellungen und Seminare.

⁴⁸⁴ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003), S. 5.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 4f. sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 6.

⁴⁸⁶ Vgl. CEMC (HRSG.) (2003e), S. 4f.

⁴⁸⁷ Das Umweltministerium wird hier beispielhaft für die Ministerien angeführt, die ihre Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im jährlichen Bericht an die Regierung darlegen.

⁴⁸⁸ KASPAR (2003), S. 3f. Die NRO Arnica unterstützt die Einführung von Recyclingpapier bei der öffentlichen Hand mit ihrer Kampagne „Considerate Paperwork“. Eine Befragung der Ministerien ergab, dass lediglich das Umweltministerium, der tschechische Senat und die Tschechische Umweltinspektion Recyclingpapier relativ uneingeschränkt verwendet. Für einen Überblick siehe ARNICA (HRSG.) (2004): <http://english.arnika.org/>.

⁴⁸⁹ KASPAR (2003), S. 3f. Für weitere Informationen über die Umweltvorteile von Recyclingpapier siehe ARNICA (HRSG.) (2004): <http://english.arnika.org/>.

⁴⁹⁰ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 7. Auf der Unternehmensebene verpflichtete sich zudem die „Czech Confederation of Paper and Pulp Industry“ im Jahre 1999, den Anteil von Recyclingpapier zu erhöhen. Vgl. ARNICA (HRSG.) (2004): <http://english.arnika.org/>.

Kopiergeräten führt.⁴⁹¹ Die NRO „Arnica“ hat hierzu die Hersteller Xerox, Kyocera Mita, Canon, Sharp, Ricoh, Panasonic und Minolta befragt. Diese entgegneten, dass geeignetes Recyclingpapier ihre Geräte nicht schädigen würde.⁴⁹² Zusätzlich zum Recyclingpapier bietet das Umweltministerium Wasser in Mehrwegflaschen in der Cafeteria an. In stark frequentierten Büros wurden zudem Wasserspender mit rückgabepflichtigen Fässern aufgestellt.⁴⁹³ Seit August 2002 werden die Erfrischungen auf Pressekonferenzen und Empfängen in Bioqualität angeboten. Dies soll in Zukunft auf alle derartigen Ereignisse ausgedehnt werden.⁴⁹⁴ Darüber hinaus trennt das Umweltministerium seinen Müll und hat die Fassade des Gebäudes neu isoliert, um den Energie- und Wärmeverlust einzudämmen.⁴⁹⁵ Zukünftig soll das Nachfüllen von Kopier- und Druckerpatronen ermöglicht und das Potenzial des Bezugs erneuerbarer Energien untersucht werden.⁴⁹⁶

- *Das Tschechische Ökologische Institut:* diese Unterorganisation des Umweltministeriums legt seine Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Beschaffung nicht im jährlichen Bericht an die Regierung dar. Seit 2001 wurden dennoch jährlich Büromöbel im Wert von ca. 300.000 CZK (ca. 9.490 Euro), Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen „Nordic Swan“ im Wert von ca. 50.000 CZK (ca. 1.580 Euro) sowie Papiertaschentücher und Toilettenpapier im Wert von ca. 10.000 CZK (ca. 316 Euro) beschafft.⁴⁹⁷
- *Erdgasbetriebene Pkws bei der Tschechischen Umweltinspektion:* die Tschechische Umweltinspektion testet derzeit in einem Pilotprojekt den Umbau von benzin- zu erdgasbetriebenen Pkws, da letztere Alternative umweltfreundlicher ist. Das Unternehmen Skoda stellt den tschechischen Ministerien den Fuhrpark zur Verfügung (d.h. benzin- oder dieselbetriebene Fahrzeuge), tauscht diesen regelmäßig aus und bietet dabei einen freien Service an. Die Ministerien selbst dürfen keine Veränderungen an den Pkws vornehmen, da sie sonst den freien Service verlieren würden. Diese strikte Regelung gilt nicht für Institutionen, die von den Ministerien gegründet wurden. Daher gab das Umweltministerium den Auftrag für das Testprojekt an die Tschechische Umweltinspektion weiter, die nun mit Skoda Bedingungen verhandeln soll, unter denen die Pkws umgebaut werden dürfen. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, wie lange es dauert, bis sich die Investition des Umbaus durch die Einsparung von Benzin lohnt.⁴⁹⁸
- *Erdgasbetriebene Fahrzeuge im öffentlichen Verkehrswesen:* die Stadt Prag hat Hersteller gebeten, Busse des öffentlichen Personennahverkehrs von Benzin auf Erdgas umzustellen. Da erdgasbetriebene Busse jedoch teurer in der Anschaffung sind als herkömmliche Busse, war die Nachfrage aufgrund der finanziellen Lage der Stadt nicht groß genug, um das

⁴⁹¹ Vgl. KASPAR (2003), S. 5.

⁴⁹² Vgl. ARNICA (HRSG.) (2004): <http://english.arnika.org/>.

⁴⁹³ Vgl. KASPAR (2003), S. 4.

⁴⁹⁴ Ebd., S. 5.

⁴⁹⁵ Vgl. KASPAR (2003), S. 5 sowie Interview mit Herrn Velek, S. 7. Das Gebäude des Umweltministeriums war schlecht isoliert, was dazu führte, dass im Winter Wärme verloren ging und im Sommer das Gebäude überheizt wurde.

⁴⁹⁶ Ebd. Das Umweltministerium wollte vom tschechischen Energiekonzern CEZ elektrische Energie aus erneuerbaren Energiequellen beziehen, doch der Konzern lehnte dies mit der Begründung ab, dass das Umweltministerium ein zu kleiner Konsument wäre und große Unternehmen vorrangig beliefert würden. Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 7.

⁴⁹⁷ Vgl. Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 7. Ansprechpartner für weitere Fragen ist Frau Adela Princova: Adela.Princova@ceu.cz und Herr Petr Saifrid: petr.saifrid@ceu.cz.

⁴⁹⁸ Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium, S. 7. Ansprechpartner für weitere Fragen zu diesem Projekt ist Herr Daniel Vondrous: daniel_vondrous@env.cz.

Projekt umzusetzen.⁴⁹⁹ Der Einsatz erdgasbetriebener Fahrzeuge im tschechischen Straßenverkehr soll jedoch in Zukunft stärker forciert werden. Um die Dimensionen und Probleme dieses Programms darzustellen, wurden zwei Mitarbeiter von RWE Energy befragt. Die Ergebnisse werden ausführlich in Kapitel 6.4 beschrieben.

Bewertung: Die tschechischen Projekte im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung werden bislang ausschließlich auf zentraler Ebene durchgeführt. Das große Potenzial lokaler Initiativen wird nicht genutzt. Aufgrund der fehlenden Transparenz über umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen auf dem tschechischen Markt lässt eine weitere Bewertung hier nur Vermutungen zu. Der Umfang der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung scheint im Umfang, d.h. die Anzahl der Projekte, die Art und Anzahl der beschafften Produkte sowie die Höhe der Ausgaben, vergleichsweise gering zu sein. Insbesondere die angestrebte Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge wirft noch zahlreiche Probleme auf. Beispielhaft kann hier der Einsatz von allein 122 erdgasbetriebenen Bussen im öffentlichen Personennahverkehr in Malmö (Fuhrpark 175 Fahrzeuge) genannt werden,⁵⁰⁰ dem ca. 32 Erdgasbusse in ganz Tschechien gegenüberstehen.⁵⁰¹

6.3 Zusammenfassung

Der Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wurde anhand von acht Aspekten dargestellt und bewertet. Die Arbeitsergebnisse sollen nun tabellarisch zusammengefasst werden, wobei in Kurzform der status quo jedes Aspekts sowie die Verbesserungsmöglichkeiten aufgeführt werden.

Aspekt	Status quo in Tschechien	Verbesserungsmöglichkeiten
<i>Zuständige Institutionen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umweltministerium ▪ Arbeitsgruppe „SCP“ ▪ NROs: STEP, Arnica, Environmental Partnership 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau einer Umweltbehörde ▪ Gründung einer Arbeitsgruppe nur für die nachhaltige öffentliche Beschaffung
<i>Politische Beschlüsse</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatliche Umweltpolitik 2001 ▪ Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zum Umweltzeichen ▪ Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (freiwillig) ▪ Jährlicher Regierungsbericht 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbeziehung öffentlicher Auftraggeber auf regionaler und lokaler Ebene ▪ Verknüpfung des Regierungsbeschlusses Nr. 720/2000 mit anderen Regierungsprogrammen (Kreislaufwirtschaft) ▪ Zielsetzung und Leistungsmessung beim jährlichen Regierungsbericht
<i>Vergaberecht</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vergaberichtlinie Nr. 40/2004 (EMAS und Zuschlagskriterien) ▪ Individuelle Vergabepaxis ▪ Kaum interne Anordnungen/ Beschaffungspolitiken (nur auf zentraler Ebene) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung von Auslegungsdokumenten zu den rechtlichen Möglichkeiten ▪ Potenzial lokaler Eigeninitiativen/ Beschaffungspolitiken nutzen

⁴⁹⁹ Vgl. Interview mit Herrn Velek, S. 7. Ansprechpartner für weitere Fragen zu diesem Projekt ist Herr Ondrej Velek: ondrej.velek@ecn.cz.

⁵⁰⁰ Vgl. ENERGIE-CITES (HRSG.) (2004): www.energie-cites.org/BD/PDF/malbusen.pdf. Die angegebenen Daten stammen aus dem Jahr 1997. Bis zum Jahr 2003 stellte die erdgasbetriebene Busflotte in Malmö die größte derartige Busflotte in Europa dar. Im Jahr 2003 wurden alle Stadtbusse in Malmö mit Erdgas betrieben. Vgl. GASUM (HRSG.) (2003): [http://www.gasum.fi/gasumint.nsf/0/0058FC7A51B5CE64C2256DBE00477AF8/\\$File/Roland%20Nilssonin%20esitys.pdf?OpenElement](http://www.gasum.fi/gasumint.nsf/0/0058FC7A51B5CE64C2256DBE00477AF8/$File/Roland%20Nilssonin%20esitys.pdf?OpenElement).

⁵⁰¹ Vgl. EKOBUS (HRSG.) (2004): <http://www.ekobus.cz> sowie Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1f..

<i>Haushaltsrecht</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Act Nr. 218/2000: Budgetary Rules ▪ Keine Verankerung des Mehrpreisproblems von Umweltprodukten (aber Rechtfertigung durch die Vergaberichtlinie Nr. 40/2004) ▪ Individuelle Beschaffungsentscheidungen für Umweltprodukte ▪ MwSt. von 5% für Umweltprodukte durch EU-Beitritt abgeschafft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzielle Anreizinstrumente für öffentliche Auftraggeber schaffen ▪ Kalkulation von Lebenszykluskosten ▪ Nutzung von Kostensenkungspotenzialen durch eine zentrale Beschaffung
<i>Kommunikation u. Information</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Kommunikation mit der EU ▪ Kaum offene Kommunikation zwischen öffentlichen Auftraggebern ▪ Umsetzungshandbuch geplant ▪ Kaum Schulungen ▪ Wenige Informationen im Internet ▪ Geringe Sichtbarkeit des Umweltzeichen am Markt ▪ Kaum Erstellung von Ökobilanzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kultur der offenen Kommunikation und Information schaffen ▪ Praktische Umsetzungshilfen erstellen ▪ Schulungen der öffentlichen Auftraggeber auf allen Ebenen ▪ Umweltzeichenprogramm stärker vorantreiben und kontinuierlich weiterentwickeln (Bewusstsein schaffen, etc.) ▪ Bewusstsein für Ökobilanzen schaffen
<i>Marktangebot Umweltprodukte/-dienstleistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Transparenz zum Marktangebot ▪ Geringes Bewusstsein der Unternehmen ▪ Geringe Nachfrage der Konsumenten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Marktstudien für Produktgruppen erstellen ▪ Bewusstsein und Know-how der Unternehmen im Umweltbereich erhöhen
<i>Probleme bei der Umsetzung</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fehlender politischer Wille ▪ Keine Evaluation der Leistung öffentlicher Auftraggeber ▪ Geringes Bewusstsein der öffentlichen Auftraggeber und Hersteller ▪ Wenig Kommunikation/ Information ▪ Geringe öffentliche Mittel/ Korruption ▪ Geringes Angebot von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Änderung des Regierungsbeschlusses Nr. 720/2000, inkl. Leistungsmessung der Aktivitäten öffentlicher Auftraggeber ▪ Bewusstsein der öffentlichen Auftraggeber und Hersteller durch Marketingaktivitäten schaffen ▪ Kultur der offenen Kommunikation und Information schaffen
<i>Aktuelle Projekte</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ombudsmann Büro Brno ▪ Umweltministerium ▪ Tschechisches Ökologisches Institut ▪ Erdgasbetriebene Fahrzeuge 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekte auch auf regionaler und lokaler Ebene starten (günstige Bedingungen für Eigeninitiativen schaffen) ▪ Transparenz über Projekte schaffen

Tabelle 2: Übersicht über den Entwicklungsstand der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Tschechien

(Eigene Darstellung)

Zur zukünftigen Bedeutung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik haben sich die befragten Personen positiv geäußert. Eine wachsende Bedeutung sei jedoch an die Weiterentwicklung dieses umweltpolitischen Instruments und die Umsetzung von Verbesserungsmöglichkeiten geknüpft.⁵⁰²

Die folgende Fallstudie steht beispielhaft für die Umsetzungsschwierigkeiten eines aktuellen Projekts im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Sie soll, wie bereits in Kapitel 6.2.6 erwähnt, zur Transparenz über das Angebot umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen innerhalb eines bestimmten Segments beitragen.

⁵⁰² Vgl. Interview mit Herrn Kaspar und Herr Velek vom tschechischen Umweltministerium, S. 11; Interview mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut, S. 10 sowie Interview mit Herrn Suchanek vom DHV, S. 10.

6.4 Fallstudie: Das CNG-Projekt – Erdgasbetriebene Fahrzeuge im tschechischen Straßenverkehr

Zum Abschluss dieses Kapitels soll die Situation erdgasbetriebener Fahrzeugen auf dem tschechischen Markt beschrieben werden, um die Herausforderungen herauszustellen, mit denen die Unternehmen konfrontiert sind. Hierzu wurden zwei Mitarbeiter von RWE Energy Prag befragt. Der Zusammenhang zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung besteht in der Verpflichtung der tschechischen Regierung, den Anteil alternativer, umweltfreundlicher Brennstoffe im Straßenverkehr bis zum Jahr 2020 auf mind. 20% zu erhöhen. Dabei soll der Anteil von Erdgas, dem umweltfreundlichsten fossilen Brennstoff, 10% betragen.⁵⁰³ Dieses Ziel wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms „Environment in Energy and Transport“ gesteckt. Die tschechische Regierung hat hier die Möglichkeit, als Nachfrager erdgasbetriebener Fahrzeuge aktiv zur Erreichung des EU-Ziels beizutragen. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus dem in Tschechien stark zunehmenden Verkehr, der gerade in den Großstädten wie Prag und Ostrava zu starken Umweltbelastungen führt.⁵⁰⁴ Der Verkehr verursacht dort etwa 70% der Emissionen und schädigt erheblich die Luftqualität.⁵⁰⁵ Ein erdgasbetriebenes Fahrzeug bietet z.B. im Vergleich zu einem benzinbetriebenen Fahrzeug zahlreiche ökologische Vorteile. Der Ausstoß von Kohlendioxid wird bis zu 25% und die Smogbildung bis zu 80% reduziert. Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Ruß- und andere Partikelemissionen werden nahezu vollständig vermieden. Zudem wird bei der Verbrennung von Erdgas das Motorengeräusch deutlich vermindert.⁵⁰⁶ Erdgas ist darüber hinaus um 50% billiger als Benzin, so dass sich durch die gesunkenen Betriebskosten ebenfalls ein wirtschaftlicher Vorteil ergeben könnte.⁵⁰⁷ Die Einsatzmöglichkeiten erdgasbetriebener Fahrzeuge für die öffentlichen Auftraggeber in Tschechien sind vielfältig: sei es als Fuhrpark von Ministerien und Städten oder als Busse im öffentlichen Personennahverkehr.⁵⁰⁸

Bislang ist die Marktsituation erdgasbetriebener Fahrzeuge in Tschechien geprägt durch eine geringe Nachfrage der Konsumenten.⁵⁰⁹ Bezüglich der Anzahl von Fahrzeugen herrscht keine ausreichende Transparenz. Folgende Angaben können jedoch gemacht werden. Es existieren

⁵⁰³ Vgl. TSCHJECHISCHER GASVERBAND (HRSG.) (2004): <http://www.cgoa.cz/rubrika-en.html?id=77> sowie EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004m): http://europa.eu.int/comm/energy_transport/en/envir_en.html#intro. Die Umstellung auf Erdgas wird als realistische, umsetzbare Alternative angesehen, da die Versorgung in den nächsten Jahrzehnten gesichert ist und die Abhängigkeit vom Erdöl verringert werden kann. Vgl. EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000c): Grönbuch „Hin zu einer europäischen Strategie für Versorgungssicherheit“, KOM (2000) 769 endg. vom 29.11.2000 sowie Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 7. In Tschechien kauft Transgas (eine 100%-ige Tochtergesellschaft des RWE Konzerns) Erdgas aus Russland und Norwegen ein. Erdgas machte im Jahr 2001 einen Anteil von 19,1% am Primärenergieverbrauch des Landes aus. Die Tendenz ist steigend. Vgl. TSCHJECHISCHES STATISTIKAMT (HRSG.) (2002): <http://www.czso.cz/eng/edicniplan.nsf/p/8101-03>.

⁵⁰⁴ Die Zulassungszahlen von Pkws und Bussen und deren Emissionen sind steigend (siehe Anhang 17). Vgl. TSCHJECHISCHES TRANSPORTMINISTERIUM (HRSG.) (2002b): http://www.mdcz.cz/text/rocnka_02/Yearbook/obsah.htm.

⁵⁰⁵ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1.

⁵⁰⁶ BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V. (BGW) (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>. Erdgasbetriebene Fahrzeuge halten je nach Schadstoffklasse die EURO 3 oder EURO 4-Norm ein. Diese Normen legen Abgasgrenzwerte fest und werden kontinuierlich verschärft. Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de> sowie UBA (HRSG.) (1999), S. 173f.

⁵⁰⁷ Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>. Zusätzliche Kosteneinsparungen bei der Kfz-Steuer und der Versicherung sind möglich.

⁵⁰⁸ Im Jahr 2002 waren in Tschechien 21.340 Busse gemeldet, wovon jährlich ca. 5% (demnach ca. 1.000 Busse) neu beschafft werden. Vgl. SZUPPINGER, P.; ERI, V. (2003), S. 248 sowie TSCHJECHISCHES TRANSPORTMINISTERIUM (HRSG.) (2002a): http://www.mdcz.cz/text/rocnka_02/Yearbook/excel/ENG_04_2_3.XLS. Die Städte Liberec und der Kreis Jesenik haben bereits Interesse daran bekundet, zukünftig erdgasbetriebene Busse für den öffentlichen Personennahverkehr zu beschaffen. Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1f.

⁵⁰⁹ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 6.

derzeit ca. 125.000 LPG-betriebene Pkws (LPG: liquified petroleum gas) in Tschechien.⁵¹⁰ Diese wurden nicht serienmäßig hergestellt, sondern nachträglich umgerüstet. Den Umbau nehmen wenige darauf spezialisierte Unternehmen vor und nicht die Fahrzeughersteller selbst.⁵¹¹ Darüber hinaus produziert das tschechische Unternehmen Ekobus a.s. als einziger Hersteller CNG-betriebene Busse in kleiner Auflage (CNG: compressed natural gas).⁵¹² Insgesamt 32 Busse dieses Unternehmens fahren seit 2001 im öffentlichen Personennahverkehr von Usti nad Labem, seit 2002 in Havirov und seit 2003 in Prostejov.⁵¹³ Weitere Erdgasbusse fahren in Ostrava und Südmähren. In Prag betreibt die Stadt zudem erdgasbetriebene Abfallautos.⁵¹⁴ Detailliertere Informationen konnten die befragten Mitarbeiter von RWE Energy jedoch nicht geben. Das diesen Fahrzeugen zur Verfügung stehende Netz an Erdgastankstellen weist bislang eine sehr geringe Dichte auf. Landesweit existieren nur 17 Erdgaszapfsäulen – oftmals auf dem Betriebsgelände von Unternehmen.⁵¹⁵

Um die Verwendung von Erdgas im Straßenverkehr zu erhöhen, initiierte RWE Energy im Jahr 2002 die Gründung einer unabhängigen Koordinierungsgruppe, der sog. „NGV Coordinating Task Force“ (NGV: natural gas vehicles). Diese ist beim Tschechischen Gasverband angesiedelt.⁵¹⁶ Ziel der Koordinierungsgruppe ist die Erstellung einer Analyse, inwieweit Erdgas – im Speziellen CNG – im gesamten Spektrum des Straßenverkehrs eingesetzt werden kann, d.h. bei Pkws, Bussen und Lkws.⁵¹⁷ Die Verwendung von CNG als Kraftstoff ist im Vergleich zu flüssigem Erdgas (LPG oder LNG: liquified natural gas) ungefährlich.⁵¹⁸ Momentan führt RWE Energy in Zusammenarbeit mit Transgas, dem zentralen Gaseinkäufer in Tschechien, die Marktstudie „Strategische Entwicklung von Erdgas im Verkehrswesen“ durch. Diese soll im Herbst 2004 dem tschechischen Umweltministerium und dem tschechischen Transportministerium als Informationsgrundlage vorgelegt werden, um die weitere Vorgehensweise im CNG-Projekt zu besprechen.⁵¹⁹ Die Bestandteile der Studie sind:

- eine Marketinganalyse (Marktforschung und Erstellung eines Marketingplans),
- ein Vorschlag der Mindestverteilung von Erdgastankstellen und der Tankstellentechnologie sowie die Schätzung der Investitionskosten in den Aufbau der Infrastruktur,
- eine Gegenüberstellung der Verkehrspolitik der Tschechischen Republik und der EU mit der Umweltschutzpolitik,
- eine Wirtschaftlichkeitsanalyse (Kosten-Nutzen-Analyse: ökonomisch, unter Berücksichtigung der Folgen für die Umwelt) sowie

⁵¹⁰ Ebd., S. 2. LPG ist industriell erzeugtes Flüssiggas, d.h. ein Gemisch aus Propan und Butan, das als Nebenprodukt bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung sowie bei der Erdölraffinierung anfällt. Da es schwerer ist als Luft, besteht eine höhere Explosionsgefahr. Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵¹¹ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 6.

⁵¹² Ebd., S. 1f. und S. 6.

⁵¹³ Vgl. EKOBUS (HRSG.) (2004): <http://www.ekobus.cz>.

⁵¹⁴ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1f..

⁵¹⁵ Ebd., S. 2; EKOBUS (HRSG.) (2004): <http://www.ekobus.cz> sowie BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵¹⁶ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1.

⁵¹⁷ Ebd.

⁵¹⁸ CNG ist leichter als Luft und wird bei der Beschädigung des Erdgastanks über Sicherheitsventile langsam in die Atmosphäre abgelassen, wo sich dieses verflüchtigt. Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵¹⁹ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1.

- eine Finanzanalyse (insbesondere der Investitionen in die Infrastruktur).⁵²⁰

Die erfolgreiche Umsetzung des CNG-Projekts hängt maßgeblich von der Überwindung folgender drei sich gegenseitig bedingender Probleme ab: die geringe Nachfrage der Konsumenten nach erdgasbetriebenen Fahrzeugen und folglich das unzureichende Angebot der Hersteller sowie das geringe Tankstellennetz.⁵²¹ Eine Investition in den Aufbau der Infrastruktur stellt jedoch eine Grundvoraussetzung dar, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.⁵²² Das Ziel ist es, 300 bis 400 neue Erdgastankstellen zu bauen bzw. Erdgaszapfsäulen an bestehenden Tankstellen zu ergänzen. Je nach Größe ist mit Kosten von 200.000 bis 400.000 Euro pro Tankstelle zu rechnen.⁵²³ Zum jetzigen Zeitpunkt stellt sich die Frage, wer diese hohen Kosten tragen soll. Nach Auffassung von RWE Energy sollten sowohl die Kosten als auch das damit verbundene Risiko auf alle am CNG-Projekt interessierten Akteure verteilt werden. Das sind die tschechische Regierung, RWE Energy bzw. Transgas als Erdgaslieferanten sowie die Fahrzeughersteller.⁵²⁴ Die Anreize für ein Engagement der tschechischen Regierung würden in der Erreichung des EU-Ziels sowie der Verbesserung des Umweltzustandes liegen.⁵²⁵ RWE Energy bzw. Transgas hätten durch die Umsetzung des CNG-Projekts die Möglichkeit, den Absatz von Erdgas zu steigern.⁵²⁶ Außerdem könnten die Fahrzeughersteller durch das Angebot von Erdgasfahrzeugen ein neues Segment erschließen. Durch diese Art der Produktdifferenzierung ergäben sich Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz.⁵²⁷

Aufgrund der geringen Nachfrage der Konsumenten sind die Hersteller bislang nicht für Investitionen in den Aufbau der Infrastruktur bereit. Der Erfolg des CNG-Projekts hängt jedoch auch vom Einsatz der Hersteller zur Lösung der Probleme in Zusammenhang mit den Fahrzeugen selbst ab. Die Umrüstung herkömmlicher Fahrzeuge auf Erdgas ist bislang noch derart kostspielig, dass sie sich erst bei Vielfahrern rentiert, d.h. bei 15.000 bis 20.000 km pro Jahr.⁵²⁸ Der nachträgliche Einbau eines Erdgastanks in den Kofferraum nimmt dort viel Platz in Anspruch. Durch die Umrüstung können zudem Garantien des Herstellers für das Antriebssystem außer Kraft entfallen.⁵²⁹ Bei einer serienmäßigen Produktion bestehen das Platz- und das Garantieproblem nicht.⁵³⁰ Der Anschaffungspreis ist hier jedoch höher.⁵³¹ Das Tschechische Transportministerium hat bereits eine Subvention von 800.000 CZK (ca. 25.310 Euro) pro Erdgasbus zugesichert. Diese Subvention entspricht der Differenz zwischen dem Anschaffungspreis eines erdgasbetriebenen und eines herkömmlichen Busses.⁵³² Problematisch bei

⁵²⁰ Vgl. RWE ENERGY CZECH REPUBLIC (HRSG.) (2004): Strategische Entwicklung von Erdgas im Verkehrswesen.

⁵²¹ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 2.

⁵²² Ebd.

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ Ebd., S. 4f.

⁵²⁵ Ebd.

⁵²⁶ Ebd., S. 3. Das Potenzial eines erdgasbetriebenen Pkws darf nicht unterschätzt werden, da er etwa soviel Erdgas wie Heizung und Warmwasser eines durchschnittlichen Haushalts verbraucht.

⁵²⁷ Ebd., S. 4f.

⁵²⁸ Ebd., S. 3 sowie BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>. Die Umrüstung kostet in Deutschland etwa 2.500 bis 4.000 Euro. Vgl. GIBGAS CONSULTING UND MEDIEN (HRSG.) (2004): <http://www.gibgas.de>.

⁵²⁹ Ebd., S. 2 sowie BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵³⁰ Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>. Der Erdgastank wird dann in den Unterboden eingebaut. Derzeit existieren sowohl bi- als auch monovalente Fahrzeuge. Bei bivalenten Fahrzeugen besteht die Möglichkeit, den Antrieb von Erdgas auf Benzin oder Diesel umzustellen.

⁵³¹ Der höhere Anschaffungspreis gestaltet sich in Deutschland je nach Fahrzeugtyp folgendermaßen: Pkws: 1.500 Euro bis 3.500 Euro, leichte Nutzfahrzeuge 3.500 bis 5.000 Euro, Lkw und Busse 20.000 bis 40.000 Euro. Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵³² Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 1.

Erdgasfahrzeugen gestaltet sich auch die geringe Reichweite (bei Pkws durchschnittlich 400km)⁵³³ sowie das Parken in einer Tiefgarage. LNG- und LPG-betriebene Fahrzeuge dürfen aufgrund der Explosionsgefahr grundsätzlich nicht in Tiefgaragen parken. Die ist für CNG-betriebene Fahrzeuge erlaubt. Letztlich entscheiden jedoch die Tiefgaragenbesitzer selbst, welche Fahrzeuge sie zulassen oder nicht.⁵³⁴

Inwieweit die Automobilindustrie diese Probleme lösen wird, hängt von der zukünftigen Nachfrage der Konsumenten ab. RWE Energy und Transgas haben im Zuge der erwähnten Studie eine Kundenumfrage durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Konsumenten gespalten sind. Ca. 50% der Befragten kennen Erdgasfahrzeuge nicht bzw. lehnen den Kauf ab. Die anderen 50% der Befragten würden ein Erdgasfahrzeug kaufen, wenn gewisse Bedingungen wie die Sicherheit und ein geringerer Anschaffungspreis erfüllt wären.⁵³⁵ Der angeführten Angst der Konsumenten, sie würden auf einer Bombe fahren, lässt sich entgegen, dass ein CNG-betriebenes Fahrzeug alle Crash-Test bestanden hat und daher ebenso sicher ist wie ein herkömmliches Fahrzeug.⁵³⁶ Grundsätzlich ist es wichtig, durch gezielte Marketingaktionen bei den Konsumenten ein Bewusstsein für Erdgasfahrzeuge zu schaffen und sie z.B. von der Sicherheit der Fahrzeuge zu überzeugen.⁵³⁷

Die befragten Mitarbeiter von RWE Energy schätzen die Chancen, dass sich CNG als Kraftstoff im tschechischen Straßenverkehr durchsetzen wird, als mittelmäßig ein. Eine gute Ausgangsposition ist die Tatsache, dass sich 125.000 tschechische Konsumenten bereits für den Kauf eines Erdgas-Pkws entschieden haben und daher vorrausichtlich auch in Zukunft mit Erdgas fahren werden.⁵³⁸ Das Projekt steht zur Zeit jedoch an einem entscheidenden Punkt, an dem das Engagement aller Akteure gefragt ist. Sollte der tschechische Staat z.B. seinen Fuhrpark auf Erdgas umstellen, dann könnte er entscheidend zum Schutz der Umwelt beitragen. Gleichzeitig würde er den Fahrzeugherstellern durch das Volumen der öffentlichen Nachfrage starke Anreize zu Produktinnovationen setzen. Angesichts einer gestiegenen Nachfrage würde es sich für die Fahrzeughersteller dann ebenfalls lohnen, den Aufbau des Tankstellennetzes mit zu finanzieren. Eine verbesserte Infrastruktur könnte schließlich weitere Konsumenten zum Kauf eines Erdgasfahrzeugs motivieren.

⁵³³ Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>. Die geringe Reichweite eines Erdgasfahrzeugs ist gerade bei einem kleinen Tankstellennetz problematisch. Vorteilhaft ist hier aber die Möglichkeit eines hauseigenen Gasanschlusses, der bereits vom französischen Unternehmen GDF (Gaz de France) angeboten wird. Das Fahrzeug könnte dann in der Garage aufgetankt werden. Die Tankzeiten würden sich jedoch erheblich verlängern, da bei einem Hausanschluss kein ebenso hoher Druck wie bei einer Tankstelle aufgebaut werden könnte. Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 7.

⁵³⁴ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 6 sowie BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵³⁵ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 3.

⁵³⁶ Vgl. BGW (HRSG.) (2004): <http://www.erdgasfahrzeuge.de>.

⁵³⁷ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler und Herrn Holub von RWE Energy, S. 3 und S. 4.

⁵³⁸ Ebd., S. 6.

7 Schlussbemerkung

Das Ziel dieser Arbeit war es, die Herausforderungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in der Tschechischen Republik als neues Mitgliedsland der EU zu analysieren. Zudem sollte die Rolle der EU im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung herausgestellt werden, d.h. inwieweit die Europäische Kommission die diesbezüglichen Aktivitäten der Mitgliedsstaaten koordiniert und welche Möglichkeiten sie zur Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess für zulässig hält.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die Europäische Kommission eine koordinierende Rolle für den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt ausübt. Beispielsweise müssen die Mitgliedsstaaten ihre öffentlichen Aufträge, die oberhalb bestimmter Schwellenwerte liegen, nach den europäischen Richtlinien vergeben. Die Einbeziehung von Umweltkriterien in diese Vergaberichtlinien wurde den Mitgliedsstaaten von der Europäischen Kommission seit 2001 durch eine Interpretierende Mitteilung empfohlen. In diesem Jahr erfolgte eine Novellierung der Vergaberichtlinien. Erstmals wurden hier die Möglichkeiten und Grenzen zur Integration von Umweltkriterien in den öffentlichen Beschaffungsprozess ausdrücklich aufgenommen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um das Umweltbewusstsein der öffentlichen Auftraggeber auf europäischer Ebene zu stärken und die Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in den Mitgliedsländern voranzutreiben. Bisher besteht jedoch kaum eine direkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Eine regelmäßige Kommunikation wird zur Zeit erst aufgebaut.

Die Tschechische Republik wiederum hat – obwohl seitens der EU keine Verpflichtung besteht – zahlreiche Bemühungen unternommen, um die Beschaffung der tschechischen öffentlichen Auftraggeber nachhaltig zu gestalten. Die Notwendigkeit zu einem Engagement des Staates im Bereich des Umweltschutz zeigte sich in aller Schärfe durch den verheerenden Umweltzustand des Landes. Dessen Ausmaße gelangten erst nach dem Sturz des kommunistischen Regime im Jahr 1989 an die Öffentlichkeit. Die tschechische Regierung beschloss im Jahr 2000, dass insbesondere der Staat seiner Verantwortung zum Schutz der Umwelt gerecht werden und bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Somit wurde auch in Tschechien die nachhaltige öffentliche Beschaffung als ein freiwilliges umweltpolitisches Instrument eingeführt. Das Umweltministerium ist bestrebt, mit Hilfe eines jährlichen Berichts an die Regierung Transparenz über die diesbezüglichen Aktivitäten von Ministerien zu schaffen. Bisher wurden einige Projekte im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gestartet. Beispielsweise kann hier das Ombudsmann Büro in Brno genannt werden. Zudem erwerben immer mehr Unternehmen das nationale Umweltzeichen „Ekologicky“, so dass die tschechischen öffentlichen Auftraggeber Umweltprodukte besser identifizieren können.

Trotz dieser positiven Ausgangsposition existieren in Tschechien zahlreiche Probleme, die eine effektive Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung hemmen. Der genannte Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 adressiert letztlich nur die öffentlichen Auftraggeber auf zentraler Ebene. Das Potenzial regionaler und lokaler öffentlicher Auftraggeber wird vollständig vernachlässigt. Mangelnde Kommunikation und Information über die Möglichkeiten einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sorgen für ein geringes Know-how der öffentli-

chen Auftraggeber im Umweltbereich. Das Instrument der Ökobilanzen findet derzeit z.B. kaum Anwendung. Für öffentliche Auftraggeber herrscht kaum Transparenz über das Angebot von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen auf dem tschechischen Markt. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Auftraggeber nur über geringe finanzielle Mittel verfügen und sich nicht für den Kauf eines Umweltprodukts entscheiden, falls dieses teurer in der Anschaffung ist als ein herkömmliches Produkt. All diese Probleme resultieren in einer geringen Nachfrage der öffentlichen Auftraggeber nach umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Folglich bieten nur wenige Hersteller diese an.

Dass die tschechischen öffentlichen Auftraggeber noch zahlreiche Herausforderungen bei der Umsetzung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zu überwinden haben, war zu erwarten. Schließlich existiert dieses umweltpolitische Instrument erst seit dem Regierungsbeschluss im Jahr 2000. Innerhalb von vier Jahren können nicht derartige Erfolge erzielt werden, wie sie die fortschrittlichsten Staaten der EU nach 20 Jahren aufweisen. Die zukünftige Entwicklung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Tschechischen Republik wird voraussichtlich stark von den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Sustainable Consumption and Production“ des tschechischen „Government Council for Sustainable Development“ abhängen. Zudem werden dringende Umweltprobleme stets entsprechenden Handlungsbedarf des Staates aufdecken – auch wenn die Tschechische Republik im Zuge der Transformation mit vielen weiteren Problemen konfrontiert ist. Aktuelles Beispiel ist die starke Luftverschmutzung durch den zunehmenden Straßenverkehr. Hier können die öffentlichen Auftraggeber u.a. durch die Beschaffung von Erdgasfahrzeugen einen Beitrag zum Umweltschutz leisten und den Unternehmen gleichzeitig Anreize zu Produktinnovationen bieten. Derartige nachhaltige Konsum- und Produktionsgewohnheiten würden schließlich zu einem qualitativen Wachstum in der Tschechischen Republik beitragen.

Literaturverzeichnis

- AICHER, J.; FRUHMANN, M: Rechtsstudie, „Erstellung eines Kriterienkatalogs zur Berücksichtigung des Umweltschutzes im Beschaffungswesen“ (unveröffentlicht).
- AMBROZIK, L. (2002): Proclamation of the Minister of the Environment of the Czech Republic, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ARNICA (HRSG.) (2004): Arnika Homepage. Online im Internet, <http://english.arnika.org/>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ARNOLD, U. (1997): Beschaffungsmanagement, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 1997.
- ARNOLDS, H. et al. (1998): Materialwirtschaft und Einkauf, 10., durchgesehene Auflage, Wiesbaden 1998.
- BARTH, R.; DROSS, M.; FISCHER, A. (2004): Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe, in: GÜNTER, E. et al. (2004): Endbericht des Forschungsprojekts NaBesI. Nachhaltiges Beschaffen – „Potentiale einer nachhaltigen Beschaffung und Instrumente zur Umsetzung“
- BELLMANN, I. (2003): Impacts of environmental protection legislation on the industrial production sphere, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- BENEDICT, C. (2000): Sekundärzwecke im Vergabeverfahren: öffentliches Auftragswesen, seine teilweise Harmonisierung im EG/EU-Binnenmarkt und die Instrumentalisierung von Vergaberecht durch vergabefremde Aspekte, Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 140, Berlin 2000

- BGW (HRSG.) (2004): Das Erdgasfahrzeug. Online im Internet, <http://www.erdgasfahrzeuge.de>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- BIERBACH, P. (2001): Benchmarking: rechtliche Einordnung unter besonderer Berücksichtigung des Kartellrechts, Frankfurt am Main 2001.
- BME (HRSG.) (2000): Chancen und Entwicklungen im Public Procurement, Berlin 2000.
- BMWI (HRSG.) (2004): Elektronische Beschaffung des Bundes erstmals über Internet, Pressemitteilung vom 03. Mai 2002. Online im Internet, <http://www.bmwi.de/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=6288.html>, Stand 03. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- BORTZ, J.; DÖRING, N. (2002): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 3., überarbeitete Auflage, Berlin 2002.
- BRANDER, L.; FÜHR, V.; OLSTHOORN, X. (2003): Views from the green public procurement community, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 232-240.
- BRAUN, F. (1974): Rechenschaftslegung zur Umweltbelastung und zum Umweltschutz von Industrieunternehmen, Grundriss für Manager, Berater und Wirtschaftswissenschaftler, Berlin 1974.
- CARIUS, A. et al. (2001): The eastern enlargement of the European Union and environmental policy: challenges, expectations, multiple speeds and flexibility, in: HOLZINGER, K.; KNOEPFEL, P. (HRSG.) (2000): Environmental Policy in a European Union of variable geometry?: the challenge of the next enlargement, Ökologie & Gesellschaft, Band 13, Basel 2000.
- CEJNAR, R.; DURDIL, J. (1999): Institutionen des tschechischen Umweltministeriums zur Unterstützung von Umweltschutzaktivitäten – Finanzierungsmöglichkeiten, in: KRAMER, M.; BRAUWEILER, J. (HRSG.) (1999): Internationales Umweltrecht: ein Vergleich zwischen Deutschland, Polen und Tschechien, Wiesbaden 1999, S. 35-47.
- CEMC (HRSG.) (2001): International seminar „Ecolabelling in the Czech Republic and in Austria at the beginning of 21st century, in: Environmental Labelling, Nr. 4/2001, S. 4-5.

- CEMC (HRSG.) (2002a): IPP – Integrated Product Policy – officials fabrication or a useful tool?, in: Environmental Labelling, Nr. 1/2002, S. 3.
- CEMC (HRSG.) (2002b): Life Cycle Assessment, in: Environmental Labelling, Nr. 01/2002, S. 4-6.
- CEMC (HRSG.) (2002c): LCA to the Elbe ship transport, in: Environmental Labelling, Nr. 03/2002, S. 8.
- CEMC (HRSG.), (2003a): Environmentally acceptable and economically efficient operation: MoE is willing to set a good example, in: Environmental Labelling, Nr. 01/2003, S. 4. On-line im Internet, http://www.cemc.cz/publikace/env_aspekty/envi_znac/cisla/1_2003.pdf, Stand 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- CEMC (HRSG.) (2003b): Report for the Government of the Czech Republic on support for advancement of sales and use of eco-labelled products in the year 2002, in: Environmental Labelling, Nr. 02/2003, S. 4-5.
- CEMC (HRSG.) (2003c): The Global Ecolabelling Network (GEN): Objectives and Accomplishments, in: Environmental Labelling, Nr. 03-04/2003, S. 2-3.
- CEMC (HRSG.) (2003d): Ten years of ecolabelling in the Czech Republic, in: Environmental Labelling, Nr. 03-04/2003, S. 3-4.
- CEMC (HRSG.) (2003e): Environmentally friendly operation of the Ombudsman office, in: Environmental Labelling, Nr. 03-04/2003, S. 4-5.
- CEMC (HRSG.) (2003f): Integrated Product Policy, in: Environmental Labelling, Nr. 03-04/2003, S. 5.
- CHMIELEWICZ, K.; EICHHORN, P. (HRSG.) (1989): Handwörterbuch der Öffentlichen Betriebswirtschaft, Stuttgart 1989.

- CHRISTIANOVA, A.; KRCMA, M. (2003): Das Cleaner Production Programm und seine Ergebnisse in der Tschechischen Republik, in: KRAMER, M.; BRAUWEILER, J.; HEL-
LING, K. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band II: Umweltmana-
gementinstrumente und –systeme, Wiesbaden 2003, S. 269-288.
- CLEMENT, S.; PLAS, G.; ERDMENGER, C. (2003): Local experiences: green public
purchasing practices in six European cities, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003):
Buying into the environment – Experiences, opportunities and potential for eco-
procurement, Sheffield 2003, S. 69-93.
- CZECH CLEANER PRODUCTION CENTER (HRSG.) (2004): Czech Cleaner Production
Center. Online im Internet, <http://www.cpc.cz>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- CZECH STANDARDS INSTITUTE (HRSG.) (2004): Czech Standards Institute. Online im
Internet, <http://www.csni.cz>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- DAGEFÖRDE, A. (2004a): Die Ausschreibung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen –
Umweltanforderungen als Zuschlagskriterium ohne Überprüfungsmöglichkeit, in: Recht
der Abfallwirtschaft, Heft 1/2004, S. 36.
- DAGEFÖRDE, A. (2004b): Umweltschutz durch öffentliche Auftragsvergabe - Die rechtliche
Zulässigkeit der Einbeziehung von Umweltschutzkriterien in das Vergabeverfahren, insbe-
sondere der Bevorzugung von Unternehmen mit zertifiziertem Umweltmanagementsys-
tem, Berlin 2004
- DEG (HRSG.) (1995): Wandel in Mitteleuropa, Länderberichte Polen, Ungarn, Tschechische
Republik, Slowakische Republik, 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage, DEG Materi-
alien 13, Köln 1995.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK et. al. (HRSG.) (1998): Umweltcontrolling im
Bereich der öffentlichen Hand, Vorstudie, im Auftrag des Umweltbundesamtes, Berlin
1998.
- DIPPEL, N.; ZEISS, C. (2003): Vergabefremde Aspekte – Rechtsschutz im Vergabenachprü-
fungsverfahren wegen Verstoßes gegen das EG-Beihilfenrecht, in: Neue Zeitschrift für
Baurecht und Vergaberecht 2002 S. 376.

- DTIHK (HRSG.) (1994): Chancen und Perspektiven in der Tschechischen Republik: ein Handbuch für Geschäftspraxis und Investitionen, 2., völlig überarbeitete Auflage, Bielefeld 1994.
- DUSIK, J. (2002): Transposition and Implementation of the Environmental Acquis – state of play, in: MISSION OF THE CZECH REPUBLIC TO THE EU (HRSG.): Implementation of the Environmental Acquis – Role of Industry, Brüssel 2002. Online im Internet: [http://www.env.cz/env.nsf/0/4ca66048f386babbc1256b950024d5b1/\\$FILE/sborn%C3%A4Dk.doc](http://www.env.cz/env.nsf/0/4ca66048f386babbc1256b950024d5b1/$FILE/sborn%C3%A4Dk.doc), Stand 26. März 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ECO-COUNSELLING NETWORK (HRSG) (2004): About STEP. Online im Internet, <http://www.ekoporadna.cz/eng1a.php>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EEA, European Environment Agency (1998): Europe's Environment: The Second Assessment, Luxemburg 1998.
- EKOBUS (HRSG.) (2004): Ekobus a.s.. Online im Internet, <http://www.ekobus.cz>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ENERGIE-CITES (HRSG.) (2004): Gas fuelled buses Malmö. Online im Internet, www.energie-cites.org/BD/PDF/malbusen.pdf, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ENQUETE-KOMMISSION „SCHUTZ DES MENSCHEN UND DER UMWELT“ DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (HRSG.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Bonn 1998.
- ERDMENGER, C. (2003): Conclusions. Green purchasing: a concept lagging far behind its potential, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 253-257.
- ERDMENGER, C. (2004): Die Förderung umweltfreundlicher Beschaffung auf nationaler Ebene, in: GÜNTHER, E. et al. (HRSG.) (2004): Endbericht des Forschungsprojekts Na-BesI, S. 19-29.
- EU (HRSG.) (2002): Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, ABIEG Nr. C 325 vom 24.12.2002, S. 33.

- EU (HRSG.) (2004a): Die Europäische Union im Überblick. Online im Internet, http://europa.eu.int/abc/index3_de.htm, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU (HRSG.) (2004b): E-Procurement Europe. Online im Internet, <http://simap.eu.int/>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU (HRSG.) (2004c): EU-Recht – Definitionen. Online im Internet, http://europa.eu.int/eur-lex/de/about/pap/process_and_players2.html, Stand 27. April 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU (HRSG.) (2004d): Glossar, Subsidiarität. Online im Internet, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000s.htm>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU (HRSG.) (2004e): Institutionen der Europäischen Union und andere Organe. Online im Internet, http://europa.eu.int/institutions/index_de.htm, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU (HRSG.) (2004f): Phare 1998-2003 Twinning Projects in the Czech Republic. Online im Internet, http://www.evropska-unie.cz/download/eng/Linked/Twinning_CR_since_1998.pdf, Stand März 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (1985): Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat „Vollendung des Binnenmarktes“ vom 14.06.1985, KOM(85) 310 endg.. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/off/white/index_de.htm#before, Stand 14. Juni 1985, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (1993): Verordnung über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagementsystem und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS), VO Nr. 1836/93, ABIEG Nr. L 168 vom 10.07.1993, S. 1, geändert durch VO Nr. 761/2001 ABIEG Nr. L 114 vom 24.04.2001, S. 1.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (1996): Grünbuch „Das öffentliche Auftragswesen in der EU, Überlegungen für die Zukunft“, Mitteilung der Kommission vom 27.11.1996, KOM (96) 583 endg.. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/consultations_de.htm, Stand 17. November 1996, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- EU-KOMMISSION (HRSG.) (1998): Mitteilung der Kommission „Das öffentliche Auftragswesen in der Europäischen Union“ vom 11.03.1998, KOM (98) 143 endg.. Online im Internet, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l22007.htm>, Stand 11. März 1998, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000a): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge und Bauaufträge, KOM (2000) 275 endg. vom 30.08.2000, ABIEG C 29 E vom 30.01.2001, S. 11.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000b): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung, KOM (2000) 276 endg. vom 30.08.2000, ABIEG C 29 E vom 30.01.2001, S. 112.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2000c): Grünbuch „Hin zu einer europäischen Strategie für Versorgungssicherheit“, KOM (2000) 769 endg. vom 29.11.2000. Online im Internet, http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2000/com2000_0769de.html, Stand 29. November 2000, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2001a): Grünbuch zur Integrierten Produktpolitik, KOM(2001) 68 endg. vom 07.02.2001. Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/ipp/2001developments.htm>, Stand 07. Februar 2001, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2001b): Interpretierende Mitteilung der Kommission über das auf das Öffentliche Auftragswesen anwendbare Gemeinschaftsrecht und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 04.07.2001, KOM(2001) 274 endg., ABIEG Nr. C 333 vom 28.11.2001, S. 12. Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/>, Stand 04. Juli 2001, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2002): Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt vom 09.10.2002, KOM(2002) 700 endg., SEK(2002) 1402. Online im Internet, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm>, Stand 09. Oktober 2002, Abruf 31. Juli 2004, 19:30.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004a): Summary of elements of the new legislative framework enabling integration of environmental considerations into public procurement. Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/legal.htm>, Stand 18. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004b): A report on the functioning of public procurement markets in the EU: benefits from the application of EU directives and challenges for the future. Online im Internet, http://www.edis.sk/ekes/kneldok/dokument/public-proc-market-final-report_en.pdf, Stand 03. Februar 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004c): Eco-Label. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/environment/ecolabel/index_en.htm, Stand 30. April 2004, Abruf 13. Juni 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004d): Environmental Assessment. Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/eia/home.htm>, Stand 19. Februar 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004e): Environmental Technologies Action Plan, Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/etap/index.htm>, Stand 22. März 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004f): European Green Procurement Database. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/environment/green_purchasing/cfm/fo/greenpurchasing/index.cfm, Stand 21. Januar 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004g): Öffentliches Auftragswesen. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/index_de.htm, Stand 15. Juni 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004h): The greening of public procurement, Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp>, Stand 08. Juli 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004i): Thematic Strategy on the Urban Environment. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic_strategy.htm, Stand 10. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004k): Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm, Stand 18. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004l): Relations with the Czech Republic. Online im Internet, <http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm>, Stand 31. Dezember 2001, Abruf 31. Juli 2004, 19:30.
- EU-KOMMISSION (HRSG.) (2004m): Environment in Energy and Transport. Online im Internet, http://europa.eu.int/comm/energy_transport/en/envir_en.html#intro, Stand 18. Dezember 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT (HRSG.) (2002): Stellungnahme des Parlaments in erster Lesung zu KOM(2000) 275 endg. vom 17.01.2001, A5-378/2001. Online im Internet, http://europa.eu.int/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=157679, Stand 17. Januar 2001, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- EUROPEAN UNION ECO-LABELLING BOARD (HRSG.) (2004): The European Eco-Label Catalogue. Online im Internet, <http://www.eco-label.com/>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GASUM (HRSG.) (2004): Malmö – The largest natural gas bus fleet in Europe. Online im Internet, [http://www.gasum.fi/gasumint.nsf/0/0058FC7A51B5CE64C2256DBE00477AF8/\\$File/Roland%20Nilssonin%20esitys.pdf?OpenElement](http://www.gasum.fi/gasumint.nsf/0/0058FC7A51B5CE64C2256DBE00477AF8/$File/Roland%20Nilssonin%20esitys.pdf?OpenElement), Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GCSD (HRSG.) (2004a): Statute of the Government Council for Sustainable Development. Online im Internet, <http://wtd.vlada.cz/eng/vybory.htm>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GCSD (HRSG.) (2004b): The Government Council for Sustainable Development. Online im Internet, <http://wtd.vlada.cz/eng/vybory.htm>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GEN (HRSG.) (2004): Global Ecolabelling Network. Online im Internet, <http://www.gen.gr.jp/index.html>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- GIBGAS CONSULTING UND MEDIEN (HRSG.) (2004): gibgas. Fahren mit Erdgas. Online im Internet, <http://www.gibgas.de>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GÖTZ, W. (1999): Öffentliche Beschaffungsmärkte und Europarecht. Die Transparenz- und Teilnahmebestimmungen der Vergaberichtlinien im Lichte der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Band 2640, Frankfurt am Main 1999.
- GRIEM, N. (2002): Umweltaspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Online im Internet, http://www.beschaffung-info.de/web/doks/Rechtsrecherche_Druckvorlageweb.pdf, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- GÜNTHER, E. (1994): Ökologieorientiertes Controlling: Konzeption eines Systems zur ökologischen Steuerung und empirische Validierung, München 1994.
- GÜNTHER, E. (2003): Hurdles in green purchasing. Methods, findings and discussion of the hurdle analysis, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 30-49.
- GÜNTHER, E.; KLAUKE, I.; SCHEIBE, L. (2003): Researching the market conditions for green purchasing, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 194-206.
- GÜNTHER, E.; SCHEIBE, L. (2004): Analyse der Hemmnisse, in: GÜNTHER, E. et al. (HRSG.) (2004): Endbericht des Forschungsprojekts NaBesI, S. 277-316.
- HAJEK, M.; SUCHAROVOVA, D. (2001): Progress in Encouraging the Green Purchasing in the Czech Republic, Workshop on Financial, Budget and accounting issues in greener public purchasing, Wien 29.-30. Oktober 2001.
- HAUFF, V. (HRSG.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987.
- HESELHAUS, S. (2001): Rechtfertigung unmittelbar diskriminierender Eingriffe in die Warenverkehrsfreiheit, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, Heft 21/2001, S. 645.

- HESSEL, M.; MURPHY, K. (HRSG.) (2004): Working Paper: Stealing the state, and everything else. A survey of corruption in the Postcommunist World. Online im Internet, http://www.transparency.org/working_papers/hessel/index.html, Stand 22. Mai 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- HIEBER, F. (1999): Öffentliche Betriebswirtschaftslehre: Grundlagen für das Management in der öffentlichen Verwaltung, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Sternfeld/ Berlin 1999.
- HYBSOVA, Z. (2003): Global Environmental Management Survey in der Tschechischen Republik, in: KRAMER, M.; BRAUWEILER, J.; HELLING, K. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band II: Umweltmanagementinstrumente und –systeme, Wiesbaden 2003, S. 225-251.
- ICLEI (HRSG.) (2003): Study Contract to Survey the state of play of green public procurement in the European Union. Final report. Freiburg 2003. Online im Internet, <http://www.iclei.org/europe/ecoprocura/survey/index.htm>, Stand Juli 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ICLEI (HRSG.) (2004a): Sustainable Procurement. Online im Internet, <http://www.iclei-europe.org/index.php?id=194>, Stand 24. März 2004., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ICLEI (HRSG.) (2004b): Useful websites on green purchasing. Online im Internet, <http://www.iclei.org/europe/ecoprocura/info/links.htm>, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ICLEI (HRSG.) (2004c): Buy it Green-Network. Online im Internet, <http://www.iclei-europe.org/index.php?big-net>, Stand 23. März 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- INTERNATIONAL INSTITUTE FOR INDUSTRIAL ENVIRONMENTAL ECONOMICS (HRSG.) (2004): National Sustainable Consumption Programmes – the case of Czech Republic. Online im Internet, <http://www.iiiee.lu.se/home.nsf/0/5A0E3DC2C41F3AE0C1256E5C005178D1?OpenDocument>, Stand 19. März 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- ISO (HRSG.) (2004): The ISO model 14000. Online im Internet, <http://www.iso.ch/iso/en/prods-services/otherpubs/iso14000/model.pdf>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- JASINSKI, P.; LAWTON SMITH, H. (1999): Environmental regulation in transforming economies: the case of Poland, Hants 1999.
- JENNERT, C. (2003): Vergabefremde Kriterien – keine Beihilfen, sondern gemeinwirtschaftliche Pflichten, in: Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht 2003, S. 417.
- JILKOVA, J. (2003): Umweltpolitik in der Tschechischen Republik, in: KRAMER, M. et al. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band I: Interdisziplinäre Rahmenbedingungen einer umweltorientierten Unternehmensführung im deutsch-polnisch-tschechischen Vergleich, Wiesbaden 2003, S. 287-306.
- JORDAN, P.; TOMASI, E. (1994): Zustand und Perspektiven der Umwelt im östlichen Europa, Wiener Osteuropastudien, Band 1, Frankfurt am Main 1994.
- KASPAR, J. (2003): Green procurement and sustainable consumption in the state and public administration, procurement of „green” products, experience at ME, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- KLARER, J.; MOLDAN, B. (1997): The environmental challenge for central European economies in transition, Chichester 1997.
- KOENIG, C.; KÜHLING, J. (2000): Grundfragen des EG-Beihilfenrecht, in: Neue Juristische Wochenschrift 2000, S. 1065.
- KRAMER, M. et al. (2003): Umweltorientierte Beschaffung und Logistik, in: KRAMER, M. et al. (HRSG.) (2003) : Internationales Umweltmanagement. Band III: Operatives Umweltmanagement im internationalen und interdisziplinären Kontext, S. 31-70.
- KROHN, W. (2003): Öffentliche Auftragsvergabe und Umweltschutz. Die Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen bei der öffentlichen Auftragsvergabe nach europäischem und deutschem Vergaberecht, Schriftenreihe Völkerrecht, Europarecht, Staatsrecht, Köln 2003.

LEIBL, S. (2002): Kommentierung der Art. 28 - 31 EG-Vertrag (Freier Warenverkehr), in: GRABITZ, E.; HILF, M. (2002): Das Recht der Europäischen Union, Kommentar Loseblatt, Stand 2002.

MATSCHKE, M. J. (1996): Betriebliche Umweltwirtschaft: eine Einführung in die betriebliche Umweltökonomie und in Probleme ihrer Handhabung in der Praxis, Herne/ Berlin 1996.

MIKO, L. (2000): The Czech Republic on the way to accession: problems in the environmental field, in: HOLZINGER, K.; KNOEPFEL, P. (HRSG.) (2000): Environmental Policy in a European Union of variable geometry?: the challenge of the next enlargement, Ökologie & Gesellschaft, Band 13, Basel 2000, S. 183-213.

MOLDAN, B.; HAK, T. (2000): Czech Republic 2000, Ten Years On: Environment and Quality of Live after Ten Years of Transition. Online im Internet, Abruf 25. Mai 2004, 18:00.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (1997a): DIN EN ISO 14040: Umweltmanagement: Ökobilanz. Prinzipien und allgemeine Anforderungen, Berlin 1997.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (1997b): DIN EN ISO 14041: Umweltmanagement: Ökobilanz. Festlegung des Ziels und des Untersuchungsrahmens sowie Sachbilanz, Berlin 1997.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000a): DIN EN ISO 14042: Umweltmanagement: Ökobilanz. Wirkungsabschätzung, Berlin 2000.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000b): DIN EN ISO 14043: Umweltmanagement: Ökobilanz. Auswertung, Berlin 2000.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2000c): DIN EN ISO 14024: Umweltkennzeichnungen und -deklarationen. Umweltkennzeichnung Typ I. Grundsätze und Verfahren, Berlin 2000.

NAGUS im DIN e.V. (HRSG.) (2001): DIN EN ISO 14024: Umweltkennzeichnungen und -deklarationen. Umweltkennzeichnung Typ I. Grundsätze und Verfahren, Berlin 2000.

NAHODIL, P. (2003): Voluntary Instruments Increasing the Competiveness of Enterprises, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

OCHOA, A.; FÜHR, V.; GÜNTHER, D. (2003): Green Purchasing in Practice. Experiences and new approaches from the pioneer countries, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 20-29.

OCHOA, A.; GÜNTHER, E. (2004): Umweltfreundliche Beschaffung in Europa – Ergebnisse einer Befragung unter öffentlichen Beschaffern, in: GÜNTHER, E. et al. (HRSG.) (2004): Endbericht des Forschungsprojekts NaBesI, S. 31-40.

OECD (HRSG.) (2000): Greener Public Purchasing. Issues and Practical Solutions, Paris 2000

OECD (HRSG.) (2001): OECD Economic Surveys 2000-2001. Czech Republic, Paris 2001.

OECD (HRSG.) (2003): The environmental performance of public procurement. Issues of policy coherence, Paris 2003.

OECD (HRSG.) (2004a): OECD governments agree to take the lead on buying “green”. Online im Internet, http://www.oecd.org/document/0/0,2340,en_2649_37425_1812864_1_1_1_37425,00.html, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

OECD (HRSG.) (2004b): Environmental Impacts of Production and Consumption, Publications & Documents, Publications. Online im Internet, http://www.oecd.org/findDocument/0,2350,en_2649_34289_1_119699_1_1_1,00.html, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

OECD (HRSG.) (2004c): Czech Republic, Online im Internet, http://www.oecd.org/infobycountry/0,2646,en_2649_201185_1_70363_119656_1_1,00.html, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- PODKAMINER, L. (1995): Transition Countries: economic developments in early 1995 and outlook for 1995 and 1996, Wien Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Research Report Nr. 220.
- PRIEB, H.-J. (2001): Handbuch des europäischen Vergaberechts, Gesamtdarstellung der EU/EWR-Vergaberegeln mit Textausgabe, 2., überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Köln 2001.
- RAL DEUTSCHES INSTITUT FÜR GÜTESICHERUNG UND KENNZEICHNUNG e.V. (HRSG.) (2004): Der blaue Engel. Online im Internet, <http://www.blauer-engel.de>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- REC (HRSG.) (2004a): Status of National Environmental Action Programs in Central and Eastern Europe. Online im Internet, <http://www.rec.org/REC/Publications/NEAPstatus/cover.html>, Stand Mai 1995, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- REC (HRSG.) (2004b): Enhancing Awareness and Use of the Czech Republic's Product Labelling Programme. Online im Internet, http://fs9.rec.org/sos/details.php?cs_id=33, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- REMTOVA, K. (2003): Anwendungsstand von EMAS und ISO 14001 in der Tschechischen Republik, in: KRAMER, M.; BRAUWEILER, J.; HELLING, K. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band II: Umweltmanagementinstrumente und -systeme, Wiesbaden 2003, S. 253-268.
- RHEINLÄNDER; K. (2003): Entwicklung und Rolle des Umweltbewusstseins und -verhaltens in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik, in: KRAMER, M. et al. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band I: Interdisziplinäre Rahmenbedingungen einer umweltorientierten Unternehmensführung im deutsch-polnisch-tschechischen Vergleich, Wiesbaden 2003, S. 115-130.
- ROTHGANG, E. (1991): Umweltfreundliches Beschaffungswesen, in: FIEDLER, K. P. (HRSG.) (1991): Kommunales Umweltmanagement: Handbuch für praxisorientierte Umweltpolitik und Umweltverwaltung in Städten, Kreisen und Gemeinden, Köln 1991, S. 190-212.
- RWE ENERGY CZECH REPUBLIC (HRSG.) (2004): Strategische Entwicklung von Erdgas im Verkehrswesen, Prag 2004.

- SAIFRID, P. (2003a): Czech Ecolabelling, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- SAIFRID, P. (2003b): Ten years of ecolabelling in the Czech Republic, in: TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2003): GEN Annual Meeting 2003, Prague. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/ENG/EcolabelsOth.asp>, Stand Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- SCHMITDT, A.; FRYDENDAL, J. (2003): Methods for calculating the environmental benefits of „green products“, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 134-163.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (HRSG.) (2004): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Online im Internet, <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab9.htm>, Stand 25. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- STEGER, U. (HRSG.) (1992): Handbuch des Umweltmanagements. Anforderungs- und Leistungsprofile von Unternehmen und Gesellschaft, München 1992
- STREBEL, H. (1980): Umwelt und Betriebswirtschaft - die natürliche Umwelt als Gegenstand der Unternehmenspolitik, Berlin 1980.
- SZUPPINGER, P.; ERI, V. (2003): Green purchasing potential in Central Europe, The cases of the Czech Republik, Hungary and Poland, in: ERDMENGER, C. (HRSG.) (2003): Buying into the environment - Experiences, opportunities and potential for eco-procurement, Sheffield 2003, S. 241-252.
- THE ENVIRONMENTAL PARTNERSHIP CONSORTIUM FOR CENTRAL EUROPE (HRSG.) (2004): Environmental Partnership. Online im Internet, <http://www.nadacepartnerstvi.cz/indexNEWen.html>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- THIEL, E. (1998): Die Europäische Union, Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken, 5. völlig neugestaltete Auflage, Opladen 1998.

- TSCHECHISCHES AUßENMINISTERIUM (HRSG.) (2001): National Programme for the Preparation of the Czech Republic for Membership of the European Union, Prag 2001. Online im Internet, <http://www.evropska-unie.cz/eng/article.asp?id=115>, Stand 2001, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHER GASVERBAND (HRSG.) (2004): The NGV Coordinating Task Force. Online im Internet, <http://www.cgoa.cz/rubrika-en.html?id=77>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES PARLAMENT (HRSG) (1993): Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zur Einführung des nationalen Umweltzeichenprogramms vom 07. April 1993.
- TSCHECHISCHES PARLAMENT (HRSG) (2000): Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur Förderung der Entwicklung des Verkaufs und der Nutzung umweltfreundlicher Produkte vom 19. Juli 2000.
- TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004a): Ecolabelling in the Czech Republic. National Programme for Labelling Environmentally Friendly Products. Online im Internet, <http://www.ceu.cz/eng>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES ÖKOLOGISCHES INSTITUT (HRSG.) (2004b): National Programme for Labelling Environmentally Friendly Products. Online im Internet, <http://www.ekoznacka.cz/eng/>, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES STATISTIKAMT (HRSG) (2002): Fuels and Energy Consumption in the Czech Republic 2002. Online im Internet, <http://www.czso.cz/eng/edicniplan.nsf/p/8101-03>, Stand 17. Oktober 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES STATISTIKAMT (HRSG.) (2004): Statistical Environmental Yearbook of the Czech Republic 2003. Online im Internet, <http://www.czso.cz/eng/edicniplan.nsf/p/10n1-03>, Stand 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES TRANSPORTMINISTERIUM (HRSG.) (2002a): Minibuses, busses and coaches registered in the Czech Republic. Online im Internet, http://www.mdcr.cz/text/rocenka_02/Yearbook/excel/ENG_04_2_3.XLS, Stand 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

- TSCHECHISCHES TRANSPORTMINISTERIUM (HRSG.) (2002b): Transport Yearbook 2002. Online im Internet, http://www.mdcr.cz/text/roценка_02/Yearbook/obsah.htm, Stand 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2001): State Environmental Policy 2001. Online im Internet, http://www.env.cebin.cz/publikace/spzp2001_en.pdf, Stand 2001, Abruf 31. Juli 2004, 19:30.
- TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2002): Report on the State of the Environment of the Czech Republic 2001. Online im Internet, http://www.env.cz/ZZP_01_en/zp_02an.htm, Stand 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2003): Eco-Labeling in the Czech Republic, Prag 2003. Online im Internet, http://www.env.cebin.cz/_nav/pub_uvod_en.html, Stand 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004a): Czech Environment towards the European Union. Online im Internet, <http://www.env.cz/www/zamest.nsf/0/1b42d3ec6c3dbf11c1256c5300256371?OpenDocument>, Stand Oktober 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004b): Bericht an die Regierung zum Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 vom 31. März 2004
- TSCHECHISCHES FINANZMINISTERIUM (HRSG.) (2003): Budgetary Outlook 2003 – 2006: Concept of public budgets reform. Online im Internet, <http://www.mfcr.cz/Download/ReformaEN/reform.pdf>, Stand Juni 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- TSCHECHISCHES FINANZMINISTERIUM (HRSG.) (2004): Act No.218/2000 of 27.06.2000 on Budgetary Rules and on amendments of some related acts (budgetary rules). Online im Internet <http://www.mfcr.cz/static/IDF/En/A2.htm>, Stand 27. Juni 2000, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UBA (HRSG.) (1999): Handbuch umweltfreundliche Beschaffung: Empfehlungen zur Berücksichtigung des Umweltschutzes in der öffentlichen Verwaltung und im Einkauf, 4., völlig neubearbeitete Auflage, München 1999.

- UBA (HRSG.) (2004): Umweltbundesamt. Online im Internet, <http://www.umweltbundesamt.de/>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNEP (HRSG.) (2004a): 10-year Framework of Programmes on Sustainable Consumption and Production. Online im Internet, <http://www.uneptie.org/pc/sustain/10year/home.htm>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNEP (HRSG.) (2004b): Sustainable Consumption and Production. Online im Internet, <http://www.ekospotreba.unep.cz>, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNION OF TOWNS AND MUNICIPALITIES OF THE CZECH REPUBLIC (HRSG.) (2004): About Czech municipal structure. Online im Internet, <http://www.smocr.cz/en/article.asp?id=16>, Stand 01. Mai 2004, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNITED NATIONS (HRSG.) (2004a): Agenda 21. Online im Internet, <http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/index.htm>, Stand 24. März 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNITED NATIONS (HRSG.) (2004b): Chapter 28. Local authorities' initiatives in support of agenda 21. Online im Internet, <http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/english/agenda21chapter28.htm>, Stand 24. März 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- UNITED NATIONS (HRSG.) (2004c): Johannesburg Plan of Implementation. Online im Internet, http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POIChapter3, Stand 24. März 2003, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.
- VANECEK, V.; BRAUWEILER, J. (2001): Environmental strategies and economic effects within Czech Enterprises, in: KRAMER, M.; BRAUWEILER, J. (HRSG.) (2001): Umweltorientierte Unternehmensführung und ökologische Steuerreform: Deutschland, Polen und Tschechien im Vergleich, Wiesbaden 2001, S. 85-99.

VORBACH, S. (2003): Stand der Technik und Innovationspotenziale im Ländervergleich Deutschland, Polen und Tschechische Republik, in: KRAMER, M.; STREBEL, H.; KAYSER, G. (HRSG.) (2003): Internationales Umweltmanagement. Band III: Operatives Umweltmanagement im internationalen und interdisziplinären Kontext, Wiesbaden 2003, S. 107-137.

WICKE, L. et al. (1992): Betriebliche Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, München 1992.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS (HRSG.) (1999): Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zur EMAS-VO, ABIEG Nr. C 205 vom 22.07.1999, S. 43.

WTO (HRSG.) (2004): Government procurement: the plurilateral agreement, Online im Internet, http://www.wto.org/english/tratop_e/gproc_e/gp_gpa_e.htm, Stand o.A., Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

ZDROWOMYSLAW, N.; KASCH, R. (HRSG.) (2002): Betriebsvergleiche und Benchmarking für die Managementpraxis. Unternehmensanalyse, Unternehmenstransparenz und Motivation durch Kenn- und Vergleichsgrößen, München 2002.

ZÜST, R.; SCHLATTER, A. (HRSG.) (1999): Umweltmanagementsysteme in der öffentlichen Verwaltung, Zürich 1999.

Rechtsprechungen

Dassonville, Rs. 8/74 vom 11.7.1974, Slg. 1974, 837

Van Binsbergen, Rs. 33/74 vom 3.12.1974, Slg. 1974, 1299

Cassis de Dijon, Rs. 120/78, vom 20.2.1979, Slg. 1979, 649

Beentjes, Rs. 31/87, vom 20.9.1988, Slg. 1988, 4635

Dundalk III, Rs. 45/87 vom 22.9.1988, Slg. 1988, 4929

du Pont de Nemours, Rs. 21/8 vom 20.3.1999, Slg. 1990, I-889

Nord-Pas-de-Calais, Rs. 225/98, vom 26.9.2000, Slg. 2000, I-7445

Preussen Elektra, Rs. C-379/98 vom 13.3.2001, Slg. 2001, I-2159

Concordia Bus Finland, Rs. C-513/99, vom 17.10.2002, Slg. 2002, I-7213

Wienstrom, Rs. C-448/01, vom 04.12.2003, Slg. 2003, I-1

Anhang

- Anhang 1: Kontaktdaten der Interviewpartner
- Anhang 2: Interviewleitfaden für die Expertin in der Europäischen Kommission
- Anhang 3: Interviewleitfaden für die Experten in der Tschechischen Republik
- Anhang 4: Interviewleitfaden für die Mitarbeiter von RWE Energy Czech Republic
- Anhang 5: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Frau Michielssen von der Europäischen Kommission
- Anhang 6: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium
- Anhang 7: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut
- Anhang 8: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Velek
- Anhang 9: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Suchanek vom Unternehmen DHV
- Anhang 10: Protokoll des Interviews per email mit Herrn Dvorak vom tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung
- Anhang 11: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Holub und Herrn Ziegler vom Unternehmen RWE Energy Czech Republic
- Anhang 12: Landkarte der Tschechischen Republik
- Anhang 13: Die 14 Verwaltungsregionen der Tschechischen Republik
- Anhang 14: Der Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zur Einführung des nationalen Umweltzeichenprogramms vom 07. April 1993
- Anhang 15: Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur Förderung der Entwicklung des Verkaufs und der Nutzung umweltfreundlicher Produkte vom 19. Juli 2000
- Anhang 16: Die Entwicklung des tschechischen Umweltzeichens von 1994 bis 2004
- Anhang 17: Die Entwicklung des tschechischen Straßenverkehrs von 1995 bis 2002

Anhang 1: Kontaktdaten der Interviewpartner

Name	Position	Kontaktdaten
Jill Michielssen	EU-Kommission: Generaldirektion Umwelt, G2 Industrie, zuständig für Green Public Procurement	Jill.Michielssen@cec.eu.int BU 9, 4. Etage/ Zimmer 131 Avenue de Beaulieu 9 1160 Brüssel T: +32-2-296 15 57
Daniel Vondrous	Tschechisches Umweltministerium: Secretary of Minister	daniel_vondrous@env.cz Vrsovicke 65 100 10 Prag 10 T: +420-267-122-625 M: +420-724-215-068
Jakub Kaspar	Tschechisches Umweltministerium: Leiter der Abteilung Public Relations	Jakub_Kaspar@env.cz Vrsovicke 65 100 10 Prag 10 T: +420-267-122-040 M: +420-724-175-927
Adela Princova	Tschechisches Ökologisches Institut: Agency for Environmentally Friendly Products/ Ecolabelling	Adela.Princova@ceu.cz Kodanska 10 100 10 Prag 10 T: +420-267-225-269
Petr Saifrid	Tschechisches Ökologisches Institut: Leiter der Agency for Environmentally Friendly Products/ Ecolabelling	petr.saifrid@ceu.cz Kodanska 10 100 10 Prag 10 T: +420-267-225-269
Ondrej Velek	ehemaliger Mitarbeiter der Stiftung Environmen- tal Partnership, Mitglied des tschechischen Ecolabelling Board	ondrej.velek@ecn.cz Kratka 26 100 10 Prag 10 T: +420-274-816-727 M: +420-604-334-424
Zdenek Suchanek	DHV Czech Republic, spol. s.r.o. Abteilung Umwelt, Transport und Infrastruktur, Projektmanager	zdenek.suchanek@dhv.cz Taboritska 1000/23 130 87 Prag 3 T: +420-267-092-372 M: +420-604-206-757
David Dvorak	Tschechisches Ministerium für Regionalentwick- lung: Rechtsabteilung (Öffentliche Beschaffung)	david.dvorak@mmr.cz Staromestske nam. 6 110 15 Prag 1 T: +420-224-861-183
Libor Holub	RWE Energy Czech Republic, s.r.o.	libor.holub@rwe.com Narodni 37/38 110 00 Prag 1 T: +420-267-175-732 M: +420-603-178-902
Hartwig Ziegler	RWE Energy Czech Republic, s.r.o.: Abteilung Regulatory Affairs	hartwig.ziegler@rwe.com Narodni 37/38 110 00 Prag 1 T: +420-267-175-714 M: +420-606-673-453

Anhang 2: Interviewleitfaden für die Expertin in der Europäischen Kommission

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/wwbwlbu/en/homepage.htm

Interview Guide

Dear ...,

Thank you very much for giving me the opportunity to interview you regarding my thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**. The interview will cover the following areas:

Section A: Basic Definitions.....	104
Section B: EU-Institutions.....	104
Section C: EU Public Procurement Directives.....	104
Section D: Green public procurement.....	105
Section E: Green Public Procurement within the EU member states.....	106
Section F: Cooperation and communication between the EU and the Czech Republic...	106
Section G: Green Public Procurement in the Czech Republic.....	107
Section H: Future development.....	107

As we both arranged by email the interview will take place on

Please feel free to contact me if you have any further questions or concerns: ...

I am looking forward to coming to Brussels and to our interview.

Kind regards,
Claudia Kreutzfeldt

Section A: Basic Definitions

1. In 2001 public procurement represented 14% of GDP in the EU. Can this figure be divided into procurement by public authorities and procurement by the public sector?
2. How big is the share of local authorities/ municipalities in European public procurement?
3. Is the EU planning to increase this share with regard to the Local Agenda 21 that stresses the specific role of municipalities in realising sustainable development?
4. Which role do local authorities/ municipalities play in implementing green public procurement?
5. How can the problem of a decentralised public purchasing power following from self-administration be solved?

Section B: EU-Institutions

1. Which EU-organisations are working on the topic of green public procurement?
2. Where is the department you are working for located in the EU-organisation and how can your department effect the development of green public procurement?
3. Which international organisations/ NGOs are working on green public procurement and how do they cooperate with the EU?

Section C: EU Public Procurement Directives

1. What is the status quo of the EU public procurement directives?
2. How far are the current public procurement directives implemented within the „old“ EU member states (see Annex of the Green Paper from 1996)?
3. Do there exist an implementation deficit from the EU perspective? If yes, why?
4. Given an implementation deficit in the old member states, which arguments for an implementation of the EU directives can the EU bring forward to new member states?
5. Are the EU procurement directives currently transposed into Czech law? If yes, how far are they harmonised with the EU procurement directives? If no, does there exist a transition period?

Section D: Green public procurement

1. Motivation and objectives of green public procurement

- a) When did the EU raise the issue of green public procurement for the first time?
- b) Which EU documents ask for green public procurement?
- c) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy? Why?
 - Low
 - Equal
 - High

2. EU-recommendation for green public procurement

- a) What is the status quo of the European Commissions' Interpretative Communication regarding green public procurement from 2001?
- b) How did the decision process for the adoption of this Interpretative Communication look like?
- c) Why is green public procurement only a voluntary instrument of environmental policy and not legally binding for member states?
- d) Does the EU intend to change the voluntariness of this instrument in the future?
- e) How can especially the new member states be convinced of implementing the voluntary instrument green public procurement?
- f) When prescribing technical specifications of the subject matter, purchasing authorities have to refer to European standards or comparable instruments that define environmental requirements for products and services. What kind of European standards exist?
- g) Does the EU intend to commit public authorities legally to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Do there exist such an EIA-directive at the moment?

3. Legal uncertainties

- a) Member states criticise that EU law concerning green public procurement is not unambiguously and therefore provokes implementation problems. Which legal gaps have to be closed from your point of view?
- b) How do you judge the legal uncertainties resulting from the ECJs contrary interpretation of the Commissions Interpretative Communication - i.e. the application of environmental criteria as award criteria (*Beentjes, Nord-Pas-de-Calais*) or the inclusion of external costs in determining the most economically advantageous order (*Concordia Bus Finland*)?
- c) Why does the Commission reject the inclusion of external costs in determining the most economically advantageous order?

4. Information about green public procurement

- a) What kind of information does the EU offer member states for a more effective implementation of green public procurement
- b) Which web pages has the EU created and which web pages does the EU recommend?
- c) When will the EU-handbook about green public procurement be published?
- d) Which platforms for an exchange of information exist?
- e) What are the objectives of the IDA project (Interchange of Data between Administrations)? How can that be a helpful instrument for member states to better implement green public procurement?
- f) What is the status quo of SIMAP? Will it offer a database including all European public procurement projects to enhance the exchange of know-how and experiences?

Section E: Green Public Procurement within the EU member states

1. Which are the pioneer countries/ projects within the EU member states regarding green public procurement?
2. Does the European Commission itself buy environmentally friendly products/ services?
 Yes Occasionally Not at all

If yes, please give an example.

**Section F: Cooperation and communication
between the EU and the Czech Republic**

1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?
2. How far do/ will Czech experts participate in the decision process on green public procurement at EU level?
3. Do you know the status quo of green public procurement in the Czech Republic?
4. Do you know green public procurement projects in the Czech Republic?
5. Who informs you about this and how often?

Section G: Green Public Procurement in the Czech Republic

1. *EU assistance*

- a) Does the EU recommend new member states a successive implementation process?
- b) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?
- c) Does there exist an approximation strategy of the EU concerning green public procurement for new member states? Which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?
- d) Is the EU pushing the implementation of green public procurement in new member states rather within ministries or within local authorities/ municipalities?

2. *Ecolabelling*

- a) Do you recommend Czech companies to label their products rather with the European ecolabel or with the Czech ecolabel?

3. *Problems in implementing green public procurement*

- a) Which are from the EU perspective the main problems/ obstacles in implementing green public procurement in the member states, especially in the Czech Republic?

Section H: Future development

- 1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?
- 2. Which future changes in european procurement law are predictable?
- 3. Which future problems are predictable?

Interviewee

Name:

Department: EU-Commission, GD Environment

Thank you very much for the interview!

Anhang 3: Interviewleitfaden für die Experten in der Tschechischen Republik**Prof. Dr. Edeltraud Günther**

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/www/bwlbu/en/homepage.htm

Interview Guide

Dear ...,

Thank you very much for giving me the opportunity to interview you regarding my thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**. The interview will cover the following areas:

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic	109
Section B: Czech Public Procurement Act	109
Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic	109
Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic	111
Section E: Information	112
Section F: Ecolabelling	113
Section H: Market structure for environmentally friendly products	113
Section I: Future development.....	114

I would like to propose that the interview will take place on

Please feel free to contact me if you have any further questions or concerns: ...

I am looking forward to come to Prague and to our interview.

Kind regards,
Claudia Kreuzfeldt

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic

1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?
2. Which Czech state organisations are working on green public procurement?
3. How does the cooperation between the Ministry of Environment and the Czech Ecological Institute in the field of green public procurement look like?
4. How far is the “Council for Environmentally Friendly Products” working on green public procurement?
5. How far is the „Council for Sustainable Production and Consumption” working on green public procurement?
6. How far is the NGO „Network of Environmental Consulting Centres“ working on green public procurement?
7. Which other NGOs/ organisations are working on green public procurement and how do they cooperate with the Ministry of Environment?

Section B: Czech Public Procurement Act

1. How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the European public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?
2. Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?
3. Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?

Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Motivation for green public procurement

- a) How big is the current share of public procurement in the Czech GDP?
- b) When has the issue of green public procurement been raised for the first time in the Czech Republic?
- c) Which Czech documents ask for green public procurement?

- d) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy in the Czech Republic? Why?
- Low Equal High

2. EU-recommendation for green public procurement

- a) Did the Czech Republic comment on the „Interpretative Communication on the Community Law Applicable to Public Procurement and the Possibilities for Integrating Environmental Considerations into Public Procurement [COM(2001) 274 final]?
- b) Does the Interpretative Communication cause in your opinion legal uncertainties that complicate the implementation of green public procurement in the Czech Republic?
- c) Which incentives has the Czech Republic to implement green public procurement – an instrument of environmental policy that the EU has just recommended as a voluntary instrument?

3. Government Resolution on green public procurement in the Czech Republic

- a) How did the decision process for the adoption of the Government Resolution No. 720/2000 „Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration“ look like?
- b) What are the objectives of the Government Resolution?
- c) Does the Government Resolution address public authorities or the public sector as well?
- d) Which possibilities for integrating environmental aspects in the public procurement process does the Government Resolution offer?
- e) Does there exist a directive allowing that environmentally friendly products/ services can be more expensive than less environmentally friendly alternatives in public procurement?
- f) Do public authorities and public sector companies carry out life cycle analyses (LCA) previous to the procurement process? Are these LCA legally binding?
- g) Are public authorities and public sector companies legally committed to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Does there exist such an EIA-directive at the moment?
- h) How far is green public procurement incorporated into the concept of Integrated Product Policy (IPP, see EU Green Paper 2001) in the Czech Republic?

Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic

1. *Status quo of implementation and EU-assistance*

- a) How far has the Government Resolution No. 720/2000 been implemented?
- b) Regarding to this, what are the results of the last „Summary Report“ that has to be presented to the Czech Parliament annually?
- c) How is green public procurement currently practised in the Czech Republic?
 - Not yet
 - Occasionally
 - Systematically
- d) Do you know green public procurement projects?
- e) Does an overview about EMAS certified public authorities in the Czech Republic exist? How far do these public authorities practise green public procurement?
- f) How could the figure be generated, that purchases of environmentally friendly products for the state administrations or ministries accounted for twelve million Czech crowns in less than nine months after the validity of the Government Resolution No. 720/2000? Who records these activities?
- g) What is the status quo of the new government program „Green Public Administration“?
- h) Did the EU offer the Czech Republic an approximation strategy for green public procurement? If yes, which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?
- i) Does the EU recommend the Czech Republic a successive implementation process?
- j) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?

2. *Green public procurement within the Czech Ministry of Environment*

- a) Does the Ministry of Environment itself buy environmentally friendly products/ services?
 - Yes
 - Occasionally
 - Not at all
- b) If yes, since when and which environmentally friendly products and services? How big is thereby the share of ecolabeled products?
- c) Does the Ministry of Environment currently assess which further environmentally friendly products and services can be bought in the future?
- d) Do you know an example of procurement documents (i.e. a bid invitation) from the Ministry of Environment that include environmental considerations?
- e) Which other ministries purchase environmentally friendly products and services?

3. Implementation within local authorities/ municipalities

- a) Should green public procurement be implemented rather within ministries or within local authorities/ municipalities?
- b) Does there exist an overview of local green public procurement activities?
- c) How often does a meeting with representatives from local authorities/ municipalities takes place to push the implementation of green public procurement at the local level?

4. Problems

- a) Who are the opponents of green public procurement in the Czech Republic and what is their criticism?
- b) What are the main problems/ obstacles in implementing green public procurement in the Czech Republic?
- c) Which significance has green public procurement in comparison with other political topics?

5. Situation of the Czech administration

- a) How does the structure of Czech administrations look like after the self-administration reform in 2000?
- b) How can the derived problem of a decentralised public purchasing power be solved?
- c) How does the reconstruction and building up of Czech administrations proceed in order to provide a fundamental basis for green public procurement?
- d) Which measures should be taken urgently in this regard?
- e) Does the EU support the reconstruction and building up of Czech administrations financially?
- f) How does the financial budget of public authorities look like?

Section E: Information

- 1. Which information can employees of Czech public procurement departments access to better identify environmentally friendly products and services?
- 2. Do there exist an exchange of information or a best practise sharing between Czech administrations?
- 3. How does the flow of information between the procurement department, the environmental department, the financial department and the user of the purchased product/ service look like?

4. Will the EU-platform SIMAP (instrument to publish public procurement documents electronically and for an improved market analysis) be used in the Czech Republic in order to gather information about green public procurement projects?
5. Which Czech initiatives create awareness among employees of public authorities and the public sector to point out the possibilities and impacts of green public procurement?
6. Which Czech initiatives create awareness of green public procurement among producers?
7. What is the contribution of the „Right to Know Program“ to this awareness creation?
8. Does the Czech Republic cooperate with other countries in order to exchange experiences and know how about green public procurement?

Section F: Ecolabelling

1. What are the objectives of the Government Resolution No. 159/1993 “Introduction of a National Program of Labelling Environmentally Sound Products”?
2. How does the procedure for obtaining the Czech ecolabel look like?
3. How big is the market share of products with the Czech ecolabel in the Czech Republic?
4. Do Czech companies communicate figures about sales volumes of ecolabelled products?
5. Should Czech companies rather apply for the Czech ecolabel or for the European ecolabel? Why?

Section H: Market structure for environmentally friendly products

1. How do you judge the Czech market development for environmentally friendly products?
2. Which sectors/ product groups are the ones that has developed the most progressively in the Czech Republic in terms of offering environmentally friendly products and services?
3. Are Czech companies able to satisfy the public demand in the Czech Republic or is it necessary to import environmentally friendly products? Please describe the situation by considering a specific product.
4. Will Czech producers be committed legally in the future to publish product information like environmental impacts in order to better inform consumers?

Section I: Future development

1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?
2. Which future changes in Czech procurement law are predictable?
3. Which future problems are predictable?

Interviewee:

Name:

Department/ Organisation:

Thank you very much for the interview!

Anhang 4: Interviewleitfaden für die Mitarbeiter von RWE Energy Czech Republic

Prof. Dr. Edeltraud Günther
Professur für Betriebswirtschaftslehre,
Insbesondere Betriebliche Umweltökonomie
Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Technische Universität Dresden



Postadresse: 01062 Dresden
Telefon: +49 351 463-34313
Email: bu@mailbox.tu-dresden.de
Internet: www.tu-dresden.de/wwbwlbu/en/homepage.htm

Interviewleitfaden

Sehr geehrter ...,

vielen herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft zu einem Interview über das CNG-Projekt von RWE Energy, Prag. Dieses Projekt ist sehr interessant für meine Diplomarbeit, in der ich die **“Herausforderungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in der Tschechischen Republik im Zuge der EU-Osterweiterung”** analysiere. Das Interview umfasst die folgenden Bereiche:

Sektion A: Beschreibung des CNG-Projekts.....	116
Sektion B: Erdgasbetriebene Busse – pro und contra.....	117
Sektion C: Die Perspektive der tschechischen Regierung	118

Falls Sie noch Fragen oder Anregungen zum Interview haben, können Sie mich jederzeit gerne kontaktieren: ...

Vielen Dank für Ihre Bemühungen im Voraus.

Mit freundlichem Gruß,
Claudia Kreuzfeldt

Sektion A: Beschreibung des CNG-Projekts

1. Ziele/ Status Quo

- a) Welches sind die Ziele des Projekts? Bitte geben Sie eine kurze Projektbeschreibung.
- b) Wer hat das Projekt initiiert und wann?
- c) Wer sind die involvierten Akteure? - Mit wem kooperiert RWE Energy in diesem Projekt?
- d) Wie sieht diese Kooperation aus? - Welche Kommunikationsschwierigkeiten gibt es?
- e) Wie sieht der Zeitplan von RWE Energy für das Projekt aus? - In welcher Phase befindet sich das Projekt zur Zeit? - Welches sind die nächsten Aktivitäten? - Wann erfolgt frühestens der Kauf der erdgasbetriebenen Busse durch das tschechische Umweltministerium?
- f) Wo in der Tschechischen Republik gibt es zur Zeit Test-/ Pilotprojekte hinsichtlich gasbetriebener Busse?
- g) Wie dicht ist das tschechische Tankstellennetz und wie viele Tankstellen soll RWE Energy im Gegenzug für den Verkauf von Erdgas an diesen Tankstellen bauen?
- h) Wie viele Erdgaszapfsäulen existieren bereits in Tschechien? Wie hoch sind die Kosten für den Neubau einer Tankstelle/ Erdgaszapfsäule?
- i) Existieren für den Bau der Tankstellen Kooperationen mit Tankstellenbetreibern?

2. Motivation/ Chancen

- a) Welche Strategie verfolgt RWE Energy mit dem Projekt? Was ist Ihre Motivation?
- b) Welches sind die Vorteile für RWE Energy in diesem Projekt?
- c) Welche Anschlussprojekte könnte dieses Projekt nach sich ziehen (weitere öffentliche, private oder betriebliche Nachfrage nach Erdgas)?
- d) Welche Vorteile für den tschechischen Staat/ die Umwelt sehen Sie in dem Projekt?
- e) Auf welche erfolgreichen CNG-Projekte in Deutschland können Sie als Referenz verweisen?
- f) Welchen Erdgasmarktanteil hat RWE Energy in der Tschechischen Republik? - Mit welchen Unternehmen kooperiert RWE Energy in diesem Bereich?
- g) Welche Marketingaktionen existieren seitens RWE Energy, um ein öffentliches Bewusstsein für Erdgas als Kraftstoff in Tschechien zu schaffen?

3. Probleme

- a) Lohnt sich das Projekt für RWE Energy in finanzieller Hinsicht? Wenn nicht, was müsste geschehen, damit das Projekt gewinnträchtig wird?

- b) An welchen Hindernissen könnte das Projekt Ihrer Meinung nach scheitern?

Sektion B: Erdgasbetriebene Busse – pro und contra

1. Erdgasbetriebene Busse

- a) Welche Hersteller kommen für den Umbau der Busse von Diesel bzw. Benzin auf Erdgas in Tschechien in Betracht? Wie hoch sind deren Marktanteile auf dem Markt für erdgasbetriebene Busse?
- b) Wie hoch sind die Anschaffungskosten eines erdgasbetriebenen Busses im Vergleich zu herkömmlichen Bussen?
- c) Wie hoch sind die Kosten in der Nutzungs- und Entsorgungsphase eines erdgasbetriebenen Busses im Vergleich zu herkömmlichen Bussen?
- d) Halten erdgasbetriebene Busse die Euro III bzw. Euro IV-Norm ein?
- e) Worin besteht der Unterschied zwischen H-Gas und L-Gas?
- f) Welche Marketingaktionen existieren seitens der Busersteller, um ein öffentliches Bewusstsein für Erdgas als Antriebsstoff in Tschechien zu schaffen?

2. Entwicklung von Erdgas als Kraftstoff für Fahrzeuge

- a) Welche Umweltvorteile bietet Erdgas im Vergleich zu herkömmlichem Kraftstoff?
- b) Wie schätzen Sie die momentane Nachfrage nach erdgasbetriebenen Fahrzeugen in der Tschechischen Republik ein? Warum?
- Hoch Mittel Gering
- c) Wie schätzen Sie die Zukunftschancen ein, dass sich Erdgas als alternativer Kraftstoff in der Tschechischen Republik durchsetzt? Warum?
- Hoch Mittel Gering
- d) Werden Ihrer Meinung nach erdgasbetriebene Busse oder PKWs in Tschechien zukünftig serienmäßig produziert? Warum?
- Ja Vielleicht Nein

3. Probleme

- a) Welche Schwierigkeiten bestehen bei der Umrüstung eines Busses oder PKWs auf Gas?
- b) Welche Probleme ergeben sich bei der Nutzung und Entsorgung erdgasbetriebener Busse und PKWs?

Sektion C: Die Perspektive der tschechischen Regierung

1. Welches sind Ihrer Meinung nach die Beweggründe des tschechischen Umweltministeriums für dieses Projekt?
2. Wieso greift das tschechische Umweltministerium nicht auf andere Antriebstechnologien (Wasserstoff, Brennstoffzelle, etc.) zurück, um den öffentlichen Transport „sauberer“ zu gestalten?
3. Wie viele erdgasbetriebene Busse beabsichtigt das tschechische Umweltministerium zu kaufen? Wie hoch belaufen sich die finanziellen Investitionen?
4. Wie sieht der derzeitige Busfuhrpark der Stadt Prag/ des tschechischen Staates im öffentlichen Personennahverkehr aus (Alter der Busse/ Einhaltung von Umweltgesetzen)?
5. Wie wird das öffentliche Vergabeverfahren für den Kauf erdgasbetriebener Busse voraussichtlich ablaufen? - Kommt es bei dem Projekt zu einer öffentlichen Ausschreibung des Auftrages in der Tschechischen Republik oder sogar europaweit?
6. Gestalten sich das aktuelle Energiegesetz sowie andere relevante tschechische Gesetzgebungen positiv für die Entwicklung erdgasbetriebener Busse in Tschechien?
7. In welcher Höhe plant das tschechische Umweltministerium den Verkauf von Erdgas an Tankstellen zu subventionieren? Wie hoch wird Erdgas derzeit besteuert?

Interviewpartner:*Name:**Abteilung/ Unternehmen:* RWE Energy Czech Republic, Prag

Vielen herzlichen Dank für das Interview!

Anhang 5: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Frau Michielssen von der Europäischen Kommission

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/wwbwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Jill,

Thank you very much for the interview last Tuesday regarding my thesis about “**Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement**”. The interview has covered the following areas:

Section A: Basic Definitions	120
Section B: EU-Institutions	121
Section C: EU Public Procurement Directives.....	122
Section D: Green public procurement	122
Section E: Green Public Procurement within EU member states	126
Section F: Cooperation and communication between the EU and the Czech Republic....	126
Section G: Green Public Procurement in the Czech Republic.....	127
Section H: Future development	128

I am now sending you the minutes of our interview. If you have any further questions or concerns please feel free to contact me:

...

Many thanks for your time and help.

Kind regards,
Claudia

Section A: Basic Definitions

- 1. In 2001 public procurement represented 14% of GDP in the EU. Can this figure be divided into procurement by public authorities and procurement by the public sector?**

No.

- 2. How big is the share of local authorities/ municipalities in European public procurement?**

I don't have any figures about the share of local authorities/ municipalities.

- 3. Is the EU planning to increase this share with regard to the Local Agenda 21 that stresses the specific role of municipalities in realising sustainable development?**

The EU seeks to promote green public procurement and therefore to increase the overall share of "green" public procurement, including that of municipalities.

- 4. Which role do local authorities/ municipalities play in implementing green public procurement?**

Local authorities/ municipalities play an important role because of the high volumes they buy. Therefore they can influence the development of green public procurement decisively. Generally, the EU focusses the development of green public procurement at all levels.

- 5. How can the problem of a decentralised public purchasing power following from self-administration be solved?**

A decentralised purchasing power is not necessarily a problem: decentralised purchasers can also buy "green". The situation also differs from country to country. France for example has a quite centralised administration, which may lead to a stronger purchasing power. The disadvantage may be that contracts will be bigger in size, which may make it more difficult for SMEs to participate in centralised procurement processes. Another way of strengthening its purchasing power is through cooperation: in Belgium for example, municipalities create "Intercommunales", which are legal persons to whom they delegate/award the realisation of certain tasks in the general interest, such as waste management or transport or water and electricity distribution. Important cost savings can thus be achieved. An obstacle to the creation of such cooperation may lay in the fact that every administration has its own budget and likes to take its own decisions.

Section B: EU-Institutions

1. Which EU-organisations are working on the topic of green public procurement?

The DG Environment I am working for is cooperating with the DG Internal Market. The DG Internal Market is responsible for the legislative side and for new public procurement directives. Within the DG Environment, I am the only person working directly on green public procurement. However, with the implementation of EMAS in the Commission (its registration under the European Environmental Management and Audit Scheme), all relevant services will be encouraged to take into account environmental elements when buying goods or services and therefore we may say that everybody involved in buying goods/services will in a way deal with the topic of green public procurement.

At the moment we are mainly cooperating on a handbook that will promote green public procurement in the EU. The handbook will be published this summer after an inter service consultation. The Handbook is a working document of the services of the Commission and therefore does not need to be approved also by the Council or the European Parliament (Please have a look at website of the Secretary General of the Commission under "procedures" for more information).

2. Where is the department you are working for located in the EU-organisation and how can your department effect the development of green public procurement?

Three committee meetings organised by the DG Internal Market are taking place per year. The third meeting this year on October 28th is the first meeting where half of the time will, in principle, be dedicated to green public procurement. This is initiated by the DG Environment (G2 Industry) and aims at bringing together public procurement and environmental experts from all member states for the first time.

At the end of March two new directives in public procurement have been adopted. Stakeholders have influenced the process in a way as to ensure maximum possibilities for taking up environmental elements in a public procurement procedure.

3. Which international organisations/ NGOs are working on green public procurement and how do they cooperate with the EU?

The European Commission has worked together with the NGO ICLEI. ICLEI has contracts with the European Commission and carried out a survey on the application of green public procurement in the EU in 2002.

The European Commission is also cooperating with the OECD. There exist frequent meetings and there is a working group working on green public procurement. For further information on OECD activities on green public procurement please visit their website on sustainable procurement.

There is no project with ICLEI on green public procurement at the moment, but other projects may be running with other services/DG's . Unlike ICLEI, OECD is not an NGO : cooperation is on a permanent basis (not against payment or something...).

Section C: EU Public Procurement Directives

1. What is the status quo of the EU public procurement directives?

At the 31st of March new directives on public procurement have been adopted. This is the link to the EU supplement: OJL 134, 30/04/04, 2004/17 and 2004/18. I can give you a document about how green public procurement is incorporated in the new directives (this will be published on the EU website soon).

2. How far are the current public procurement directives implemented within the „old“ EU member states (see Annex of the Green Paper from 1996)?

I am not aware of any new publications about the implementation status. Have a look at <http://simap.eu.int> or ask the DG Internal Market. They might answer you as well the following three questions. You can call the Secretary (Tel. 0032-2-296 1772) or email Panayotis.Stamatopoulos@cec.eu.int or Jeroen.Hooijker@cec.eu.int.

- 3. Do there exist an implementation deficit from the EU perspective? If yes, why?**
- 4. Given an implementation deficit in the old member states, which arguments for an implementation of the EU directives can the EU bring forward to new member states?**
- 5. Are the EU procurement directives currently transposed into Czech law? If yes, how far are they harmonised with the EU procurement directives? If no, does there exist a transition period?**

Section D: Green public procurement

1. Motivation and objectives of green public procurement

a) When did the EU raise the issue of green public procurement for the first time?

In 1996 with the publication of the Green Paper “Public Procurement in the EU”.

b) Which EU documents ask for green public procurement?

There is no document that require green public procurement. But there are the following documents dealing with green public procurement:

- Green Paper “Public Procurement in the EU” from 1996,
- Communication of the European Commission “Public Procurement in the EU” from 1998,
- Interpretative Communication of the European Commission on possibilities for integrating environmental considerations into public procurement procedures (look for link on gpp website at EUROPA: it’s already there),
- Green Paper “Integrated Product Policy” from 2001,
- Guidelines on ecolabelling from 2001,

- Thematic Strategy on the Urban Environment: (http://europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic_strategy.htm),
- ETAP: Environmental Technology Action Plan: (<http://europa.eu.int/comm/environment/etap/index.htm>). ETAP promotes the development of environmental technologies through green public procurement. It targets at convincing local authorities to use environmental technologies and at strengthening their cooperation with companies in order to set incentives for investment in R&E of environmental technologies. ETAP has been adopted early this year and is therefore at the very beginning of reflection.

c) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy? Why?

- Low Equal High

The significance of green public procurement is low/equal or high, depending on the environmental policy it is compared with. The question is difficult to answer because on one hand not all instruments of environmental policy are regulated at EU level. On the other hand, green public procurement gains its significance as a complementary tool and not necessarily in comparison to other tools.

2. EU-recommendation for green public procurement

a) What is the status quo of the European Commissions' Interpretative Communication regarding green public procurement from 2001?

The status has not been changed in between. But now are all aspects of green public procurement incorporated in the above mentioned new directives on public procurement.

b) How did the decision process for the adoption of this Interpretative Communication look like?

Communications from the European Commission like this one does not follow an official co-decision process like the public procurement directives. The Interpretative Communication has been adopted by the European Commission in a "procédure écrite". Please have a look at website of the Secretary General of the Commission under "procedures" for more information).

c) Why is green public procurement only a voluntary instrument of environmental policy and not legally binding for member states?

It's not felt appropriate to make it overall mandatory. Contracting authorities don't want to be obliged in all cases to buy green because e.g. of more expensive environmental products, budget constraints and lack of knowledge.

d) Does the EU intend to change the voluntariness of this instrument in the future?

No.

e) How can especially new member states be convinced of implementing the voluntary instrument green public procurement?

In the same way as the old member states. There exist a promotion strategy of the European Commission concerning green public procurement. It contains

- the handbook,
- the EU website,
- regular expert meetings and
- a database containing environmental information for some 100 product/ service groups (http://europa.eu.int/comm/environment/green_purchasing).

f) When prescribing technical specifications of the subject matter, purchasing authorities have to refer to European standards or comparable instruments that define environmental requirements for products and services. What kind of European standards exist?

The European Ecolabel scheme contains environmental technical specifications for the categories of products covered. It is a voluntary scheme therefore contracting authorities may not request that products bear the ecolabel as such. They may however request that products comply with the underlying technical specifications and recognize the ecolabel as a way to prove this compliance.

g) Does the EU intend to commit public authorities legally to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Do there exist such an EIA-directive at the moment?

The EU does not intend to commit public authorities to carry out an EIA. Check the EIA-directive, it just focusses on big construction works.

3. Legal uncertainties**a) Member states criticise that EU law concerning green public procurement is not unambiguously and therefore provokes implementation problems. Which legal gaps have to be closed from your point of view?**

The question whether public authorities may ask for an EMAS certification of bidding companies is often raised, although the Commission says its not allowed. A direct link between requirements imposed upon bidders and their bids on the one hand and the contract on the other hand is always a must.

b) How do you judge the legal uncertainties resulting from the ECJs contrary interpretation of the Commissions Interpretative Communication - i.e. the application of environmental criteria as award criteria (*Beentjes, Nord-Pas-de-Calais*) or the inclusion of external costs in determining the most economically advantageous order (*Concordia Bus Finland*)?

I don't see legal uncertainties in this regard. Beentjes and Nord-Pas-de-Calais focus on social criteria. Environmental criteria as award criteria are allowed if there is a direct link to the contract. This has been clearly pointed out by the Court of Justice in the Concordia Bus Finland case and the Wienstrom case that has been decided this year.

c) Why does the Commission reject the inclusion of external costs in determining the most economically advantageous order?

Because often (mostly?) they lack a direct link to the subject matter of the contract as well as measuring the impact of external costs is often difficult.

4. Information about green public procurement

a) What kind of information does the EU offer member states for a more effective implementation of green public procurement?

See my answer to question D. 2e):

- the handbook,
- the internet (the green public procurement website of the EU <http://europa.eu.int/comm/environment/gpp> is under construction. I will enlarge this website soon and publish much more information on it.),
- the European Ecolabel and
- the mentioned database.

b) Which web pages has the EU created and which web pages does the EU recommend?

I am still working on a new structure of the enlarged EU green public procurement website. I intend to offer a section with useful links. I still have to check which appropriate websites will be recommended.

c) When will the EU-handbook about green public procurement be published?

This summer. See question B. 1.

d) Which platforms for an exchange of information exist?

A first platform is the meeting on October 28th this year. Then we will elaborate how a systematic exchange can be organised.

e) What are the objectives of the IDA project (Interchange of Data between Administrations)? How can that be a helpful instrument for member states to better implement green public procurement?

I don't know this project.

f) What is the status quo of SIMAP? Will it offer a database including all European public procurement projects to enhance the exchange of know-how and experiences?

SIMAP is a general platform for public procurement. It intends to offer the exchange of know-how and experiences. An overview of green public procurement projects of different member states might be possible in the future on the enlarged website I am working on (under the section useful links).

Section E: Green Public Procurement within EU member states

1. Which are the pioneer countries/ projects within the EU member states regarding green public procurement?

Please have a look at the ICLEI survey from 2002. Sweden and Denmark followed by Austria, Germany and the UK are the pioneer countries, ranking above the European average of 19 % of administrations in the EU that apply environmental aspects in more than 50% of their purchases.

2. Does the European Commission itself buy environmentally friendly products/ services?

Yes Occasionally Not at all

If yes, please give an example.

Green public procurement within the European Commission is not yet harmonised, regulated or generally operated, although it is not excluded that the purchasing officials take into account environmental element when buying goods or services. I use recycled paper but I am not aware of other environmentally friendly products/ services. The European Commission has started a pilot project for an EMAS registration within 3 DGs. One element of environmental management will be green public procurement. Please ask Jorge Dias del Castillo (Tel. 0032-2-296 82 63) for more information on the EMAS registration.

Section F: Cooperation and communication between the EU and the Czech Republic

I can't answer these questions at this moment. Its too early because a process of communication and cooperation with old and new member states is in the very beginning. Czech representatives will attend the first expert meeting on October 28th 2004. Then I will meet for the first time contact persons from the member states to exchange best practices, etc. I think only one or two persons per country will attend the meeting and I don't know yet if green public procurement experts will attend as well.

- 1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?**
- 2. How far do/ will Czech experts participate in the decision process on green public procurement at EU level?**
- 3. Do you know the status quo of green public procurement in the Czech Republic?**
- 4. Do you know green public procurement projects in the Czech Republic?**
- 5. Who informs you about this and how often?**

Section G: Green Public Procurement in the Czech Republic

1. EU assistance

a) Does the EU recommend new member states a successive implementation process?

EU assistance for implementing green public procurement is the same for old and new member states. Green public procurement is a voluntary tool, not needing any regulatory implementation. The handbook will give tips for implementation of green public procurement in the member states.

b) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?

No. I'm not aware of any specific financial support for green public purchasing.

c) Does there exist an approximation strategy of the EU concerning green public procurement for new member states? Which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?

No.

d) Is the EU pushing the implementation of green public procurement in new member states rather within ministries or within local authorities/ municipalities?

The EU is pushing the implementation of green public procurement at all levels.

2. Ecolabelling

a) Do you recommend Czech companies to label their products rather with the European ecolabel or with the Czech ecolabel?

I don't know the Czech ecolabel. It would be necessary to check the conformity of technical specifications of the Czech ecolabel with those of the European ecolabel. If they are equal, I would recommend both ecolabels. If the European ecolabel has more developed technical specifications, I would recommend the European ecolabel.

3. Problems in implementing green public procurement

a) Which are from the EU perspective the main problems/ obstacles in implementing green public procurement in the member states, especially in the Czech Republic?

I see main problems of new member states like the Czech Republic in

- The lack of knowledge (e.g. how to carry out LCAs),
- Access to green databases,
- Budgetary constraints.

Section H: Future development

1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?

I hope that the significance will increase. The European Commission is pushing the development of green public procurement by the different promotion tools I have already mentioned. As the image is getting more and more important, public authorities have to set a good example and will therefore implement green public procurement.

2. Which future changes in european procurement law are predictable?

None.

3. Which future problems are predictable?

- Lack of environmental know-how
- Lack of awareness and know-how about how to carry out LCAs
- Budgetary constraints.

Interviewee

Name: Jill Michielssen

Department: European Commission, GD Environment, G2 Industry and Implementation

Interview: 11th May 2004, 10am at the European Commission in Brussels

Thank you very much for the interview!

Anhang 6: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Kaspar und Herrn Vondrous vom tschechischen Umweltministerium

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/www/bwu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Mr. Vondrous, Dear Mr. Kaspar,

Thank you very much for the interview last Monday regarding my thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**. The interview has covered the following areas:

Section A:	Environmental Institutions in the Czech Republic	130
Section B:	Czech Public Procurement Act	132
Section C:	Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic	132
Section D:	Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic	136
Section E:	Information	139
Section F:	Ecolabelling	139
Section H:	Market structure for environmentally friendly products	140
Section I:	Future development	140

I am now sending you the minutes of our interview. Please check the correctness of your answers and give me your ok that I can use them for my thesis. If you have any further questions or concerns please feel free to contact me:

...

Many thanks for your time and help.

Kind regards,
Claudia Kreutzfeldt

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic

Mr. Jakub Kaspar answered the first part of questions of the interview.

1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?

As far as I know, there is no institutional contact between the EU and the Czech Republic (CR) on green public procurement. Mr. Nahodil ([Peter Nahodil@env.cz](mailto:Peter.Nahodil@env.cz), Tel. +420 267 122 267) who is Head of the Department for Voluntary Instruments at the Ministry of the Environment (ME) could tell you more about contacts with the EU on green public procurement. But as far as I know there is no systematic communication.

There exist some contacts regarding ecolabelling. I am in contact with the marketing group for ecolabelling in Brussels. And the Czech expert Mrs. Dagmar Sucharovova is in close contact with the European board of the Ecolabelling System (European Flower). Mrs. Sucharovova works in the Department for Voluntary Instruments at the ME.

2. Which Czech state organisations are working on green public procurement?

There is no special organisation for green public procurement in the CR. Its the ME as the governmental body who plays a leading role in green public procurement, especially the Department for Voluntary Instruments and the Department for Public Relations I am the head of. My department is promoting green public procurement in the CR. Generally, its up to every ministry to decide everything linked to green public procurement. We recommend some measurements which has to be done in this field to other ministries. We have the governmental decision 720/2000 from the year 2000 which is a recommendation for ministries to prefer environmentally friendly products in their procurement. One part of this decision is the task of our Ministry to complete an annual report about the fulfillment of the decision. Mr. Bellman in the Department for Voluntary Instruments is responsible for the annual report which was published in the year 2000 for the first time.

3. How does the cooperation between the Ministry of Environment and the Czech Environmental Institute in the field of green public procurement look like?

We are closely cooperating with the Czech Environmental Institute (CEU) which is an organisation founded by the ME. The director of the CEU is a member of the Advisory Board of the ME where the minister, deputy ministers and section directors meet every week. My department and the Department for Voluntary Instruments have a partner department at the CEU, which is the Agency for Environmentally Friendly Products.

4. How far is the “Council for Environmentally Friendly Products” working on green public procurement?

The council is a working group consisting of representatives from the ME (Department for Voluntary Instruments), the CEU, the Ministry of Industry and Trade, the Czech Quality Association (the Ecolabel is part of the Czech Quality Labelling System) and NGOs. The council is dealing with the National Ecolabelling Program, its an advisory board for the ME how to deal with the Program in the nearest future. Its advising to the CEU what kind of products should be labelled/ certified.

5. How far is the „Council for Sustainable Production and Consumption” working on green public procurement?

This is not a council, it's a working group on Sustainable Production and Consumption (SCP). It's not a working group of the ME but one of nine working groups of the Governmental Council on Sustainable Development which is a quite new council and acts like an advisory institution/board for the government regarding sustainable development issues. The main task of this Working Group for SCP is to create a "10 year framework Program of SCP" in the CR. It's working similar to the Commission for Sustainable Development of the United Nations but on the Czech scale. The aim of the "10 year framework Program of SCP" is to revise what kind of programs exist in the CR in order to support SCP and to recommend to ministries and to local administrations what should be done in the future. The role of public procurement in this Program is very crucial because of the promotion/marketing results (setting an example). Green public procurement is an important instrument and one of the strongest instruments governments can do in this field - because the government can't decide strictly what should be produced and consumed in a free market economy. It can just decide what the government should do and support on the side of production.

We are working closely with the Working Group on SCP (I am also a member). First, the head of the Working Group is the minister of environment and as far as I know there are three representatives from the ME in this Working Group. Other ministries represented in the Working Group on SCP are for example the Ministry of Industry and Trade, the Ministry of Agriculture and the Ministry of Transport. Please check this internet page for more information: <http://www.wtd.vlada.cz/enq/vyboru.htm>).

6. How far is the NGO „Network of Environmental Consulting Centres“ working on green public procurement?

This NGO is the most active NGO in this field. The name of the network is STEP (it's a shortcut of the Czech title, see <http://www.ekoporadna.cz/index.php>). They are not just a consulting centre for the public but also for governmental bodies. Mrs. Kanichova from STEP is also a member of the working group on CSP. The STEP activities regarding green public procurement are:

- Our Ombudsman office in Brno is very proactive in the field of green public procurement. They buy environmentally friendly products and use renewable energy, they separate their household waste and compose their biowaste, etc. Before they started these activities they consulted STEP.
- Mrs. Kanichova and Mrs. Gailly from STEP held for the first time training sessions in 2003 for 20 employees of the ME about how to behave more environmentally friendly in the office. It was successful so that we like to repeat it two or three times this year.

7. Which other NGOs/ organisations are working on green public procurement and how do they cooperate with the Ministry of Environment?

Mr. Ondrej Velek is individually active in this field. He is a member of the Working Group on CSP although he is no longer employed by the NGO Environmental Partnership. In the field of Sustainable Consumption there are the following active NGOs:

- Arnica has a special campaign to support the use of recycled paper – also in the office of the ME,
- Veronica is one part of the Czech Association for Nature Protection (CSOP). It's the biggest NGO in the CR and also a member organisation of the STEP network. Veronica is one of the most active consulting centres (one of their employees is Mrs. Gailly).

Section B: Czech Public Procurement Act

- 1. How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the European public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?**
- 2. Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?**

As for the legislation on public procurement we are working together with the Ministry of Regional Development. But for public procurement itself it's up to every ministry to decide on its own procurement. In every ministry there exist a department for public procurement. Within the ME it's the Department of Internal Administration.

A new Public Procurement Act has been adopted this year: 40/2004. Adela Princova from the CEU told me it's fully harmonised with the EU legislation and fully implemented in the CR. There is a special paragraph dedicated to greening the public procurement saying that environmental friendliness is one aspect of public procurement.

In the directives managing the activities/grants of the State Environmental Fund exist also a paragraph saying that projects financially supported by the Fund should support the procurement of environmentally friendly products.

- 3. Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?**

I don't know. Please ask Mr. Nahodil.

Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Motivation for green public procurement

- a) How big is the current share of public procurement in the Czech GDP?**

I think it's 17% but I am not sure. I recommend you to contact the Ministry of Finance.

- b) When has the issue of green public procurement been raised for the first time in the Czech Republic?**

With the start of the National Program for Environmentally Products/ Ecolabelling in 1994 (the government decision is from April 1993). I am not sure whether the term green public procurement was mentioned but this was the first time the whole issue appeared at governmental level.

- c) Which Czech documents ask for green public procurement?**

- The Public Procurement Act 40/2004 from 2004,
- the National Program for Ecolabelling from 1993,

- the Government Resolution 720/2000 from 2000,
- Internal documents of the ME (two decisions of the minister of environment):
 - first decision from former minister Mr. Bursik for the support of using environmentally friendly products within the ME and its organisations from 1996,
 - second decision from 2002 from the current minister of environment Mr. Ambrozek with three tasks: support of environmentally friendly products, use of recycled paper in the ME, preferation of returnable bottles.

d) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy in the Czech Republic? Why?

- Low Equal High

Mr. Kaspar: Instruments can be divided in legal, regulatory, voluntary and public awareness instruments. I would say that green public procurement as a voluntary instrument has an equal significance in comparison to other instruments of environmental policy applied by the Czech government. I don't think that it has high significance because the role of regulatory instruments is high.

Mr. Vondrous: It depends on the significance for whom. Technical rules for example are strong instruments that can be enforced/controlled/sanctioned. We can just hope that voluntary instruments will be respected by public authorities because it's a visible tool.

2. EU-recommendation for green public procurement

- a) Did the Czech Republic comment on the „Interpretative Communication on the Community Law Applicable to Public Procurement and the Possibilities for Integrating Environmental Considerations into Public Procurement [COM(2001) 274 final]?**
- b) Does the Interpretative Communication cause in your opinion legal uncertainties that complicate the implementation of green public procurement in the Czech Republic?**

I don't know the Interpretative Communication and I am not aware of any comments from the CR. Please ask Mr. Nahodil to be sure.

- c) Which incentives has the Czech Republic to implement green public procurement – an instrument of environmental policy that the EU has just recommended as a voluntary instrument?**

The raise of the question of green public procurement in the CR was caused by:

- The public demand, especially from NGOs dealing with this issue (campaigns like for example from Arnica for recycled paper started not long ago in 2001),
- Strong personal interest of the minister of environment Mr. Ambrozik, at his first speech he declared that green public procurement will be one of his topics he will strongly promote,
- On the WBCSD 1992 in Johannesburg one of the strong topics was SCP, as a result the Working Group on SCP and the work on the “10 year framework program on SCP” was initiated in the CR,
- The new Public Procurement Act 40/2004 from 2004 has raised many legal incentives to implement green public procurement,

- There is one inherent incentive for green public procurement in the state administration which is not obvious yet because green public procurement is quite a new thing. Therefore the problem is first, that public awareness for green public procurement within the state administrations is not very high and second, that there don't exist any understandable guidelines for state administrations and regional/local authorities how to implement green public procurement. My impression is that implementation guidelines are not very common in the EU 15 yet. I work closely together with the UK and they just published their guidelines in October 2003. The Foreign Ministry in London (Foreign Commonwealth Office) initiated a project of study visit for Czech officials from the government. Its an inspiration/ exchange of information for us and I now have many contacts from there.

3. Government Resolution on green public procurement in the Czech Republic

a) How did the decision process for the adoption of the Government Resolution No. 720/2000 „Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration“ look like?

The initiator was the former minister of environment Mr. Kuzvart and the Department for Voluntary Instruments elaborated the decision which was adopted by the government in 2000. I think it's a quite successful program. If I benchmark the results from every year (from 2000 to 2003) they are improving every year: the amount/percentage of environmentally friendly products used by all the ministries is increasing. In the Ministry of Interior for example 74% of the used paper is recycled paper.

b) What are the objectives of the Government Resolution?

The decision has three objectives:

- Raise the number of environmentally friendly products used by public administrations/ the Support of environmentally friendly products in the market,
- Promotion of the Ecolabel and the National Program for Ecolabelling,
- Raise public awareness by green public procurement (because we don't have many other instruments to raise the number of ecolabelled products than increasing public awareness).

c) Does the Government Resolution address public authorities or the public sector as well?

The decision just addresses state bodies on the central level of government. A government resolution can not address local/regional authorities. They can just be addressed by an act. So its just recommending for local/regional authorities to buy green. The decision does not address public companies.

d) Which possibilities for integrating environmental aspects in the public procurement process does the Government Resolution offer?

The decision does not give any advise how to implement green public procurement. We have regular meetings (twice a year) with other ministries in order to explain them how to identify environmentally friendly products although these might not be ecolabelled. We

prepare for example energy sheets on refrigerators or tell them which recycled paper without ecolabel can be used.

There are no written guidelines. Together with the Department for Voluntary Instruments (ME) and the Agency for Environmentally Friendly Products (CEU) we are just starting to elaborate such guidelines for administrations at all levels.

e) Does there exist a directive allowing that environmentally friendly products/services can be more expensive than less environmentally friendly alternatives in public procurement?

The government decision does not solve this problem. Regarding public procurement its solved partly by the new Public Procurement Act. Environmental Friendliness is also a criteria that can be applied while procuring and therefore public authorities can buy a green product although its more expensive. But the promotion of these products to the public is a problem. We had a nice instrument for this. Consumers of environmentally friendly products payed a lower rate of VAT (5%). There was no transition period negotiated with the EU so we lost this instrument. Now the normal rate is 19%.

f) Do public authorities and public sector companies carry out life cycle analyses (LCA) previous to the procurement process? Are these LCA legally binding?

Mr. Kaspar: I don't know. Please ask Mr. Nahodil who is responsible for this.

Mr. Vondrous: Its difficult to carry out LCAs in public authorities. We can help them with preparing LCA studies. That's what we did for returnable bottles. But we just elaborate studies for special cases if we want to have arguments for the use of this product.

Mr. Kaspar: We also elaborated a study for recycled paper. But LCA is not obvious and not used every time.

g) Are public authorities and public sector companies legally committed to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Does there exist such an EIA-directive at the moment?

There is no commitment to do EIA in public procurement. Its necessary in cases of investments/big projects. So it depends on the real impact on the environment.

Mr. Kaspar left for a meeting, so Mr. Vondrous answered the last part of questions.

h) How far is green public procurement incorporated into the concept of Integrated Product Policy (IPP, see EU Green Paper 2001) in the Czech Republic?

An IPPC directive was recently adopted in the CR which says that new technologies must use BAT (best available techniques). The link to gpp is just indirect because these new technologies will have a lower impact on the environment, i.e. a lower energy consumption.

Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Status quo of implementation and EU-assistance

- a) **How far has the Government Resolution No. 720/2000 been implemented?**
 b) **Regarding to this, what are the results of the last „Summary Report“ that has to be presented to the Czech Parliament annually?**

The annual report is showing the amount of consumption of environmentally friendly products by every ministry that has to report about its activities. So we can compare different ministries and see a progress every year. The amount of environmentally friendly products is growing (for figures please have a look at the annual report). Please see as well question A. 2.

- c) **How is green public procurement currently practised in the Czech Republic?**

Not yet **Occasionally** **Systematically**

I would say systematically in all the ministries which have to publish their information in the annual report because there is a person responsible for writing the report about their activities concerning green public procurement. Within the ME it's the Department for Internal Administration.

- d) **Do you know green public procurement projects?**

Apart from green public procurement projects within the ministries who publish their activities in the annual report we have one project at the Czech Environmental Inspectorate (CEI, controlling body). It's a test project about rebuilding cars in order to change from fuel to gas. The Czech government has a treaty with Skoda – Czech car producer (like in other countries as well, governments have treaties with the biggest national car producers). Normally, cars are just used for a short time by ministries (two or three years) and then given back to the car producer to change it for a newer one. In between, Skoda offers a free service. A problem is that if the ministries themselves rebuild the cars, they will loose the free service from Skoda. Institutions founded by ministries (like the CEI) have not so strict conditions for using these cars. That is why we ask this institution to test the rebuilding. We would like to know how long it will take until the invested money to rebuild a car will return back. The CEI is trying to negotiate conditions under which the cars can be rebuild and used in a more environmentally friendly way. Investments for rebuilding cars are intended to come back by saving fuel, so that the project is as well economicly efficient.

Another project is the use of recycled paper in the ME. There is no Czech producer that can supply us with recycled paper for copying, especially on quick copy machines. We use recycled paper from the german producer Steinbeiß, from Xerox, etc. Recycled paper from Czech producers is just used for printing. But there are two Czech producers who started programs in order to produce recycled paper of better quality.

e) Does an overview about EMAS certified public authorities in the Czech Republic exist? How far do these public authorities practise green public procurement?

The municipality Vsetin is the only one I know. We are in close contact with them. The town is quite active in the field of environmental education. They are one of several municipalities that use recycled paper.

Mr. Vondrous had to go to a meeting, so just selected questions from the following ones were asked.

- f) *How could the figure be generated, that purchases of environmentally friendly products for the state administrations or ministries accounted for twelve million Czech crowns in less than nine months after the validity of the Government Resolution No. 720/2000? Who records these activities?*
- a) *What is the status quo of the new government program „Green Public Administration“?*
- b) Did the EU offer the Czech Republic an approximation strategy for green public procurement? If yes, which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?**
- c) Does the EU recommend the Czech Republic a successive implementation process?**
- d) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?**

No.

2. Green public procurement within the Czech Ministry of Environment

- a) *Does the Ministry of Environment itself buy environmentally friendly products/ services?*
 Yes Occasionally Not at all
- b) *If yes, since when and which environmentally friendly products and services? How big is thereby the share of ecolabeled products?*
- c) *Does the Ministry of Environment currently assess which further environmentally friendly products and services can be bought in the future?*
- d) *Do you know an example of procurement documents (i.e. a bid invitation) from the Ministry of Environment that include environmental considerations?*
- e) *Which other ministries purchase environmentally friendly products and services?*

3. Implementation within local authorities/ municipalities

- a) Should green public procurement be implemented rather within ministries or within local authorities/ municipalities?**

Please see A 5., C. 2c) and 3c) as well as H. 3..

- b) *Does there exist an overview of local green public procurement activities?*
- c) *How often does a meeting with representatives from local authorities/ municipalities take place to push the implementation of green public procurement at the local level?*

4. Problems

- a) *Who are the opponents of green public procurement in the Czech Republic and what is their criticism?*
- b) What are the main problems/ obstacles in implementing green public produrement in the Czech Republic?**

The biggest problems are:

- Low level of information among state officials, public authorities, NGOs,
- Lack of knowledge (we don't have LCA for all products and sometimes don't know which product to buy/ to recommend),
- Problems regarding green public procurement are slowly solved because politicians still don't think that it's a topic that should be raised. Politicians don't promote green public procurement strong enough (the UK government for example has a building with solar cells).

- c) *Which significance has green public procurement in comparison with other political topics?*

5. Situation of the Czech administration

- a) How does the structure of Czech administrations look like after the self-administration reform in 2000?**

We had 81 districts/regions that were governed by state power. They were abolished and the CR created 14 new regions with public authorities who have more power now. There exist a three step system of local authorities, 14 regions and the state administrations.

- b) *How can the derived problem of a decentralised public purchasing power be solved?*
- c) *How does the reconstruction and building up of Czech administrations proceed in order to provide a fundamental basis for green public procurement?*
- d) *Which measures should be taken urgently in this regard?*
- e) *Does the EU support the reconstruction and building up of Czech administrations financially?*
- f) *How does the financial budget of public authorities look like?*

Section E: Information

1. Which information can employees of Czech public procurement departments access to better identify environmentally friendly products and services?

We have two official labels informing about the environmental friendliness of products: the Czech Ecolabel and the Czech Bio-Product label. There exist as well the European Ecolabel. Concerning implementation guidelines please see C. 2c) and 3d).

2. Do there exist an exchange of information or a best practise sharing between Czech administrations?

3. How does the flow of information between the procurement department, the environmental department, the financial department and the user of the purchased product/ service look like?

Please see B. 1. and 2..

4. Will the EU-platform SIMAP (instrument to publish public procurement documents electronically and for an improved market analysis) be used in the Czech Republic in order to gather information about green public procurement projects?

5. Which Czech initiatives create awareness among employees of public authorities and the public sector to point out the possibilities and impacts of green public procurement?

Please see A. 6. and 7.

6. Which Czech initiatives create awareness of green public procurement among producers?

7. What is the contribution of the „Right to Know Program“ to this awareness creation?

8. Does the Czech Republic cooperate with other countries in order to exchange experiences and know how about green public procurement?

Please see Question C. 2c).

Section F: Ecolabelling

1. What are the objectives of the Government Resolution No. 159/1993 “Introduction of a National Program of Labelling Environmentally Sound Products”?

2. How does the procedure for obtaining the Czech ecolabel look like?

3. How big is the market share of products with the Czech ecolabel in the Czech Republic?

4. Do Czech companies communicate figures about sales volumes of ecolabelled products?

5. Should Czech companies rather apply for the Czech ecolabel or for the European ecolabel? Why?

Section H: Market structure for environmentally friendly products

1. How do you judge the Czech market development for environmentally friendly products?

I don't have enough information to answer you this question. We have an overview of returnable bottles and recycled paper on our website.

2. *Which sectors/ product groups are the ones that has developed the most progressively in the Czech Republic in terms of offering environmentally friendly products and services?*
3. *Are Czech companies able to satisfy the public demand in the Czech Republic or is it necessary to import environmentally friendly products? Please describe the situation by considering a specific product.*
4. *Will Czech producers be committed legally in the future to publish product information like environmental impacts in order to better inform consumers?*

Section I: Future development

1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?

It will increase. In the CR its still a new and interesting topic.

2. Which future changes in Czech procurement law are predictable?

3. Which future problems are predictable?

What we have to do in the future to overcome the obstacles is:

- to influence politicians even on the regional and local level to change their procurements,
- to push politicians on the central level to promote green public procurement,
- to raise the awareness of people by environmental education centres.

Further documents received:

- Ing. Petr Nahodil from the Czech Ministry of the Environment: Volunatry Instruments Increasing the Competitiveness of enterprises
- Czech Environmental Institute: Czech Ecolabelling – National Program of Labelling Environmentally Friendly Products
- Czech Ministry of the Environment: Green procurement and sustainable consumption in the state and public administration, promotion of “green” products, experience at ME

- Czech Ministry of the Environment (2003): EMAS, Manual on obtaining an integrated permit
- Czech Ministry of the Environment (2003): LCA, Life-Cycle Assessment
- Czech Ministry of the Environment (2003): Eco-Labeling in the Czech Republic

Interviewee

Name/ Organisation: Daniel Vondrous, Secretary of Minister, Czech Ministry of the Environment

Name/ Organisation: Jakub Kaspar, Head of the Department of Public Relations, Czech Ministry of the Environment

Interview: 17th May 2004, 2pm-3.30pm at the Czech Ministry of the Environment in Prague

Thank you very much for the interview!

Anhang 7: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Frau Princova und Herrn Saifrid vom Tschechischen Ökologischen Institut

Prof. Dr. Edeltraud Günther
Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden
Phone: +49 351 463-34313
Email: bu@mailbox.tu-dresden.de
Internet: www.tu-dresden.de/www/bwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Adela, Dear Mr. Saifrid,

Thank you very much for the interview last Tuesday regarding my thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**. The interview has covered the following areas:

Section A:	Environmental Institutions in the Czech Republic	143
Section B:	Czech Public Procurement Act	144
Section C:	Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic	145
Section D:	Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic	147
Section E:	Information	151
Section F:	Ecolabelling	152
Section H:	Market structure for environmentally friendly products	153
Section I:	Future development.....	154

I am now sending you the minutes of our interview. Please check the correctness of your answers and give me your ok that I can use them for my thesis. If you have any further questions or concerns please feel free to contact me:

...

Many thanks for your time and help.

Kind regards,
Claudia Kreuzfeldt

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic

1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?

Concerning Ecolabelling the Ministry of the Environment (ME, especially Mrs. Dagmar Sucharovova – she is the head of the Voluntary Instruments Department) and the Czech Ecolabelling Agency (CEA, especially Mr. Petr Saifrid and Ms. Adela Princova) are the two competent bodies who cooperate with the EU (especially with the General Directorate Environment at the European Commission). It depends on the topic who we are contacting in the EU. We are working together with the European Ecolabelling Board and there exist different working groups. Some meetings are regular, others not. But as we have just accessed the EU, the communication is on the way to develop. At the European Ecolabelling Board the representatives from all member states meet approx. every three months. In April we met them for the first time in Dublin and the meeting was dedicated to tourist accomodation and camp site services because the EU wants to establish directives in this field.

The ME and the CEA are both working on green public procurement as well. But we in the CEA focus on ecolabelling and therefore green public procurement is just one part of our work and not the main issue. I don't think that there exists an organisation in the CR which is just working on green public procurement. It's always a part of something else (like in the ME the Department of Voluntary Instruments).

2. Which Czech state organisations are working on green public procurement?

The ME, the CEA, the Ministry of Industry and Trade (they helped to establish the government decision 720/2000) and the Ministry for Regional Development.

3. How does the cooperation between the Ministry of Environment and the Czech Ecological Institute in the field of green public procurement look like?

The ME is the guarantor of the Czech Ecolabelling Programme, so they are managing the CEA which is the executive body.

4. How far is the “Council for Environmentally Friendly Products” working on green public procurement?

The Council

- evaluates and recommends proposals for the evaluation of categories,
- submits suggestions for such proposals,
- evaluates applications for products proposed for Ecolabelling,
- formulates such requirements and recommends them to the Minister for approval,
- submits its own suggestions for any revisions of valid directives and proposals for improving the effectiveness of the ecolabelling program,
- controls at random the compliance with the conditions for awarding the Ecolabel.

5. How far is the „Council for Sustainable Production and Consumption” working on green public procurement?

There exist a Council for Sustainable Development within which exists a working group for sustainable production and consumption (SCP). This working group is working on a “10 years program” (or plan) for SCP and its fulfillments. Please have a look at <http://wta.vlada.cz/eng/vybor.htm>.

6. How far is the NGO „Network of Environmental Consulting Centres“ working on green public procurement?

They are doing presentations, education and promotion. Please have a look at <http://www.ekoporadna.cz/scopeweb.php>.

7. Which other NGOs/ organisations are working on green public procurement and how do they cooperate with the Ministry of Environment?

Members of different NGOs are in the Council for Environmentally Friendly Products (they focus on ecolabelling):

- The Czech Environmental Partnership Foundation,
- The Czech Union for Nature Conservation,
- Veronica,
- The Czech Cleaner Production Centre.

In the CR the position of NGOs, especially green NGOs is not strong. Concerning green public procurement they are working on education/awareness creation and promotion.

Section B: Czech Public Procurement Act

- 1. How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the european public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?**
- 2. Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?**

There is a new (revised) law on Public Procurement: Act No. 40/2004, full harmonised with European public procurement directives (which are all mentioned on the first page of the Act) and fully implemented. As it is written in §55 ecological aspects are one of the procurement criteria.

- 3. Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?**

There does not exist a directive that addresses all institutions but there are internal directives within each institution.

Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Motivation for green public procurement

a) How big is the current share of public procurement in the Czech GDP?

I have no idea.

b) When has the issue of green public procurement been raised for the first time in the Czech Republic?

In 2000 with the governmental resolution. The National Program for Ecolabelling which has been started in 1994 did not mention the topic of green public procurement. The former Public Procurement Act didn't mentioned environmental aspects as well.

c) Which Czech documents ask for green public procurement?

- The Government resolution No. 720/2000 "Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration",
- Act No. 40/2004 on Public Procurement.

d) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy in the Czech Republic? Why?

Low Equal High

I think its equal because it has an equal position in the State Environmental Policy document.

2. EU-recommendation for green public procurement

a) Did the Czech Republic comment on the „Interpretative Communication on the Community Law Applicable to Public Procurement and the Possibilities for Integrating Environmental Considerations into Public Procurement [COM(2001) 274 final]?

b) Does the Interpretative Communication cause in your opinion legal uncertainties that complicate the implementation of green public procurement in the Czech Republic?

No. I haven't heard about the Interpretative Communication before. I am not sure if the CR has to comment it until now because we just accessed the EU and since the accession there was not enough time to comment on this.

c) Which incentives has the Czech Republic to implement green public procurement – an instrument of environmental policy that the EU has just recommended as a voluntary instrument?

There is no incentive in our opinion. The Public Procurement Act No. 40/2004 implemented all EU directives in this field.

Green public procurement is a voluntary instrument and its hard to say to public authorities that they have to buy green products. Green public procurement is at the very beginning in the CR because we are not ready at the state level.

3. Government Resolution on green public procurement in the Czech Republic

a) How did the decision process for the adoption of the Government Resolution No. 720/2000 „Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration“ look like?

The decision was elaborated in cooperation between the ME, the Ministry of Industry and Trade and the Ministry for Regional Development.

There were two periods of remarking for public authorities and a tendency to temper which expression should be used in the resolution (i.e. using recommend instead of impose).

b) What are the objectives of the Government Resolution?

- Recommend the use of environmentally friendly products,
- Give priority for labelled products while purchasing,
- Mention the importance of environmental harmlessness,...

c) Does the Government Resolution address public authorities or the public sector as well?

It addresses public authorities and state administration but not public companies.

d) Which possibilities for integrating environmental aspects in the public procurement process does the Government Resolution offer?

The decision is just a recommendation and does not describe how environmental aspects can be considered in the procurement process.

Concerning Ecolabelled products environmental aspects are implicated in each product group directive.

And there exist as well the possibility for an EMAS certification.

e) Does there exist a directive allowing that environmentally friendly products/ services can be more expensive than less environmentally friendly alternatives in public procurement?

No.

f) Do public authorities and public sector companies carry out life cycle analyses (LCA) previous to the procurement process? Are these LCA legally binding?

I think that public authorities don't know LCA.

g) Are public authorities and public sector companies legally committed to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Does there exist such an EIA-directive at the moment?

The Act No. 100/2001 on EIA (this act revises the former Act No. 244/1992) says there is a duty to carry out EIA if there is a project with a possible impact on the environment. These projects are determined in this Act.

h) How far is green public procurement incorporated into the concept of Integrated Product Policy (IPP, see EU Green Paper 2001) in the Czech Republic?

Not yet.

Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Status quo of implementation and EU-assistance

a) How far has the Government Resolution No. 720/2000 been implemented?

The resolution is fulfilled within public authorities and it will hopefully be fulfilled on local and regional level soon.

b) Regarding to this, what are the results of the last „Summary Report“ that has to be presented to the Czech Parliament annually?

The fulfillment of this resolution is favourable. It's useful to get on with this work. Some ministries were asking for reporting their information every two years instead of annually because it's a special work for them. The question to revise the resolution has also been raised. The decision focuses for example just on products. Services should be included. There is also a discussion about finding other words than recommend/impose to express the importance of green public procurement.

The delivered information differs from ministry to ministry. Some of them publish their information very detailed, others just write some sentences. It contains information about ecolabelled products as well as information about environmentally friendly products without an ecolabel.

c) How is green public procurement currently practised in the Czech Republic?

Not yet Occasionally Systematically

I think occasionally on the level of public authorities. Green public procurement does not take place on local and regional level yet.

d) Do you know green public procurement projects?

No.

e) Does an overview about EMAS certified public authorities in the Czech Republic exist? How far do these public authorities practise green public procurement?

In the CR only one municipality (Vsetin) is EMS and ISO 14001 certified.

f) How could the figure be generated, that purchases of environmentally friendly products for the state administrations or ministries accounted for twelve million Czech crowns in less than nine months after the validity of the Government Resolution No. 720/2000? Who records these activities?

Every ministry that has to report information on their green public procurement activities should deliver figures about the amount of environmentally friendly products they buy. The ME makes the final result.

g) What is the status quo of the new government program „Green Public Administration“?

I don't know this program.

h) Did the EU offer the Czech Republic an approximation strategy for green public procurement? If yes, which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?

No or we don't know.

i) Does the EU recommend the Czech Republic a successive implementation process?

No or we don't know.

j) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?

No.

2. Green public procurement within the Czech Environmental Institute**a) Does the Czech Ecological Institute itself buy environmentally friendly products/ services?**

Yes Occasionally Not at all

I think occasionally.

b) If yes, since when and which environmentally friendly products and services? How big is thereby the share of ecolabeled products?

The Czech Environmental Institute (CEU) is not part of the Annual Report, just the ME itself. But since about 2001 we have bought tissues for 10.000 CZK per year, office furniture for 300.000 CZK (both with the Czech ecolabel) and printing paper for 50.000 CZK per year (with the Nordic Swan Label).

c) Does the Czech Ecological Institute currently assess which further environmentally friendly products and services can be bought in the future?

The CEU is assessing to buy ecolabelled office furniture, personal computers and printers. The Economic Department within the CEU is responsible for procurement and the Director of the CEU decides finally what will be bought.

d) Do you know an example of procurement documents (i.e. a bid invitation) from the Czech Ecological Institute that include environmental considerations?

I don't know special documents. The CEU is following the Government Decision No. 720/2000 and includes environmental aspects while procuring. The process looks like this: public authorities know that there is a company that offers ecolabelled products and they contact these companies directly.

e) Which other ministries purchase environmentally friendly products and services?

According to the Government Resolution No. 720/2000 all of them. Please have a look at the annual report.

3. Implementation within local authorities/ municipalities

a) Should green public procurement be implemented rather within ministries or within local authorities/ municipalities?

Both ways are important. My personal opinion is that green public procurement within ministries is more important because they are stronger/bigger in number of employees. Within small local authorities it depends on the cleverness of the procuring person. But on the other hand, they have a better impact on the people around. Green public procurement will be recognised sooner from employees and they will start to consume the product itself.

b) Does there exist an overview of local green public procurement activities?

No or we don't know.

c) How often does a meeting with representatives from local authorities/ municipalities takes place to push the implementation of green public procurement at the local level?

We don't know about it. There exist the Network of Healthy Towns that might know something about promoting green public procurement on the local level.

4. Problems

a) Who are the opponents of green public procurement in the Czech Republic and what is their criticism?

There is a general criticism about a higher price of labeled products and of their availability on the market. It happens that companies offer ecolabelled products but they don't want to say in which shops they sell the product. Opponents are some ministries in the annual report.

b) What are the main problems/ obstacles in implementing green public procurement in the Czech Republic?

- The higher price is the biggest problem,
- Non-occurrence of environmentally friendly services,
- The whole conception of the Government Resolution No. 720/2000, public authorities don't just need a recommendation that they should buy green products but they need information how to buy environmentally friendly products and when,
- Lack of information on green public procurement and its benefits.

The last two paragraphs are my personal opinion. I am sure that some people from the ministry are very proud of this Resolution.

c) Which significance has green public procurement in comparison with other political topics?

It's very low. The main political problems are i.e. economic problems (unemployment,...), health and transformation problems in the money area.

5. Situation of the Czech administration

I will skip this part of your questionnaire because the structure now is very difficult and I am not sure about it.

- a) *How does the structure of Czech administrations look like after the self-administration reform in 2000?*
- b) *How can the derived problem of a decentralised public purchasing power be solved?*
- c) *How does the reconstruction and building up of Czech administrations proceed in order to provide a fundamental basis for green public procurement?*
- d) *Which measures should be taken urgently in this regard?*
- e) *Does the EU support the reconstruction and building up of Czech administrations financially?*
- f) *How does the financial budget of public authorities look like?*

Section E: Information

1. Which information can employees of Czech public procurement departments access to better identify environmentally friendly products and services?

Employees have to find information themselves - mainly on websites. There exist a CEU website with contact information. Employees can always call us to get more information. This happens especially before ministries write the annual report. Our task is also to educate and to explain everything about green products and the ecolabel.

2. Do there exist an exchange of information or a best practise sharing between Czech administrations?

I don't know but I am afraid that they don't share information. They just read the reports of other ministries afterwards. I think there is not just on this issue a lack of cooperation. Every ministry works on its own projects. Sharing of information is not very popular in the CR (this is my personal opinion).

3. How does the flow of information between the procurement department, the environmental department, the financial department and the user of the purchased product/ service look like?

There is no cooperation. The enduser can say what he or she wants to have but finally it's the director who decides. We for example asked for labelled printing paper but the director said it's nice but very expensive and that we are not able to spend so much money on paper.

4. Will the EU-platform SIMAP (instrument to publish public procurement documents electronically and for an improved market analysis) be used in the Czech Republic in order to gather information about green public procurement projects?

No.

5. Which Czech initiatives create awareness among employees of public authorities and the public sector to point out the possibilities and impacts of green public procurement?

The CEA, the ME, some NGO and the market itself create awareness. In the CEA there were no training sessions on green public procurement so far.

6. Which Czech initiatives create awareness of green public procurement among producers?

The first producer that owns an ecolabel in a specific product group creates awareness amongst producers of the same type of product. It's important to have one producer for a type of products. If other producers observe that consumers prefer labelled products they want to label their products as well.

For creating a new product category the CEA tries to work together with the biggest producer on establishing criteria. We are informing the producers about ecolabelling.

7. What is the contribution of the „Right to Know Program“ to this awareness creation?

I don't know this program.

8. Does the Czech Republic cooperate with other countries in order to exchange experiences and know how about green public procurement?

Concerning Ecolabelling we are cooperating with:

- The EU Ecolabelling Board (we are part of the board),
- The GEN Network. We are member for about four years now and attended three annual meetings so far (the last was in 2003),
- Exchange of information via the internet.

Section F: Ecolabelling

1. What are the objectives of the Government Resolution No. 159/1993 “Introduction of a National Program of Labelling Environmentally Sound Products”?

To impose to the ME to start the National Environmentally Friendly Products Labelling Programme.

2. How does the procedure for obtaining the Czech ecolabel look like?

If there is an appropriate directive

- the producer has to fulfill all the necessary criteria for his product (testing, delivering all documents),
- paying the applicant fee,
- if all criteria are fulfilled a minister confirms the conferment of a label
- the label is given to the producer during some special occasion (exhibition celebrations, festivals,...).

The whole process can take about a month. Please have a look on our website or read our Ecolabelling brochure for more information.

3. How big is the market share of products with the Czech ecolabel in the Czech Republic?

I have no idea.

4. Do Czech companies communicate figures about sales volumes of ecolabelled products?

Mostly they don't. The CEU asked them but they said they are not able to give this kind of information. It might be possible that they don't want to publish such figures but I don't know why. We tried to establish a database but it was not possible because of not enough information. It's necessary to promote the ecolabel more strongly among producers and consumers.

5. Should Czech companies rather apply for the Czech ecolabel or for the European ecolabel? Why?

Czech producers are not very aware of the European flower or the possibilities it offers. And if Czech producers don't know the Czech ecolabel why should they apply for the European one? There is one producer who was asking for the European label. But there is no Czech Producer with the flower yet. The CEA has not very much experience with the European Flower as well.

The Czech Ecolabel is cheaper to get. We have only application fees. The EU flower is much more expensive. There are minimum and maximum application fees depending on how many ecolabelled products that have been sold per year. Also the testing to receive the flower is more expensive. Sometimes it's not possible to test the product in the CR and it has to be send to other countries. Czech laboratories are sometimes not able to test a product because they don't have the necessary methods/technologies available.

Section H: Market structure for environmentally friendly products

1. How do you judge the Czech market development for environmentally friendly products?

There is much more space for environmentally friendly products in the market and its possible to have much more ecolabelled products. Its not a question of producers but the main question and challenge is to rise the awareness about ecolabelled products among consumers. They are firstly interested in the price and not in environmental impacts of the product.

2. Which sectors/ product groups are the ones that has developed the most progressively in the Czech Republic in terms of offering environmentally friendly products and services?

Paintings and coatings, furniture, paper products and boilers. Please have a look on our website. The english version has just been released.

3. Are Czech companies able to satisfy the public demand in the Czech Republic or is it necessary to import environmentally friendly products? Please describe the situation by considering a specific product.

Yes, because the demand for labelled products is not so high in the CR. It's not necessary to import products.

4. Will Czech producers be committed legally in the future to publish product information like environmental impacts in order to better inform consumers?

Some of these demands are for example in the Act No. 356/2003 on Chemical Substances and Devices. Maybe in the future there will be something more.

Section I: Future development

1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?

We hope that it will increase. Anyway it's low nowadays and can just be improved. We have to overcome the challenge of rising awareness among consumers.

2. Which future changes in Czech procurement law are predictable?

It's difficult to say because the Public Procurement Act is new. The Government Resolution 720/2000 might perhaps be revised. And regarding ecolabelling there will be some revision of directives or the establishment of new criteria/product groups/services.

3. Which future problems are predictable?

Nowadays the biggest problem is the awareness.

Further documents received:

- Ministry of the Environment and The Czech Environmental Institute – Agency for environmentally friendly products (2003): The National Environmentally Friendly Products Labelling Programme

Interviewee

Name/ Organisation: Adela Princova, Czech Ecolabelling Agency, The Czech Environmental Institute (CEU)

Name/ Organisation: Petr Saifrid, Head of the Czech Ecolabelling Agency, The Czech Environmental Institute (CEU)

Interview: 18th May 2004, 10am-12am at The Czech Environmental Institute (CEU) in Prague

Thank you very much for the interview!

Anhang 8: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Velek

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/wwbwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Ondrej,

Thank you very much for the interview last Tuesday regarding my thesis about “**Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement**”. The interview has covered the following areas:

Section A:	Environmental Institutions in the Czech Republic	156
Section B:	Czech Public Procurement Act	157
Section C:	Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic	158
Section D:	Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic	161
Section E:	Information	165
Section F:	Ecolabelling	165
Section H:	Market structure for environmentally friendly products	166
Section I:	Future development	167

I am now sending you the minutes of our interview. Please check the correctness of your answers and give me your ok that I can use them for my thesis. If you have any further questions or concerns please feel free to contact me:

...

Many thanks for your time and help.

Kind regards,
Claudia Kreutzfeldt

The interview was focussed on important green public procurement issues from Mr. Veleks perspective. Therefore just some specific questions of the interview guide have been asked.

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic

1. *How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?*

2. Which Czech state organisations are working on green public procurement?

The Ministry of the Environment (ME) and the Czech Environmental Institute (CEU) are the leading state organisations working on green public procurement.

The Ministry of Agriculture has a program for bioagriculture/organic farming but its not connected with the demand side (which is small in the CR, there are not many bioshops/freetrade products). The program is not addressing the government/public authorities which are big potential consumers. Coalition of Czech NGOs in cooperation with the Consumers International try to stimulate the green food consumption in this regard (see project "green catering for schools and offices").

The Ministry of Industry and Trade has programs and projects about energy conservation. But these projects also need to be connected more with the demand side measures , especially with consumption of "green energy" in the public authority premises and facilities. Public authorities don't consider to define that a percentage of their energy consumption has to come from renewable energy. There also exist obstacles on the supply side. The company which supplies energy for the building of the ME for example said that the ME is just a small consumer and that they just offer green energy to big consumers.

Differerent ministries don't share information about green public procurement and existing programs. The whole strategy of necessary changes of consumption and production patterns is fragmented, not coordinated and not perceived as one issue. The incentive is not to change consumption patterns, i.e. to say we have to change transport methods because of high air emissions and therefore use for example gas driven buses in our municipal transport system. Prague is spending 60% of its budget for transport so this constitutes a big potential of savings if demand that can be used for changing consumption patterns.

3. *How does the cooperation between the Ministry of Environment and the Czech Ecological Institute in the field of green public procurement look like?*

4. *How far is the "Council for Environmentally Friendly Products" working on green public procurement?*

5. *How far is the „Council for Sustainable Production and Consumption" working on green public procurement?*

6. *How far is the NGO „Network of Environmental Consulting Centres" working on green public procurement?*

7. Which other NGOs/ organisations are working on green public procurement and how do they cooperate with the Ministry of Environment?

- There are several NGOs supporting Green public procurement (for example VERONICA, ROSA, ARNIKA have been campaigning for recycled paper, environmentally friendly detergents consumption in offices etc.
- Also NGO Society for Sustainable Living cooperates with the EEB (see www.eeb.org) on Ecological product Policy and improvement of the EU IPP package.
- Also I was working seven years (1997-2003) in the Environmental Partnership foundation (the biggest foundation serving Czech NGOs) for so called the Right to Know Program which was focussed on improvement of public access to information on pollution, better participation of public in decision making processes, opposing mismanagement of information on the market (misleading labels and claims), proposing better consumer protection, green consumerism etc. The main special topic was preparation of the PRTR register (see <http://www.ecn.cz/rtk/>).
- STEP (Ecocounselling Network) is an umbrella organisation of different NGOs that try to stimulate the demand of consumers for green products (i.e. Veronica, Vita, Rosa,...). STEP has been assisting the Czech Ombudsman Office in a special project of "greening the office", environmental performance audit and evaluation (see question D. 1d)). STEP members offer information for citizens, provide "green hotlines" in Brno, Ceske Budejovice, Ostrava and some other towns. STEP is an advisory body/ information center for consumers regarding environmental and social issues, etc..

Section B: Czech Public Procurement Act

- 1. How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the european public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?**
- 2. Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?**

There exist a new Public Procurement Act from this year. Please ask Kveta Remtova from the Economics University in Prague (<http://www.vse.cz>) for more information about green provisions of this Act. This Act was recently ammended to contain also provisions for GPP and environmental aspects of governmental tenders. I am not very optimistic about a big shift in this area as the Act does not have any specific criteria for green tenders. Its necessary to elaborate implementation guidelines where the act can be applied, i.e. prepare public procurement criteria, some gov. clearinghouse, with contact to suppliers etc.. The GPP should also integrate in tenders social aspects, not only environmental aspects.

- 3. Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?**

Generally there exist a national State Budget for each fiscal year and each ministry has its own limited chapter (expenditures). So every ministry regulates it own efficiency and also tries to fight inside the government how much money they could spend. I think the Ministry of Finance which is a national supervising authority and an independent body has to have an overview how the public money was spend. There is also Supreme Audit Office (<http://www.nku.cz/default-en.htm>) Nevertheless there is a high corruption index in the CR (please have a look at the list of different countries from the International Transparency Agency). This problem results from the swift transformation and

privatization. Corruption and lack of transparency is probably the main obstacle in fair competition and GPP. Governmental money could be wasted in a very corruptive way but for every public contract transparency is a sine qua non. We still have economy with not small "shadow" zone.

Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic

General remarks:

- Green public procurement has to be seen in a triangle framework consisting of the government, consumers and producers. A permanent interaction between these three actors takes place. The government by laws and rules is sending signals to all suppliers and consumers, (i.e. taxation changes). Regarding green public procurement the Government also acts as a consumer and also leader of changes in consumption patterns.
- In this framework we can also distinguish 4 different forms of consumption (see UNEP publication Opportunities for Sustainable consumption): effective, different, conscious and appropriate consumption. I am very worried about our consumption patterns so promoting GPP is in this regard could be crucial positive example which creates about 14-18% of GDP

1. Motivation for green public procurement

a) How big is the current share of public procurement in the Czech GDP?

We still have a quite centralised system of Government procurement despite the privatization has been changing this pattern (e.g. Catering in gov. offices is provided by private companies etc.). Its difficult to estimate how big the share is but it could be measured by the national budget. Please ask Mr. Milan Scasny from the Env. department at the Charles University <http://www.czp.cuni.cz/osoby/default.htm> . He is working on the fiscal reform in the CR and is dealing as well with national budget issues.

b) When has the issue of green public procurement been raised for the first time in the Czech Republic?

In the 14th century ☺? Under the king Charles IV? ...I don't know. I think that the public expenditures are a never ending story. The idea of green public procurement was known and used in all governments (might be it was not so called).

Green public procurement in modern sense is an issue that has to consider the demand and supply side. In 1990 the CR introduced a waste management act. But there was no demand for recycled products from the market nor the government so many companies collapsed or were not expanding. Following from the ongoing privatization the governments direct influence on regulating the main part of market became weaker and weaker. That is why the government should influence market by its power to be responsible green consumer.

c) Which Czech documents ask for green public procurement?

d) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy in the Czech Republic? Why?

Low Equal High

I think the significance of green public procurement in the CR is low. The concept is not known too much and public procurement is not included into daily practices of procurement offices. There is not specialized green accounting of offices so government does not have crystal clear information how much money offices spend on public issues. Environmental aspects are not too much considered.

2. EU-recommendation for green public procurement

General remarks:

- The subsidiary principle (saying that its up to every country to develop its own green public procurement strategy) has one decisive disadvantage: If the EU has no comparable transparency about national GPP processes and harmonized statistics it cannot compare the effectiveness of green public procurement in each country: in a qualitative way. Simple “benchmarking and surveys could help. Survey can ask simple questions: (“Do you have a green public procurement program recognised by the government? Yes or no?) and also questions in a quantitative way (How many m² of solar collectors or fotovoltaic cells do you have installed on public buildings? Later you can calculate indicators per capita, GDP, etc., How much money did the government spend for pilot projects on green public procurement?). A benchmarking at EU level is important to show pioneer countries as well as these countries which are still overlooking this issue and why (see as well question D. 1h+i+j).
 - On the national level flexible structures and challenging pilot projects are needed. It could be done under the umbrella of international through campaigns: “This is the UN/UNEP-year of green water and we will stimulate the use of composting toilets..”. Public authorities should also stimulate the overall use of renewable energy resources by their own consumption (i.e. install solar cells on their buildings).
 - Its possible to compare (ecolabelled) products via an Environmental Impact Assessment-matrix (On the vertical side air, water, land, noise, etc. and on the horizontal side LCA, Raw Materials, Production, Consumption, Transport, etc.). Then you can see what the balances between different matrixes of different products and you can use it for GPP tenders. It's a dream and big work to have reliable LCA studies for important GPP products - EU ecolabelling scheme and criteria are a good example but we know that many LCA studies are misleading, are artificially complicated and expensive to realize them for more products.
- a) *Did the Czech Republic comment on the „Interpretative Communication on the Community Law Applicable to Public Procurement and the Possibilities for Integrating Environmental Considerations into Public Procurement [COM(2001) 274 final]?*
- b) *Does the Interpretative Communication cause in your opinion legal uncertainties that complicate the implementation of green public procurement in the Czech Republic?*
- c) *Which incentives has the Czech Republic to implement green public procurement – an instrument of environmental policy that the EU has just recommended as a voluntary instrument?*

3. Government Resolution 720/2000 on green public procurement in the Czech Republic

General remarks:

- I am a member of the Czech Ecolabeling Council and together with several members of the Council for Ecolabelling we ask for more ambitious government resolution to stimulate green public procurement much stronger. The government approved the Nat. Ecolabelling Program in 1992 but does not take it into account the stimulation by GPP. For GPP is absolutely necessary to have reliable statistics, to define concrete targets/timings, to monitor the process towards a pre-defined goal. We wanted something more concrete, more like an action plan. But finally in 2000 the negotiations became softer and softer and the results are just an annual report of without any targets/benefits. For GPP we NGOs would like to see a stronger incentive i.e. a env. taxation system that supports green public procurement). The annual report of Ecollabelling program is a step in the good direction but insufficient and marginal. The Decision 720/2000 should be amended/revised into a much more comprehensive/clear framework. Its necessary to press the ministries for much more comprehensive reports in order to generate statistics, i.e. how much money has been spend on green products. Specific figures are needed to measure improvements.
- The government resolution nor the environmental acts have a “closed loop approach” (like the Krw-/AbfG in Germany). There is no provision in the Waste management Act to link recycling and green public procurement (e.g. recycled products would be preferred in the gov. tenders... The Czech government decisions and strategies are fragmented and not cooperating. There does not exist one publication from the ME explaining the whole concept of GPP as well as how to implement green public procurement toolbox (see question A. 2.).

- a) *How did the decision process for the adoption of the Government Resolution No. 720/2000 „Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration“ look like?*
 - b) *What are the objectives of the Government Resolution?*
 - c) *Does the Government Resolution address public authorities or the public sector as well?*
 - d) *Which possibilities for integrating environmental aspects in the public procurement process does the Government Resolution offer?*
 - e) *Does there exist a directive allowing that environmentally friendly products/ services can be more expensive than less environmentally friendly alternatives in public procurement?*
- f) Do public authorities and public sector companies carry out life cycle analyses (LCA) previous to the procurement process? Are these LCA legally binding?**

To carry out LCA studies is not requested by any law for GPP. Not enough LCA studies were carried out in the CR because there is no demand for it. LCA is really an intellectual “hobby”.

- g) Are public authorities and public sector companies legally committed to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Does there exist such an EIA-directive at the moment?**

There was law in 1992 which asked for some EIA for products (General EIA/SEA/LCA Act 224/1992). This law originally focussed on EIA, SEA (Strategic Environmental Assessment, evaluation of how sustainable a strategy is) and LCA. But LCA provisions were not supported by any practical guidelines so the law 224/92 mainly dealt with EIA

and just a little bit with SIA but not with LCA. This act on LCA was changed 1996 or 1997 and LCA provisions were formally put into another act on Product quality (?22/1997?) which was focussing on complying with quality and safety standards, i.e. ISO 14000, ISO 9000. In practice the act is demanding safety compliance but not too much environmental performance of products. Usually products comply with the standards and can enter the market. But this does not indicate if they are environmentally friendly. Its not a good signal to the market but just a minimum standard.

h) How far is green public procurement incorporated into the concept of Integrated Product Policy (IPP, see EU Green Paper 2001) in the Czech Republic?

IPP seems to me be a new political “buzzing word/ new advertisement for old stories”: LCA, green public procurement, ecolabelling, voluntary instruments, voluntary agreements with suppliers, etc. These old tools, programmes, schemes and goals together are called IPP. There is a big fight between European env. and consumer protection NGOs (EEB, BEUC) and EC officials what the content of IPP is about if its just not only “a warming up of old soups”. EC tries to present IPP as EU sustainable product policy but it is not true.

Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Status quo of implementation and EU-assistance

- a) *How far has the Government Resolution No. 720/2000 been implemented?*
b) *Regarding to this, what are the results of the last „Summary Report“ that has to be presented to the Czech Parliament annually?*

c) How is green public procurement currently practised in the Czech Republic?

- Not yet Occasionally Systematically

Occasionally. Green public procurement per itself is not recognised as a big tool at the moment. GPP is not a solid governmental strategy but There is one cross-governmental working group on Sustainable Consumption and Production (SCP) which is preparing a new “sustainable strategy” this year. Formally the GPP is included into “10 years framework of programs on SCP” a governmental document and tool box for changing consumption and production patterns (look for CSD Johhanesburg and Marrakesh process). The aim is to elaborate a matrix with a description of different existing programs on SCP (i.e. name of the program, responsible ministry, subprograms/projects to realise the targets of the program). We want to have an overview/ a comprehensice list of what is already running and what should be done in the future. In the CR exist a lack of information sharing and cooperation - one ministry does not know nor supports programs initiated/coordinated from other ministry. The matrix and inventory of SCP programs in comprehensice matrix format will push the discussion among different ministries.

The SCP matrix is a tool how to present the results and it will be discussed this September in a SCP commission with the participation of other stakeholders like NGOs and institutes.

In the first part of this “consumption strategy” document there will be described what sustainable consumption is, what are the main tools for changes, who are the stakeholders, what kind of feedback among them exists. The second part will be the matrix of SCP programs and maybe a SWOT-analysis.

Since now there was no demand for such an overview and this program gives a first comprehensive overview over all consumption issues and will show which program is the strongest tool for sustainable consumption (i.e. the environmental fiscal reform or ecolabelling or green public procurement). All tools have different powers.

d) Do you know green public procurement projects?

I do not have any comprehensive knowledge but I can give you some examples:

- The town Hall in Prague asked Car producers to transform municipal transport busses fleet to liquid gas (LPG). But because it was a little bit more expensive to transform the busses than to operate the petrol ones, the demand from Town Hall is not high. Municipalities that don't have enough money so they prefer to buy two cheaper buses instead of one gas driven bus which is less polluting. This is point where the government could say that they will subsidise buses operating in the city, that they will watch the process, that they will look for alternatives (renting the buses,...). You can find more information about this project at the Transport Research Center: <http://www.cdv.cz/english/index.htm>.
- The Ombudsman office in Brno. It's a small building with about 50 employees. The NGO Veronica was cooperating with the chief manager of the building and they made an environmental evaluation where the areas for improvement were (energy, recycling, catering). This was one solid, comprehensive project with a progressive result. Green public procurement was one part of the evaluation. Another aim was to increase efficiency. Employees in the Ombudsman office are now aware of environmental issues. In the canteen they served for example bioproducts and employees asked why their children in the next kindergarden don't have biofood. So it had an educational effect as well. This project can be mentioned as one very good example concerning green public procurement. Please contact Mrs. Gailly from the NGO Veronica which is part of the STEP/Ecocounselling Network.
- At the MoE premises they consume recycled paper, and use returnable bottles in canteen, and also buy Bioproduct for catering for some official receptions and ministerial celebrations. Ministry building has a new isolation surface because it was a very old building wasting a lot of energy in winter and was overheated in summer. MoE asked Electric Company (CEZ) for so called “green electric energy” from renewable supply but at this moment they were not accepted because the MoE office is a too small consumer comparing to factories which are served first.

e) *Does an overview about EMAS certified public authorities in the Czech Republic exist? How far do these public authorities practise green public procurement?*

f) *How could the figure be generated, that purchases of environmentally friendly products for the state administrations or ministries accounted for twelve million Czech crowns in less than nine months after the validity of the Government Resolution No. 720/2000? Who records these activities?*

g) *What is the status quo of the new government program „Green Public Administration“?*

h) Did the EU offer the Czech Republic an approximation strategy for green public procurement? If yes, which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?

i) Does the EU recommend the Czech Republic a successive implementation process?

j) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?

I think the European Commission is neutral. EU assistance would be best if the EU itself would have a very transparent and progressive green public procurement practise, i.e. if GPP policies are applied within the European Commission operations. The EU could help by setting an example or by offering twinning projects where governments are really pushing green public procurement (i.e. Sweden).

Some weeks ago I attended some workshops from the EEB on IPPC and there were some experts from the Commission as well and asked for some SCP "benchmarking". The benchmarking is very important tool for comparing efficient GPP practices in all EU different countries. We also test green performance of offices (benchmarking of some Czech governmental offices). In Autumn 2003 we have send questionnaires to Czech ministries asking about their environmental performance in order to benchmark them.

You can see the results (smilys, no smilys) on the webpage:

<http://www.ekospotreba.unep.cz>.

Please have a look at the following pages as well for further information about sustainable consumption: www.unep.cz and www.ecoporadna.cz. There exist a twinning project concerning consumption with Austria.

2. Implementation within local authorities/ municipalities

a) Should green public procurement be implemented rather within ministries or within local authorities/ municipalities?

Green public procurement should be addressed at all levels – the local, regional and central level.

b) Does there exist an overview of local green public procurement activities?

c) How often does a meeting with representatives from local authorities/ municipalities takes place to push the implementation of green public procurement at the local level?

At this moment I don't know any local green public procurement projects. I mentioned the Ombudsman office but this is a one building management plan.

There are some greener towns, i.e. Svetla r nad Sazavou. They have a municipal facility - a town hall that was pioneering the waste management and recycling issue.

Please check the Union of Towns and Municipalities (www.smo.cz, about 5.000 municipalities) for greener towns. They should have some information about local green public procurement activities. And have a look at the Ministry of Interior as well (www.mvcr.cz).

3. Problems

a) Who are the opponents of green public procurement in the Czech Republic and what is their criticism?

b) What are the main problems/ obstacles in implementing green public produrement in the Czech Republic?

The main problems could be :

- Defining goals/targets in different ministries and put them in one comprehensive picture (see question A. 2.)
- Lack of intergovernmental cooperation/communication
- Corruption
- Strong governmental lobbying in the wrong direction because the government is still owner of the system, i.e. the energy sector is not yet privatized and the government is still subsidising energy and building nuclear power stations (Temlin)

What we need is:

- communication between ministries and not fighting against each other
- Minimum corruption
- Create (fair) competition for green products in a free market economy
- Definition of criteria for all ministries under which green public procurement can be implemented
- Green public procurment is applied on the horizontal level (central and local authorities buy recycled paper) and therefore a diversity of options must be created, i.e. stimulate local suppliers for bio-products, setting the price of an environmentally friendly product not higher than 5% in comparison to the conventional product, sharing of a higher price with consumers, offer bio-products as an option, etc.
- Evaluation of effectiveness (we have the government resolution No. 720/2000 but its evaluation is not strong, nobody will probably read the annual report which is just a formal document and lacks of comparisons between ministries)

c) Which significance has green public procurement in comparison with other political topics?

4. Situation of the Czech administration**a) How does the structure of Czech administrations look like after the self-administration reform in 2000?**

The reform was done because we needed a similar structure of regions (NUTS2) to the EU. Our smaller districts were so small that they couldn't be recognised by the EU cohesion/regional funding. Originally we had ten regions and smaller districts (CSSR) which were abolished in 1993 in order to create 14 new regions only in the CR. These transformation and turbulences of people and responsibilities were moreover an issue to change government patterns and would not effect public procurement if its a comprehensive program. Now more money is distributed to regional/local governments. They need a supervising body as well which controls how environmental aspects are integrated into the regional/local public procurement process.

- b) How can the derived problem of a decentralised public purchasing power be solved?*
- c) How does the reconstruction and building up of Czech administrations proceed in order to provide a fundamental basis for green public procurement?*
- d) Which measures should be taken urgently in this regard?*
- e) Does the EU support the reconstruction and building up of Czech administrations financially?*
- f) How does the financial budget of public authorities look like?*

Section E: Information

1. Which information can employees of Czech public procurement departments access to better identify environmentally friendly products and services?
2. Do there exist an exchange of information or a best practise sharing between Czech administrations?
3. How does the flow of information between the procurement department, the environmental department, the financial department and the user of the purchased product/ service look like?
4. Will the EU-platform SIMAP (instrument to publish public procurement documents electronically and for an improved market analysis) be used in the Czech Republic in order to gather information about green public procurement projects?
5. **Which Czech initiatives create awareness among employees of public authorities and the public sector to point out the possibilities and impacts of green public procurement?**
6. **Which Czech initiatives create awareness of green public procurement among producers?**

Instruments that create awareness for green public procurement:

- New National Sustainable Development Strategy (there exist still oldfashioned approaches in the Czech Republic like burning coal, building nuclear power stations,... Green public procurement is one tool to realise sustainable development, it can affect a shift in consumption,
 - Motivation sessions/ training/ social education of employees in public authorities/ of citizens (no strong language),
 - Try to negotiate with suppliers for equal prices,
 - Rise the consumers' willingness to pay for green products,
 - Enhance local activities to use a wide spreading effect.
7. What is the contribution of the „Right to Know Program“ to this awareness creation?
 8. Does the Czech Republic cooperate with other countries in order to exchange experiences and know how about green public procurement?

Section F: Ecolabelling

1. What are the objectives of the Government Resolution No. 159/1993 “Introduction of a National Program of Labelling Environmentally Sound Products”?
2. How does the procedure for obtaining the Czech ecolabel look like?
3. How big is the market share of products with the Czech ecolabel in the Czech Republic?
4. Do Czech companies communicate figures about sales volumes of ecolabelled products?
5. Should Czech companies rather apply for the Czech ecolabel or for the European ecolabel? Why?

Section H: Market structure for environmentally friendly products

1. **How do you judge the Czech market development for environmentally friendly products?**
2. **Which sectors/ product groups are the ones that has developed the most progressively in the Czech Republic in terms of offering environmentally friendly products and services?**

Last year there was a project with an Austrian Institute and the Southbohemian University about the visibility and effectiveness of both ecolabelling programs, i.e. how the program was perceived by consumers and producers in the CR and in Austria, what is the driving force for expanding the program, do producers see an addit value, etc. The results have shown that the program is more recognised in Austria. In the CR its done more like a fashion/prestige issue and its not a driving force for the market. Please ask Hana Dolezalova (dolezal@zf.jcu.cz) at the Jihoceska universita (dep. of Economics) for the results of this study. It was CBC Phare Project 2001

In some product groups ecolabelling is very common, i.e. for gas heaters/boilers. But citizens just buy these product once every 20 year. Its not a commodity like recycled paper or lubrication oil. These normal day products are not very visible in the Czech market.

Another problem is that there are not enough product groups (just about 30) in comparison to the Blauer Engel in Germany. So the Czech Ecolabel is below visibility in the market. The government as a consumer should ask for new commodities to expand the list of product groups. The bigger the scope is, the bigger would be the visibility. But every country is fighting with the issue of how many product groups exist and how many products are labelled.

The Czech Ecolabel is also not connected to benefits for consumers, i.e. we had a lower VAT of 5%. But this was abolished by mistake –just because of the pressure from the EU to have the same taxation system. Now its 19% for every product.

In the product group of detergents big consumers entering the Czech market (Procter & Gamble, Henkel,...) said that they don't like ecolabels at all and they don't want to compete in this market. Because their role is very dominant all smaller companies just represent 5% in the market –so these ecolabelled products are not visible.

The share of ecolabelled products depends on the products group. For gas heaters the market share is about 95%. So there is almost no competition with non-labelled products because most of the productst are labelled. Concerning detergents just 5% of the products are labelled. The program is sometimes not very well managed. It goes in the right direction but does not have a real push. The government should behave like a responsible consumer in this regard but there exist mental barriers.

3. *Are Czech companies able to satisfy the public demand in the Czech Republic or is it necessary to import environmentally friendly products? Please describe the situation by considering a specific product.*
4. *Will Czech producers be committed legally in the future to publish product information like environmental impacts in order to better inform consumers?*

Section I: Future development

1. *Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?*
2. *Which future changes in Czech procurement law are predictable?*
3. *Which future problems are predictable?*

Further documents received:

- European Environmental Bureau: The European Environmental Bureau campaign on Environmental Fiscal Reform – Making prices work for the environment, Environmental fiscal reform in Europe

Further documents recommended:

- UNEP (2001): Consumption Opportunities
- OECD (1998): Towards sustainable consumption patterns
- OECD 96/39 Final: Governmental environmental performance

Interviewee

Name: Ondrej Velek

Organisation: Former member of the Environmental Partnership Association, Member of the Czech Ecolabelling Board and the Working group “SCP”

Thank you very much for the interview!

Anhang 9: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Suchanek vom Unternehmen DHV**Prof. Dr. Edeltraud Günther**

Professorship of Business Administration
Environmental Management
Dresden University of Technology, Germany
Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/wwbwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Ms. Kreuzfeldt,

Thank you for your elaboration of the interview in your preparation for thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**. May I apologise for delay but another business decline me from doing a revision in due time. I wish you good luck in finishing and defence of the thesis.

With the best regards,

Zdenek Suchánek

Section A:	Environmental Institutions in the Czech Republic	169
Section B:	Czech Public Procurement Act	171
Section C:	Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic	171
Section D:	Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic	174
Section E:	Information	176
Section F:	Ecolabelling	177
Section H:	Market structure for environmentally friendly products	177
Section I:	Future development.....	178

The interview focussed on ecolabelling and green public procurement issues from Mr. Suchanek's perspective. Therefore just some specific questions of the interview guide have been asked.

Section A: Environmental Institutions in the Czech Republic

1. *How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?*

2. Which Czech state organisations are working on green public procurement?

The Czech Ecolabelling Board (I am a member of) is a strategic advisory body for the Ministry of Environment (MoE) with about ten to twelve members. The minister of environment is head of the program. The chairman of the Board is deputy minister of environment Mr. Labounek. Mr. Bellmann who is member of the department for Voluntary Instruments at the MoE is an executive vice-chairmen.

The task of the Ecolabelling Board is to reflect the public opinion of different stakeholders (I doubt about this), to recommend approval of directives for new product groups and to comment on strategic issues/proposals. Mr. Saifrid from the Czech Ecolabelling Agency (CEA) is working directly on proposals for new directives/product groups (he is also a secretary of the Board).

What I am criticizing concerning the work of the Ecolabelling Board is:

- There are not enough frequent sessions scheduled - we have not met for about two years, normally it was twice to three times per year,
- There are representatives of several NGOs but often the Board does not ask all relevant actors involved in the topic – it is more a personal advising of the Board than reflecting opinions,
- There is not enough spreading of the Boards' information to the public.

The status of the Czech Ecolabelling Board was amended/modernised last year because it had to fulfill the role of a competent body for the EU ecolabelling scheme.

Concerning the Boards communication with the EU I don't have fresh information. This is the internal work of Mrs. Sucharovova (MoE, department for Voluntary Instruments) and Mr. Saifrid (CEA). I was more involved in theoretical preparations/implementation plans/evaluations, etc. How the communication with the EU looks like was not announced because we haven't met for a long time. I doubt that the Czech Ecolabelling system which was at the beginning the most advanced in Central and Eastern European countries is well functioning and well participating in the development of the EU scheme. We have prepared a scenario how the EU and Czech Ecolabelling schemes can coexist, how to adapt to the European scheme (theoretically and practically). Now I don't know how it has been implemented in terms of consulting, participation/preparation of decisions of the EU scheme and how it will be implemented in this regard. There are a lot of decisions in preparation on the EU level. Please have a look at www.eamonnbates.com.

New product groups have been developed in the CR (for a tank of possible product groups have a look at the GEN websites) according to the interest of industries (i.e. gas boilers, houses, recycled paper). Five or seven product groups are very developed. But there is not a modern orientation towards product groups which are well developed in the EU. The European ecolabel can be used or adopted, i.e. for portable PCs, fridges. In the development of our own ecolabelling scheme also appeared some lost battles, i.e. the textile directive. It was nicely prepared but no producer asked for a textile ecolabel although it was developed by the leading research institution in the textile industry. This

happened because of the strong position of the euro-tex organisation, a decrease of Czech production and the weak Czech position in competition with european/asian textile.

I am sceptic about the development of the Czech ecolabelling system. The progress is not so visible in comparison to EMS which is another voluntary instrument. EMS is market driven. Ecolabelling is nearly a dead wing, a closed and not progressive way which was overcultivated and which is very expensive. It is still an elite category without enough spreading among consumers. Ecolabelling is not the best way to influence consumers patterns. The government which is also a consumer can set a good example through green public procurement but the spectrum of ecolabelled products is not so high (just 30 categories) that it can be reflected more than formally in reality. The whole ecolabelling system is too bureaucratic, has a too small spectrum of labelled products and the annual report from different ministries is just a formal evaluation without real impact on consumers (public bodies) behaviour. In the 2002 annual evaluation report has even appeared false data. There does not exist a body which is controlling the ministries information. The annual report is a passive way of evaluation, there is no enforcement because the government resolution No. 720/2000 is not a legally binding document.

3. *How does the cooperation between the Ministry of Environment and the Czech Ecological Institute in the field of green public procurement look like?*
4. *How far is the "Council for Environmentally Friendly Products" working on green public procurement?*
5. *How far is the „Council for Sustainable Production and Consumption" working on green public procurement?*
6. *How far is the NGO „Network of Environmental Consulting Centres" working on green public procurement?*

7. Which other NGOs/ organisations are working on green public procurement and how do they cooperate with the Ministry of Environment?

NGOs in the field of ecolabelling are:

- The Environmental Partnership Program (Mr. Velek, he is also a member of the ecolabelling board),
- Veronica - an Ecocounselling organisation - www-veronica.cz (Mrs. Gailly),
- Ecological Legislation Service - www.eps.cz (Mr. Doucha¹),
- The consumer protection organisation SOS.

¹ **Mgr. Pavel Doucha** (born in 1974 in Tábor)

Having finished a grammar school in Sobeslav, he studied at the Law faculty of the Masaryk University in Brno where he graduated in 1997 with a thesis "The Labelling of Ecologically Regardful Products".

Since 1993 he has been participating in activities of ecologic organizations. Till 1996 he was a coordinator of the branch of the Rainbow Movement - Friends of the Earth in Tábor. He took part of its campaign against putting the Temelín Nuclear Power Plant in action. Since 1996 he was one of coordinators of a civic initiative objecting to an aim of town authorities in Tábor to build a motorway through a traditional botanic garden. This initiative culminated in autumn 2000, when a local referendum - first of this kind in the Czech Republic- was held; almost 80% of voting public voted against the devastating plan.

In 1995 he was one of the founders of ELS, where he works as a lawyer today. He specializes in legal methods of public participation in decision making process of state bodies (especially at the local level) and in the environmental protection during land-use planning and approval process for building. In 2000 he took part in set up of the OPH project.

His main task in ELS involves resolving cases, where interests of environmental protection are endangered. He stands for a civic association The Children of the Earth in a conflict about the path of the D8 highway through the protected landscape area of Ceské Stredohorí. He provides other ecologic organizations with legal assistance as well. He is also responsible for publishing activities of ELS (e.g. brochures, www) and coordinates schooling activities (e.g. The School of Public Participation in Decision-Making etc.).

Section B: Czech Public Procurement Act

1. *How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the European public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?*
2. *Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?*
3. *Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?*

Section C: Recommendation for Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Motivation for green public procurement

- a) *How big is the current share of public procurement in the Czech GDP?*
- b) *When has the issue of green public procurement been raised for the first time in the Czech Republic?*
- c) *Which Czech documents ask for green public procurement?*

d) Which significance has green public procurement in comparison with other instruments of environmental policy in the Czech Republic? Why?

- Low Equal High

The importance is high - not because of the real impact but because of encouraging, setting an example, being a pioneer, asking for sustainable behaviour, moral position/effects. Now also the DG Environment at the European Commission will be EMAS registered.

2. EU-recommendation for green public procurement

- a) *Did the Czech Republic comment on the „Interpretative Communication on the Community Law Applicable to Public Procurement and the Possibilities for Integrating Environmental Considerations into Public Procurement [COM(2001) 274 final]?*
- b) *Does the Interpretative Communication cause in your opinion legal uncertainties that complicate the implementation of green public procurement in the Czech Republic?*

c) Which incentives has the Czech Republic to implement green public procurement – an instrument of environmental policy that the EU has just recommended as a voluntary instrument?

It is difficult to force the Czech government to implement green public procurement. There were even problems on finding a consensus for a national strategy of sustainability. One version was elaborated by Mr. Moldan et al., the other version ordered

by the former environmental minister Mr. Kuzvart was elaborated by the Czech Environmental Institute (CEI) and was led unofficially by the former environmental minister Mr. Dejmál. But this version was too green, too enthusiastic and not practical. There was an intention to fusion both versions. Now a new team of the Institute for Environmental Policy together with my boss Mr. Bizek are elaborating a new version which was discussed in May in the government council for sustainable development. There is a second draft now and after four years of discussion we still don't have an adopted strategy. I am not sure how green public procurement will be reflected in the final national strategy on sustainable development but this topic is a part of the Councils working group on sustainable consumption and production activity.

2. Government Resolution on green public procurement in the Czech Republic

- a) *How did the decision process for the adoption of the Government Resolution No. 720/2000 „Support for sale and use of environmentally sound products within authorities and organisations of the state administration“ look like?*
- b) *What are the objectives of the Government Resolution?*
- c) *Does the Government Resolution address public authorities or the public sector as well?*
- d) *Which possibilities for integrating environmental aspects in the public procurement process does the Government Resolution offer?*
- e) *Does there exist a directive allowing that environmentally friendly products/ services can be more expensive than less environmentally friendly alternatives in public procurement?*

f) Do public authorities and public sector companies carry out life cycle analyses (LCA) previous to the procurement process? Are these LCA legally binding?

The existing classical ecolabelling system (type I of environmental labelling) does not take LCA into account. I am in favour for an ecolabelling system which is more based on LCA. This does not happen at the moment. LCA is a tool based on enough scientific research, having enough details and an accepted methodology. It is used internally in the industry for investments.

For the development in this country has been done enough (case studies, methodology). But not for communication/promotion, for encouraging producers and for consultancy. Concerning waste management case studies have been elaborated. Public authorities can use consultancies for investment projects in order to prepare comparative LCA studies. One example is an existing case study which has been elaborated by my colleague Mrs. Ticha concerning shipping on the Elbe river. The study compared two types of ships/transport. Yesterday there was a big public campaign from the minister of environment against the proposed investments whereas the Ministry of Transport had a big green propaganda for the construction of the proposed ships. There is not enough incentive to carry out LCAs although it is a big investment of about 6 billion CZK. They are playing with political tools/arguments but don't use enough scientific argumentation. There also exist an EIA which is obligatory for such construction projects. But LCA is a precise/concrete tool. LCA thinking among public authorities in the CR is at a very low level. I think it is not possible to identify one reason why the awareness among public authorities is low. But if there is even not enough spreading among professionals how could employees of the MoE or other public authorities could know about LCA? I am offering the newsletter "Environmental Labelling" for many years. It informs about the whole spectrum of these tools but there is obviously not a good will of spreading information and knowledge about LCA within ministries. This would start with the education of new environmental professionals, with involving these nice instruments in

preparation documents for proposals. With such a spread and information flow you can ask for an implementation of tools like LCA, ecodesign, etc..

Generally, there does not exist a special way of communication about environmental issues within public authorities. It is grown naturally but it is not intentional. It is not a task of public authorities to spread environmental information. You can't find enough information for example on the MoE website. Voluntary instruments are still on the outskirts of the ministries' interest. I have a personal remark on this: many officials from the MoE are satisfying this field (ecolabelling) with involving top managers, i.e. three or four times per year the minister of environment is handing over the ecolabel to companies which successfully applied for the ecolabel. This is visible but not important for evolving the system. Ecolabelling now seems to be like awarding a price and does not result in a competition with other products in the same product group. Ecolabelling should send a signal that a product fulfills the right environmental criteria. The Ecolabelling system lost its internal potential to grow. It's a lost opportunity. If a program is not progressively enough it must be changed/abolished.

Another problem of the current ecolabelling system is that the consumer is often not able to distinguish between products (we made this experience in the Ombudsman office project). It is necessary to promote/advertise the label because the level of awareness for ecolabelling among common people is very low.

If the ecolabelling system is not progressive enough to push green public procurement LCA can be used at the same time/instead. LCA is a scientific tool, it is more efficient and it prepares decisions at the very first moment of the procurement process.

There were two decision from the EU court of justice (Concordia Bus Finland and Wienstrom) where not just economic criteria were applied but also environmental criteria. The more expensive and environmentally friendlier product was winner of the competition. These both examples should be spread among public authorities in the CR. I don't understand why the MoE does not have special propaganda on this issue.

Public participation and preparation in the Czech Ecolabelling system is still unsatisfactory. Therefore a change in the work of the Ecolabelling Board has to occur in order to open the communication (publish information on websites) for public comments, for asking support. More criticism will come from the EU side and I can't be connected with such a breaking national program. I really appreciate Mr. Saifrids work. He is working in the executive body (CEA). But a progressive push has to come from the MoE which takes final strategic decisions and is currently slowing down the work. I am trying to promote an open communication and offered several ideas/proposals, i.e. it is needed to check the Czech Ecolabelling system periodically. But nobody has shown an interest in this. Nobody is working on Ecolabelling type II apart from CEMC and me who are spreading the International Chamber of Commerce (ICC) codex on environmental advertisement (I have published it in the newsletter Environmental Labelling in 2002). For all statements/advertisement of environmental character or preferibility of environmentally friendly products exist an ethic code. I was sending this to several involved people but nobody is supporting it. Now we are preparing standards for the Ecolabelling system type III in the ISO Technical Committee. Until now we just have technical reports. The aim is to label semi-final products or products destined for another production based on LCA. Public authorities are neglecting this issue. There do not exist any support. A problem is that employees in public authorities often gathered their knowledge during their time in university. And in these times environmental issues were not taught - so for them are environmental issues not important and they are not aware of impacts and benefits.

- g) *Are public authorities and public sector companies legally committed to carry out an Environmental Impact Assessment (EIA) previous to the procurement process? Does there exist such an EIA-directive at the moment?*

- h) *How far is green public procurement incorporated into the concept of Integrated Product Policy (IPP, see EU Green Paper 2001) in the Czech Republic?*

Section D: Implementing Green Public Procurement in the Czech Republic

1. Status quo of implementation and EU-assistance

- a) *How far has the Government Resolution No. 720/2000 been implemented?*
 b) *Regarding to this, what are the results of the last „Summary Report“ that has to be presented to the Czech Parliament annually?*

c) How is green public procurement currently practised in the Czech Republic?

- Not yet** **Occasionally** **Systematically**

It would say systematically because there is an attempt of the government to encourage green public procurement via the Government Resolution No. 720/2000 and the annual report different ministries have to write about their activities in this field. The evaluation is at the very beginning. Not every ministry is reporting. It is slowly developing and I doubt that it is going to develop in a progressive way.

The government resolution is binding for state administrations and they have to report annually what they have done in the field of green public procurement. Furthermore, the resolution also recommends to encourage the rest of public administration which includes municipalities as well. I doubt but I hope that first signals of green public procurement developments on the local level will appear in the annual report this year.

d) Do you know green public procurement projects?

The Ombudsman Office as a sustainable office. But green public offices are not generally developed.

- e) *Does an overview about EMAS certified public authorities in the Czech Republic exist? How far do these public authorities practise green public procurement?*
 f) *How could the figure be generated, that purchases of environmentally friendly products for the state administrations or ministries accounted for twelve million Czech crowns in less than nine months after the validity of the Government Resolution No. 720/2000? Who records these activities?*
 g) *What is the status quo of the new government program „Green Public Administration“?*

h) Did the EU offer the Czech Republic an approximation strategy for green public procurement? If yes, which instruments are applied (i.e. screening, twinning)?

i) Does the EU recommend the Czech Republic a successive implementation process?

j) Does the EU support the implementation of green public procurement within the Czech Republic financially?

I am not aware of any EU assistance in this field. I think that a part of the activities of the working group on SCP is perhaps supported by PHARE. We at the DHV together with the Ecopolicy Institute have offered a tender on SCP (it's a research and development type of project). A part of our offer is an analysis of obstacles and opportunities for the

implementation of voluntary instruments including an analysis of the efficiency of existing tools used in this field as well as a new marketing/communication campaign.

2. Implementation within local authorities/ municipalities

- a) *Should green public procurement be implemented rather within ministries or within local authorities/ municipalities?*
- b) *Does there exist an overview of local green public procurement activities?*
- c) *How often does a meeting with representatives from local authorities/ municipalities takes place to push the implementation of green public procurement at the local level?*

I haven't heard about any local public procurement projects/activities.

3. Problems

- a) *Who are the opponents of green public procurement in the Czech Republic and what is their criticism?*
- b) What are the main problems/ obstacles in implementing green public procurement in the Czech Republic?**

The only voluntary tool working automatically is EMS. All other instruments are regulatory. The main problems for green public procurement in the CR are:

- There has not started a self-motion/ an automatic mechanism which doesn't need input from another actor, it is not market driven,
- There are not enough actors among NGOs and consultancies active in this field,
- There is not enough information publicly available, political and environmental actors responsible for green public procurement have to start sharing information, they should not hide information,
- On the local level does not exist enough information, employees in local public authorities don't know when and where to ask, an information center is necessary,
- There does not exist enough communication, in the background of the system just exists an informal communication flow,
- There does not exist a closed loop approach,
- The system is not completed,
- There is not enough promotion/propaganda,
- The reporting/evaluation via an annual report is not enough.

- c) Which significance has green public procurement in comparison with other political topics?**

In 1990 the environment has been a topic of very high interest. Now in 2004 it is decreasing and ranges at the lowest level (level 8-9 from 10 level scale). The big public discussion about the construction of a nuclear power station in Temelin is just one exception.

4. Situation of the Czech administration

General remarks:

- The changes in administrative structure are not an obstacle for green public procurement. If employees in public authorities have been aware of this issue they are now also aware of it.
- a) *How does the structure of Czech administrations look like after the self-administration reform in 2000?*
 - b) *How can the derived problem of a decentralised public purchasing power be solved?*
 - c) *How does the reconstruction and building up of Czech administrations proceed in order to provide a fundamental basis for green public procurement?*
 - d) *Which measures should be taken urgently in this regard?*
 - e) *Does the EU support the reconstruction and building up of Czech administrations financially?*
 - f) *How does the financial budget of public authorities look like?*

Section E: Information

1. *Which information can employees of Czech public procurement departments access to better identify environmentally friendly products and services?*
2. *Do there exist an exchange of information or a best practise sharing between Czech administrations?*
3. *How does the flow of information between the procurement department, the environmental department, the financial department and the user of the purchased product/ service look like?*
4. *Will the EU-platform SIMAP (instrument to publish public procurement documents electronically and for an improved market analysis) be used in the Czech Republic in order to gather information about green public procurement projects?*
5. **Which Czech initiatives create awareness among employees of public authorities and the public sector to point out the possibilities and impacts of green public procurement?**
6. **Which Czech initiatives create awareness of green public procurement among producers?**
7. **What is the contribution of the „Right to Know Program“ to this awareness creation?**

I haven't heard about any initiatives for the creation of awareness.

8. **Does the Czech Republic cooperate with other countries in order to exchange experiences and know how about green public procurement?**

I haven't heard about any cooperations regarding green public procurement. But in the field of ecolabelling exist the Visegrad group (Poland, Hungary, Slovakia and the CR, it was founded in the early 1990s for a cooperation on a high level of government, environmental issues are one part of its activities). This is a platform to exchange information and experiences on the official and unofficial level. There exist an idea of mutual recognition of ecolabels but it doesn't take place yet.

Section F: Ecolabelling

1. *What are the objectives of the Government Resolution No. 159/1993 "Introduction of a National Program of Labelling Environmentally Sound Products"?*
2. *How does the procedure for obtaining the Czech ecolabel look like?*
3. *How big is the market share of products with the Czech ecolabel in the Czech Republic?*
4. *Do Czech companies communicate figures about sales volumes of ecolabelled products?*
5. *Should Czech companies rather apply for the Czech ecolabel or for the European ecolabel? Why?*

Section H: Market structure for environmentally friendly products

1. **How do you judge the Czech market development for environmentally friendly products?**
2. **Which sectors/ product groups are the ones that has developed the most progressively in the Czech Republic in terms of offering environmentally friendly products and services?**

I don't know how many people are really asking for this kind of information. There exist the CEI website and the Ekoznacka website (<http://www.ekoznacka.cz>)

Of course producers are using their ecolabel for their marketing. Nearly all gas boilers in the market are labelled. In this case the saturation is so high that the label is losing its role of differentiation/distinguishing. It depends on the philosophy of the program how large the share of labelled products in one product group should be. If all products are labelled new/better criteria for labels must be created. It's the role of the Board and the CEA not to admit such high saturation and to define stricter parameters to narrow the group for one quarter or one fifth maximum. If the whole product group is labelled it is good for public awareness but not for differentiation.

Some rare companies don't even advertise their label. I don't know why. It is not a duty, it's a right to publish it.

I think companies don't publish sales figures. In the CR there does not exist a fee for the number of labelled products that has been sold – there is just a licence fee. Czech companies are not open but suspicious, other actors are perceived as enemies. This is an experience from the past. Only a few companies have an open marketing propaganda and reporting. They fear that information might be used by financial and other institutions.

3. *Are Czech companies able to satisfy the public demand in the Czech Republic or is it necessary to import environmentally friendly products? Please describe the situation by considering a specific product.*
4. *Will Czech producers be committed legally in the future to publish product information like environmental impacts in order to better inform consumers?*

Section I: Future development

1. Will the significance of green public procurement increase or decrease in the medium term (next 5-10 years)? Why?

I think it will increase but I don't know if from internal or external inputs. The way how it is done via state support is a stable and conservative one. But without new impulse/steering it won't be very progressive. Apparently there is not a big interest from NGOs. It is not good for medialisation so just a few persons are working on green public procurement.

2. Which future changes in Czech procurement law are predictable?

I don't know if there will be amendmends on legislation. There exist formal implementation plans from accession countries. The Ministry of Industry and Trade has a lot of information about what kind of resources are needed for which activities. I don't know if they have information about green public procurement as well but probably about consumer protection legislation. I can check if green public procurement is noticed in the implementation plan on ecolabelling. Because green public procurement is a voluntary instrument and doesn't have to be transposed into Czech law there does not exist a special implementation plan.

3. Which future problems are predictable?

- Bureaucratisation,
- For actors in the system (i.e. the MoE) the current stage is satisfactory but they just have an internal perspective and therefore not the right inside into the problem, the outside should steer the situation/process as well, i.e. campaigns of NGOs, support by consultancies (we are not unified and very individualistic, no association of CEMC type is ready to do an important input, maybe the situation is not mature), criticism from EU countries (but early criticism is not appropriate because they need the Czech example to encourage other contries),
- The Czech Ecolabelling system had good potential to grow but lost its dynamic.

Further documents received:

CD with the newsletter "Environmental Labelling" since 2000

Interviewee

Name: Zdenek Suchanek

Department/ Organisation: Since 1999 project manager, department environment, unit environment, transport and infrastructure, DHV CR, spol. s.r.o.
Chief editor of the newsletter "Environmental labelling"
Member of the Council for the Czech Ecolabelling Program
Czech Technical Normalisation Committee No. 106
(Environmental Management), member of the board, head of delegation to ISO/TC207 annual sessions (1996-2002), chairperson of national subcommission SC1 for EMS, SC3 for Environmental labelling and WG5 for Climate Change
Member of Experts Council of the Czech accreditation organization CERT-ACO
Member of Editorial Board of Environmental Aspects of Business (CEMC)

Former activities: 1995-1999 Czech Environment Management Center (CEMC)
1990-1995 Czech Ministry of the Environment
1971-1990 Czech Geological Office, Mongolczechoslovakmetal, Czech Geological Survey

Anhang 10: Protokoll des Interviews per email mit Herrn Dvorak vom tschechischen Ministerium für
Regionalentwicklung

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Professorship of Business Administration
Environmental Management

Dresden University of Technology, Germany

Department of Business Management and Economics



Postal address: 01062 Dresden

Phone: +49 351 463-34313

Email: bu@mailbox.tu-dresden.de

Internet: www.tu-dresden.de/www/bwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Dear Mr. Dvorak,

Thank you very much for the interview by email regarding my thesis about **“Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of EU-enlargement”**.

The interview was carried out through the following emails:

Email Nr. 1: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 01.04.2004.....	181
Email Nr. 2: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 14.05.2004.....	182
Email Nr. 3: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 14.05.2004.....	182
Email Nr. 4: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 21.05.2004.....	183
Email Nr. 5: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 24.05.2004.....	184
Email Nr. 6: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 25.05.2004.....	184
Email Nr. 7: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 27.05.2004.....	184
Email Nr. 8: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 03.06.2004.....	185

Many thanks for your time and help.

Kind regards,
Claudia Kreutzfeldt

Email Nr. 1: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 01.04.2004

Dear Mr. Dvorak,

I have got your email addresses from Mrs. Jill Michielssen who is working at the European Commission/ DG Environment/ Unit G2 - she said you might perhaps be able to help me. My name is Claudia Kreutzfeldt and I am studying business administration at the University of Technology in Dresden. From February to July 2004 I am going to write my thesis about "Challenges for green public procurement in the Czech Republic in the course of the EU-enlargement".

The aim of my thesis is to find out how far the official sector/administrations in the Czech Republic consider aspects of sustainability when purchasing the goods they need (e.g. electric power from regenerative sources, recycled paper, FSC-labelled furniture, etc.). Therefore I like to analyze which legislation the EU requires, how far the Czech environmental law is harmonised with the EU requirements as well as if and how these requirements are implemented in practice. In this context I like to focus on challenges the Czech Republic as a country in transformation has to face.

To strengthen my results I am planning to lead interviews with a representative from the European Commission, a representative from the Czech Ministry of Environment, with persons involved in a current project of green public purchasing (here I like to analyze the supply side of green public purchasing) and with other institutions involved in this topic.

I would be happy if you could support my work with any kind of information or hints concerning green public purchasing in the Czech Republic and with possible contact persons who might be able to help me. I speak English and French fluently but unfortunately no Czech. Therefore a Czech assistant at the chair offered me her linguistic help.

Please feel free to email me (claudia.kreutzfeldt@gmx.de) if you have any further questions.

Many thanks in advance for your help.

Kind regards,
Claudia Kreutzfeldt

Email Nr. 2: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 14.05.2004

Dear Ms. Kreutzfeldt,

At first I would like to apologize very much that I did not reply to your e-mail earlier due to the high working overload before the accession to the EU. So, I do not know whether I can still be of any help to you. However, if yes, I will be happy to assist you.

I work at Ministry for Regional Development in the Legislative and Law Department. I am involved in the process of preparation and implementation of the legislation in the field of public procurement. I also represent the Czech Republic in the Advisory Committee for Public Procurement of European Commission.

Please let me know exactly what kind of information you need at present. I suppose that you have already contacted other people in my country.

Best regards

David Dvorák
Ministry for Regional Development
Legislative and Law Department
European and International Law Unit
Staromestske nam. 6
110 15 Prague 1
Phone: +420 224 861 183
Fax: +420 224 861 374
E-mail: david.dvorak@mnr.cz

Email Nr. 3: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 14.05.2004

Dear Mr. Dvorák,

thank you very much for answering my email. I can understand very well that you are busy at the moment. The present stage of my thesis is that I have interviewed Mrs. Jill Michielssen from the European Commission this week. She works in the GD Environment and is responsible for green public procurement. As she told me she is cooperating very closely with the GD Internal Market on this issue and that the whole process of an exchange between all member states at EU level is at the very beginning. She has no direct contacts to Czech green public procurement experts but mentioned that the committee meeting (I guess this is the advisory committee you are a member of, isn't it?) on October 28th this year is for the first time dedicated to bring together public procurement and green public procurement experts.

I would be very happy if you could tell me something about this meeting from your point of view as well as any kind of information you have about green public procurement. Please let me know if you might be able to answer these questions:

1. How do the EU and the Czech Republic cooperate institutionally in the field of green public procurement? Which persons are working at the interface?

2. How far do/ will Czech experts participate in the decision process on green public procurement at EU level?
3. How far is the Public Procurement Act No. 199/1994 Coll. harmonised with the european public procurement directives and how far is it implemented in the Czech Republic? If not, does there exist a transition period?
4. Is it intended to amend the Public Procurement Act regarding the possibility of integrating environmental aspects into public procurement in the near future?
5. Which budgetary directives regulate the application of economic efficiency principles in public procurement?
6. What are the main problems/ obstacles in implementing green public produrement in the Czech Republic?

I asked Mrs. Michielssen from the Commission for names of Czech experts involved in this topic and she mentioned your name as well as Mr. Libor Secka, Mr. Martin Krcek and Mr. Emil Ruffer. Can you tell me how far the others are involved in green public procurement?

Thanks in advance for your help and have a nice weekend,
Claudia Kreutzfeldt

Email Nr. 4: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 21.05.2004

Dear Ms. Kreutzfeldt,

I think I am able to answer questions marked in sections A and B, but not in section D.

As far as green procurement is concerned, I am not aware of any activities in this respect in the Czech Republic. As you might know, a new Czech Public Procurement Act entered into force as late as on May 1, 2004. The whole proces of harmonizing Czech legislation with EU directives in this area was, due to various reasons, quite difficult. So, our whole effort was focused on this basic goal.

Advisory Committee for Public Procurement is the committee mentioned by Ms. Michielssen. However, the whole work will start in autumn.

Regarding people you mention, I do not know Mr. Secka. Mr. Krcek is working at the Permanent Representation of the CR to EU in Brussels. He is responsible for competition and public procurement. I do not think he is involved in this issue in a particular way. Mr. Ruffer worked at the Department of Public Investments in our Ministry, but unfortunately he left recently.

Have a nice weekend
David Dvorák

Email Nr. 5: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 24.05.2004

Dear Mr. Dvorak,

thank you very much for your information. It was very helpful and confirmed the results I obtained during my interviews last week in Prague. Do you know by chance if the new Public Procurement Act No. 40/2004 exist in english as well?

Many thanks and best regards,
Claudia Kreutzfeldt

Email Nr. 6: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 25.05.2004

Dear Ms. Kreutzfeld,

Please find enclosed an English as well as German version (we have a German twinning) of the Czech Public Procurement Act. I hope your activities in Prague were successful and your thesis is proceeding well.

Best regards
David Dvorák

Email Nr. 7: Claudia Kreutzfeldt an David Dvorak, 27.05.2004

Dear Mr. Dvorak,

thank you very much for both documents. I didn't expected to get the PPA in English and German. Thats very helpful. Could you tell me with whom in Germany you are doing the twinning project?

Best regards,
Claudia Kreutzfeldt

Email Nr. 8: David Dvorak an Claudia Kreutzfeldt, 03.06.2004

Dear Ms. Kreutzfeldt,

I am happy that I could help you a little bit in this way. The main adviser is Ms. Anna-Henriette Herrmann.

Regards
David Dvorak

Further documents received:

- Czech Public Procurement Act No. 40/2004 in an english and german version

Interviewee:

Name/ Organisation: David Dvorak, Legislative and Law Department, Ministry for Regional Development (MMR), Prague

Interview: 01st April until 03rd June May 2004 by email

Anhang 11: Gesprächsprotokoll des Interviews mit Herrn Holub und Herrn Ziegler vom Unternehmen RWE Energy Czech Republic

Prof. Dr. Edeltraud Günther
Professur für Betriebswirtschaftslehre,
Insbesondere Betriebliche Umweltökonomie
Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Technische Universität Dresden



Postadresse: 01062 Dresden
Telefon: +49 351 463-34313
Email: bu@mailbox.tu-dresden.de
Internet: www.tu-dresden.de/www/bwlbu/en/homepage.htm

Minutes

Sehr geehrter Herr Holub, Sehr geehrter Herr Ziegler,

vielen herzlichen Dank für das Interview am letzten Freitag über das CNG-Projekt von RWE Energy, Prag. Dieses Projekt ist sehr interessant für meine Diplomarbeit, in der ich die **“Herausforderungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in der Tschechischen Republik im Zuge der EU-Osterweiterung”** analysiere. Das Interview umfasste die folgenden Bereiche:

Sektion A: Beschreibung des CNG-Projekts	187
Sektion B: Erdgasbetriebene Busse – pro und contra.....	191
Sektion C: Die Perspektive der tschechischen Regierung.....	193

Heute sende ich Ihnen das Gesprächsprotokoll des Interviews. Ich bitte Sie, Ihre Antworten auf Richtigkeit zu überprüfen, so dass ich diese für meine Diplomarbeit verwenden kann. Falls Sie noch weitere Fragen haben, können Sie mich jederzeit gerne kontaktieren:

...

Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichem Gruß,
Claudia Kreuzfeldt

Sektion A: Beschreibung des CNG-Projekts

1. Ziele/ Status Quo

- a) **Welches sind die Ziele des Projekts? Bitte geben Sie eine kurze Projektbeschreibung.**
- b) **Wer hat das Projekt initiiert und wann?**
- c) **Wer sind die involvierten Akteure? – Mit wem kooperiert RWE Energy in diesem Projekt?**
- d) **Wie sieht diese Kooperation aus? – Gibt es Kommunikationsschwierigkeiten?**

Vor zwei Jahren wurde das CNG-Projekt gestartet. Ziel war es, potentielle neue Märkte in Tschechien zu erschließen, d.h. in diesem Fall herauszufinden, inwieweit CNG im gesamten Spektrum des Straßenverkehrs eingesetzt werden kann (Busse, Pkws und Lkws). Alle beteiligten Akteure bzw. Interessensgruppen sollten in die Verwirklichung des Projektes einbezogen werden. RWE initiierte daher die Bildung einer unabhängigen CNG-Koordinierungsstelle („The NGV Coordinating Task Force“), die beim Tschechischen Gasverband (CPS: Cesky plynarensky svaz, <http://www.cgoa.cz/rubrika-en.html?id=77>) angesiedelt wurde (diese Koordinierungsstelle entspricht dem deutschen Zusammenschluss „Erdgasmobil“: www.erdgasfahrzeuge.de). Der Tschechische Gasverband umfasst alle Subjekte, die sich für die Erdgasbenutzung interessieren - Erdgaslieferanten, Erdgaseinkäufer (in Tschechien: Transgas) und die Erdgasnutzer.

RWE arbeitet sehr eng mit der CNG-Koordinierungsstelle zusammen und stimmt die weitere Vorgehensweise für das Projekt ab. RWE und Transgas (Transgas ist der zentrale Erdgaseinkäufer in Tschechien und befindet sich vollständig im Besitz der Landesholding RWE Energy Czech Republic, zudem ist RWE Energy Czech Republic an sechs der acht in Tschechien existierenden Gas Distribution Companies (GDC) mit mehr als 50% beteiligt) bereiten derzeit einen Business Plan für die CNG-Koordinierungsstelle vor. Wir haben in diesem Rahmen die Studie „Strategische Entwicklung von Erdgas im Verkehrswesen“ durchgeführt, die wir dem Umwelt- und Verkehrsministerium im Herbst 2004 vorlegen werden. Anschließend soll diese innerhalb der Regierung besprochen werden, wobei das CNG-Projekt als best practice genannt werden wird. Die tschechische Regierung hat insbesondere ein Interesse am CNG-Projekt, da sie sich im Rahmen eines Programms der Europäischen Kommission verpflichtet hat, bis zum Jahr 2020 den Anteil alternativer, umweltfreundlicher Brennstoffe im Verkehrswesen auf mind. 20% zu erhöhen, wovon 10% Erdgas (natural gas) ausmachen soll. Das CNG-Projekt hat das Potenzial, dieses EU-Ziel in Tschechien zu erreichen und ist soweit entwickelt, dass es in der Realität umgesetzt werden kann.

RWE bereitet demnach die ersten Unterlagen vor und nutzt die Gelegenheit, Ideen am Anfang des Projektes einzubringen. Ziel ist es, die Unterstützung der tschechischen Regierung als eine der Interessengruppen am CNG-Projekt zu gewinnen. Eine erste staatliche Initiative seitens des Tschechischen Transportministeriums stellt die Subvention in Höhe von 800.000 CZK für den Kauf (z.B. durch öffentliche Auftraggeber) eines erdgasbetriebenen Busses dar, falls die Industrie das Tankstellenetz entsprechend ausbaut. Diese finanzielle Unterstützung entspricht dem höheren Anschaffungspreis erdgasbetriebener Busse im Vergleich zu herkömmlichen Bussen.

- e) **Wo in der Tschechischen Republik gibt es zur Zeit Test-/ Pilotprojekte hinsichtlich erdgasbetriebener Busse?**

- Die Stadt Karlovy Vary hatte die Einführung erdgasbetriebener Busse geplant. Das Projekt wurde jedoch mit der Begründung nicht realisiert, dass die Stadt andere Interessen habe.

- Das beste Beispiel für erdgasbetriebene Busse ist wahrscheinlich das Unternehmen CSAD Bus in Usti nad Labem (<http://www.csadbus.cz>). CSAD Bus ist ein privates Unternehmen, das den öffentlichen Personennahverkehr in Usti n.L. betreibt. Die Stadt selbst ist nicht der Eigentümer und nutzt daher die Busse als Dienstleistung.
 - Ostrava
 - Südmähren
- f) **Wie dicht ist das tschechische Tankstellennetz für Erdgas und wie viele derartige Tankstellen soll RWE Energy im Gegenzug für den Verkauf von Erdgas an diesen Tankstellen bauen?**
- g) **Wie viele Erdgaszapfsäulen existieren bereits in Tschechien? Wie hoch sind die Kosten für den Neubau einer Tankstelle/ Erdgaszapfsäule?**

Eines der Hauptprobleme bei der Umsetzung des CNG-Projekts stellt die fehlende Infrastruktur dar. Die Frage ist, ob RWE als Erdgaslieferant den Aufbau der Infrastruktur (sprich: Tankstellen mit Erdgaszapfsäulen) mitfinanzieren wird. Für eine kleine derartige Tankstelle werden Kosten in Höhe von ca. 200.000€ veranschlagt, für eine mittelgroße Anlage ca. 400.000€ (in Deutschland gibt es derzeit ca. 450 Tankstellen, siehe Artikel in „Der Spiegel“ Nr. 24 vom 07.06.2004, S. 138ff.). Die Idee, Tankstellen zu bauen hatte RWE zum einen selbst. Zum anderen wurde das Unternehmen diesbezüglich vom Tschechischen Umweltministerium angesprochen. Das Umweltministerium hat ein großes Interesse an der Umsetzung des Projekts, da der derzeitige und in Zukunft voraussichtlich stark zunehmende Verkehr – insbesondere in Städten wie Ostrava und Prag – eins der größten Umweltprobleme verursacht (Luftqualität). Das Umweltministerium hat keine Vorstellungen über die Anzahl von Erdgastankstellen geäußert, sondern möchte primär, dass RWE mit ihnen in diesem Bereich zusammenarbeitet.

Zur Zeit gibt es in Tschechien 14 Erdgastankstellen: in Prag Mecholupy und Prag Svehlova ulice, Plzen, České Budejovice, Ustí nad Labem (neverejná), Krupka (neverejná), Liberec, Česká Lípa (neverejná), Horní Suchá (Havírov), Frýdek – Místek, Prostejov, Uherské Hradiste, Boskovice (neverejná), Znojmo (neverejná). Diese sind meist nicht öffentlich, sondern befinden sich auf dem Betriebsgelände von Unternehmen (in Usti n.L. gibt es bspw. eine Tankstelle für Busse),

(<http://www.ekobus.cz/eng/index.php?page=plnicky>).

Als weiterer Schritt - neben dem Bau von Erdgastankstellen - muss die Industrie von dem Potenzial erdgasbetriebener Fahrzeuge überzeugt werden. Probleme wie der Einbau der Erdgastanks müssen behoben werden. Im Juni 2004 gab es die Ausstellung Autotec in Brno (<http://www.bvv.cz/autotec-de>), bei der sich gezeigt hat, dass bspw. der Erdgastank im Skoda Fabia zu viel Platz wegnimmt (bei einem Umbau befindet sich ein großer Erdgastank im Kofferraum). Die Autohersteller in Tschechien sind jedoch momentan nicht bereit zum Umbau der Fahrzeuge, da es einfach noch keine ausreichende Nachfrage dafür gibt (Kosten sind daher zu hoch). Derzeit gibt es ein oder zwei Unternehmen in Tschechien (dies sind keine Autohersteller), die den Umbau von Pkws vornehmen. Die Lösungen sind allerdings nicht optimal, da die Initiative nicht direkt vom Autohersteller ausgeht. Hinzu kommt, dass hier Garantieprobleme auftreten können, wenn es Probleme mit dem Motor geben sollte.

Diese Umrüstungsunternehmen können Pkws sowohl auf CNG als auch auf LPG umstellen (LPG: liquid petroleum gas). Derzeit existieren ca. 125.000 LPG-betriebene Autos in Tschechien. LPG ist Flüssiggas, leichter zu betanken, aber auch gefährlicher. LPG ist schwerer als Luft und kann leichter explodieren. Hier besteht das Problem, dass LPG-betriebene Pkws im Gegensatz zu CNG-betriebenen Pkws nicht in Tiefgaragen geparkt werden dürfen.

h) Existieren für den Bau der Tankstellen Kooperationen mit Tankstellenbetreibern?

Nein, bislang nicht. Das wird aber der nächste Schritt sein, nachdem die Infrastruktur geschaffen wurde.

i) Wie sieht der Zeitplan von RWE Energy für das Projekt aus? - In welcher Phase befindet sich das Projekt zur Zeit? - Welches sind die nächsten Aktivitäten? - Wann erfolgt frühestens der Kauf der erdgasbetriebenen Busse durch das tschechische Umweltministerium?

Bezüglich der Umsetzung des CNG-Projekts gibt es verschiedene Bedenken. Diese beruhen jedoch mehr auf Schätzungen als auf der Realität. RWE wird sich je nach Entwicklung des CNG-Projekts entscheiden, ob der weitere Fokus auf Pkws, Bussen und/ oder Lkws oder auf regionalen Projekten liegen wird und wie die nächsten Schritte folglich im Einzelnen aussehen. Anzumerken ist, dass das Potenzial von erdgasbetriebenen Pkws nicht unterschätzt werden darf, da es dem Verbrauch eines Einfamilienhaushalts entspricht, in dem mit Erdgas geheizt, gekocht, etc. wird.

Ein weiteres Problem ist, dass der Markt noch nicht bereit ist für erdgasbetriebene Fahrzeuge, d.h. Kunden kennen erdgasbetriebene Autos bzw. die Technologie nicht, sind nicht bereit, den höheren Anschaffungspreis zu zahlen und fürchten um die Sicherheit (Crash-Tests haben jedoch gezeigt, dass die Sicherheit nicht mehr als Problem gesehen werden kann). Hier müssen geeignete Marketingaktivitäten vorbereitet werden. Wir haben eine Kundenbefragung über das Einkaufsverhalten durchgeführt und Fragen gestellt wie: „Kennen Sie erdgasbetriebene Pkws?“, „Können Sie sich vorstellen, in einem erdgasbetriebenen Bus zur Arbeit zu fahren?“, „Würden Sie persönlich einen erdgasbetriebenen Pkw kaufen?“. Die Ergebnisse der Umfrage sind gemischt. Ca. 50% würden sich ein erdgasbetriebenes Auto kaufen, wenn es preisgünstiger ist, wenn D.h. genauer, wenn es alle Nachteile nicht gäbe. Hier kann z.B. entgegengesetzt werden, dass die Betriebskosten erdgasbetriebener Fahrzeuge geringer sind. Es lohnt sich demnach gerade für Leute, die viel fahren (mind. ca. 15.000km im Vergleich zu Benzin und mind. ca. 10.000km im Vergleich zu Diesel), ein erdgasbetriebenes Auto zu kaufen (die Anschaffungspreise würden ebenfalls sinken, wenn die Nachfrage wächst und Unternehmen Skaleneffekte realisieren könnten). Zudem ist die Steuer auf Erdgas im Vergleich zur Mineralölsteuer (22%) per Gesetz reduziert. Noch vor einem Jahr lag die Erdgassteuer sogar bei 0%. Die Erdgassteuer setzt sich zusammen aus der Mehrwertsteuer, der Verbrauchssteuer und der Öko-Steuer (letztere ist in Tschechien jedoch noch nicht eingeführt worden).

2. Motivation/ Chancen

- a) Welche Strategie verfolgt RWE Energy mit dem Projekt? Was ist Ihre Motivation?**
b) Welches sind die Vorteile für RWE Energy in diesem Projekt?

Siehe Frage in Sektion A, 1. und 3.

- c) Welche Anschlussprojekte könnte dieses Projekt nach sich ziehen (weitere öffentliche, private oder betriebliche Nachfrage nach Erdgas)?**

Siehe Frage in Sektion C, 4.

d) Welche Vorteile für den tschechischen Staat/ die Umwelt sehen Sie in dem Projekt?

Siehe Frage in Sektion A, 3. sowie Internetseite Erdgasmobil: www.erdgasfahrzeuge.de und www.gibgas.de.

e) Auf welche erfolgreichen CNG-Projekte in Deutschland können Sie als Referenz verweisen?

Siehe Internetseite Erdgasmobil: www.erdgasfahrzeuge.de sowie www.gibgas.de.

f) Welchen Erdgasmarktanteil hat RWE Energy in der Tschechischen Republik? - Mit welchen Unternehmen kooperiert RWE Energy in diesem Bereich?

Der Anteil von Erdgas am Einsatz von Primärenergiequellen in Tschechien lag im Jahr 2001 bei 19,5%.

g) Welche Marketingaktionen existieren seitens RWE Energy, um ein öffentliches Bewusstsein für Erdgas als Kraftstoff in Tschechien zu schaffen?

RWE als Marke macht in Tschechien keine Werbung. Marketingaktivitäten erfolgen durch Transgas und die GDCs (gas distribution companies, Erdgasbeteiligungsunternehmen, Tochtergesellschaften). Das Unternehmen Transgas, an dem der RWE Konzern volle Beteiligung hält, ist der Hauptverteiler von Erdgas in Tschechien. Transgas beliefert acht lokale GDCs, die wiederum direkt den Endkunden versorgen (die GDCs entsprechen den Stadtwerken in Deutschland, nur dass in Tschechien eine Verteilungsstufe weniger existiert). RWE koordiniert lediglich die Marketingsktivitäten und realisiert Synergieeffekte. In Zukunft wird sich die Branding-Strategie jedoch ändern und die GDCs werden mit dem Namen RWE werben.

Transgas und die GDCs haben kürzlich bspw. einen Informationstag für die breite Öffentlichkeit unter dem Motto „Vollgas mit Erdgas“ auf der Rennstrecke in Brno veranstaltet. Ziel war es, den Besuchern das Fahren mit Erdgasautos näher zu bringen. Weitere Informationen gibt es auf dieser Internetseite: <http://www.impas.cz>. Zudem soll in Zukunft ein Internetauftritt unter der Adresse <http://www.cng.cz> aufgebaut werden.

3. Probleme**a) Lohnt sich das Projekt für RWE Energy in finanzieller Hinsicht? Wenn nicht, was müsste geschehen, damit das Projekt gewinnträchtig wird?****b) An welchen Hindernissen könnte das Projekt Ihrer Meinung nach scheitern?**

Wenn die Automobilhersteller technische Lösungen für erdgasbetriebene Fahrzeuge anbieten können, dann ist es das weitere Ziel, ca. 300-400 Erdgastankstellen zu bauen, damit Nutzer in ganz Tschechien mit ihren Fahrzeugen fahren können. Das kostet viel Geld. Unsere Studie hat analysiert, an welchen Orten in Tschechien neue Tankstellen mit Erdgaszapfsäulen errichtet werden müssten bzw. wo eine Erdgaszapfsäule bei einer bestehenden Tankstelle hinzugefügt werden muss und auf welche Höhe sich die Kosten für den Aufbau der Infrastruktur belaufen.

Die Frage ist nun, wer dieses Geld investiert. Hier müssen alle beteiligten Interessengruppen einbezogen werden, damit nicht nur die Kosten, sondern auch das Risiko geteilt

wird. Unklar ist bislang, inwieweit der Staat das Projekt subventioniert und ob bzw. wie eine bessere Steuerpolitik unterstützend wirken wird. Der Staat versucht natürlich, dass sich hier die Unternehmen weitmöglichst engagieren. Das Ziel der CNG-Koordinierungsstelle ist es jedoch, die tschechische Regierung von diesem Projekt zu überzeugen. Aus diesen Grund hat RWE aussagekräftige Unterlagen über die Umsetzungsmöglichkeiten des CNG-Projekts erstellt.

RWE weiß bislang nicht, ob sich mögliche finanzielle Investitionen in das CNG-Projekt lohnen oder nicht. Die Budgetplanung ist in der Entwicklung und es gibt noch keine endgültigen Investitionsentscheidungen. Diese erfolgen nur dann, wenn sich das Projekt rechnet. Das Dilemma ist, dass die Autoindustrie ebenso denkt, d.h. ein Kompromiss muss mit allen beteiligten Interessensgruppen gefunden werden. Die Vorteile des Projektes für den tschechischen Staat liegen im Umweltschutz bzw. der Verbesserung der Luftqualität (in großen Städten verursacht der Verkehr ca. 70% der Emissionen), für RWE im erhöhten Absatz von Erdgas und im Wachstum sowie für die Fahrzeughersteller in der Erschließung eines neuen Segments bzw. der Produktdifferenzierung gegenüber Wettbewerbern.

Sektion B: Erdgasbetriebene Busse – pro und contra

1. Erdgasbetriebene Busse

- a) Welche Hersteller kommen für den Umbau der Busse von Diesel bzw. Benzin auf Erdgas in Tschechien in Betracht? Wie hoch sind deren Marktanteile auf dem Markt für erdgasbetriebene Busse?**

Siehe Frage in Sektion B, 2d).

- b) Wie hoch sind die Anschaffungskosten eines erdgasbetriebenen Busses im Vergleich zu herkömmlichen Bussen?**

Ca. 8 Mio. CZK, wovon das Tschechische Transportmuseum 800.000 CZK als Subvention übernimmt.

- c) Wie hoch sind die Kosten in der Nutzungs- und Entsorgungsphase eines erdgasbetriebenen Busses im Vergleich zu herkömmlichen Bussen?**

Die Betriebskosten während der Nutzung sind geringer. Die Entsorgung gestaltet sich wie bei herkömmlichen Bussen.

- d) Halten erdgasbetriebene Busse die Euro III bzw. Euro IV-Norm ein?**

Ja, erdgasbetriebene Busse halten die Euro IV-Norm ein.

- e) Worin besteht der Unterschied zwischen H-Gas und L-Gas?**

Siehe http://www.gibgas.de/german/fakten/kraftstoff_erdgas.html.

f) Welche Marketingaktionen existieren seitens der Bushersteller, um ein öffentliches Bewusstsein für Erdgas als Antriebsstoff in Tschechien zu schaffen?

Bislang keine.

2. Entwicklung von Erdgas als Kraftstoff für Fahrzeuge

a) Welche Umweltvorteile bietet Erdgas im Vergleich zu herkömmlichem Kraftstoff?

Siehe Internetseite Erdgasmobil: www.erdgasfahrzeuge.de sowie www.gibgas.de.

b) Wie schätzen Sie die momentane Nachfrage nach erdgasbetriebenen Fahrzeugen in der Tschechischen Republik ein? Warum?

Hoch Mittel Gering

Gering, aufgrund des geringen Bewusstseins der Konsumenten und der fehlenden Infrastruktur.

c) Wie schätzen Sie die Zukunftschancen ein, dass sich Erdgas als alternativer Kraftstoff in der Tschechischen Republik durchsetzt? Warum?

Hoch Mittel Gering

Mittel, da es bereits 125.000 gasbetriebene Autos gibt – auch wenn dies Flüssiggas ist. Diese Nutzer werden voraussichtlich auch in Zukunft Erdgas benutzen. Die Umfrage hat gezeigt, dass die größten Bedenken für die Konsumenten beim Kauf von erdgasbetriebenen Autos die Sicherheit ist. Hier muss die Kommunikation darauf hinwirken, dass diese Bedenken ausgeräumt werden, denn bspw. Crash-Tests haben gezeigt, dass Autos mit einem CNG-Erdgastank ebenso sicher sind wie herkömmliche Autos. Hinzu kommt das angesprochene Problem mit den Tiefgaragen. Einige Garagenbesitzer sind erdgasbetriebenen Autos gegenüber aufgeklärt, doch letztlich ist es die Entscheidung jedes einzelnen Besitzers, ob er erdgasbetriebene Fahrzeuge in seiner Tiefgarage erlaubt oder nicht (diese weisen mit Schildern auf das Verbot hin). So kann er auch das offiziell erlaubte CNG verbieten. Doch auch wenn CNG-Fahrzeuge erlaubt sind, kennen manche Tiefgaragenbesitzer den Unterschied zwischen LPG und CNG nicht und lassen demzufolge auch CNG-Autos abschleppen. Diese gesamte Problematik wurde gerade in Deutschland sehr stark in den Medien thematisiert, insbesondere in den Großstädten, in denen Tiefgaragen verbreiteter sind.

d) Werden Ihrer Meinung nach erdgasbetriebene Busse oder PKWs in Tschechien zukünftig serienmäßig produziert? Warum?

Ja Vielleicht Nein

Pkws werden aufgrund der geringen Nachfrage der Konsumenten noch nicht serienmäßig von den Herstellern produziert. Hier gibt es ein oder zwei Unternehmen, die die Umrüstung vornehmen. Bei Bussen gibt es eine serienmäßige Produktion in sehr kleiner Auflage durch das tschechische Unternehmen NORDlogistics (<http://www.ekobus.cz>). Dies ist ein Tochterunternehmen des Unternehmens CSAD Bus aus Usti n.L..

3. Probleme

a) Welche Schwierigkeiten bestehen bei der Umrüstung eines Busses oder PKWs auf Gas?

Siehe Frage in Sektion A, 1g): das Platzproblem.

b) Welche Probleme ergeben sich bei der Nutzung und Entsorgung erdgasbetriebener Busse und PKWs?

Keine. Die Entsorgung läuft genauso ab wie bei herkömmlichen Fahrzeugen.

Sektion C: Die Perspektive der tschechischen Regierung

1. Welches sind Ihrer Meinung nach die Beweggründe des tschechischen Umweltministeriums für dieses Projekt?

Siehe Frage in Sektion A, 1. und Sektion C, 2.

2. Wieso greift das tschechische Umweltministerium nicht auf andere Antriebstechnologien (Wasserstoff, Brennstoffzelle, etc.) zurück, um den öffentlichen Transport „sauberer“ zu gestalten?

Das Umweltministerium sucht nach schnellen, realistischen Lösungen. Brennstoffzellen sind sehr teuer. Wenn diese beschädigt werden, muss die gesamte Zelle ausgetauscht werden. Betrachtet man die praktischen Umsetzungsmöglichkeiten, dann ist die Brennstoffzelle eher langfristig ein Thema und sollte in Pilotprojekten weiterentwickelt werden. Das Umweltministerium will jedoch mittelfristig das EU-Ziel erreichen und den Anteil von alternativen Brennstoffen bis 2020 auf 20% anheben. Hier ist CNG und auch Biokraftstoff eine realistische, umsetzbare Alternative. Erdgas scheint hier der einfachste Weg zu sein, da die Rohrleitungen und die Technik bereits existieren und „nur“ die Infrastruktur geschaffen werden müsste. Weiterer Vorteil von Erdgas ist die Möglichkeit, sein Auto zu Hause aufzuladen, d.h. Erdgasanschlüsse müssten gelegt werden. Das Auftanken mit CNG dauert relativ lange und könnte hier über Nacht erfolgen. In Frankreich bietet bspw. GDF (Gaz de France) bereits den hauseigenen Gasanschluss als Produkt an.

3. Welche öffentlichen Auftraggeber haben zukünftiges Interesse am Kauf von erdgasbetriebenen Busse gezeigt, wenn eine Infrastruktur geschaffen wird?

- Die Stadt Liberec in der Nähe von Usti erarbeitet derzeit eine Studie, inwieweit dort erdgasbetriebene Busse eingesetzt werden können.
- Der Kreis Jeseník.
- Die Stadt Prag zeigt kein Interesse. RWE kann hier nicht über die GDC positiv einwirken, da die Stadt Prag hier die Mehrheit besitzt (RWE nur 12,6%). Das Problem ist das Desinteresse der Politiker. Da es bereits eine U-Bahn und eine Straßenbahn gibt, möchte niemand in Prag über das Thema erdgasbetriebener Busse reden. Es existiert jedoch ein Pilotprojekt mit erdgasbetriebenen Abfallautos als Pilotprojekt (diese werden ebenfalls umgebaut). Ziel ist es später, auch die Kommunen zur Nutzung dieser zu überzeugen.

4. Wie sieht der derzeitige Busfuhrpark der Stadt Prag/ des tschechischen Staates im öffentlichen Personennahverkehr aus (Alter der Busse/ Einhaltung von Umweltgesetzen)?

Es ist das Ziel unserer Studie, dies herauszufinden.

5. Gestalten sich das aktuelle Energiegesetz sowie andere relevante tschechische Gesetzgebungen positiv für die Entwicklung erdgasbetriebener Busse in Tschechien?

Gesetzliche Schwierigkeiten, die die Umsetzung des CNG-Projekts gefährden könnten, gibt es nicht. Wahrscheinlich werden aber in Zukunft neue technische Normen gebraucht.

6. In welcher Höhe plant das tschechische Umweltministerium den Verkauf von Erdgas an Tankstellen zu subventionieren? Wie hoch wird Erdgas derzeit besteuert?

Siehe Frage in Sektion A, 1. und 3.

Erhaltene Dokumente:

- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2004): Unternehmensstudie „Strategische Entwicklung von Erdgas im Verkehrswesen“
- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2004): Entwicklung der CNG-Nutzung im Straßenverkehr
- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2003): Eigentumsverhältnisse der GDCs in Tschechien
- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2004): Fuel Mix in the Czech Republic
- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2004): CNG filling stations in the Czech Republic
- RWE Energy AG (HRSG.) (2004): Erdgas als Kraftstoff
- RWE Energy Czech Republic (HRSG.) (2004): Koordinationsstelle NGV – Plan 2004

Interviewpartner:

Name: Herr Libor Holub, Herr Hartwig Ziegler

Unternehmen: RWE Energy, Prag

Vielen herzlichen Dank für das Interview!

- Anhang 12:** Landkarte der Tschechischen Republik
(Quelle: HUBER, V. (HRSG.) (2004): Landkarte der Tschechischen Republik. Online im Internet, <http://www.weltkarte.com/europa/indexindex.htm>, Abruf 27. Juli 2004, 18:00.)



- Anhang 13:** Die 14 Verwaltungsregionen der Tschechischen Republik
(Quelle: LOGO SERVICE GMBH (HRSG.) (2004): Tschechische Republik - Verwaltungsregionen (gültig ab 01.01. 2000). Online im Internet, http://www.tschechien.de/land_u_leute.html, Abruf 27. Juli 2004, 18:00.)



Anhang 14: Der Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zur Einführung des nationalen Umweltzeichenprogramms vom 07. April 1993
(Quelle: TSCHECHISCHES PARLAMENT (HRSG) (1993): Regierungsbeschluss Nr. 159/1993 zur Einführung des nationalen Umweltzeichenprogramms vom 07. April 1993)

VLÁDA ČESKÉ REPUBLIKY

USNESENÍ
VLÁDY ČESKÉ REPUBLIKY

ze dne 7. dubna 1993 č. 159
o přípravě národního systému značení ekologicky šetrných výrobků

Vláda

I. s o u h l a s í s ideou zavedení národního systému ekologicky šetrných výrobků jako nástroje preventivní péče o životní prostředí tak, že posuzování výrobků z hlediska ekologické šetrnosti se bude uskutečňovat v rámci činnosti ministerstva životního prostředí;

II. u k l á d á

1. ministru životního prostředí ve spolupráci s místopředsedou vlády a ministrem zemědělství a s ministrem hospodářství vypracovat do 31. října 1993 realizační projekt národního systému udělování značky „Ekologicky šetrný výrobek“;
2. místopředsedovi vlády a ministru financí posoudit možnost rozšíření seznamu výrobků zařazených do snížené sazby daně z přidané hodnoty o výrobky označené značkou „Ekologicky šetrný výrobek“.

Provedou:

místopředsedové vlády
a ministři zemědělství a financí,
ministři životního prostředí
a hospodářství

Předseda vlády
Doc. Ing. Václav K l a u s , CSc., v. r.

- Anhang 15:** Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur Förderung der Entwicklung des Verkaufs und der Nutzung umweltfreundlicher Produkte vom 19. Juli 2000
(Quelle: TSCHECHISCHES PARLAMENT (HRSG) (2000): Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 zur Förderung der Entwicklung des Verkaufs und der Nutzung umweltfreundlicher Produkte vom 19. Juli 2000)

VLÁDA ČESKÉ REPUBLIKY

USNESENÍ VLÁDY ČESKÉ REPUBLIKY ze dne 19. července 2000 č. 720 k návrhu podpory rozvoje prodeje a užívání ekologicky šetrných výrobků

V l á d a

- I. b e r e n a v ě d o m í informaci o dosavadní realizaci Národního programu označování výrobků ochrannou známkou „Ekologicky šetrný výrobek“ obsaženou v části II předloženého materiálu;
- II. s c h v a l u j e návrh Podpory rozvoje prodeje a užívání „Ekologicky šetrných výrobků“, obsažený v části III předloženého materiálu;
- III. d o p o r u č j e členům vlády, vedoucím ostatních ústředních orgánů státní správy a přednostům okresních úřadů, aby v jimi řízených organizacích
 1. při zadávání veřejných zakázek podle zákona č. 199/1994 Sb., o zadávání veřejných zakázek, ve znění pozdějších předpisů, jejichž předmětem může být dodávka, instalace a použití výrobku, jedním z kritérií pro hodnocení nabídek veřejných zakázek byla ekologická šetrnost výrobku (např. označení ochrannou známkou „Ekologicky šetrný výrobek“),
 2. upřednostnili přímý nákup takto označeného zboží a výrobků (např. pro opravy exteriérů a interiérů budov a jejich vybavení – nábytek, kopírky, osvětlení, kancelářské papíry, hygienické potřeby atd.);
- IV. u k l á d á ministru životního prostředí
 1. pravidelně aktualizovat seznam výrobků, označených ochrannou známkou „Ekologicky šetrný výrobek“, veřejně přístupný na internetových stránkách Ministerstva životního prostředí,
 2. průběžně sledovat a každoročně k 31. březnu počínaje rokem 2001, předkládat vládě vyhodnocení přínosu tohoto usnesení.

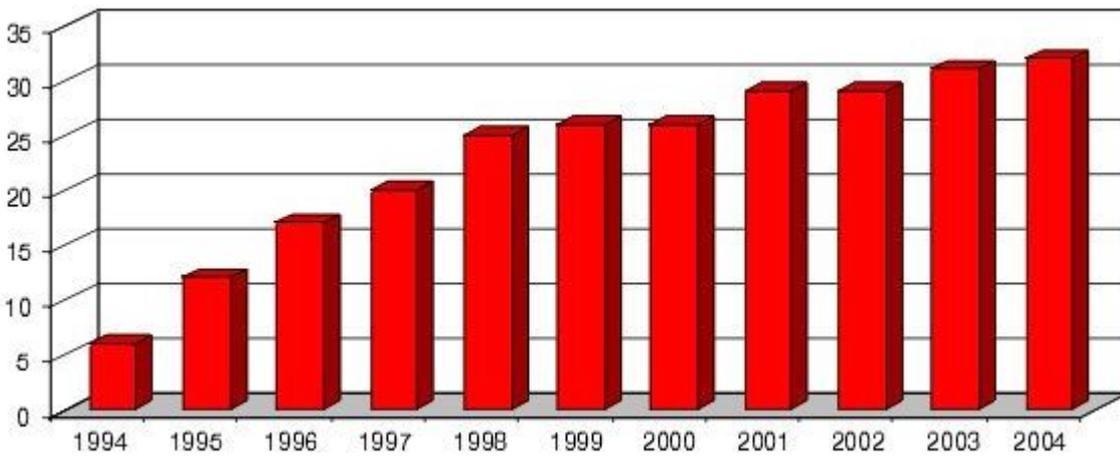
Provedou:
členové vlády,
vedoucí ostatních ústředních
orgánů státní správy,
přednostové okresních úřadů

Předseda vlády
Ing. Miloš Z e m a n , v. r.

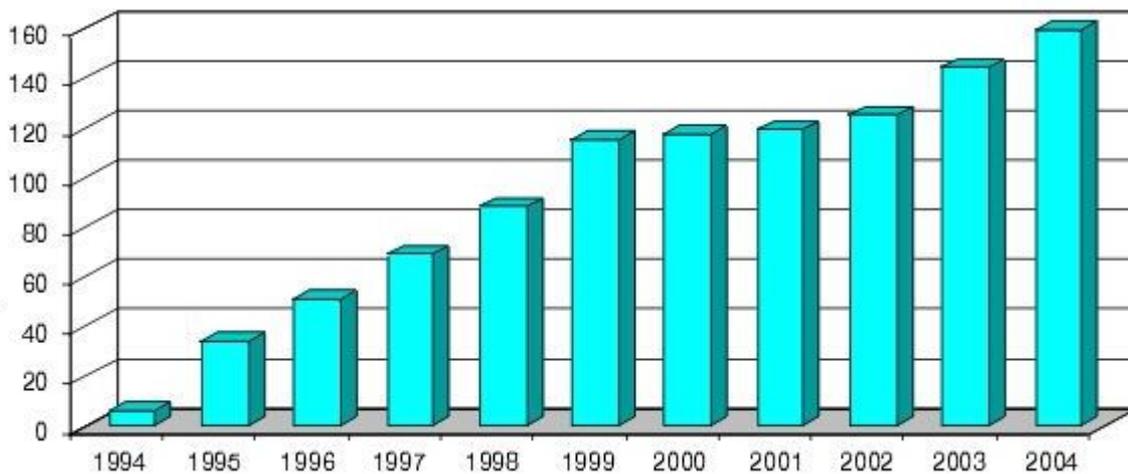
Anhang 16: Die Entwicklung des tschechischen Umweltzeichens von 1994 bis 2004
 (Quelle: TSCHECHISCHES UMWELTMINISTERIUM (HRSG.) (2004b): Bericht an die Regierung zum Regierungsbeschluss Nr. 720/2000 vom 31. März 2004)



Anstieg der Anzahl von Produktgruppen (1994-2004):

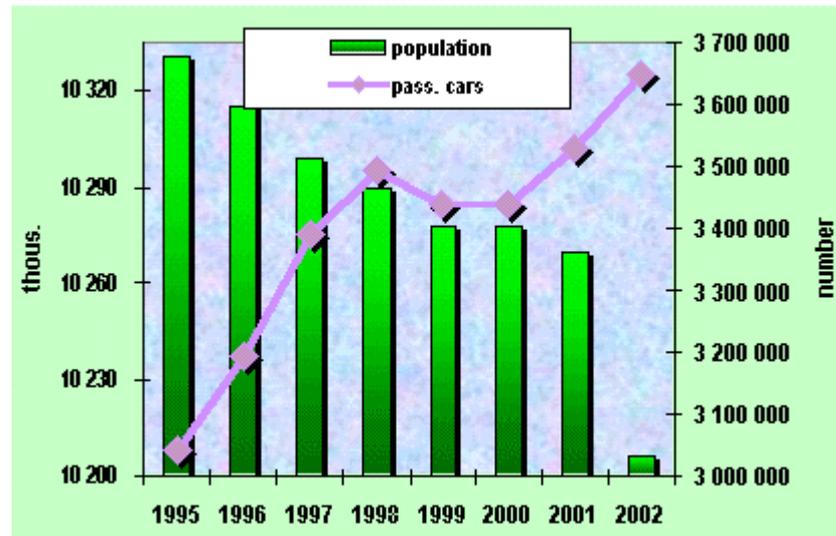


Anstieg der Anzahl erworbener Lizenzen (1994-2004):

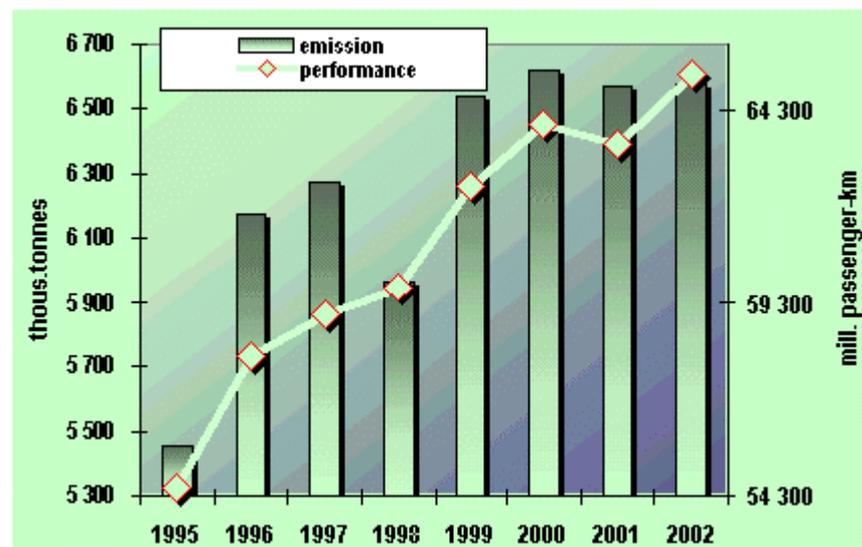


Anhang 17: Die Entwicklung des tschechischen Straßenverkehrs von 1995 bis 2002
(Quelle: TSCHECHISCHES TRANSPORTMINISTERIUM (HRSG.) (2002b): Transport
Yearbook 2002. Online im Internet, http://www.mdcz.cz/text/rocnka_02/Yearbook/obsah.htm,
Stand 2002, Abruf 31. Juli 2004, 18:00.

Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und der Anzahl von Pkws:



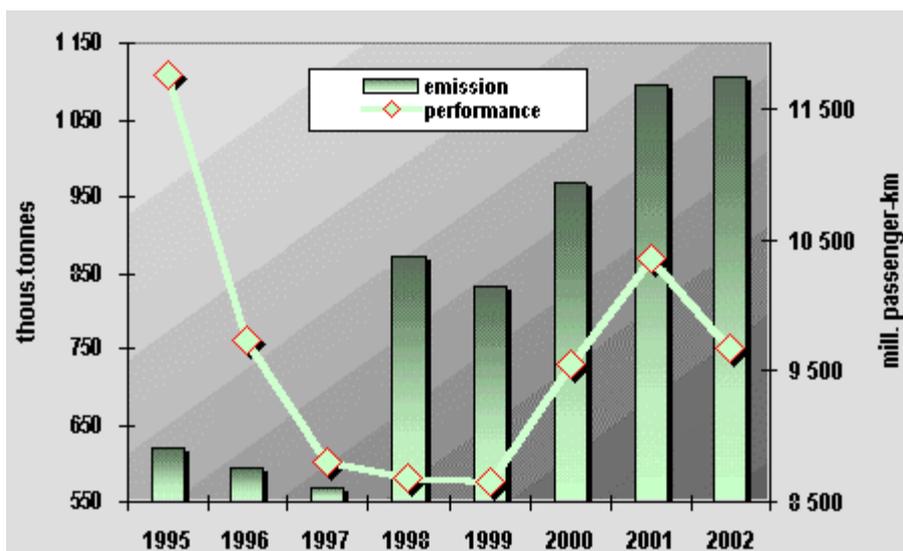
Verhältnis zwischen den gefahrenen Kilometern und den Emissionen der Pkws:



Anzahl der Busse von 1995 bis 2002:

	1995	1998	1999	2000	2001	2002
Gesamtanzahl	19.756	19.960	18.981	18.259	18.384	21.340
bis zu 2 Jahre	1.238	1.316	1.370	1.437	1.651	1.813
2 - 5 Jahre	1.866	2.002	2.145	2.262	2.280	2.281
5 - 10 Jahre	10.080	6.275	4.460	3.138	3.300	3.429
über 10 Jahre	6.572	10.367	11.006	11.422	11.153	13.817

Verhältnis zwischen den gefahrenen Kilometern und den Emissionen der Busse:



In dieser Reihe sind bisher erschienen:

<i>Nummer</i>	<i>Autoren</i>	<i>Titel</i>
01/1996	Günther, T. / White, M. / Günther E. (Hrsg.) Schill, O.	Ökobilanzen als Controllinginstrument  Download
02/1998	Günther, E. (Hrsg.) Salzmann, O.	Revisionäre Zeit- und Geschwindigkeitsbetrachtungen im Dreieck des Sustainable Development  Download
03/2000	Günther, E. / Schill, O. (Hrsg.) Klauke, I.	Kommunales Umweltmanagement: Theoretische Anforderungen und Einordnung vorhandener Ansätze  Download
04/2000	Günther, E. (Hrsg.) Krebs, M.	Aufgaben- und Organisationsstruktur der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland  Download
05/2000	Günther, E. / Schill, O. (Hrsg.) Sicker, B.	Umweltfreundliche Beschaffung und Abfallmanagement in öffentlichen Einrichtungen - Eine Untersuchung am Landratsamt Bautzen und Klinikum Bautzen-Bischofswerda  Download
	Günther, E. / Thomas, P. (Hrsg.) Wollmann, R.	Integration des Instrumentes Environment-oriented Cost Management in die Controllingprozesse von Unternehmen in Entwicklungsländern Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Pilotvorhaben zur Unterstützung umweltorientierter Unternehmensführung in Entwicklungsländern (P3U) der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) Erschienen in den Dresdner Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre Nr. 50/01  Download
06/2001	Günther, E. / Berger, A. (Hrsg.) Kaulich, S.	Ermittlung kritischer Erfolgsfaktoren für die Implementierung der Umweltleistungsmessung in Unternehmen, insbesondere für die Maschinenbaubranche  Download

Fortsetzung:

07/2001	Günther, E. / Berger, A. (Hrsg.) Scheibe, L.	Konzeption eines Umweltkennzahlensystems zur Umweltleistungsmessung für Prozesse unter Beachtung der in Unternehmen vorliegenden Rahmenbedingungen  Download
08/2001	Krebs, P. / Günther, E. / Obenaus, G. (Hrsg.) Bölter, C.	Regenwassernutzung im nicht privaten Bereich Eine technische und wirtschaftliche Analyse dargestellt am Beispiel des Fraunhofer-Institutszentrum Dresden  Download
09/2001	Krause, W. / Günther, E. / Schulze, L. (Hrsg.) Huber, V.	Ökologische Bewertung von Reinigungsprozessen in der Oberflächentechnik - Möglichkeiten zum Einsatz integrierter Umweltschutztechnologien  Download
10/2001	Wingrich, H. / Günther, E. / Reißmann, F. / Kaulich, S. / Kraft, A. (Hrsg.) Seidel, T.	Vergleichende Untersuchungen zur Wasseraufbereitung mit getauchten Membranen  Download
11/2002	Koch, R. / Günther, E. / Fröhlich, J. / Jetschny, W. / Klauke, I. (Hrsg.) Sauer, T.	Aufbau eines integrierten Umweltmanagementsystems im universitären Bereich  Download
12/2003	Günther, E. / Berger, A. / Hochfeld, C. (Hrsg.) Tröltzsch, J.	Treibhausgas-Controlling auf Unternehmensebene in ausgewählten Branchen  Download
13/2003	Günther, E. / Neuhaus, R. / Kaulich, S. (Hrsg.) Becker, S. / Kornek, S. / Kreutzfeldt, C. / Opitz, S. / Richter, L. / Ulmschneider, M. / Werner, A.	Entwicklung von Benchmarks für die Umweltleistung innerhalb der Maschinenbaubranche Eine Benchmarkingstudie im Auftrag der Siemens AG  Download